

# JahrBuch

## für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2006

I

NDZ-GmbH

---

### Inhaltsverzeichnis

<i>Wladislaw Hedeler</i> : Das Referat Nikita Chruschtschew „Über den Personenkult und seine Folgen“ auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 und seine Vorgeschichte. Betrachtungen im Lichte neuer Quellen	.....	4
<i>Gunter Willing</i> : Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Thailands von ihren Anfängen bis 1947	.....	22
<i>August Lešnik</i> : Jugoslawen im Spanischen Bürgerkrieg	.....	37
<i>Peter Hübner</i> : Vollbeschäftigung in der Beschäftigungskrise? Probleme der Erwerbsarbeit in der späten DDR	.....	52
<i>Dominique Vogel</i> : „Morgen seid ihr der Staat!“ Umerziehung in Schulbüchern der französischen Besatzungszone 1945-1949	.....	73
<i>Matthias Loeding</i> : Politischer Führungsanspruch, Reichs- und Parteieinheit. Zur Rede Otto Grotewohls auf dem 1. Bezirksparteitag der SPD Leipzig am 26. August 1945	.....	86
<i>Rolf Hecker</i> : Engels' Redaktion des zweiten Bandes des „Kapitals“. Zu Ergebnissen der Arbeit am MEGA-Band II/12	.....	98
<b>Zur 41. Linzer Konferenz der ITH</b>		
<i>Günter Benser</i> : Kollektivbiographische Zugänge zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung	.....	107
<i>Horacio Tarcus</i> : Ein biographisches Lexikon der argentinischen Linken	.....	113
<b>Biographisches</b>		
<i>Theodor Bergmann</i> : Liu Shaoqi – Tragödie eines Revolutionärs	.....	126
<b>Diskussion</b>		
<i>Hermann Klenner</i> : Die Erblast des „Dritten Reiches“ in der BRD. Nachdenken mit Joachim Perels: „Entsorgung der NS-Herrschaft“?	.....	133
<i>Olaf Klenke</i> : Der betriebliche Aufbruch in der DDR-Revolution von 1989	.....	142

## Berichte

- Harald Lange*: Verrat? Fakten – Fiktionen – Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts (Teil III) ..... 149
- Rolf Hecker*: Wissenschaftliches Kolloquium des MEGA-Fördervereins ..... 153
- Jochen Černý*: Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni (Nachträge) ..... 155

## Informationen

- Mirjam Sachse*: „Arbeiterbewegung“ gesucht und gefunden – Forschungsmöglichkeiten im Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel ..... 160
- Waltraud Burger*: Gedenkstätte und Museum Trutzhain. Dokumentation eines Ortes mit besonderer Geschichte ..... 165
- Ronald Lötzsch*: Publikationen des Vereins „Die Linde“ zur Geschichte der Rußlanddeutschen ..... 168

## Rezensionen

- Marshall T. Poe: *The Russian Moment in World History* – Frederick C. Corney: *Telling October. Memory and the Making of the Bolshevik Revolution* (*Susanne Schattenberg*) ..... 171
- Stefan Kroll: *Musisch-kulturelle Etappen der deutschen Jugendbewegung von 1919-1964* (*Inge Lammell*) ..... 175
- Sergej Žuravlev/Michail Muchin: „Krepost' sozialisma“. *Povcednevnost i motivacija truda na sovetском predprijatii 1928-1938* (*Jörg Roesler*) ..... 177
- Katharina Riege: *Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie* (*Rainer Bert*) ..... 179
- Erich Brost: *Wider den braunen Terror. Briefe und Aufsätze aus dem Exil* (*Kurt Finker*) ..... 181
- Manfred Oldenburg: *Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942* (*Horst Schützler*) ..... 183
- Gerd R. Ueberschär: *Stauffenberg. Der 20. Juli 1944* (*Paul Heider*) ..... 186
- André Rauber: *Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944-1991* (*Herbert Mayer*) ..... 188
- Machmut A. Gareev: *Polkovodcy pobedy i ich voennoe nasledie* (*Stefan Doernberg*) ..... 190
- Astrid M. Eckert: *Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg* (*Karlheinz Kuba*) ..... 193
- Horst Liewald: *Das BGW. Zur Betriebsgeschichte von NARVA – Berliner Glühlampenwerk* (*Jörg Roesler*) ..... 195
- Felix Mühlberg: *Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR* (*Jochen Černý*) ..... 197

Frank Hagemann: Parteiherrschaft in der NVA. Zur Rolle der SED bei der inneren Entwicklung der DDR-Streitkräfte (1956 bis 1971) – Daniel Giese: Die SED und ihre Armee. Die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956-1965 ( <i>Matthias Uhl</i> )	..... 199
Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.): Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt – Christian Sachse (Hrsg.): „Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit“. Politische Zuschriften an die Ökumenische Versammlung 1987-1989 in der DDR ( <i>Stefan Bollinger</i> )	..... 203
<b>Annotationen</b>	
Konrad Dussel: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert ( <i>Günter Simon</i> )	..... 206
Ileen A. DeVault: United Apart Gender and the Rise of Craft Unionism ( <i>Anje Schubmann</i> )	..... 206
Ilse Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888-1939) ( <i>Heinz Niemann</i> )	..... 207
Martin Wein: Willy Brandt – Das Werden eines Staatsmannes ( <i>Rainer Bert</i> )	..... 208
Siegfried Grundmann: Felix Bobek. Chemiker im Geheimapparat der KPD (1932-1935) ( <i>Manfred Behrend</i> )	..... 209
Frederick Taylor: Dresden, Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror? ( <i>Paul Heider</i> )	..... 210
Peter Alheit/Hanna Haack: Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptun-Werft ( <i>Jörg Roesler</i> )	..... 212
Ingrid und Gerhard Zwerenz: Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West ( <i>Siegfried Prokop</i> )	..... 213
Klaus Pflieger: Die Rote Armee Fraktion – RAF. 14.5.1970 bis 20.4.1998 ( <i>Jochen Weichold</i> )	..... 214
Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden/Mario Keßler (Hrsg.): Ausgrenzung oder Integration? Ostdeutsche Sozialwissenschaftler zwischen Isolierung und Selbstbehauptung ( <i>Siegfried Prokop</i> )	..... 215
Nachsatz	..... 216
Autorenverzeichnis	..... 218
Impressum	..... 218

# Das Referat Nikita Chruščevs „Über den Personenkult und seine Folgen“ auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 und seine Vorgeschichte. Betrachtungen im Lichte neuer Quellen

Wladislaw Hedeler

## *1. Eine Zäsur in der kommunistischen Bewegung*

Der 20. Parteitag der KPdSU (14.–25. Februar 1956) gehört zu den über die Grenzen der UdSSR hinaus bekannten Ereignissen. Es war ein Wendepunkt im Leben des ganzen Landes, unterstrich Michail Gorbachev später, und er knüpfte daran die Polemik gegen jene, die Chruščevs Rolle als Reformers in Zweifel stellten.<sup>1</sup> Weil die Führungsmitglieder, die Nikita Chruščev seinerzeit unterstützten, sehr schnell erkannten, welche „demokratische Gefahr“ in seiner neuen Politik verborgen war, waren sie bald bereit, ihn zu stürzen. Sie sahen in den vom Parteitag ausgehenden Impulsen eine Ursache für die Aufstände und Unruhen in Polen und Ungarn. Auch in der Sowjetunion gärte und brodelte es. Meldungen über Unruhen trafen nicht nur aus Georgien ein. Hier hatten „nationalistische Kräfte“ den dritten Todestag Stalins zum Anlaß genommen, um in Tbilissi und anderen Städten gegen die Verurteilung des Personenkultes auf dem 20. Parteitag zu protestieren.<sup>2</sup> Eine Protestbewegung anderen Inhalts ergriff den Gulag mit seinen fast 1,5 Millionen Häftlingen.<sup>3</sup> Dort forderte man die Revidierung der Urteile und Rehabilitierungen sowie bessere Haftbedingungen.

Die Massenproteste und Massenerhebungen im Gulag nach Stalins Tod beschleunigten den Zerfall des Lagersystems. Der Historiker Vladimir Kozlov plädiert daher zu Recht – anknüpfend an seine Studie über die Massenunruhen in der UdSSR unter Chruščev und Brežnev<sup>4</sup> – für eine stärkere Berücksichtigung des Zusammenhangs von Widerstand in der UdSSR und im damaligen sozialistischen Lager.<sup>5</sup>

---

1 Siehe M. S. Gorbachev: Vstupitelnoe slovo: XX s'ezd. Materialy konferencii k 40-letiju XX s'ezda KPSS [Vorwort zu: Der 20. Parteitag. Materialien einer Konferenz zum 40. Jahrestag des 20. Parteitages der KPdSU], veranstaltet vom Gorbachev-Fond am 22.2.1996, Moskva 1996, S.7.

2 Siehe Protokoll Nr. 17. Zasedanie 23 maja 1956 g. [Protokoll Nr. 17 zur Sitzung vom 23.5.1956], in: Presidium CK KPSS 1954-1964, Tom 1: Černovye protokolnye zapisi zasedanij. Stenogrammy [Das Präsidium des ZK der KPdSU 1954-1964, Bd. 1: Entwürfe von Protokollaufzeichnungen der Sitzungen, Stenogramme], Moskva 2004, S.133-135.

3 Siehe Istorija Stalinskogo Gulaga. Konec 1920-ch – pervaja polovina 1950-ch godov. Sobranie dokumentov v semi tomach. [Die Geschichte des Gulag Stalins, Ende der 20er – erste Hälfte der 50er Jahre. Dokumentation in sieben Bänden], Redaktionskollegium: Ju. N. Afanas'ev, A. O. Čubar'jan, R. Conquest, E. Danielson u.a., Tom 6: Vosstanija, bunty i zabastovki zaključennyh [Bd. 6: Ausstände, Unruhen und Streiks unter den Gefangenen], Moskva 2004.

4 Siehe V. A. Kozlov: Massovyje besporjadki v SSSR pri Chruščeve i Brežneve (1953 – načalo 1980-ch gg) [Massenunruhen in der UdSSR unter Chruščev und Brežnev (1953 – Anfang der 80er Jahre)], Novosibirsk 1999.

5 Siehe Istorija Stalinskogo Gulaga, S.31.

Der zweite Nachkriegs-Parteitag fand drei Jahre nach Stalins Tod und drei Jahre und vier Monate nach dem 19. Parteitag statt und vereinte 1430 Delegierte. Die KPdSU „zählte am 1. Februar 1956 in ihren Reihen 7.215.505 Menschen [...], um 333000 mehr als sie zum 19. Parteitag hatte“, hieß es im Bericht.<sup>6</sup> Vertreter von Kommunistischen und Arbeiterparteien aus 55 Staaten nahmen als Gäste am Parteitag im Großen Kremlpalast teil. Im Vergleich zum 19. Parteitag waren dreimal so viele Delegierte Arbeiter und doppelt so viele Delegierte Bauern. Dem Parteialter nach überwogen jene, die ab Mitte der 30er Jahre den Antrag auf Aufnahme in die KPdSU(B) gestellt hatten, über die Hälfte von ihnen kam aus dem Partei-, Staats- Gewerkschafts- und Komsomolapparat.<sup>7</sup> Schon allein diese Tatsachen und die fehlenden Lobeshymnen auf den „Weisesten der Weisen“ machten einen Unterschied zu den vorangegangenen Parteitag aus. Zur Eröffnung schien zwar alles den tradierten Inszenierungen zu folgen. Doch neben dem „offiziellen Programm“ wurde ein zweiter, in nichtöffentlicher Sitzung zu behandelnder Tagesordnungspunkt vorbereitet. Bevor der Erste Sekretär des ZK, Nikita Sergeewič Chruščev, den Rechenschaftsbericht verlas, erinnerte er die im Kremlpalast Versammelten an die nach dem 19. Parteitag der KPdSU (1952) verstorbenen führenden Funktionäre der kommunistischen Bewegung: Stalin, Gottwald<sup>8</sup> und Tokuda<sup>9</sup>. Er forderte zu einer ehrenden Schweigeminute für sie gemeinsam auf,<sup>10</sup> ein erstes Zeichen der bevorstehenden „Entthronung“ des toten Stalin. Im Rechenschaftsbericht selbst fiel Stalins Name nur einmal: als an seinen Tod erinnert wurde. In der Diskussion war von ihm überhaupt nicht die Rede, sieht man von Anastas Mikojan<sup>11</sup> Hinweis auf die in der Abhandlung über die „Ökonomischen Probleme des Sozialismus“ enthaltenen theoretischen Fehler ab. Aber schon das rief spontan Verunsicherung hervor. Dokumentiert ist ein Telegramm des Bürgers Josef Gala aus Teplice in der Tschechoslowakei vom 19. Februar, in dem er die Äußerungen des „rechten Mikojan“ als „Beleidigung für das Andenken an Stalin“ zurückwies und davor warnte, der bürgerlichen Presse noch mehr Material zuzuspielen.<sup>12</sup>

Chruščev betonte im Rechenschaftsbericht die „Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ im Berichtszeitraum. Er sprach in diesem Zusammenhang die Revision der Leningrader Strafsache an, die Rehabilitierung unschuldig verurteilter Menschen und die Entmachtung des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates

---

6 N. S. Chruschtschow: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S.128.

7 Siehe Ju. V. Aksjutin/O. V. Volobuev: XX s'ezd KPSS: novazii i dogmy [Der 20. Parteitag der KPdSU. Erneuerung und Dogma], Moskva 1991, S.102.

8 Gottwald, Klement (23.11.1896-14.3.1953), 1948-1953 Generalsekretär des ZK der KPČ und Präsident der Tschechoslowakischen Republik.

9 Tokuda, Kyuchi (1894-1953), Gründungsmitglied der KP Japans.

10 Siehe XX s'ezd Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza 14-25 fevralja 1956 goda. Stenografičeskij očet v 2 tomach. T. 1 | Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 14.- 25. Februar 1956. Stenografischer Bericht in 2 Bdn., Moskva 1956, S.3.

11 Mikojan, Anastas (13.11.1895-21.10.1978), 1926-1955 Volkskommissar bzw. Minister für Binnen- und bzw. Außenhandel sowie Stellvertreter bzw. Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.

12 Siehe Ju. V. Aksjutin: Novye dokumenty byvshego archiva CK [Neue Dokumente eines ehemaligen Archivs], in: XX s'ezd. Materialy konferencii, S.126.

und Innenministers Berija<sup>13</sup> im Jahr 1953.<sup>14</sup> Dieser Hinweis auf Berija erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, den anwesenden Funktionären das ihnen nach Berijas Verurteilung übersandte Material in Erinnerung zu rufen.<sup>15</sup> Viele von ihnen waren seit geraumer Zeit Adressaten einer Flut von Anfragen, mit denen sich Angehörige von Verfolgten und Verurteilten an diverse Instanzen wandten. So hatte Lev Šaumjan<sup>16</sup> die ehemaligen Gulag-Häftlinge Olga Šatunovskaja<sup>17</sup> und Aleksej Snegov<sup>18</sup> mit Anastas Mikojan bekanntgemacht. Unter dem Eindruck ihrer Berichte hatte sich dieser an Chrusčev gewandt.<sup>19</sup> Daß die Initiative zur Abrechnung mit Stalin damals von jemand anderem ausgegangen war, bestritt Chrusčev später allerdings. „Mikojan hat mich nicht aktiv unterstützt, aber er auch nichts unternommen, um meinen Vorschlag zu kippen“, schrieb er.<sup>20</sup>

Verglichen mit den Abschnitten des Rechenschaftsberichtes über Wirtschaft und Außenpolitik war der über die Partei sehr kurz und unkonkret. Er enthielt kaum neue Überlegungen. Dabei gab es mehr als genug Vorschläge zur angestrebten Rückkehr zu den Leninschen Normen des Parteilebens und zahlreiche, auch in der Diskussion aufgegriffene Hinweise auf ihre Verletzung in den letzten Jahren.<sup>21</sup>

Am Ende des 20. Parteitages stand das Referat über den Personenkult und seine Folgen. Den Vorschlag des Präsidiums, es in einer geschlossenen Sitzung zu verlesen, griff das Plenum des ZK der KPdSU erst am 13. Februar auf und faßte einen diesbezüglichen Beschluß. Wäre irgend etwas außer Kontrolle geraten, hätte die Sitzung als Versammlung der Delegierten und der gewählten ZK-Mitglieder ausgegeben werden können, nachdem dem Parteitag „offiziell“ bereits für beendet erklärt worden war. Die Leitung dieser geschlossenen Sitzung oblag auch nicht dem vom Parteitag gewählten Parteitag-Präsidium, sondern dem Präsidium des ZK.

Chrusčev faßte in seinem Referat, das als „Geheimrede“ in die Geschichte einging, zum einen das Ergebnis der seit Stalins Tod auf Weisung der Parteiführung eingelei-

13 Berija, Lavrentij (29.3.1899-23.12.1953), langjähriger Volkskommissar bzw. Minister des Innern (und damit der inneren Sicherheit, Justiz und Strafvollzug), abgesetzt im Juni 1953, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

14 Siehe Chruschtschow, Rechenschaftsbericht, S.123.

15 Siehe Vladimir P. Naumov: K istorii sekretnogo doklada N. S. Chrusčeva [Zur Geschichte des Geheimberichts von N. S. Chrusčev], in: XX s<sup>vezd</sup>. Materialy konferencii, S.12.

16 Šaumjan, Lev, Sohn von Stepan Šaumjan (1.10.1878-19.9.1918).

17 Šatunovskaja, Olga (1901-?), 1937-1954 Lagerhaft und Verbannung, 1956-1961 Mitglied der Parteikontrollkommission beim ZK der KPdSU.

18 Snegov, Aleksej (1898-?), zum Zeitpunkt seiner Verhaftung 1937 Sekretär des Irkutsker Stadtpartei-Komitees, 1941 zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 1954 rehabilitiert, danach als Stellvertretender Leiter der Politabteilung der Hauptverwaltung Lager des MVD tätig.

19 Siehe Anastas Mikojan: Tak bylo. Rasmyšlenija o minušem [So war es. Gedanken zu Vergangenen], Moskva 1999, S.589.

20 Ebenda, S.589-596, Zitat S.589.

21 Die Rückbesinnung auf Lenins Erbe schloß u.a. auch die Überlegung ein, ihn durch ein würdiges Denkmal zu ehren. Im Präsidium des ZK wurde dann Ende März 1956 tatsächlich in Erwägung gezogen, den zu Lebzeiten Stalins projektierten Sowjetpalast an der Stelle der gesprengten Erlöserkirche bauen zu lassen. Auf dem Hochhaus sollte Platz für einen gewaltigen und weithin sichtbaren Lenin sein. Chrusčev legte sein Veto ein und die Entscheidung wurde vertagt. Siehe Protokoll Nr. 8. Zasedanie 23 marta 1956 g. [Protokoll Nr. 8 zur Sitzung vom 23.3.1956], in: Presidium CK KPSS 1954-1964, Tom 1, S.117.

teten Maßnahmen zur Aufdeckung der Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit zusammen. Zum anderen war sein Referat als Ausgangspunkt für die weitere ideologische Begründung von Reformen gedacht. Genaugenommen spiegelte es aber nicht einmal den kleinsten gemeinsamen Nenner der in dieser Frage zerstrittenen Führung wider, weshalb zunächst auch nicht an eine Verlautbarung gedacht war. Noch der Monate später angenommene und veröffentlichte Beschluß des ZK der KPdSU „Über die Überwindung des Personenkultes und seiner Folgen“ vom 30. Juni 1956 vermittelt, wie es Lothar Kölm formulierte, „einen Eindruck von der Stärke der Gegner der Chruschtschowschen Entstalinisierungspolitik. Bei einem Vergleich von Geheimrede und Beschluß stellt sich heraus, daß letzterer in vielerlei Hinsicht Zugeständnisse und Abschwächungen enthält, die auf die Intervention der ‚alten Garde‘ zurückzuführen sind.“<sup>22</sup>

Worum es in der Auseinandersetzung ging, deutet das folgende Beispiel an. Im April 1956 erschien in der Zeitschrift „Voprosy istorii“ ein Artikel des Stellvertretenden Chefredakteurs E. N. Burdžalov „Über die Taktik der Bolschewiki in den Monaten März/April 1917“. Burdžalov vertrat die These, daß Stalin in dieser Zeit nicht zu den hundertprozentigen Leninisten gehörte. Für diese – der Intention des Geheimreferates durchaus folgende, aber offiziell zu weitgehende – Interpretation wurde er im März 1957 kritisiert und als stellvertretender Chefredakteur abgesetzt.<sup>23</sup>

Wenig später zeigte sich die interne Führungskrise noch drastischer. Am 18. Juni 1957 stellte der Vorsitzende des Ministerrates und Politbüromitglied Georgij Malenkov<sup>24</sup> während der Präsidiumssitzung des ZK die Frage nach der Absetzung von Nikita Chruščev als Parteichef. Malenkov und der ihn unterstützende Außenminister Vjačeslav Molotov<sup>25</sup> wollten die Abwesenheit von Chruščevs Gefolgsleuten nutzen. Der Erste Sekretär ordnete sich der Entscheidung des Präsidiums, auf dem er abgewählt worden war, jedoch nicht unter und bestand auf der Einberufung einer Plenartagung des ZK, weil nur dieses Gremium ihn abwählen könne. Im Anschluß an eine viertägige Sitzung des Präsidiums fand vom 22.-29. Juni 1957 das Plenum des ZK

---

22 Lothar Kölm: Nikita Chruschtschow (1894-1971). Mut zum Risiko oder die Einsamkeit der Macht, in: Kremlchefs. Politisch-biographische Skizzen von Lenin bis Gorbatschow. Berlin 1991, S.93.

23 Siehe J. Aksjutin: „My dolžny skazat' pravdu o kulte ličnosti“ [„Wir müssen über den Personenkult die Wahrheit sagen“], in: Nikita Sergeevič Chruščev. Materialy k biografii [Nikita Sergeevič Chruščev. Materialien zur Biographie], Moskva 1989, S.40.

24 Malenkov, Georgij (26.12.1901-14.1.1988), 1953 bis 1957 Vorsitzender bzw. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, 1952-1957 Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU. Als Gegner der Entstalinisierung und „Mitglied einer parteifeindlichen Gruppe“ auf dem Juniplenium des ZK der KPdSU 1957 von seinen Funktionen entbunden, anschließend Direktor eines Wasserkraftwerks, 1961 Parteiausschluß.

25 Molotov (Skrjabin), Vjačeslav (25.2.1890-8.11.1986), 1941-1957 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare (Ministerrats), 1939-1949 und 1953-1956 Volkskommissar bzw. Minister für Äußere Angelegenheiten. Als Gegner der Entstalinisierung und „Mitglied einer parteifeindlichen Gruppe“ auf dem Juniplenium des ZK der KPdSU 1957 verwarnt, bis 1960 als Botschafter in der Mongolischen Volksrepublik, 1960-1962 Leiter der sowjetischen Vertretung bei der internationalen Atomenergiebehörde, 1962 Parteiausschluß und Ruhestand, 1984 Parteimitgliedschaft wieder hergestellt.

statt, auf dem Chrusčev mit der sogenannten „parteifeindlichen Gruppe Molotov-Malenkov-Kaganovič“ rigoros und in altem stalinistischen Stil abrechnete.<sup>26</sup>

Vom Verlauf der abschließenden, von Nikolaj Bulganin<sup>27</sup> geleiteten, geschlossenen Sitzung auf dem 20. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956 existiert kein Stenogramm. Den Delegierten war auch untersagt worden, während des Referates mitzuschreiben. Den von Bulganin im Anschluß verlesenen Beschluß „Über den Personenkult und seine Folgen“ nahmen die Delegierten laut Protokoll einstimmig an. Am 1. März erhielten die Mitglieder und Kandidaten des Präsidiums des ZK der KPdSU und die Sekretäre des ZK das Referat „Über den Personenkult und seine Folgen“ ausgehändigt.

An Tito ging ein Exemplar der Rede per Kurier, die in Moskau verbliebenen Leiter der ausländischen Delegationen Bierut<sup>28</sup>, Ibarruri<sup>29</sup>, Kopenig<sup>30</sup>, Rákosi<sup>31</sup>, Thorez<sup>32</sup>, Togliatti<sup>33</sup> und Ulbricht<sup>34</sup> erhielten zu ihrer Information ein Exemplar in russischer Sprache. Es gibt Hinweise darauf, daß die französische und italienische Delegation über das Geheimreferat informiert worden sind.<sup>35</sup> Franz Muhri erinnerte sich: „Die Delegation der KPÖ, die am Parteitag als Gast teilnahm, aber nicht an der geschlossenen Sitzung, wurde meines Wissens nur kurz und in allgemeiner Form vor ihrem Abflug mündlich informiert. Erst später, zu Hause, wurde dieser Bericht den Genossen Kopenig und Fürnberg<sup>36</sup> in der sowjetischen Botschaft im Wortlaut zur Kenntnis gebracht. Er sollte jedoch auch weiterhin vertraulich behandelt werden.“<sup>37</sup> Das Mitglied der SED-Delegation Karl Schirdewan beschrieb den Vorgang in seinem autobiographischen Text 1994 so: „In der Nacht vom 25. zum 26. Februar wurde unsere Delegation überraschend geweckt. Es war gegen drei Uhr, schätze ich. Man teilte uns mit, daß ein Beauftragter des ZK der KPdSU über den Inhalt einer Rede

26 Da kein Stenogramm geführt wurde, versuchte Michail Suslov auf dem nachfolgenden Juniplenium den Verlauf zu rekonstruieren. Siehe Molotov, Malenkov, Kaganovič 1957. Stenogramma ijunskogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty [Molotov, Malenkov, Kaganovič 1957. Stenogramm des Junipleniums des ZK der KPdSU und andere Dokumente], Moskva 1998, S.25-31.

27 Bulganin, Nikolaj (30.5.1895-24.2.1975), 1947-1958 Marschall, 1947-1949 Minister der Streitkräfte, 1953-1955 Verteidigungsminister, (Erster) Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, 1948-1958 Mitglied des Politbüros bzw. Präsidiums des ZK der KPdSU.

28 Bierut, Bolesław (18.4.1892-12.3.1956), seit 1947 Staatspräsident bzw. Staatsratsvorsitzender bzw. Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des ZK der PVAP, verstarb noch während der Gastreise zum 20. Parteitag in Moskau.

29 Ibarruri, Dolores (9.12.1895-1989), 1932-1981 Mitglied des Politbüros der KP Spaniens.

30 Kopenig, Johann (15.5.1891-13.12.1968), seit 1924 Generalsekretär der KP Österreichs.

31 Rákosi, Mátyás (9.3.1892-5.2.1971), 1952-1953 und 1955-1956 Ministerpräsident der Ungarischen VR, bis 1956 Generalsekretär der KP Ungarns

32 Thorez, Maurice (28.4.1900-11.7.1964), 1930-1964 Generalsekretär der Französischen KP.

33 Togliatti, Palmiro (26.3.1893-21.8.1964), seit 1926 Generalsekretär der KP Italiens.

34 Ulbricht, Walter (30.6.1893-1.8.1973), 1946-1950 Stellvertretender Vorsitzender, seit 1950 Generalsekretär und seit 1953 Erster Sekretär des ZK der SED, Erster Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden der DDR.

35 Siehe Naumov, K istorii, S.31.

36 Fürnberg, Friedl (16.5.1902-1978), 1924 bis 1978 Mitglied des ZK der KP Österreichs.

37 Franz Muhri: Die Rehabilitierung österreichischer Opfer des Stalinismus, in: Stalin und wir. Stalinismus und die Rehabilitierung österreichischer Opfer, Wien 2001, S.37.

informieren würde, die Nikita Chruschtschow in der Nacht vor den Delegierten des 20. Parteitages der KPdSU gehalten habe.[...] Wir wurden gebeten, diese Rede anzuhören und Notizen zu machen. Unsere Delegation beschloß, daß ich das übernehme. Der sowjetische Genosse sprach einwandfrei deutsch und übersetzte diese Rede gut betont und langsam, so daß ich wörtlich mitschreiben konnte. [...] In den Gesichtern aller Genossen zeichnete sich tiefe Erschütterung ab.“<sup>38</sup>

Am 5. März 1956 faßte das Präsidium des ZK der KPdSU den Beschluß, das Referat in Versammlungen der Partei- und Komsomolorganisationen verlesen zu lassen. Bei der verlesenen Fassung handelte es sich um das Redemanuskript, das um die Quellenangaben zu den Zitaten und um die Reaktionen im Saal ergänzt worden war.<sup>39</sup> Roj Medvedev gab an, daß ein Funktionär ihm, anderen Lehrern und vielen ebenfalls anwesenden parteilosen Arbeitern und Bauern in einer Schule im Leningrader Gebiet den Text verlas. Medvedev erhielt das Referat dann vom Parteisekretär der Zeitschrift „Kommunist“, Jewgenij Frolov, der sich unmittelbar nach Erhalt der Broschüre in seinem Kabinett eingeschlossen und das Referat über Nacht Wort für Wort abgetippt hatte. Am darauffolgenden Tag verlas Frolov den Text und gab die Broschüre zurück.<sup>40</sup> Das „Geheimreferat“ kursierte also im Land. Der sich von 1954 bis 1957 zu einem Studienaufenthalt in Moskau aufhaltende Franz Muhri gab die erste Reaktion der Hörer auf das ihnen verlesene Referat wider: „Es war ein schwerer Schock, die erste Reaktion war eine gefühlsmäßige Abwehr.“<sup>41</sup>

Auch im Ausland konnte der Vorgang nicht unkommentiert bleiben. Friedl Fürnbergs Referat auf dem 10. ZK-Plenum der KPÖ im März war unter anderem der Diskussion über den Personenkult gewidmet.<sup>42</sup> Auf dem 14. Parteitag der FKP im Juli nahm Maurice Thorez zum Personenkult Stellung<sup>43</sup>, Jacques Duclos kommentierte in seinen Memoiren die damalige Diskussion in der FKP.<sup>44</sup> Palmiro Togliatti gab Mitte 1956 der Zeitschrift „Nuovi Argomenti“ ein Interview über Fragen des 20. Parteitages der KPdSU,<sup>45</sup> das auch in der KPD-Presse abgedruckt wurde. Auf dem Parteitag der IKP im Dezember 1956 führte er aus, daß „ein Punkt von größter theoretischer als auch praktischer Wichtigkeit im Dunkeln geblieben“ ist. „Man

38 Karl Schirdewan: *Aufstand gegen Ulbricht*, Berlin 1994 (2.Aufl.), S.77.

39 Siehe *O kulte ličnosti i ego posledstvijach. Doklad Pervogo sekretarja CK KPSS tov. Chruščeva N. S. XX s'ezdu Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza* [Über den Personenkult und seine Folgen. Bericht des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU N. S. Chruščev an den 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion], in: *Izvestija CK KPSS*, 1989, H. 3, S.170.

40 Siehe Roj Medvedev: *Doklad ne byl zakrytym* [Der Bericht war nicht geheim], in: *XX s'ezd. Materialy konferencii*, S.43.

41 Franz Muhri: *Nachwort eines Zeitzeugen*, in: *Stalin und wir*, S.175.

42 Siehe Friedl Fürnberg: *Referat auf dem 10. ZK-Plenum der KPÖ, 26./27. März 1956 (Auszug)*, in: *Spät, aber doch. Materialien zum Thema „Stalinismus“*, Wien 1991, S.193-206.

43 Siehe Maurice Thorez: *Für sozialen Fortschritt, für Frieden und nationale Größe! Bericht auf dem XIV. Parteitag der KPF in Le Havre vom 18. bis 21. Juli 1956*, in: *Maurice Thorez: Ausgewählte Reden und Schriften 1933-1960*, Berlin 1962, S.582-586.

44 Duclos, Jacques (2.10.1896-25.4.1975), 1926-1975 Mitglied des ZK der Französischen KP. Siehe Jacques Duclos: *Memoiren*, Bd. III, Berlin 1975, S.333-336.

45 Palmiro Togliatti: *Probleme der Entwicklung der sozialistischen Demokratie*, in: *Spät, aber doch*, S.97-126.

beließ es dabei, die Irrtümer und die Schuld eines führenden Funktionärs postum in dramatischer Form aufzudecken, ohne zu ermitteln, worin die Deformationen bestanden, die in der politischen Ordnung unter seiner Leitung aufgetreten sind und nunmehr überwunden werden müssen, aus welchen Gründen sie auftreten konnten und auf welche Weise sie demnach endgültig beseitigt werden können.“<sup>46</sup>

Der Historiker Jochen Černý hat die Auswertung des 20. Parteitages der KPdSU in der SED im Anschluß an die 26. Tagung des ZK (22. März 1956)<sup>47</sup> untersucht und in diesem Zusammenhang insbesondere die Stellungnahme des Politbüros der SED kommentiert.<sup>48</sup> Die geheime Rede Chruščevs wurde den Delegierten der 3. Parteikonferenz der SED (24.-28. März 1956) in einer geschlossenen Sitzung auszugsweise zur Kenntnis gegeben.<sup>49</sup> Die Reaktion war geteilt und ist es bis heute geblieben. Für eine Minderheit der SED-Mitglieder war es – aus späterer Sicht – der Beginn vom Ende, welches mit 1991 datiert wird.<sup>50</sup>

Ab dem 16. März 1956 kursierten im Westen verschiedene Berichte über das „Geheimreferat“.

Das KPdSU-Zentralorgan „Pravda“ unterließ es seit dem 19. März 1953, Stalins Namen in den Überschriften zu nennen. Am 28. März 1956 erschien die Zeitung mit dem redaktionellen Artikel „Warum der Personenkult dem Geist des Marxismus-Leninismus widerspricht“. Am 4. Juni druckte die „New York Times“ die in den Westen gelangte Fassung von Chruščevs Referat ab. Auf die Nachfrage des amerikanischen Botschafters in Moskau, ob der Text authentisch ist, antworteten Molotov und Malenkov, daß diese Fassung „ungenau“ sei.<sup>51</sup> Doch die Moskauer Parteiführung war in Zugzwang geraten. Am 30. Juni faßte und veröffentlichte das ZK der KPdSU den Beschluß „Über die Überwindung des Personenkultes und seiner Folgen“.

## 2. Zur Genesis der Geheimrede

Das Nachdenken über den Schock, den das Geheimreferat weit über Parteikreise hinaus auslöste, ist in der Literatur häufiger anzutreffen als die Diskussion und das Nachdenken über die Motive, die Chruščev dazu bewegt hatten, dieses Referat zu halten. Waren es taktische Überlegungen, die darauf hinausliefen, den Führungsanspruch der Partei zu verteidigen und unwillige Kampfgefährten zu disziplinieren?

46 Palmiro Togliatti: Erneuern und sich stärken. Bericht an den VIII. Parteitag der Italienischen Kommunistischen Partei, Dezember 1956, in: Palmiro Togliatti: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1977, S.409.

47 Vgl. auch das Communiqué der 26. Tagung des ZK der SED zu den Ergebnissen des XX. Parteitages der KPdSU, in: Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des ZK sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. VI, Berlin 1958, S.43-48.

48 Siehe Jochen Černý: Die Auswertung des 20. Parteitages der KPdSU in der SED, in: Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen. Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17. und 18. November 1990, Berlin 1991, S.68-77.

49 Siehe Kurt Hager: Erinnerungen, Berlin 1996, S.211.

50 Eine entsprechende Debatte gab es auch in der PDS. Siehe hierzu Michail Nelken: Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS, in: Lothar Bisky u.a. (Hrsg.): Die PDS-Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996, S.66-86.

51 Siehe Aksjutin, My dolžny, S.37.

Oder war es gesundes Rechtsempfinden und der Versuch, endlich Gerechtigkeit durchzusetzen? Eine Erneuerung der Partei schloß beide Motive ein, doch das taktische Kalkül überwog.<sup>52</sup>

Zur Erhärtung dieser Annahme könnte ein Blick in die Entstehungsgeschichte der Geheimrede helfen. Der Entwurf des Rechenschaftsberichtes zum Parteitag stand im Mittelpunkt der Präsidiumssitzung des ZK der KPdSU am 30. Januar 1956.<sup>53</sup> Kaganovič<sup>54</sup> stimmte der Grundlage zu, fragte nach, ob es nicht besser wäre, nicht so viele programmatische Fragen auf einmal anzusprechen und kritisierte unter anderem, daß Lenin im Bericht nur ein einziges Mal zitiert wurde. Molotov schlug vor, Stalin häufiger zu zitieren. Am Ende der Sitzung wurde ein Beschluß darüber gefaßt, von wievielen Verurteilten und aus der Haft Entlassenen künftig zu sprechen sei.

Wie das in der geschlossenen Sitzung zu haltende Referat vorbereitet wurde, spiegelt eine neue Dokumenten-Edition mit dem Titel „Rehabilitierung – wie es war. Band 1 (März 1953 bis Februar 1956)“ wider. Das 5. Kapitel enthält 22 Dokumente, die den vor und während des 20. Parteitages geführten Kampf hinter den Kulissen beleuchten. Hauptgegenstand der Auseinandersetzungen waren die Rehabilitierungen von Opfern der Stalinzeit. Bei dem ersten Dokument handelt es sich um die Protokollnotiz der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 31. Dezember 1955 zu Fragen der Rehabilitierung und der Schaffung einer Kommission des ZK der KPdSU zur Feststellung der Ursachen der Massenrepressalien gegen Mitglieder und Kandidaten des ZK der KPdSU(B), die auf dem 17. Parteitag gewählt worden waren. „Die Sache stinkt, wenn man ihr nachgeht“, bemerkte Chruščev auf dieser Sitzung.<sup>55</sup>

Vier Präsidiumsmitglieder erhielten den Auftrag, alle diesbezüglichen Dokumente durchzuarbeiten. Bis zum 30. Januar 1956 berichtete dann Generalstaatsanwalt Roman Rudenko<sup>56</sup> dem ZK über die Einleitung und Durchführung von Rehabilitierungen einzelner Verfolgter und Verurteilter. Rehabilitiert wurden posthum so bekannte Parteimitglieder wie Aleksandr Ugarov<sup>57</sup>, Alexandr Svanidse<sup>58</sup> und Jakov Alksnis<sup>59</sup>,

52 Siehe O. V. Volobuev: Vnutrennie motivy političeskich akcij [Innere Motive politischer Aktionen], in: XX s'ezd. Materialy konferencii, S.88-91.

53 Siehe Protokoll Nr. 184. Zasedanie 30 janvarja 1956. [Protokoll Nr. 184 zur Sitzung vom 30.1.1956], in: Presidium CK KPSS 1954-1964, Tom 1, S.88-95.

54 Kaganovič, Lazar' (10.11.1893-25.7.1991), Mitglied des Ministerrats der UdSSR und des Politbüros bzw. Präsidiums des ZK der KPdSU. Als Gegner der Entstalinisierung und „Mitglied einer parteifeindlichen Gruppe“ auf dem Juniplenum des ZK der KPdSU 1957 von seinen Funktionen entbunden, 1961 Parteiausschluß.

55 Reabilitacija – kak eto bylo. Mart 1953 – Fevral' 1956 [Rehabilitierung – wie es war. März 1953-Februar 1956], Moskva 2000, S.296.

56 Rudenko, Roman (7.7.1907-1981), seit 1953 Generalstaatsanwalt der UdSSR.

57 Ugarov, Aleksandr (31.8.1900-25.2.1939), seit Februar 1938 Erster Sekretär der Moskauer Parteiorganisation, im Dezember 1938 von seinen Funktionen entbunden.

58 Svanidse, Aleksandr (1886-14.11.1942), Stellvertretender Leiter der Staatsbank, 1937 verhaftet.

59 Alksnis, Jakov (26.1.1897-28.7.1938), zusammen mit Tučačevskij als „Führer der lettischen faschistischen Organisation“ verhaftet, zum Tode verurteilt und erschossen.

der zusammen mit Michail Tuchačevskij<sup>60</sup> als „Führer der lettischen faschistischen Organisation“ verhaftet und bald erschossen worden war. Außerdem wurde am 20. Januar 1956 Berijas Verwicklung in die Repressalien untersucht und Material über Repressalien im Gebiet Čeljabinsk ausgewertet. Der vorgelegte Bericht lieferte den Nachweis der Fälschung von Untersuchungsmaterial und ungesetzlicher Untersuchungsführung durch das NKVD.

Am 30. Januar setzte die Parteiführung Parteikommissionen zur Überprüfung von Verurteilungen zu Haft in Besserungsarbeitslager ein. Vorosilov<sup>61</sup>, der schon am 31. Dezember 1955 Bedenken geäußert hatte, brachte erneut Zweifel an der Richtigkeit des Vorgehens vor, das unter anderem vorsah, die Frage der Entlassung von Häftlingen vor Ort zu entscheiden.

*Auszug aus der Protokollnotiz zur Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 30. Januar 1956*

*(Der 2. Tagesordnungspunkt hatte die Frage nach der Zahl der Verurteilten und Entlassenen zum Inhalt. Hierzu sprachen Chruščev, Mikojan, Vorosilov, Kaganovič und Molotov. Chruščev schlägt vor, im Auftrag des ZK Parteikommissionen einzusetzen und in die Besserungsarbeitslager zu entsenden. Laut Mikojan sollten 83 Kommissionen in die größten Lager geschickt werden.<sup>62</sup> Dafür waren sie mit Vollmachten vom Präsidium des Obersten Sowjets auszustatten. Auftrag der Kommissionsmitglieder war es, vor Ort die Fälle zu prüfen und über die Entlassung zu entscheiden.)*

*„[...]“*

*Gen. Vorosilov – äußert Zweifel.*

*Gen. Molotov – Maßnahmen ausarbeiten. Der eingebrachte Vorschlag ist richtig.*

*Gen. Mikojan – Der Vorschlag ist richtig.*

*Der Vorschlag ist anzunehmen. Mikojan, Aristov<sup>63</sup>, Kiričenko<sup>64</sup>, Rudenko und Dudorov<sup>65</sup> werden beauftragt, die Arbeit der (einzusetzenden) Troikas zu konzipieren.“<sup>66</sup>*

Am 1. Februar 1956 diskutierte das Präsidium des ZK der KPdSU die Möglichkeit, auf dem 20. Parteitag das Thema Personenkult um Stalin zur Sprache zu bringen. Ausgangspunkt war die „Angelegenheit Rodos“<sup>67</sup>. Nachdem sich Chruščev in dieser Sitzung an B. V. Rodos, den Stellvertreter des Leiters der Untersuchungsabteilung der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKVD/MVD, gewandt hatte, er möge

60 Tuchačevskij, Michail (4.2.1893-11.6.1937), Marschall, Erster Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR, als „Oberhaupt der Militärverschwörung“ zum Tode verurteilt und erschossen.

61 Vorosilov, Kliment (23.1.1881-2.12.1969), 1946-1953 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR.

62 Siehe Mikojan, Tak bylo, S.595.

63 Aristov, Averkij (22.10.1903-11.7.1973), 1952-1961 Sekretär des ZK.

64 Kiričenko, A. I. (1908-1975), 1953-1957 Erster Sekretär des ZK der KP der Ukraine.

65 Dudorov, N. P. (1906-1977), 1954-1956 Stellvertretender Vorsitzender des Moskauer Stadtpartei-Komitees.

66 Reabilitacija, S.307.

67 Siehe ebenda, S.308f. Rodos, B. V. (1905-1956), seit 1939 Stellvertreter des Leiters der Untersuchungsabteilung der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKVD der UdSSR.

doch beschreiben, wie er Ende der dreißiger Jahre Pavel Postyšev<sup>68</sup> und Stanislav Kossior<sup>69</sup> zu Feinden erklärt hatte, sagte der: „Die Schuldigen sitzen weiter oben. Halbkriminelle Elemente wurden mit der Untersuchungsführung solcher Fälle beauftragt. Stalin ist schuld.“<sup>70</sup> Rodos erklärte, ihm sei mitgeteilt worden, daß es sich bei den Häftlingen um Volksfeinde handele und daß er die Aufgabe hätte, sie zum Geständnis zu zwingen. Diese Weisung interpretierte er als einen Parteiauftrag. Der folgende Auszug fängt die weitere Diskussion ein:

*Auszug aus der Protokollnotiz zur Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 1. Februar 1956*

[...]

*(Der Sekretär des ZK Averkij Aristov wandte sich in der Diskussion an Chruščev)*

*„Aristov: Sind wir mutig genug, die Wahrheit zu sagen? [...]*

*Chruščev: Ežov<sup>71</sup> ist wahrscheinlich unschuldig, er ist ein ehrlicher Mensch.*

*Gen. Mikojan: Das Dekret über den Kampf gegen den Terror wurde am 1. Dezember 1934 angenommen.*

*Pospelov<sup>72</sup> und Serov<sup>73</sup> bestätigen die Vorgabe von Limiten.*

*Chruščev: Das sollte man im Referat vielleicht ergänzen.“*

*(Pervuchin<sup>74</sup>, Bulganin und Mikojan unterstützen den Vorschlag. Es wird beschlossen: Serov, Rudenko und die Kommission (Gen. Chruščev) überprüfen den Fall Tuchačevskij und den Brief von Beneš an Stalin 1936/37 über die Gruppe von Tuchačevskij und Jakir<sup>75</sup>.)*

*„Gen. Molotov: Aber Stalin muß man als großen Führer anerkennen.*

*Mikojan widerspricht Molotov: Du, Gen. Molotov, hast ihn unterstützt.*

*Gen. Kaganovič: [...] Man kann viel überprüfen, aber Stalin stand 30 Jahre an der Spitze.*

*Gen. Molotov: Man kann im Referat nicht verschweigen, daß Stalin der große Fortsetzer der Sache Lenins war. [...]*

*Gen. Mikojan: Nehmen Sie die Geschichte – man kann den Verstand verlieren.*

*Gen. Saburov<sup>76</sup>: Wenn die Tatsachen stimmen, ist das etwa Kommunismus? So etwas darf man nicht entschuldigen.*

68 Postyšev, Pavel (6.9.1887-26.2.1939), 1933-1937 Zweiter Sekretär des ZK der KP(B) der Ukraine, dann Erster Sekretär des Gebietskomitees Kiuibyšev, 1938 verhaftet, 1939 zum Tode verurteilt und hingerichtet.  
69 Kossior, Stanislav (6.11.1889-26.2.1939), 1928-1938 Erster bzw. Generalsekretär der KP(B) der Ukraine, seit 1938 Vorsitzender der Kommission für Staatliche Kontrolle und Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, 1938 verhaftet, 1939 zum Tode verurteilt und hingerichtet.  
70 Reabilitacija, S.308.

71 Ežov, Nikolaj (19.4.1895-4.2.1940), 1936-1938 Volkskommissar für innere Angelegenheiten, bis zu seiner Verhaftung im April 1939 Kandidat des Politbüros, 1940 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

72 Pospelov, Petr (8.6.1898-21.4.1979), seit 1952 Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU.

73 Serov, Ivan (1905-1990), seit 1939 Chef des NKVD der Ukraine, seit 1941 Stellvertreter (Minister) des Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR, 1945/46 NKVD-Vertreter in der SBZ, seit 1954 Chef des KGB beim Ministerrat der UdSSR, 1958 Stellvertreter des Generalstabschefs für Aufklärung.

74 Pervuchin, Michail (1.10.1904-22.7.1978), 1953 Minister für Elektroindustrie, 1958-1962 Botschafter der UdSSR in der DDR.

75 Jakir, Jona (3.8.1896-12.6.1937), zum Zeitpunkt der Verhaftung Befehlshaber des Leningrader Militärbezirkes.

*Gen. Malenkov: Richtig auf die Tatsachen sehen. Die Frage wird richtig gestellt. Das muß man der Partei sagen.*

*Gen. Pervuchin: Haben wir davon gewußt? – Ja, wir haben. Doch es herrschte Terror. Damals konnten wir nichts tun. Wir sind verpflichtet, das der Partei zu erklären sowohl auf dem Parteitag als auch auf dem Plenum.*

*Man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, warnt Vorošilov. [...] Molotov schließt sich Vorošilov an.*

*Daraufhin verlangt Chruščev: Man muß alles im Interesse der Partei klären. Jagoda<sup>77</sup> und Ežov haben keinen Dreck am Stecken. Stalin war der Sache des Sozialismus verbunden, nur führte er mit barbarischen Mitteln. Er hat die Partei vernichtet. Er ist kein Marxist. Er hat alles Heilige, was dem Menschen eigen ist, weggewischt. Hat alles seinen Launen untergeordnet.*

*Auf dem Parteitag nicht über den Terror sprechen. Man muß die Linie bestimmen – Stalin seinen Platz zuweisen (die Plakate und die Literatur bereinigen). Marx und Lenin hernehmen. Gen. Chruščev: Das Feuer auf den Personenkult muß verstärkt werden.*

*Schluß der Diskussion.<sup>78</sup>*

Das Präsidium des ZK der KPdSU faßte am 1. Februar 1956 den Beschluß, daß Rodos vor ein Gericht zu stellen ist. Die Verhandlung sollte in nichtöffentlicher Sitzung vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichts erfolgen.<sup>79</sup> Es wurde auch eine Kommission eingesetzt, die den Fall Tuchačevskij untersuchen und dem ZK Vorschläge unterbreiten sollte. Doch die Notiz zur Sitzung zeigt auch sehr deutlich die unterschiedlichen Haltungen der „jungen“ und der „alten“ Präsidiumsmitglieder. Zum Vorschlag von Chruščev äußerten sich Kaganovič, Mikojan, Molotov und Vorošilov skeptisch bis ablehnend, Unterstützung für sein Vorhaben fand der Parteichef Anfang 1956 bei Bulganin, Kiričenko, Pervuchin, Saburov und Suslov<sup>80</sup>.

Am 9. Februar 1956 lag der Bericht einer Kommission des ZK vor, der Pospelov, Aristov, Švernik<sup>81</sup> und P. T. Komarov<sup>82</sup> angehörten. Er handelte von den Repressalien gegen auf dem 17. Parteitag gewählte Mitglieder und Kandidaten des ZK und basierte auf Auszügen aus Prozeßakten.<sup>83</sup> Er enthielt ein Verzeichnis der von 1935 bis 1940 verhafteten und erschossenen Personen und nannte Zahlen zu den verfolgten Parteitagsdelegierten; er zählte Befehle des NKVD über die Durchführung von

76 Saburov, Maxim (7.2.1900-24.3.1977), mehrmals Vorsitzender der Staatlichen Plan-, 1955-1956 der Staatlichen Wirtschaftskommission beim Ministerrat, 1953-57 (Erster) Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, 1957-1958 Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Außenwirtschaftskommission.

77 Jagoda, Genrich (1891-15.3.1938), 1934-1936 Vorsitzender der OGPU bzw. Volkskommissar des Innern der UdSSR (NKVD), 1936 Volkskommissar für Post- und Fernmeldewesen, 1938 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

78 Reabilitacija, S.309.

79 Siehe Reabilitacija, S.310.

80 Suslov, Michail (8.11.1902-25.1.1982), seit 1947 Sekretär des ZK der KPdSU(B).

81 Švernik, Nikolaj (7.5.1888-24.12.1970), 1946-1953 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, seit 1953 Mitglied des Präsidiums der KPdSU.

82 Komarov, P. T. (1898-1983), 1952-1959 Stellvertretender Vorsitzender der Parteikontrollkommission beim ZK der KPdSU.

83 Siehe Reabilitacija, S.317-348.

Massenrepressalien auf und nannte alle erfundenen „antisowjetischen“ Organisationen, Blöcke und Zentren. Ein Abschnitt befaßte sich mit „groben Verletzungen der Gesetzlichkeit im Verlauf der Untersuchung im Fall Postyšev, Ejche<sup>84</sup>, Rudsutak<sup>85</sup>, Čubar<sup>86</sup>, Jevdokimov<sup>87</sup>, Kartvelišvili<sup>88</sup>, Unšlicht<sup>89</sup>, Nosov<sup>90</sup>, Bauman<sup>91</sup>, Komarov<sup>92</sup>“. Der Bericht ging auf „Verschwörungen“ in den Organen des NKVD ein und benannte Verletzungen der sowjetischen Gesetzlichkeit durch die Staatsanwaltschaft und den NKVD sowie das Militärkollegium des Obersten Gerichts. Auch die außergerichtlichen Gremien (gemeint waren Trojki und Dvojki) kamen zur Sprache. Der Bericht zielte auf den Nachweis der persönlichen Schuld Stalins und konzentrierte sich auf die Vernichtung der Eliten von 1935 bis 1937/38. Mikojan erinnerte sich, daß Pospelov, während er den Bericht vortrug, weinte. Eine Diskussion schloß sich an.

*Auszug aus der Protokollnotiz zur Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU über den Bericht der Kommission des ZK der KPdSU zur Feststellung der Ursachen für die Massenrepressalien gegen die Mitglieder und Kandidaten des ZK, die auf dem 17. Parteitag gewählt worden waren, 9. Februar 1956:*

[...]

*„Čruščev, Pervuchin, Mikojan: Stalin als Führer demontiert. Untauglich als Führer. Was ist das für ein Führer, wenn er alle umbringt. Man muß den Mut aufbringen, die Wahrheit zu sagen.*

*Vorschlag: Man muß darüber nachdenken was und wie man es dem Parteitag sagt. Wem man es sagt. Wenn wir es nicht sagen, sind wir gegenüber dem Parteitag unehrlich. Vielleicht sollte Gen. Pospelov den Bericht ausarbeiten und darin von den Ursachen erzählen: Personenkult, Konzentration der Macht in den Händen eines Einzelnen. In unehrlichen Händen. Wo soll davon die Rede*

84 Ejche, Robert (31.7.1890-2.2.1940), Parteifunktionär in Sibirien, 1937 Abgeordneter des Obersten Sowjets, 1937-1938 Volkskommissar für Landwirtschaft, 1938 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

85 Rudsutak, Jan (Jänis) (3.8.1887-29.7.1938), seit 1926 Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und der Rates für Arbeit und Verteidigung der UdSSR und Mitglied des Politbüros des ZK, 1931-1934 Vorsitzender der ZKK der KPdSU(B), 1937 verhaftet, 1938 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

86 Čubar, Vlas (10.2.1891-26.2.1939), seit 1920 Stellvertreter, danach Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Ukraine, seit 1934 Stellvertretender des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und des Rates für Arbeit und Verteidigung der UdSSR, 1937 Volkskommissar für Finanzen, verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

87 Jevdokimov, Efim (1891-2.2.1940), Abgeordneter des Obersten Sowjets.

88 Kartvelišvili, Lavrentij (16.4.1890-22.8.1938), seit 1923 Sekretär des ZK der KP(B) und Vorsitzender der Rates der Volkskommissare Georgiens, von 1933-1937 Erster Sekretär des Fernost-Kreiskomitees der KPdSU(B), 1937 Parteiausschluß.

89 Unšlicht, Iosif (19.12.1879-29.7.1938), seit 1935 Sekretär des Unionsrates des ZEK der UdSSR, 1937 verhaftet und zum Tode verurteilt, hingerichtet.

90 Nosov, Ivan (1888-27.11.1937), seit 1934 Mitglied des ZK, 1937 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

91 Bauman, Karl (17.8.1892-14.10.1937), 1929-1934 Sekretär, seit 1934 Abteilungsleiter im ZK, 1937 verhaftet, verstarb während der Untersuchung in Haft.

92 Komarov, N. (1886-1937), Parteifunktionär, seit 1931 Volkskommissar für Kommunalwirtschaft der RSFSR, 1937 verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

*sein: in der Schlußsitzung. Lenins Testament ist zu drucken und an alle Delegierten zu verteilen. Den Brief über nationalen Frage drucken und unter den Delegierten verteilen.*

*Gen. Molotov: Das muß man auf dem Parteitag sagen. Doch nicht nur das. Was die nationale Frage angeht, so ist Stalin der Fortsetzer Lenins. Doch wir haben 30 Jahre unter Stalin gelebt, die Industrialisierung durchgeführt. Nach Stalin sind wir als große Partei hervorgetreten. [...] Man muß kaltblütig an die Sache herangehen, bringt Kaganovič, Molotov zustimmend, vor.*

*Kaganovič: Wir konnten nicht widersprechen, warnt: Wir dürfen nicht zulassen, das Chaos entsteht.*

*Bulgandin: stimmt Chruščev zu. Man muß Stalins Rolle in zwei Etappen darstellen. In der zweiten Etappe hörte er auf, ein Marxist zu sein.*

*Vorošilov: Man muß alles viel gründlicher vorbereiten und vorsichtig vorgehen, jeder Patzer wird Folgen haben. Bis 1934 war Stalin ein guter Kerl, danach riß er die Macht an sich. Bis 1934 war seine Politik im wesentlichen richtig, für die Zeit danach einzelne Beispiele anführen.*

*Mikojan: Stalin bis 34 und Stalin nach 34. Vorher heroisch, danach schreckliche Dinge. Er hat die Macht an sich gerissen.*

*Suslov stimmt den zwei Stalin-Etappen zu. Ausgangspunkt soll das Schicksal der Delegierten des 17. Parteitages sein. [...]*

*Malenkov: Richtig, es dem Parteitag zu sagen. Kein Hinweis auf den Kampf gegen die Feinde kann die Vernichtung der Kader erklären. Der Führer war in der Tat ‚teuer‘. Nicht in zwei Etappen unterteilen, durch Personenkult miteinander verbinden. Kein gesondertes Referat über Stalin halten.*

*Aristov: Gegen die von Molotov, Kaganovič und Vorošilov vorgebrachten Einwände. Wir wollten einen Gott schaffen und ein Teufel ist dabei herausgekommen. Was Stalin betrifft, müssen wir die Wahrheit ohne Wenn und Aber sagen. [...]*

*Beljaev<sup>93</sup>: Weist die Einwände, nicht an Stalins Größe zu kratzen, zurück.*

*Saburov: Molotov, Kaganovič und Vorošilov beziehen eine falsche Position. Tricksen herum. Es gab nur einen Stalin und nicht zwei. [...] Es geht nicht um Mängel, wie Kaganovič sagt, sondern um Verbrechen. Man muß die ganze Wahrheit über Stalin sagen. [...]*

*Chruščev: Keine Einwände dagegen, daß es dem Parteitag mitgeteilt werden muß. Die Nuancen muß man berücksichtigen. Wir haben alle mit Stalin gearbeitet, das darf uns nicht die Hände binden. Wir müssen uns nicht schämen. Daß wir handeln können, haben wir schon im Falle Berija bewiesen. Damit haben wir uns den Weg für die Aktion freigemacht. Das können wir frei heraus sagen. [...] Überlegen, wer den Bericht vortragen soll.“<sup>94</sup>*

Am gleichen Tag, dem 9. Februar 1956, wurde zum Abschluß der Diskussion der Beschluß über die Berichterstattung auf dem Parteitag gefaßt. Der Kampf Stalins gegen die „Trotzkisten“ und die „Rechtsabweichler“ blieb hier noch außerhalb der Kritik. Gleichwohl fühlten sich viele Stalinopfer in ihrer Forderung nach weiteren Rehabilitierungen bestätigt. Als der bereits erwähnte Snegov und die ebenfalls aus dem Lager entlassene Šatunovskaja begannen, ihrerseits Chruščev Vorschläge für die Debatte auf dem Parteitag zu unterbreiten, verzichtete Chruščev auf seinen ur-

93 Beljaev, Nikolaj (1903-1966), 1952-1961 Mitglied des ZK.

94 Reabilitacija, S.349-351.

sprünglichen Plan, zum Thema öffentlich zu sprechen.<sup>95</sup> Snegovs Vorschlag, zwölf oder dreizehn ehemalige politische Häftlinge als Gäste zum Parteitag einzuladen, konnte nicht einfach abgelehnt werden. Aber Gegner des Anliegens durchkreuzten es. Am 3. Februar 1956 beschloß das Präsidium des ZK noch, rehabilitierte alte Bolschewiki als Gäste zum Parteitag einzuladen. Am 9. Februar war nur noch von einer Gruppe alter Kommunisten die Rede.<sup>96</sup> Zu ihnen gehörten Gleb Kržižanovskij<sup>97</sup>, Vladimir Antonov-Saratovskij<sup>98</sup>, Elena Stasova<sup>99</sup>, Grigorij Petrovskij<sup>100</sup>, Sofja Dzeržinskaja<sup>101</sup>, Serafima Gopner<sup>102</sup> und Lidija Fotieva<sup>103</sup>. Unter den 25 Gästen waren nur fünf, die auf Snegovs Liste standen. Und diese fünf erhielten keine Karten für die gesamte Dauer des Parteitages, sondern nur für ausgewählte Sitzungen.<sup>104</sup>

Anfang Februar wurden dann auch die wichtigsten Regie-Fragen erörtert. Chruščev erhielt den Auftrag, das dem Parteitag vorangehende Plenum des ZK der KPdSU zu eröffnen. Hier sollte er erklären, daß es das Präsidium des ZK für notwendig hält, in einer geschlossenen Sitzung den Bericht über den Personenkult zu halten. Am 13. Februar 1956 teilte Chruščev dem Plenum des ZK das auch tatsächlich mit, und er erklärte, daß er das Referat, das gerade ausgearbeitet wird, selbst vortragen wird. Gegenstimmen zu diesem Vorschlag gab es nicht. Bis dahin war unklar, ob nicht doch Pospelov anstelle von Chruščev als Redner aufgestellt wird. Doch der Erste Sekretär beharrte unter Hinweis auf seine Verantwortung gegenüber der Partei auf seiner Person als Redner und änderte im Protokoll die Formulierung „Der Vorsitzende schlägt vor, in der geschlossenen Sitzung das Referat der Sonderkommission des ZK zu hören“ in „Der Vorsitzende schlägt vor, in der geschlossenen Sitzung das Referat über den Personenkult zu hören“.<sup>105</sup>

Am 18. Februar 1956 lag dem Referenten ein von Pospelov und Aristov erarbeiteter Entwurf des Referates vor.<sup>106</sup> Einen Tag später, am 19. Februar 1956 diktierte

95 Siehe Sergej Chruščev: Pensioner sojuznogo značenija [Rentner der höchsten Kategorie], Moskva 1991.

96 Siehe Naumov, K istorii, S.23.

97 Kržižanovskij, Gleb (12.1.1872-31.3.1959), führender Staatsangestellter der Energiewirtschaft, 1929-1939 Vizepräsident der AdW der UdSSR, 1924-1939 Mitglied des ZK der KPdSU(B), wegen kritischer Bemerkungen zu Stalin ins berufliche Abseits gestellt.

98 Antonov-Saratovskij, Vladimir (19.7.1884-3.8.1965), 1921-1923 Rektor der Kommunistischen Universität, 1923-1938 Vorsitzender der Kommission für Gesetzesvorlagen beim Ministerrat der UdSSR, 1939-1952 im Justizapparat tätig.

99 Stasova, Elena (3.10.1873-31.12.1966), 1921-1926 im EKKI, 1927-1937 Vorsitzende der Internationalen Roten Hilfe, 1930-1934 Mitglied der PKK der KPdSU, 1935-1943 Mitglied der Internationalen Kontrollkommission der KI.

100 Petrovskij, Grigorij (22.1.1878-9.1.1958), 1922-1938 einer der Vorsitzenden des Gesamtkrainischen Zentrallexekutivkomitees.

101 Dzeržinskaja, Sofja (4.12.1882-27.2.1968), Feliks Dzeržinskis Frau.

102 Gopner, Serafima (26.3.1880-25.3.1966), seit 1945 Mitarbeiterin des IML beim ZK der KPdSU(B).

103 Fotieva, Lidija (1881-1975), Lenins Sekretärin.

104 Siehe Aksjutin, Novye dokumenty, S.124.

105 Naumov, K istorii, S.25.

106 Siehe Rehabilitacija, S.353-365.

Chruščev seine Zusätze zum Referat.<sup>107</sup> Es handelte sich um Passagen zu Lenins Stalin-Bewertung und um die Antwort auf die Frage, wie es geschehen konnte, daß die Delegierten des 17. Parteitages schlimmen Verfolgungen ausgesetzt gewesen waren. Hinzu kamen Ausführungen zur Leningrader Strafsache, der Ärzteverschwörung, zu den Ereignissen in Mingrelien, zu Eingaben und Briefen von Sowjetbürgern an das ZK, Bemerkungen über die Probleme in der Landwirtschaft und einige Anmerkungen zu Stalins Biographie und Charakter. Diese Bemerkungen knüpften an die Zuarbeiten von Pospelov und Aristov an.<sup>108</sup> Es erfolgten aber auch Ergänzungen durch andere Präsidiumsmitglieder. Am 9. Februar unterbreitete Mikojan Vorschläge zur Landwirtschaft, Saburov erinnerte an Stalins Rolle während des Krieges und die Gestaltung der internationalen Beziehungen nach dem 2. Weltkrieg, Šepilov<sup>109</sup> schlug vor, die Repressalien gegen einzelne Völker der Sowjetunion anzusprechen. Zu den Streichungen, die Chruščev vornahm, gehörte der Hinweis auf den Terror gegen das gesamte Volk und die Feststellung, daß es keine Opposition gegeben hat. Eine Episode, die Chruščev aufnahm, um das Verhältnis zwischen Stalin und den Politbüromitgliedern zu illustrieren – sie gipfelte in Stalins Frage, ob sie Angst hätten, daß er alle erschiese – wurde auf Vorschlag von Suslov wieder gestrichen.<sup>110</sup>

Der Historiker N. A. Barsukov kommt im Ergebnis des Vergleichs des Referates mit der Zuarbeit Pospelovs, die ungefähr ein Drittel des Gesamttextes umfaßte, zu der Schlußfolgerung, daß Pospelov, Šujskij<sup>111</sup> und Lebedev<sup>112</sup> nach dem 13. Februar den Auftrag erhalten hatten, eine erweiterte und überarbeitete Fassung des Referats zu erarbeiten. Als Motiv für diesen Schachzug Chruščevs sieht der Forscher den Versuch, die eigene Verantwortung für die Verbrechen des Hochstalinismus gegenüber der anderen herunterzuspielen.<sup>113</sup> Der Parteichef wollte nicht zu viel riskieren. Für diese These spricht die auf dem Juni-Plenum 1957 von Žukov<sup>114</sup> vorgebrachte Kritik an die Adresse von Malenkov, Kaganovič und Molotov, sie hätten es nach dem 20. Parteitag nicht für nötig erachtet, über ihre Schuld zu sprechen.<sup>115</sup>

Am 23. Februar 1956 schickte Chruščev den Entwurf des Referates den Mitgliedern und Kandidaten des Präsidiums und den Sekretären des ZK zu. Im Begleitschreiben gibt es keine Hinweise auf Streichungen oder Gegenstimmen, sondern lediglich Vermerke über acht Ergänzungs- und Änderungsvorschläge von diesen Genossen. Sie betreffen unter anderem Hinweise auf den bevorstehenden Jahrestag des Über-

107 Siehe ebenda, S.365-379.

108 Siehe Über den Personenkult und seine Folgen. Rede N. S. Chruschtschows in der internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU, 25. Februar 1956, in: Josef Gabert/Lutz Prieß (Hrsg.): SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990, hier S.21-35.

109 Šepilov, Dmitrij (23.10.1905-18.8.1995), 1952-1956 Chefredakteur der „Pravda“.

110 Siehe Naumov, K istorii, S.29.

111 Šujskij, G. T. (1907-?), 1950-1964 Sekretär von Chruščev.

112 Lebedev, I. K. (1907-1972), 1952-1955 Erster Sekretär des Omsker Gebietskomitees der KPdSU.

113 Siehe N. A. Barsukov: Zapiska Pospelova i doklad Chruščeva [Die Aufzeichnung Pospelovs und der Bericht Chruščevs], in: XX s<sup>o</sup>ezd. Materialy konferencii, S.52.

114 Žukov, Georgij (19.11.1896-18.6.1974), Marschall, Stellvertretender Oberkommandierender der Roten Armee im 2. Weltkrieg, 1953 Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, 1953-1957 Verteidigungsminister der UdSSR.

115 Siehe Molotov, Malenkov, Kaganovič 1957, S.37.

falls der Wehrmacht auf die UdSSR und die Erwähnung der Deportation ganzer Völker unter Stalin. Wer die einzelnen Marginalien verfaßte, konnte noch nicht ermittelt werden. Überliefert sind außerdem Vorschläge, wer entsprechende Ergänzungen bereitstellen könnte. So reichte Marschall Eremenko<sup>116</sup> am 24. Februar noch eine Information über Stalins Fehlentscheidungen zur Verteidigung von Stalingrad ein.<sup>117</sup>

Nikolaj Bulganin, erster Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden, leitete die geschlossene Sitzung des Parteitages am 25. Februar 1956. Nach Anhörung des von Nikita Chrusčev vorgetragene Referates „Über den Personenkult und seine Folgen“ stimmte der 20. Parteitag der KPdSU dem Referat zu und beauftragte das ZK der KPdSU, konsequent Maßnahmen in Angriff zu nehmen und durchzuführen, die die völlige Überwindung des mit dem Marxismus-Leninismus nicht zu vereinbarenden Personenkultes, die Liquidierung seiner Folgen auf allen Gebieten der Partei, der staatlichen und ideologischen Arbeit zum Inhalt haben und eine strenge Durchsetzung jener Normen des Parteilebens und Prinzipien der kollektiven Führung garantieren, die von Lenin erarbeitet wurden. Eine Publikation der Rede war zuerst nicht durchzusetzen. Am 5. April 1956 lag dem Präsidium des ZK der KPdSU der Entwurf einer in der Presse zu publizierenden Mitteilung „Im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR“ über die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Verurteilungen von Personen wegen politischen Verbrechen vor, ausgearbeitet am 26. März 1956 von Aristov, Pegov<sup>118</sup>, Rudenko und V. V. Zolotuchin.<sup>119</sup> Molotov, Bulganin, Suslov, Žukov und Vorošilov wandten sich jedoch gegen eine solche Publikation. Chrusčev stand mit seinem Vorschlag allein.

Am 13. April 1956 diskutierte das Präsidium darüber, welche Porträts in den Demonstrationen am 1. Mai mitgeführt werden sollten. Es wurde nicht verboten, Stalinbilder zu zeigen, sondern nur eine Empfehlung ausgesprochen, ausschließlich auf Porträts der Führer der internationalen Arbeiterbewegung zurückzugreifen.<sup>120</sup> Am gleichen Tag wurde Molotov als Leiter der Kommission des Präsidiums des ZK zur Überprüfung der Materialien der Moskauer Schauprozesse 1936-38 eingesetzt. Die von ihm geleitete Kommission sollte sich mit jenen Fragen beschäftigen, die Pospelov in Vorbereitung auf das „Geheimreferat“ nicht weiter hatte verfolgen können. Molotov verzichtete darauf, Pospelovs Arbeit fortzusetzen und lehnte unter Hinweis auf die „antisowjetische Tätigkeit“ der in den Schauprozessen verurteilten Angeklagten ihre Rehabilitierung ab.

---

116 Eremenko, Andrej (2.10.1892-19.11.1970), 1953-1958 Kommandeur des Militärbezirkes Nordkaukasus.

117 Siehe Aksjutin, *Novye dokumenty*, S.125.

118 Pegov, N. M. (1905-1991), 1953-1956 Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

119 Zolotuchin, V. V. (1907-?), 1952 Abteilungsleiter im ZK der KPdSU. Siehe Protokoll Nr. 9a. Zasedanie 5 aprlja 1956 g. [Protokoll Nr. 9a zur Sitzung am 5. 4. 1956], in: Presidium CK KPSS 1954-1964. Tom 1, S.118f., 934.

120 Protokoll Nr. 10. Zasedanie 13 aprlja 1956 g. [Protokoll Nr. 10 zur Sitzung am 13.4.1956], in: Presidium CK KPSS 1954-1964, Tom 1. S.121.

### 3. Kurzer Ausblick

Alle Nachfolger Chruščevs gaben vor, der von diesem Parteitag vorgegebenen Linie zu folgen. Leonid Brežnev<sup>121</sup>, der den Versuch unternahm, seinen im Oktober 1964<sup>122</sup> entmachteten Vorgänger der Vergessenheit anheim fallen zu lassen, verhinderte während seiner Amtszeit eine vertiefende Analyse und Diskussion der im Referat über den Personenkult und seine Folgen enthaltenen Fragestellungen.

Doch Chruščev selbst mußte in seinen letzten Dienstjahren immer wieder Kompromisse eingehen. Auf dem 21. Parteitag der KPdSU (1959) fand die Stalin-Debatte keine Fortsetzung. Insbesondere die Parteigeschichtsschreibung stand vor einem Dilemma. Chruščevs Forderung, den „Kurzen Lehrgang“ durch „ein populäres, auf den historischen Tatsachen beruhendes marxistisches Lehrbuch der Parteigeschichte“<sup>123</sup> abzulösen, wurde unterlaufen. Das Präsidium des ZK hatte am 26. April 1956 zwar beschlossen, bis zum 20. Juni 1956 einen Entwurf des zu schreibenden Buches vorzulegen und dessen Struktur skizziert. Doch neben inhaltlichen Fehlern, auf die Mikojan hinwies,<sup>124</sup> kritisierten Molotov und Kaganovič die Mißachtung Stalins<sup>125</sup> und wiesen darauf hin, daß es keine Geschichtsdarstellung, sondern ein Kommentar zum 20. Parteitag geworden sei. Suslov betonte, einige Bemerkungen in der Diskussion nicht zu verstehen.<sup>126</sup> Die Beratung wurde daraufhin vertagt. Auf das 1959 von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Ponomarev<sup>127</sup> vorgelegte Lehrbuch „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“<sup>128</sup> folgte die auf sechs Bände veranschlagte Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Sie wurde von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Petr Fedoseev verfaßt. Band 5/2, der nicht mehr in deutscher Übersetzung erschien, hatte die Jahre von 1945 bis 1959 zum Inhalt. Das dem 20. Parteitag gewidmete 6. Kapitel enthielt einen Abschnitt über die führende Rolle der Partei, in dem eher beiläufig die Kritik am Personenkult erwähnt wurde.<sup>129</sup> Mit der das „Taufwetter“ ablösenden Stagnation ab Mitte der sechziger Jahre änderte sich das „offizielle“ Stalinbild wieder. Neun Jahre nach dem 20. Parteitag hob Brežnev den gestürzten Stalin anläßlich der Feiern zum 20. Jahrestag des Sieges erneut auf den Sockel. An die Stelle der Kritik an Stalins Politik trat ein verbrämter Neostalinismus, die eingeleiteten Wirtschafts- und Agrarreformen

121 Brežnev, Leonid (6.12.1906-10.11.1982), 1964-1982 Erster bzw. Generalsekretär der KPdSU, 1960-1964 und 1977-1982 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

122 Siehe Protokoll [bes nomera]. Zasedanie 13 oktjabrja 1964 g. [Nicht beziffertes Protokoll zur Sitzung am 13.10.1964], in: Presidium CK KPSS 1954-1964. Tom 1, S.862-872.

123 Chruschtschow, Rechenschaftsbericht, S.151.

124 Siehe Mikojan, Tak bylo, S.589-596.

125 Siehe Lazar' Kaganovič: Pamjatnye zapiski rabočego, kommunističeskogo, profsojuznogo, partijnogo i sovetsko-gosudarstvennogo rabotnika [Erinnerungen eines Arbeiters und Kommunisten-Bolschewiken, Funktionärs der Partei-, Gewerkschafts- und Staatsapparates], Moskva 1996, S.559-564.

126 Siehe Protokoll Nr. 12a. Zasedanie 26 aprilja 1956 g. [Protokoll Nr. 12a zur Sitzung am 26.4.1956], in: Presidium CK KPSS 1954-1964. Tom 1, S.124f..

127 Ponomarev, Boris (4.1.1905-1995), seit 1952 Kandidat des ZK der KPdSU.

128 Siehe Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1960.

129 Siehe Istorija Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza v šesti tomach. [Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in sechs Bänden], Bd.5/2, Moskva 1980, S.454-463.

blieben in ihren Anfängen stecken. Es schien, als ob die Uhren nach Chruščevs Eröffnung des 20. Parteitages stehengeblieben waren.

Die Delegierten des 22. Parteitages der KPdSU (1961) stimmten der Entfernung Stalins aus dem Mausoleum zu. Doch den Konservativen um Brežnev gelang es bald, jede weitere Kritik an Stalins Kurs zu unterbinden und den Demokratisierungsprozeß zu stoppen. In den bis 1969 herausgegebenen drei veränderten und ergänzten Auflagen des 1959 von Ponomarev veröffentlichten Lehrbuchs kam es fortgesetzt zu Glättungen.<sup>130</sup>

Freilich ließen sich die von der Bevölkerung aufgegriffenen Impulse nicht völlig rückgängig machen, auch wenn – im Vergleich zum 1959 publizierten Lehrbuch<sup>131</sup> – im 1980 herausgegebenen Band 5/2 deren Bedeutung weiter relativiert wurden.

In der UdSSR erfolgte die Veröffentlichung von Chruščevs „Geheimreferat“ erst 1989 im Wortlaut.<sup>132</sup>

---

130 Siehe Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1971 (dritte, ergänzte Auflage), hier insbesondere S.695-704.

131 Siehe Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1960, S.832-845.

132 Siehe O kulte ličnosti, S.128-170. Diese Fassung diente als Vorlage für die Publikationen: Über den Personenkult und seine Folgen. Rede, in: Gabert/Prieß, SED und Stalinismus, S.8-68; Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Gen. N. S. Chruschtschow, auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1990.

# Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Thailands von ihren Anfängen bis 1947

Gunter Willing

Wer das flache Kernland des Königreichs Thailand mit den historischen Metropolen Bangkok, Sukhothai und Ayutthaya in Richtung Norden verläßt, lernt in dem berg- und waldreichen Phu Hin Rong Kla-Nationalpark einen imposanten Naturraum kennen, der für die neueste Geschichte des Landes eine herausragende Bedeutung besitzt. Ab 1968 übte im Gebiet von Phu Hin Rong Kla die Kommunistische Partei Thailands faktisch die Staatsmacht aus. Sie unterhielt eigene landwirtschaftliche Unternehmen, Werkstätten, Läden, Schulen, eine Zeitungsdruckerei und ein Krankenhaus. Erfolgreich schlugen dort kommunistische Kampfgruppen die Angriffe mehrerer Armeedivisionen zurück. Auf einem der höchsten Geländepunkte, dem Phaa Chu Thong-Felsen, wehte die rote Fahne der KP mit Hammer und Sichel in der rechten Ecke auf gelbem Grund weithin sichtbar ins Land. Ende der 1960er Jahre hatte die thailändische Regierung 35 der insgesamt 71 Provinzen des Landes zu „kommunistischen Unruheprovinzen“ erklärt und gab zu, daß sich 412 Dörfer und Siedlungen völlig unter kommunistischer Kontrolle befanden. Im amerikanischen Pentagon galt Thailand damals als „zweites Vietnam“.

Eine umfassende Geschichte der thailändischen Linken muß noch geschrieben werden. In ihr wird die KP einen herausragenden Platz einnehmen müssen, denn diese Partei war schon allein wegen der Zahl ihrer Unterstützer, aber auch hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Prestiges und ihrer Verbindung zur Arbeiter- und Bauernbewegung die mit Abstand bedeutendste linke Organisation des Landes.

Bereits die Nachkriegsperiode von 1945-1947 war innerhalb der KP eine Zeit intensiver Reflexionen, in der auf hohem intellektuellen Niveau über die zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung Thailands und Südostasiens debattiert wurde, ohne daß ein Generalsekretär oder ein Politbüro „die Linie“ vorgaben und heterodoxe Ansichten als „Verrat“ denunzierten. Das wird aus einer Parteipublikation verständlich, die 1978 mit dem sperrigen Titel „Geschichte unserer Partei und einige Lektionen, die aus ihrer Geschichte gelernt werden sollten“, erschien. Der Autor war Wirat Angkhathawon, der unter dem Schriftstellernamen *T. Phiannitthaja* publizierte.<sup>1</sup> In den 1960er/70er Jahren gehörte er zu den einflußreichsten Politbüromitgliedern und galt als besonders linientreuer Maoist. Daher dominiert bei ihm ein maoistischer Sprachduktus, und er unterliegt grotesken Fehleinschätzungen, etwa dem Dogma vom besonders revolutionären Bewußtsein der armen Bauern im modernen Thailand. Trotzdem lieferte Wirat ein einzigartiges historisches Dokument, dessen Be-

---

1 Siehe Somsak Jeamteerasakul: (Vorwort zu) Wirat Angkhathawon: Prawat lae bot-rian baang pragaan kong phak rau [Geschichte unserer Partei und einige Lektionen, die aus ihrer Geschichte gelernt werden sollten], in: Faa-diaw-gan, Krungthep 2546 [Bangkok 2003], H. 1, S.155.

deutung sich nicht nur darin erschöpft, daß es ein Medium der Selbstdarstellung und Selbstfindung der Partei war und aus ihm kommunistische Partei-Interna zu erfahren waren. Vielmehr muß der Versuch Wirats historisch-kritisch gewürdigt werden, kommunistische Parteigeschichte mit dem ganzen Ensemble innergesellschaftlicher Prozesse und internationaler Entwicklungen zu schreiben. Er hat wahrscheinlich Antonio Gramsci nicht gekannt. Jedoch erinnert man sich beim Lesen von Wirats Aufsatz an den von Gramsci im 13. seiner „Gefängnishefte“ gegebenen Hinweis: Die „Geschichte einer Partei zu schreiben bedeutet nichts anderes, als die allgemeine Geschichte eines Landes unter einem monographischen Gesichtspunkt zu schreiben, um einen charakteristischen Aspekt desselben hervorzuheben.“<sup>2</sup>

### *Der Anfang der kommunistischen Bewegung in Siam<sup>3</sup>*

Die Frühgeschichte der kommunistischen Bewegung in Siam begann mit den politischen Aktivitäten chinesischer und vietnamesischer Kommunisten, die in den 1920er/30er Jahren emigriert waren. Während die meisten kommunistischen Kader aus Französisch-Indochina und Niederländisch-Indien in Europa studiert hatten und nach dem Ersten Weltkrieg in der jungen kommunistischen Bewegung der europäischen Metropolen ihre ideologische Prägung erfuhren, „erhielten die thailändischen Kommunisten den Marxismus aus dem Osten“<sup>4</sup>. Seit 1929 gab es die siamische Sektion der South Seas Communist Party, die aus einer geheimen kommunistischen Gruppe innerhalb der Kuomintang (KMT) in Singapur hervorgegangen war und die die chinesisch dominierte kommunistische Bewegung nicht nur auf der malayischen Halbinsel, sondern in der gesamten südostasiatischen Region (außer den Philippinen) koordinieren sollte.<sup>5</sup> Ein Jahr später wurde die Kommunistische Partei Siams gegründet, die chinesische wie auch vietnamesische Mitglieder hatte.<sup>6</sup> Die Partei begann ihren politischen Kampf in einer Gesellschaft, die zwar nie eine politische und kulturelle Fremdbestimmung durch Kolonialmächte erfahren hatte, aber zu Beginn der 1930er Jahre immer noch durch die absolut herrschende Chakri-Monarchie kontrolliert wurde. Es gab kein Parlament, keine Verfassung. Historisch gesehen war die KP Siams somit der erste Versuch, eine politische *Partei* als gesellschaftliches Element in Siam zu etablieren.

### *Die Revolution von 1932 und das „Gesetz gegen den Kommunismus“*

Nachdem König Rama V. (König Chulalongkorn) im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erst in Zentralthailand und dann im Norden, Süden und Nordosten Siams Wirtschafts-, Finanz-, Rechts- und Verwaltungsreformen gewaltsam durchgesetzt

2 Antonio Gramsci: Gefängnishefte, hrsg. von Klaus Bochmann/Wolfgang Fritz Haug u. a., Hamburg-Berlin 1996, Bd. 7, S.1603.

3 Siam hieß ab 1939 Thailand. Nach dem Zweiten Weltkrieg hieß das Land wieder Siam, bevor es 1949 erneut in Thailand umbenannt wurde.

4 Wirat, *Prawat lae bot-rian*, S.177.

5 Siehe Somsak Jeamteerasakul: *The Communist Movement in Thailand*. A thesis submitted for the degree of Doctor of Philosophy, Department of Politics, Monash University, Melbourne 1991, S.54.

6 Siehe Kasian Tejapira: *Commodifying Marxism. The Formation of Modern Thai Radical Culture 1927-1958*, Center for Southeast Asian Studies, Kyoto University 2001, S.13.

hatte, dominierten landesweit kapitalistische Produktionsverhältnisse. Kapitalistische „Royals“ sowie die großen chinesischen Handelshäuser und ausländischen Investoren bildeten die wichtigsten Kapitalfraktionen. Der volkswirtschaftlich bedeutsame Naßreisbau im zentralthailändischen Tiefland mit dem Chao-Phraya-Fluß basierte auf der Arbeit kleiner Pächter-Reisbauern und auf Lohnarbeit besitzloser Landarbeiter auf Grund und Boden, den der König an Aristokraten und hohe Beamte verteilt hatte.<sup>7</sup> Ein bedeutender Teil der Agrar- und Bergbauprodukte, wie Reis, Zucker, Zinn und Teakholz, wurde als Kolonialwaren auf dem Weltmarkt gehandelt. Mit dem Bau bedeutender Infrastrukturprojekte zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstand ein Proletariat, welches sich vor allem aus chinesischen Einwanderern rekrutierte.

Die Große Depression von 1929 erfaßte auch Siam und führte zu einer gesamt-nationalen politischen und wirtschaftlichen Krise. In dieser Situation stürzte am 24. Juni 1932 eine Gruppe von Offizieren und zivilen Funktionsträgern, die sich zur *Kana raad*<sup>8</sup> zusammengeschlossen hatten, die absolute Monarchie von Rama VII. Dem König wurde eine Verfassung vorgelegt, die dieser unterschrieb. Geplant wurde der schrittweise Aufbau einer parlamentarischen Demokratie. Die Revolution von 1932, zu deren herausragenden Organisatoren und Planern der Gesellschaftswissenschaftler und Jurist im Staatsdienst Pridi Banomyong und der Armeeeoffizier Plaek Phibun Songkhram gehörten, führte zu einem weiteren Modernisierungsschub in Siam und erweiterte das Spektrum der herrschenden Klassen, zu dem nun auch die erstrangigen Repräsentanten der zivilen Bürokratie, vor allem aber die militärische Führung gehörten.

Der thailändische Antikommunismus wirkte nach 1932 politisch kohärenzstiftend zwischen Militäreliten, hohen zivilen Administratoren, großen Unternehmern, Repräsentanten des königlichen Hofes und buddhistischen Würdenträgern. In der Praxis wird sich der Antikommunismus für die nächsten 50 Jahre nicht nur in Form repressiver Maßnahmen gegen Mitglieder und Sympathisanten der KP zeigen, sondern das Fundament für einen *antidemokratisch-restaurativen Block* bilden, für den prinzipiell alle Reflexionen über Emanzipation, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Weiterentwicklung kommunistusverdächtig waren und der jene Menschen bereits als „Anhänger des Kommunismus“ denunzierte, die auf allgemeinen Schutzrechten menschlicher Individuen beharrten.<sup>9</sup> Am 2. April 1933 wurde von der neu gebildeten Regierung ein „Gesetz gegen den Kommunismus“ (also nicht speziell gegen die KP) erlassen, nachdem am Tage zuvor das Parlament aufgelöst worden war. Mit Blick auf die Einflußmöglichkeiten der jungen KP war dieses Gesetz pompös überzogen. Um 1932 berichteten britische Diplomaten aus Bangkok, daß die Partei im ganzen Land etwa 300 Mitglieder habe.<sup>10</sup>

7 Siehe Lindsay Falvey: *Thai Agriculture. Golden Cradle of Millennia*, Bangkok 2000, S.109ff.

8 *Kana raad* wird in der englischsprachigen Literatur *People's Party* übersetzt.

9 Der Kommunismusvorwurf nahm in den 1960er/70er Jahren schließlich skurril-tragische Züge an, wie ich aus Gesprächen mit älteren Thais aus ländlichen Gebieten erfahren konnte. Damals wurden nicht selten Dorfbewohner von ihren Nachbarn, mit denen sie über an sich banale Gründe im Streite lagen, als Kommunisten denunziert.

10 Siehe Somsak, *The Communist Movement*, S.76.

Wirat verwies in einem nüchternen Lagebericht, der ohne Schuldzuweisungen an einzelne Parteifunktionäre oder -gruppen auskam, auf die fehlende Vernetzung des vietnamesisch-dominierten Parteikomitees im Nordosten des Landes mit dem aus chinesischen Mitgliedern bestehenden ZK in Bangkok: „Die Parteiführung war sehr schwach. Die Parteioorganisationen zerfielen in kleine Gruppen, die mangelhaft miteinander verbunden waren. Wegen unserer mangelnden Wachsamkeit konnten Agenten der Geheimpolizei in unsere Organisationen eindringen und sie mehrere Male zerschlagen.“<sup>11</sup> Auf der Grundlage des Anti-Kommunismus-Gesetzes erhielten dann auch in den 1930er Jahren einige Dutzend KP-Mitglieder mehrjährige Gefängnisstrafen, einige wurden in ländliche Gebiete zwangsumgesiedelt, während Kommunistinnen und Kommunisten, die aus China eingewandert waren, Siam wieder verlassen mußten.<sup>12</sup>

Das „Gesetz gegen den Kommunismus“ definierte seinen Strafbestand anhand von zwei Kriterien: Kommunismus als Wirtschaftspolitik, die zur „Abschaffung von Privateigentumsrechten oder zur Übertragung dieser Eigentumsrechte an den Staat“ führt, und Kommunismus als Theorie zur „Unterstützung der Übergabe von Boden, Gewerbe, Kapital und Arbeit an den Staat“.<sup>13</sup> Mit diesem Gesetz setzte sich die rechte Fraktion der Kana raad gegen die Gruppe um Pridi Banomyong durch. Pridi, der 1933 Finanzminister war, wollte mit seinem Strategiepapier zu einer „Nationalen Wirtschaftspolitik“ in einem demokratisch gewählten Parlament eine umfassende Diskussion – nicht nur über die nächsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, sondern darüber hinaus über die weitere sozial-ökonomische Entwicklung des Landes anregen. Neben Vorschlägen zur Gründung einer Nationalbank, zur Konsolidierung des Staatshaushalts durch ein neues Steuersystem und zur Schaffung eines staatlichen Sozialversicherungssystems war es vor allem sein Plan, die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche Staatsfarmen zu übergeben. Der Plan rief große Unruhe unter den restaurativen Eliten des Landes hervor.<sup>14</sup> Pridi wurde als Kommunist denunziert und verlor seinen Ministerposten.

Ab Juni 1933 prägte das Militär die Regierungspolitik. Im Dezember 1938 wurde Plaek Phibun Songkhram Premierminister. Unter seiner Herrschaft wurden der Aufbau eines staatlichen Wirtschaftssektors beschleunigt und die thailändischen Streitkräfte aufgerüstet. Die Verachtung der parlamentarischen Demokratie und die Militarisierung des öffentlichen Lebens durch Phibun, der sich *phui-nam*, „Führer“, nennen ließ, die Propagierung einer angeblichen Überlegenheit der „Thai-Rasse“ gegenüber den anderen Völkern Südostasiens und die vehement vorgetragenen Ansprüche auf Gebiete in Französisch-Indochina und Britisch-Malaya waren jene

---

11 Wirat, *Prawat lae bot-rian*, S.178f.

12 Siehe *Bangkok Post*, 2.9.1946, S.3.

13 Charnvit Kasetsiri: *Prawat kaan-mueang thai 2475-2500* [Politische Geschichte Thailands 1932-1957], Krungthep 2544 [Bangkok 2001], S.145f.

14 Siehe Pridi Banomyong: *Outline Economic Plan (1933)*, in: Ders.: *Pridi by Pridi. Selected Writings on Life, Politics, and Economy*, hrsg. von Chris Baker and Pasuk Phongpaichit, Chiang Mai 2000, S.83ff.

politischen Eckpfeiler, die zum Kooperationspotential mit den faschistischen Achsenmächten, besonders mit Japan, werden sollten.<sup>15</sup>

*Die kommunistische Bewegung im Kampf gegen die japanische Besetzung (1941-1945)*

Am 8. Dezember 1941, wenige Stunden nach den Ereignissen von Pearl Harbor, drangen japanische Streitkräfte in Thailand ein. Japans Ziel war es, Thailand zu besetzen und als Aufmarsch- und Nachschubgebiet für seine Militäroperationen gegen die britisch-indischen Truppen in Burma zu nutzen. Phibun und die mit Japan kooperationswillige Fraktion der Staatsbürokratie setzten sich gegen die Politikergruppe um Pridi durch, die Thailand auf die Seite der Alliierten führen wollten. Am 21. Dezember 1941 schloß die Phibun-Regierung mit Japan einen Bündnisvertrag und erklärte am 25. Januar 1942 den USA und Großbritannien den Krieg.

Nachdem Thailand ein wichtiger Bestandteil der japanischen Aggressionslogistik geworden war, wurde im Süden des Landes eine kommunistische Freiwilligeninheit, *kong asa-samak*, aufgestellt. Sie konnte aber den japanischen Truppen keinen wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen, denn „unsere Kräfte waren immer noch sehr gering“, stellte Wirat fest.<sup>16</sup> Offensichtlich hörte die KP Siams zu Beginn des Jahres 1942 praktisch auf zu existieren. Einfluß hatten die kommunistischen Ideen aber auf die *luk-jin*, d. h. auf in Thailand geborene Kinder, deren Eltern aus China aus ökonomischen oder politischen Gründen eingewandert waren. Die chinesischstämmigen Nachkommen wuchsen nun in einem Milieu auf, das nicht nur Solidaritätsgemeinschaften gegen Angriffe der rassistischen Fraktion des Thai-Nationalismus ausbildete, sondern welches – im Unterschied zum thailändischen Mehrheitsumfeld – hochpolitisiert war und in dem mit der linken KMT oder sogar mit kommunistischen Ideen sympathisiert wurde. In Bangkok gingen die *luk-jin* zuerst auf chinesische Schulen, die es seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts gab, und wurden dort von überraschend vielen kommunistischen Lehrern unterrichtet, die vor allem nach 1927 wegen politischer Repressalien durch das Tschiang Kaischek-Regime aus China emigriert waren. Danach folgte eine westlich orientierte Ausbildung an den renommierten christlichen Missionsschulen in Bangkok. Die meisten Politbüro-Mitglieder nach dem Zweiten Weltkrieg, unter ihnen auch Wirat, gingen diesen Bildungs- und Sozialisationsweg.<sup>17</sup>

Eine Gruppe *luk-jin* stand am 1. Dezember 1942 hinter der Neugründung der KP Siams als *Phak Khommunit Thai*, Thailändische Kommunistische Partei (TKP).<sup>18</sup> Wirat bezeichnete den Gründungstag als den 1. Nationalen Parteikongreß, zu dem sich

15 Siehe Sulak Sivaraksa: *The Crisis of Siamese Identity*, in Craig J. Reynolds (Hrsg.): *National Identity and its Defenders. Thailand, 1939-1989*, Chiang Mai 1991, S.47.

16 Wirat, *Prawat lae bot-rian*, S.180.

17 Siehe Somsak, *The Communist Movement*, S.76-80; G. William Skinner: *Chinese Society in Thailand. An Analytical History*, Ithaca 1957, S.156ff.

18 Mit ihrer Bezeichnung als *Phak Khommunit Thai* wollte die KP ihren ethnischen Charakter als Partei für Thais hervorheben. Neben der Mehrheit der Thais gab es in Siam u. a. chinesische, indische und malayische Bevölkerungsgruppen. In der Realität hatte die Partei aber zum Zeitpunkt ihrer Neugründung vor allem *luk-jin* als Mitglieder. Ab 1952 nannte sich die Partei dann Kommunistische Partei Thailands und betonte wieder ihren nationalen Charakter.

Delegierte aus dem gesamten Land versammelt hatten und diesmal eine KP gründeten, die nicht wieder auseinanderfiel, sondern sich zu einer Partei entwickelte, die in den folgenden 40 Jahren für eine revolutionäre Umwälzung der thailändischen Gesellschaft kämpfte. „Auf der Tagung wurde der politische Rechenschaftsbericht der provisorischen Parteiführung diskutiert. Mit den Losungen ‚Zu den Massen gehen und den Widerstand gegen die Japaner organisieren!‘ formulierten die Kommunistinnen und Kommunisten ihre nächsten Aufgaben. Nach der Annahme des Parteistatuts wurde das ZK gewählt, das sich damals noch Exekutivkomitee nannte.“<sup>19</sup>

Nach der japanischen Okkupation gründete die KP in Bangkok eine Reihe von Arbeiterwohlfahrtsverbänden, z. B. in Tabakfabriken, bei der Eisenbahn, in Reismühlen, Holzwerken und im Hafen. In diesen geheimen Organisationen wurde materielle Hilfe für Opfer alliierter Bombenangriffe organisiert. Ab der zweiten Jahreshälfte 1943 und vor allem 1944 konnte die TKP über diese Verbände einen bedeutenden Einfluß auf das Bangkokere Proletariat, vor allem auf die ethnischen Gruppe der chinesischen Arbeiter gewinnen. In Fabriken, die in japanischem Besitz waren und anderen japanischen Unternehmen in Südostasien zuarbeiteten, gab es mehr als 150 Streiks, entstand eine Arbeit-langsam-Bewegung, wurden kriegswichtige Rohstoffe gestohlen und Maschinen und Produkte absichtlich zerstört.<sup>20</sup> So sollte die japanische Kriegsökonomie sabotiert werden.

Im Verlaufe ihrer Untergrundarbeit in der hauptstädtischen Industrie konnte die KP während des Krieges erstmals eine bemerkenswerte Zahl von ethnischen Thais als Mitkämpfer gewinnen und sie in antijapanische Sabotageaktionen einbinden, z. B. Charoen Wan-ngaam, der dann in den 1960er/70er Jahren Generalsekretär werden sollte, oder Prasit Traphianthong, ein späteres ZK-Mitglied. Charoen arbeitete 1943 in einer Bangkokere Großfleischerei, um so sein Studium finanzieren zu können. Prasit war Arbeiter in einer Tabakfabrik.

Wirat würdigte die mutige kommunistische Organisation des antijapanischen Widerstands, ohne sie hinsichtlich ihrer militärischen Bedeutung zu heroisieren: „Man kann sagen, daß die Politik unserer Partei während der japanischen Okkupation im großen und ganzen richtig war.“<sup>21</sup> Eine verhaltene Einschätzung gab Wirat auch in Hinblick auf das Verhältnis der KP zu den *Seri Thai*, der Bewegung „Freie Thais“, d. h. der nichtkommunistischen und von den Alliierten unterstützten antijapanischen Befreiungsbewegung unter Leitung von Pridi: „Unsere Partei knüpfte Beziehungen zur Pridi-Bewegung, ohne daß es aber einen förmlichen Vertrag gegeben hat.“<sup>22</sup> Als einen strategischen Fehler bezeichnete Wirat dagegen, daß sich nach der Beendigung des Krieges die Kampfgruppen der KP, die aus ihren Dschungelverstecken heraus operiert hatten, auflösten und in die Städte zurückgingen, anstatt in den ländlichen Gebieten als KP-Agitatoren tätig zu werden: „Uns fehlte das Verständnis für ein

---

19 Wirat, Prawat lae bot-rian, S.180.

20 Siehe Sungsidh Piriyarangsān: Prawat kaan-too-suu kong kammakoon thai [Die Geschichte des Kampfes der thailändischen Arbeiter], Social Research Institute, Chulalongkom University, Bangkok 1986, S.152f., 160f.

21 Wirat, Prawat lae bot-rian, S.180.

22 Ebenda.

bedeutendes Problem, für das Bauernproblem. Unsere meisten Aktivitäten fanden unter den Arbeitern und den kleinen Geschäftsleuten statt, während wir den Bauern nicht genug Aufmerksamkeit schenkten.“<sup>23</sup> Dieses Setzen auf Distanz zur ehemaligen Parteilinie – mehr als 30 Jahre nach Kriegsende – erfolgte nach dem maoistischen Richtungswechsel der TKP. Die Partei hatte sich in den 1970er Jahren aus den urbanen Gebieten in die Dschungel zurückgezogen und griff aus dieser Richtung mit ihren Bauernpartisanen Armee und Regierung an, um im „angeblich halb-feudalen, halb-kolonialen Thailand die Revolution zu entfachen“.<sup>24</sup> Wirats Kritik an der Politik der Partei während des japanischen Besatzungsregimes blieb im Moderaten und war nicht inszeniert, um angebliche Abweichler aus den eigenen Reihen zu denunzieren. Wir erfahren lediglich, daß gegen Kriegsende die bewaffneten Kräfte der KP „jene Gruppen liquidieren wollten, die die Nation an die Japaner verkauft oder sich als Informanten angedient hatten“.<sup>25</sup>

*Die Thailändische Kommunistische Partei und das Nachkriegsprojekt „Demokratie“*

Am 16. August 1945, zwei Tage nach der japanischen Kapitulation, verkündete Pridi in seiner Eigenschaft als Regent, der den im Ausland studierenden König Rama VIII. vertrat, eine Friedensproklamation, in der die Kriegserklärungen der Phibun-Regierung an Großbritannien und die USA aufgehoben wurden. Mit dieser Friedenserklärung begann in Thailand jene aufbruchsenthusiastische Periode der Nachkriegszeit, in der sich zwei linke Kollektive – die Gruppe um Pridi und die KP – ohne staatliche Repressivmaßnahmen für demokratische Verhältnisse einsetzen konnten. Im Januar 1946 wurde nach acht Jahren wieder ein Parlament gewählt. Pridi, ausgestattet mit der Reputation des Revolutionärs von 1932 und des Führers der Seri-Thai-Bewegung, wurde im gleichen Jahr für einige Monate Premierminister und griff dann als ernannter *senior statesman* in die Politik ein. Für den gesamten Zeitabschnitt galt er als der herausragende Repräsentant für die politisch-kulturelle Wende des Landes. Unterstützt wurde Pridi vor allem von der *Phak Sahachip*, einer nach dem Krieg gegründeten Partei, „die sich deutlich zu Liberalismus und Sozialismus bekannte“<sup>26</sup> und in der sich auffallend viele Lehrer engagierten. Die Partei hatte gute Beziehungen zur KP. Die Wähler der Phak Sahachip lebten meist in den ländlichen Gebieten des Isan, des armen Nordosten Thailands, der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert periodisch von Bauernaufständen gegen die Unterdrückung durch die Zentralmacht in Bangkok erschüttert wurde. Zu den Pro-Pridi-Parteien gehörte auch die *Naew rattha-thammanuun*, die sich als liberale Partei und Verteidigerin der Revolution von 1932 sah.<sup>27</sup> Ihre Anhänger waren vor allem die zivilen und militärischen

23 Ebenda.

24 Ji Giles Ungpakom: A Marxist History of Political Change in Thailand, in: Ders. (Hrsg.): Radicalising Thailand. New Political Perspectives, Institute of Asian Studies, Chulalongkorn University, Bangkok 2003, S.10.

25 Wirat, Prawat lae bot-nan, S.180.

26 Charnvit, Prawat kaan-mueang, S.440. Die *Phak Sahachip* wird in der englischsprachigen Literatur als *Unionist Party* oder *Cooperative Party* bezeichnet. Siehe Pasuk Phongpaichit/Chris Baker: Thailand. Economy and Politics, New York 1999, S.266.

27 *Naew rattha-thammanuun* erscheint in der englischsprachigen Literatur als *Constitution Front*.

Angehörigen der Kriegsmarine. Der Kommunist Prasert Sapsunthorn wurde durch die Januar-Wahlen von 1946 von der südlichen Provinz Surat Thani in das Parlament gewählt. Am 11. Oktober 1946 berichteten die Bangkokker Zeitungen in großer Aufmachung, daß vom Parlament das „Gesetz gegen den Kommunismus“ von 1933 – gegen den Widerstand von Abgeordneten aus den rechtsgerichteten und royalistischen *Phak prachaathipat* – außer Kraft gesetzt wurde.<sup>28</sup> Prasert hatte mit taktischem Geschick und seinem intellektuell-souveränen Auftreten maßgeblich dazu beigetragen, daß es bei der parlamentarischen Abstimmung über diesen innenpolitischen Einschnitt eine breite Mehrheit gegeben hatte. Erstmals in ihrer Geschichte konnten sich die thailändischen Kommunistinnen und Kommunisten ohne Repressalien für ihre gesellschaftlichen Ziele einsetzen. Es war mehr als eine Fußnote in der Geschichte des thailändischen Parlaments, daß nach dem Fall des Anti-Kommunismus-Gesetzes einige Abgeordnete einer erstaunten Öffentlichkeit von ihrer bisher geheimgehaltenen Mitgliedschaft in der KP berichteten.

An diesem historischen Wendepunkt begann auch die politische Karriere von Prasert Sapsunthorn, der sich in den 1950er Jahren zu einem innerparteilichen Kritiker entwickelte. Nach 1958 brach Prasert mit der Partei, da er ihre Linie des bevorzugten bewaffneten Kampfes nicht mittragen wollte. Prasert wurde der erste prominente „Ex-Kommunist, der die Seiten wechselte“.<sup>29</sup> Er war ab 1967 als Berater für das thailändische Militär tätig, welches mit Unterstützung der USA das *Communist Suppression Operations Command* gebildet hatte, um eine Strategie gegen die im Grenzgebiet zu Laos erfolgreich operierenden kommunistischen Partisanen zu entwickeln. Daher verwundert es nicht, daß Wirat in seinem Aufsatz über die parlamentarische Arbeit von Prasert schwieg. Für ihn waren die „halblegalen Bedingungen“, unter denen die Partei in der Nachkriegszeit existieren konnte, vor allem ein aus außenpolitischen Erwägungen heraus erzwungenes Zugeständnis der Regierung in Bangkok, die sonst mit ihrem Antrag zur Aufnahme in die UNO am Veto der UdSSR gescheitert wäre. Nach dem Fall des Anti-Kommunismus-Gesetzes flogen in Thailand die Hoffnungen nicht nur der kommunistisch Engagierten, sondern aller an Demokratie Interessierten hoch. Die KP formulierte ihre Ziele mit Rückendeckung der Arbeiterbewegung. Am 1. Mai 1947 demonstrierten mehr als 70.000 Menschen in der Metropole. „Unübersehbar – und der kommunistischen Parteifahne zum Verwechseln ähnlich – wehten die roten Gewerkschaftsbanner“, berichtete die „Bangkok Post“.<sup>30</sup> Die KP plane weder die Enteignung irgendwelcher „Kulaken“ oder die „Nationalisierung“, wunderte sich der amerikanische Korrespondent Walter Briggs. „Wofür steht ihre Partei?“, fragte er Prasert Sapsunthorn. Die Persönlichkeit des Kommunisten und die Antwort, die Briggs von ihm bekam, waren voller Überraschung: „In einem klassischen Thai-Haus auf Stelzen, gelegen in einem Außenbezirk von Bangkok, umgeben von Palmen, traf ich Prasert. Ein dunkler, schöner, ehemaliger Mönch saß da, sein Haar leicht gekräuselt, auffallend schmale Finger, mit denen er auf einem

---

<sup>28</sup> *Phak prachaathipat* erscheint in der englischsprachigen Literatur als *Democratic Party*.

<sup>29</sup> Ji Giles Ungpakom: *A Marxist Account of the Modern Thai Working Class*, Asia Monitor Resources Centre and Workers' Democracy Book Club, Bangkok, February 1999, S.7.

<sup>30</sup> Bangkok Post, 2.5.1947.

Teetisch klopfte, während er mir verkündete: ‚Wir wollen die vollständige Demokratisierung Siams.‘<sup>31</sup>

„Kommunismus“ bestimmte die KP mit Blick auf Marx’ „Kritik des Gothaer Programms“ als eine zukünftige Gesellschaft, in der gelten sollte: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ An diesem verteilungskommunistischen Fernziel zwar festhaltend, aber es nicht weiter kommentierend, hatte die Partei Ende 1945 in ihrer programmatische Erklärung „Was die thailändischen Kommunisten jetzt unternehmen werden“ zehn Reformvorschläge für die nächsten Monate und Jahre formuliert, mit denen sie – gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien – Siam schrittweise in ein Land der Demokratie, des Wohlstands für alle und der friedlichen Beziehungen zu allen seinen asiatischen Nachbarn umbauen wollte.<sup>32</sup> Weder fielen die Begriffe „Kommunismus“, „Imperialismus“, „Feudalismus“, noch bezog man sich auf die „Ideen Mao Zedongs“. Keine andere politische Gruppe hatte ein so konzises und den wirtschaftlichen Nachkriegsbedingungen angepaßtes Programm. Die Arbeiterklasse wurde aufgerufen, für Lohnerhöhungen, den Acht-Stunden-Tag und für eine allgemeine Sozialversicherung zu kämpfen. (Die letzten bei den sozialpolitischen Forderungen sind in Thailand bis heute nicht erfüllt.) Für die Landwirtschaft wurden Staatshilfen zur Modernisierung und für verarmte Bauern gefordert. In weiteren Programmpunkten wurden freie Bildung für das gesamte Volk, staatliche Unterstützung der landwirtschaftlichen, gewerblichen und handwerklichen Genossenschaften, ein gerechtes Steuersystem, protektionistische Maßnahmen zugunsten einheimischer Unternehmen und Investitionsanreize für ausländische Investoren verlangt.

Wenn mit dem heutigen Wissen diese geplanten Eingriffe eingeschätzt werden, überrascht, in welchem Ausmaß die Partei zukünftige krisenhafte Prozesse in der thailändischen Zivilgesellschaft als Sphäre des Ringens um Demokratie und des Kampfes gegen Korruption und Klientelismus vorweggenommen hat. So forderte die KP, die Prinzipien des demokratischen Parlamentarismus, von Bangkok ausgehend, auch auf die Provinzen und ländlichen Gebiete auszudehnen. Statt dessen entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im ländlich-provinziellen Thailand die politisch-ökonomische Herrschaft der *chao pho*, jener „Paten“, die ihr Kapital durch Schmuggel, in der Glücksspielbranche und in der Sexindustrie akkumulieren, die aber keine Steuern zahlen und keiner behördlichen Kontrolle unterworfen sind, weil sie enge Beziehungen zu den Staatsapparaten haben. Die konsenstragende Stabilität ihrer Herrschaft zeigt sich darin, daß die *chao pho* eine „beachtliche Legitimität in ihrem Heimatgebiet haben“,<sup>33</sup> indem sie sich als klientenzentrierte Interessenvertreter einheimischer Bevölkerungsgruppen gegenüber der Metropole Bangkok generieren oder subalterne Gruppen ihrer Provinz finanziell unterstützen, damit diese zu den Parlamentswahlen die „richtigen“ Politiker wählen.

31 Bangkok Post, 7.8.1947.

32 Die programmatische Erklärung ist abgedruckt in Frank N. Trager: *Marxism in Southeast Asia. A Study of Four Countries*, Stanford 1959, S.92f.

33 James Ockey: *The Rise of Local Power in Thailand. Provincial Crime, Elections and the Bureaucracy*, in: Ruth McVey (Hrsg.): *Money and Power in Provinzial Thailand*, Singapore/Chiang Mai 2000, S.81.

Ein weiterer Abschnitt im KP-Sofortprogramm von 1945 betraf die demokratische Kontrolle aller bewaffneten Kräfte. Mit dem Militärputsch vom 8. November 1947 wurden die ersten Ansätze einer parlamentarischen Einflußnahme auf das Militär zerstört. Bis in die 1970er Jahre hinein unterbrachen nun blutige Putschs einer hochpolitisierten Armee und gewaltsam ausgetragene Rivalitäten zwischen Armee, Kriegsmarine, Polizei und ziviler Bürokratie die sozial-emanzipatorische Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, der Bauernverbände und der Studentenbewegung.

Die TKP sah sich stets als eine radikal patriotische Partei. Für uns Kommunisten „bestand der Wunsch“, so Wirat in seiner Parteigeschichte, stets „eng mit Thailand verbunden zu sein“.<sup>34</sup> Zum Patriotismusverständnis der Kommunistinnen und Kommunisten gehörte auch die Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte des Landes: Wie umfassend war die Kollaboration mit Japan während des Krieges? Welche gesellschaftlichen Gruppen waren an einer Zusammenarbeit mit Japan interessiert? Welchen Platz sollte Thailand in den japanischen Plänen für ein „Groß-Ostasien“ einnehmen? Wirat erinnerte sich: „Wir forderten die Bestrafung der thailändischen Kriegsverbrecher und protestierten gegen die Restauration des Faschismus in unserem Land.“<sup>35</sup> Angesichts der britischen Forderung nach Reparationen durch kostenlose Lieferung von 1,5 Mio t Reis, die bald zu Versorgungsengpässen und hohen Schwarzmarktpreisen führte, war die Aufarbeitung der Geschichte alles andere als akademisch, sondern hatte für große Teile der Bevölkerung die Dimension einer „Magenfrage“. Die USA waren an einer umfassenden Diskussion über das Ausmaß der thailändischen Kollaboration mit Japan nicht interessiert und verzichteten demonstrativ auf Kriegsschadigungen. Im großen Kontext der tektonischen Verschiebungen der Nachkriegsgeschichte durch die Erfolge der KP Chinas und der Volksbewegungen in Indochina, Burma, Indien, Indonesien, Malaya und Ceylon planten die USA, Thailand als ihren strategischen Partner aufzubauen. Es schien uns, so Wirat, daß sich die Amerikaner „von Tag zu Tag mehr für Thailand interessierten“.<sup>36</sup> Die ehemals mit Japan verbundenen Eliten dienten weiter im Militär oder traten nun als Royalisten, Antikommunisten oder Gegner Pridis parteipolitisch in Erscheinung. Mit der Pridi-Regierung war sich die Partei einig, in der Nachkriegszeit bei der Begleichung der englischen Kriegsschadigungsforderungen alles zu unternehmen, „um England keinen Vorwand zu liefern, sich die im Lande zurückgelassenen japanischen Waffen aneignen zu können“.<sup>37</sup> Auch die Begehrlichkeiten der KMT hinsichtlich dieser Waffen wurden von der Partei zurückgewiesen.

Ausführlich ging Wirat in seiner Parteigeschichte der Frage nach, welche Bedeutung die bestehenden Nachbarschaften von thailändischer Mehrheit zu ethnischen Minderheiten auf die Politik der TKP hatten. Die ethnische Frage war für die Partei offensichtlich von besonderer Bedeutung. Während vietnamesische Revolutionäre, wenn sie sich in den 1930er Jahren in Thailand aufhielten, ohne besondere Formalien Mitglied der KP Siams werden konnten, praktizierte die TKP eine dichotomi-

---

34 Wirat, *Prawat 1ae bot-rian*, S.181.

35 Ebenda.

36 Ebenda.

37 Ebenda.

sche Politik gegenüber der lokalen chinesischen Bevölkerung, den luk-jin und den ethnischen Thais. Die Partei bestand nach ihrer Gründung aus zwei Sektionen, indem sie ihre Agitation unter ethnischen Chinesen von ihrer Arbeit unter den luk-jin und ethnischen Thais trennte. Nach dem Kriege blieb die TKP weiter bestehen, aus ihrer chinesischen Vorkriegssektion aber entstand die Chinesische Kommunistische Partei Thailands, die, so Wirat, ihre Aufgabe darin sah, „die lokalen Chinesen für die Unterstützung der Revolution in ihrem chinesischen Vaterland zu gewinnen“.<sup>38</sup> Und TKP-Führer Praphan Wirasak stellte 1947 fest, daß alle Mitglieder der Partei Thais sind, und es daher für Nicht-Thais „absolut keine Möglichkeit gibt, an unserer Parteiarbeit teilzunehmen oder sie gar anzuleiten“.<sup>39</sup> In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es also zwei Kommunistische Parteien in Thailand mit voneinander getrennten Parteiorganisationen und jeweils eigenen Zeitungen.

Die ethnische Politik der KP bewährte sich nach dem sogenannten „Zwischenfall in der Yaowarat-Road“ am 6. September 1945. Diese Straße ist das Herzstück von Bangkoks China Town. Unmittelbar nach der japanischen Kapitulation wurde dort die chinesische Flagge gemeinsam mit den Nationalfahnen der Länder der Anti-Hitler-Koalition gehißt. Demonstrativ wurden dabei die Fahnen Siams eingeholt, um so zu unterstreichen, daß das Land zu den Verlierern des Krieges gehört. Hinter diesem Manöver standen örtliche Kreise der KMT, die von der Regierung freie Betätigung ihrer Organisationen und die Zulassung chinesischer Schulen mit ausschließlich chinesischer Unterrichtssprache forderten. Die Situation eskalierte, als am 21. September Gruppen von Thais in der Yaowarat-Road chinesische Geschäfte plünderten und chinesische Wohngebäude beschossen. Um die Bewohner vor den Banden zu schützen, gründeten Chinesen und Thais eine chinesisch-thailändische Miliz, das Sino-Thai Security Corps, in deren Leitungsgremium sich auch chinesische und thailändische Kommunisten engagierten.<sup>40</sup>

Die TKP verstand sich in den zwei Nachkriegsjahren von 1945 bis 1947 sowohl als Teil „einer hohe Wellen schlagenden Volksbewegung“<sup>41</sup>, als auch als ein zur Konstruktivität angehaltener Ratgeber einer demokratisch gewählten Regierung. Der zunehmende Einfluß der Partei stand in Wechselwirkung mit einer neuen Etappe der thailändischen Arbeiterbewegung, in der zwei Jahre nach Kriegsende in allen ihren ethnischen Teilen „der Wunsch nach organisatorischer Vereinigung wuchs“. So entstand „gegen die immer noch bestehenden Antikoalitions-gesetze der Gewerkschaftsbund *Saba Achiva Kammakoon Haeng Prathet Thai*“<sup>42</sup>, der thailändische und chinesische Gewerkschaften umfaßte. In ihm galten kommunistische Funktionäre als

38 Ebenda.

39 Mahachon, 1.6.1947.

40 Siehe Somsak, *The Communist Movement*, S.163f.; Skinner, *Chinese Society in Thailand*, S.279.

41 Wirat, *Prawat lae bot-rian*, S.181.

42 Arom Pongpangan: *Kammakoon khwaam-ruu kiao-kab khabuan-kaan kammakoon* [Arbeiter eignen sich Wissen über die Arbeiterbewegung an], o. 0. (Bangkok), phruesachikajon 2522 [November 1979], S.46. *Saba Achiva Kammakoon Haeng Prathet Thai* wird in der englischsprachigen Literatur als *Central Union of Labour* (CUL) übersetzt. Siehe Bevans D. Mabry: *The Development of Labor Institutions in Thailand*, Data Paper No. 112, Southeast Asia Programme, Department of Asia Studies, Cornell University, Ithaca-New York, April 1979, S.43.

besonders aktive Kämpfer für die *phuü noi*, für die „kleinen Leute“. Die KP-Zeitung „Mahachon“ berichtete fast täglich über gewerkschaftliche Kampfaktionen. Trotzdem gab es immer noch keine Arbeitsgesetzgebung. Streikende Arbeiter mußten stets damit rechnen, daß die Unternehmer mit Polizeihilfe den Streik gewaltsam beendeten. So kann aus dem Bericht der „Bangkok Post“ vom 17. Juni 1947 über einen Streik um Lohnerhöhungen in einer Ölmühle in Thonburi der zeittypische Verlauf der Konfrontation zwischen Lohnarbeit und Kapital entnommen werden: Von den insgesamt 60 chinesischstämmigen Streikenden wurden 13 Arbeiter von der Unternehmensleitung als besonders streikaktiv eingeschätzt und auf dem Werksgelände der Polizei übergeben. Anschließend wurden Thais eingestellt, um die Arbeit der Streikenden unter Polizeischutz zu übernehmen. Mitte 1947 nutzten daher Gewerkschafter die kommunistische Presse als Forum, um über das Recht zur Bildung von Gewerkschaften, das Streikrecht, Arbeitsschutzbedingungen, Mindestlöhne und Höchstarbeitszeiten zu diskutieren.<sup>43</sup>

In der unmittelbaren Nachkriegszeit begann eine Periode, in der die TKP auf jene Gruppen der thailändischen Intelligenzia, die außerhalb des königlichen Hofes und der Staatsbürokratie standen, starken Einfluß erlangte. Ein Parteiverlag wurde gegründet. Neben der „Mahachon“ erschien regelmäßig „Kosok Phak“, das „Bulletin der Partei“. Im Büro der „Mahachon“-Redaktion war ein ständiges Kommen und Gehen. Wissenschaftler, Studenten, Lehrer, Schriftsteller, Künstler und Journalisten, Menschen, „die einfach neugierig waren auf die kommunistische Partei, konnten hereinkommen und mit Parteimitgliedern offen über alles reden“.<sup>44</sup> Dann trafen sie z. B. auf Wirod Amphai, den offiziellen Besitzer der „Mahachon“, der bereits im Krieg enge Beziehungen zur Pridi-Gruppe hatte und aufgrund seiner Kontaktfreudigkeit als „Außenminister“ der Partei galt. Oder man unterhielt sich mit Sak Suphakasem, dem Herausgeber der Zeitung, der auch Gedichte verfaßte und Chinesisch und Russisch sprach. Oder man fragte den Redakteur Udom Sisuwat, der schon 1938 in China gegen die Japaner gekämpft hatte und dessen politische Kolumnen und Essays über Literatur zum Besten gehörten, was die publizistische Kultur des Landes damals zu bieten hatte. Die KP-Funktionäre ihrerseits konnten in der Redaktion Kontakte zu zahlreichen nichtkommunistischen Intellektuellen knüpfen. Es war ebenfalls die Zeit, in der die Parteijugendorganisation unter den Studentinnen und Studenten sehr bekannt war. Besonders viele Sympathisanten hatte sie an der Bangkok-er Thammasat-Universität, an jener Universität, die von Pridi 1934 gegründet worden war.

Der demokratische Aufbruch der unmittelbaren Nachkriegszeit formte die TKP bis 1947. Die Partei wurde von der jungen Arbeiterbewegung, die gerade die ersten Schritte unter demokratischen Verhältnissen unternahm, als wichtigster Partner angesehen. In dieser Zeit gab es in der Partei keine Gloriolen, keine Säulenheiligen, kein falsches Selbstlob. Der Umgang der Parteikader untereinander – meist luk-jin, oft aus angesehenen Familien stammend und mit überdurchschnittlicher Bildung –

---

43 Siehe Mahachon, 22.6., 29.6., 13.7., 20.7., 3.8.1947.

44 Somsak, (Vorwort zu) Wirat, Prawat lae bot-rian, S.156.

war von gegenseitigem Respekt getragen und fand in der Öffentlichkeit statt. In diesem Parteileben, welches ohne Gespensterjagd auf „Abweichler“, auf „Verräter“ auskam, fand sich das Sediment der traditionellen asiatischen Achtung vor dem Gebildeten oder dem „Lehrer“ im weiten Sinne.

Als Ausnahme in dieser Praxis gilt aber die Hinrichtung von Lai Te, des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Malayas (KPM). Im März 1947 wurde er in Singapur auf einer Politbürositzung der KPM als Spion des britischen Geheimdienstes entlarvt. Doch Lai Te konnte in letzter Minute über Hongkong nach Bangkok fliehen. Dort wurde er im Juli 1947 von Chin Peng, seinem Stellvertreter, aufgespürt. In seinen kürzlich erschienenen Memoiren schildert Chin, wie er in der thailändischen Metropole sowohl von vietnamesischen Kommunisten, die in der Stadt einen eigenen „paramilitärischen Untergrund“<sup>45</sup> unterhielten, als auch von der thailändischen KP unterstützt wurde. Schließlich wurde Lai Te von drei Genossen in einem Hotel gestellt und im Handgemenge getötet. Sie wickelten die Leiche in einen Sack ein und warteten den Ausbruch der Dunkelheit ab. Dann wurde der ehemalige Führer der KPM, nach Meinung von Chin „zweifelsohne einer der größten Spione, die Großbritannien je gehabt hat, ohne noch Zeit zu verschwenden, in den Fluten des Bangkok-Chao Praya-Flusses versenkt“<sup>46</sup>.

#### *Der Militärputsch von 1947 und seine Auswirkungen auf die TKP*

Am Morgen des 9. Juni 1946 wurde der junge König Rama VIII. (König Ananda) mit einer Kugel im Kopf tot in seinem Palast aufgefunden. „Die Umstände seines Todes waren mysteriös und wurden nie befriedigend aufgeklärt.“<sup>47</sup> Von royalistischen Zeitungen und der im Parlament stark vertretenen royalistischen und anti-kommunistischen Phak prachaathipat, die sich in Opposition zur Pridi-Gruppe befand, wurde Pridi zum Drahtzieher des Mordes erklärt. Als Antwort auf diese Verleumdungskampagne demissionierte Pridi als Premier und übergab das Amt des Regierungschefs an einen Vertrauten, Konteradmiral Thawal Tharnrongnawasawat. Trotzdem blieb die innenpolitische Lage weiter gespannt.

Zu Beginn des Jahres 1947 konnte das Pro-Pridi-Regierungslager die Nachkriegskrise immer noch nicht beenden. Die Lebenshaltungskosten stiegen weiter an, während sich die thailändische Währung im freien Fall befand. Reisschmuggler zahlten an korrupte Regierungsbeamte große Summen an Schmiergeldern. Bewaffnete Banden aus ehemaligen japanischen Soldaten, früheren Seri-Thai-Kämpfern und regulären Armeesoldaten verbreiteten ein Klima der Angst und Unsicherheit.

Am 8. November 1947 stürzten Armee-Offiziere die Regierung. Pridi floh nach Singapur. Der rehabilitierte Phibun wurde Armeecoberbefehlshaber, bevor er im April 1948 das Amt des Premierministers übernahm. Die TKP ging in den Untergrund. Ihre öffentlichen Aktivitäten in Bangkok endeten. Wirat deutet nur in Umrissen an, welche Auseinandersetzungen es in der Partei über die weiteren Wege gege-

45 Chin Peng: *My Side of History*, Singapore 2003, S.180.

46 Ebenda, S.190.

47 D.G.E. Hall: *A History of South-East Asia*, London 1994, S.897.

ben hat. Offensichtlich existierten in der Partei Überlegungen, mit der Pridi-Gruppe einen Aufstand gegen die Putschisten zu wagen. Einige Parteimitglieder nahmen an, so Wirat, „daß wir unsere Möglichkeiten der legalen und halblegalen Arbeit wiedererlangen würden, wenn wir Pridi helfen, die Macht wiederzuerlangen“. Aber die „bisher ‚demokratisch gefärbte‘ Bourgeoisie brauchte uns nicht mehr. Sie setzte nun auf den Block des faschistischen Militärs und auf den Einfluß Amerikas.“<sup>48</sup> Wirat konstatiert, daß sich die Partei in der vergangenen demokratischen Phase nicht radikal genug mit den herrschenden Kreisen auseinandergesetzt und „zuwenig die Chance genutzt hatte, sich den Volksmassen zuzuwenden“.<sup>49</sup> Diese Bemerkung wies auf einen Paradigmawechsel in der Strategie und Taktik der TKP hin. Mit Beginn der 1950er Jahre verließ die Partei die Metropole und konzentrierte ihre Arbeit auf die ländlichen Gebiete. Viele Parteikader wurden nach China delegiert, um dort zu lernen, wie mit Hilfe der Ideen Mao Zedongs ein revolutionäres Bauernheer aufzustellen sei. Bald galt ihnen bäuerliche Armut als revolutionäre Tugend schlechthin, während Intellektualität als Luxus denunziert wurde, der nach Westen und Abweichertum riecht. In den Novembertagen 1947 ging ein kurzer, aber bedeutender Abschnitt in der Geschichte der thailändischen KP zu Ende.

### *Ausblick*

Am 7. August 1965 schoß im Nordosten Thailands, in der Stadt Nakfion Phanom am Mekhong, eine Polizeipatrouille auf eine Gruppe von Menschen, die einem kommunistischen Agitator zuhörte. Dieser „Tag der Gewehrschüsse“ nahm fortan in der Propaganda der KP einen herausragenden Platz ein, denn er galt als Beginn ihres „Volkskrieges“.<sup>50</sup> Die Partei bezog die Legitimation für ihre militante Strategie und Taktik aus der sozialen Notlage einer überschuldeten und überausgebeuteten bäuerlichen Bevölkerung, vor allem auch aus der langen Tradition des Kampfes der peripher gelegenen laotisch sprechenden Isan-Dorfgemeinschaften am Mekhong, gegen die zentralen staatlichen Institutionen in Bangkok. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ließ die Armeeführung „nichtloyale“ Dörfer in der nördlichen Provinz Chiang Rai mit Napalm bombardieren. So sollten die dortigen Bergvölker, vor allem das Volk der Hmong, für ihre Unterstützung der KP bestraft werden. Im Süden des Landes stimmten sich kommunistische Kampfgruppen mit der bewaffneten moslemisch ausgerichteten Unabhängigkeitsbewegung ab. Als es in den 1970er Jahren zu einem Aufschwung der Studenten- und Arbeiterbewegung kam, richteten sich die Hoffnungen vieler Thais, die für soziale Gerechtigkeit und gegen die Privilegien der korrupten Eliten kämpften, auf die KP.

Am 6. Oktober 1976 erstürmten Armeeeinheiten und rechtsextreme paramilitärische Verbände die Thammasat-Universität und richteten unter den jungen Demonstranten ein Massaker an. „Der 6. Oktober 1976 war eine Tragödie mit weitreichenden Auswirkungen, denn plötzlich zerbrachen die in der thailändischen Gesellschaft

48 Wirat, *Prawat lae bot-rian*, S.181.

49 Ebenda, S.182.

50 Siehe Tom Marks: *Making Revolution. The Insurgency of the Communist Party of Thailand in Structural Perspective* (Studies in Contemporary Thailand, 3), Bangkok 1994, S.32, 103.

allgemein geteilten Werte.“<sup>51</sup> Viele Studentinnen und Studenten verließen die Städte und gingen mit ihren Lehrern, mit Journalisten und Ärzten, aber auch mit Arbeiter- und Bauerngewerkschaftern in den Dschungel, um dort die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu suchen. Sie erlebten die Enttäuschung ihres Lebens. Die KP hatte sich – gepanzert mit Maos abfälligen Bemerkungen über die angeblich reaktionäre Intelligenz aus der Stadt – auf ihrer Isolierstation im Urwald eingerichtet. Während viele junge Thais an Universitäten und Schulen in der Zeit vor dem 6. Oktober 1976 Marx und Lenin studiert hatten und über gesellschaftliche Verhältnisse, Praktiken und Theorien gemeinsam debattierten, gab es nun nur noch Mao-Pamphlete zu lesen und war jegliche „Kritik *Der Partei* verboten“, schrieb eine ehemalige Studentin über ihre Partisanenzeit. „Jeder, der ‚falsche Fragen‘ stellte, wurde der Undiszipliniertheit bezichtigt und galt als Feind der Revolution oder war ein ‚Revisionist‘.“<sup>52</sup> Mitte der 1980er Jahre kollabierte die KP Thailands und Tausende jener, die nach dem blutigen 6. Oktober 1976 geflohen waren, kehrten in die Städte zurück.

---

51 Morakot Jewachinda: Phaap laksana Pridi Banomyong kap kaan-mueang thai po. so. 2475-2526 [Die Vorstellungen von Pridi Banomyong und die thailändische Politik zwischen 1932 und 1983], Krungthep 2543 [Bangkok 2000], S.289.

52 Wipa Daomane @ Comrade „Sung“: Looking back to when I first wanted to be a Communist, in: Ji Giles Ungpakom (Hrsg.), *Radicalising Thailand*, S.173.

# Jugoslawen im Spanischen Bürgerkrieg

Avgust Lešnik

Es ist bekannt, daß der Spanische Bürgerkrieg – der offiziell 986 Tage (vom 17. Juli 1936 bis zum 1. April 1939) gedauert hat und in dem über eine Million Menschen ums Leben gekommen sind – die Weltöffentlichkeit tief polarisiert hat. Dennoch, um die Ursachen dieses großen Kriegsschauplatzes zwischen den antifaschistischen und den reaktionären Kräften zu begreifen, ist es auf jeden Fall notwendig, die gesellschaftlich-wirtschaftlichen und politischen Gruppierungen und Probleme im Spanien der dreißiger Jahre im Blick zu haben. Dazu zählen u. a. die Festigung der republikanisch-demokratischen Ordnung, die Lösung der Agrar- und Nationalfrage, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, Fragen des Lebensstandards der breiten arbeitenden Bevölkerungsschicht und ihr Bildungsbedürfnis sowie die Volksfront. Der Militärputsch von General Franco war im Grunde nur der Abschluß eines Prozesses, der sichtbarste Punkt eines Konfliktes, einer radikalen und endgültigen Abrechnung „zweier Spanien“: der Arbeiter- und Bauernmassen und der an ihrer Seite stehenden demokratischen Schichten einerseits sowie der herrschenden Klassen, der landbesitzenden Oligarchie, der Bourgeoisie, des Klerus, der Monarchisten, Militaristen und Faschisten andererseits. Im Lande war kein Platz mehr für beide – für das traditionelle konservative Spanien und für das Spanien mit einer republikanisch-proletarischen, revolutionären Richtung.

Als im Frühling und Sommer 1936 der letzte Schlag der Rechten gegen die Republik erfolgte, waren die Spaltung der Linken und nicht zu überwindende Differenzen innerhalb des spanischen Sozialismus der Schlüssel für die Verwundbarkeit der demokratischen Ordnung. Der Aufstand der Generäle gegen die Republik markierte nicht nur den Anfang dessen, was der „Spanische Bürgerkrieg“ genannt wird, sondern auch das, was Antonio Ramos Oliveira als „subguerra civil“ („bürgerlicher Unterkrieg“) bezeichnete, d. h. den inneren Konflikt – bis zur Ausrottung – der Sozialisten, Republikaner, Kommunisten, Anarchisten, Anarchosyndikalisten und anderer Sympathisanten der Linken.

Spanien hat zuerst die brutale Gewalt der Militaristen heftig und tragisch gespürt. Es war den Angriffen der vereinigten Kräfte der aufständischen Generäle, des deutschen Nazismus und des italienischen Faschismus ausgesetzt. Der Krieg, den der internationale Faschismus gegen das spanische Volk angefangen hatte, die Bombardierungen offener Städte, die Zerstörungen von Kulturgütern, das Blutvergießen Unschuldiger waren die erste blutige Etappe der faschistischen Aggression und ein Testfeld, wie die Weltöffentlichkeit und die Staaten Europas auf Gewalt und militärische Aggression reagieren würden. Zugleich brachte dieser Krieg die Ohnmacht des Völkerbundes, die Fragen der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität seiner Mitgliedsstaaten zu lösen, zum Ausdruck.

Es ist bekannt, daß viele der damaligen demokratischen Regimes sich enttäuschend verhielten und ihre Grenzen, Land- und Meeresverbindungen zu Spanien schlossen. Staaten, die in der Nähe Spaniens liegen, spielten angeblich eine neutrale Rolle.

Auf die Initiative Großbritanniens und Frankreichs hin wurde in London das internationale Nichteinmischungskomitee geschaffen, dem bis Ende August 1936 27 Staaten, unter ihnen auch das Königreich Jugoslawien, beitraten. Es war geradezu absurd, daß diesem Komitee auch Italien und Deutschland angehörten, da deren Ziel die Verhinderung eventueller Hilfssendungen anderer Staaten war. Nicht weniger absurd ist, daß auch die Sowjetunion (ihr Engagement in Spanien ist bekannt) im Komitee war, weil sich in diesem antifaschistischen Krieg das Schicksal der Spanischen Revolution wie auch das Schicksal des weiteren revolutionären Prozesses, der 1917 in Rußland begonnen hatte, entschied. Wenn wir hingegen Stalins Dogmatismus, seine sektiererische Politik, die Prozesse gegen die bolschewistische Garde und die „Säuberungen“ sehen, dann war dies nur auf den ersten Blick absurd. Denn der spanische Sozialismus war ausgesprochen pluralistisch, wie auch die soziale Revolution von 1936 eine überparteiliche Revolution war.<sup>1</sup> Alle Mängel der Bestrebungen, von einem „Welt“-Zentrum (Moskau) aus die sozialistische und kommunistische Bewegung zu dirigieren, kamen im Spanischen Bürgerkrieg zum Vorschein. Die Parole der Komintern von der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Faschismus sowie die Art und Weise, wie diese in der Praxis der Volksfront in Spanien realisiert wurde, dienten in vielerlei Hinsicht dazu, daß der tatsächliche Klassenkampf, eine authentische soziale Revolution, verdeckt und neutralisiert wurde. Das fast identische Verhalten von Komintern und Moskau wird sich während des Zweiten Weltkrieges gegenüber der Volksbefreiungsbewegung und den politischen Veränderungen in Jugoslawien wiederholen.

Während im Nichteinmischungskomitee diplomatische Spiele und Intrigen geführt wurden, stand die fortschrittliche Weltöffentlichkeit nicht nur zur Verteidigung der Republik auf und verurteilte die Hilfsaktionen der faschistischen Staaten, sondern ließ dem spanischen Volk seit den ersten Tagen des Bürgerkrieges moralische und materielle Hilfe zukommen, auch indem sie Freiwillige schickte. Die Solidaritätsbewegung mit dem spanischen Volk nahm in einigen Ländern auch organisatorische Formen an, indem örtliche und nationale Komitees zur Hilfe des spanischen Volkes geschaffen wurden. Aus ihnen entstand in Paris im August 1936 das Internationale Hilfskomitee für das spanische Volk, das die internationalen Solidaritätsaktionen koordinierte.

Die ersten Freiwilligen, die für die Verteidigung der Republik kämpften, waren politische und wirtschaftliche Emigranten, die sich zu jener Zeit in Spanien aufhielten, sowie Teilnehmer der Internationalen Arbeiterolympiade, die am 25. Juli 1936 in Barcelona als antifaschistisches Pendant zu den Olympischen Spielen in Berlin beginnen sollte, nun aber durch den Putsch nicht abgehalten wurde. Aus diesen Frei-

---

1 Siehe z. B. Reiner Tosstorff: Andreu Nin und Joaquin Maurin. Vom revolutionären Syndikalismus zum antistalinistischen Kommunismus, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus*, Hamburg 2000, S.218-241.

willigen wurden die ersten militärischen Einheiten, die Centurias, gebildet und in die Einheiten der Antifaschistischen Volksmiliz eingereiht. Schrittweise kamen Freiwillige aus einzelnen europäischen Ländern über Land und See. Die republikanische Regierung gab am 22. Oktober 1936 ihre Zustimmung, daß von den ausländischen Freiwilligen besondere Einheiten – Internationale Brigaden – formiert werden. In Albacete wurde der Stützpunkt für die Internationalen Brigaden in Spanien (mit Abteilungen für Kaderfragen, Stab, Gefechtsausbildung, Sanitätswesen, Post und Zensur, Informationen und Nachrichten, Sicherheitsdienste und sogar einer Geschichtssektion für das Sammeln und Aufbewahren der Dokumente) eingerichtet, von ihm wurden auch die ersten größeren Freiwilligenverbände, zuallererst Bataillone und daraufhin Brigaden, gebildet. In den Bataillonen bestanden Regimenter, die nach Volkszugehörigkeit beziehungsweise Sprache zusammengesetzt waren.

Im Zeitraum von 1936 bis 1938 kamen etwa 35.000 Freiwillige aus 53 Ländern, unter ihnen waren etwa 1.700 Jugoslawen. Die von ihnen zusammengestellten Kampfverbände waren ein Ausdruck der internationalen Solidarität mit dem spanischen Volk. Sie zeigten durch Taten, daß der Kampf des spanischen Volkes zugleich der Kampf der gesamten fortschrittlichen Menschheit gegen Faschismus und faschistische Aggression war. Daß dem wirklich so war, bestätigt auch die Tatsache, daß während des Zweiten Weltkrieges die Kämpfer der Internationalen Brigaden zweifellos eine bedeutende Rolle in der Organisation von Widerstandsbewegungen bzw. Volksbefreiungsbewegungen in vielen faschistisch okkupierten Ländern spielten.

### *Archivquellen, Dokumente und Literatur*

Das Gros des Dokumentarmaterials über die jugoslawischen Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg wird in Archiven, Museen und Instituten zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Belgrad, Zagreb, Ljubljana) aufbewahrt, zudem befindet sich ein kleiner Teil des Materials in Privatbesitz. Nach ihrer Entstehung können diese Dokumente eingeteilt werden in Materialien, die aus der Arbeit und der Wirkung von Parteiorganen (Kommunistische Partei Jugoslawiens, KPJ) entstanden, dann solche polizeilicher, administrativer und gerichtlicher Organe des Königreichs Jugoslawien und schließlich in Originalmaterialien der Internationalen Brigaden. Einen besonderen Fundus stellen persönliche Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen der Interbrigadisten, Fotosammlungen und Sammlungen von Druckerzeugnissen sowie Memoiren dar.

Das umfassendste Material bietet der Bestand „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens und der Spanische Bürgerkrieg“ im ehemaligen Archiv des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) in Belgrad, das nach dem Zerfall Jugoslawiens 1991 in das jugoslawische Archiv, das heutige Archiv Serbiens und Montenegros (Archiv SCG), übergang. Zum größten Teil sind das Fotokopien von Dokumenten, deren Originale sich im Fonds Komintern im ehemaligen zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus in Moskau befinden. Es handelt sich um Dokumente der Kontrollkommission des ZK der KPJ und der Parteiabteilung in Paris sowie der Vertretung der KPJ beim ZK der KP Spaniens und um Do-

kumente der Internationalen Brigaden: so der Abteilung für Kaderfragen, der 13., 15. und 129. Internationalen Brigade, von Artillerieabteilungen einzelner Brigaden. Aufzeichnungen über Konzentrationslager in Frankreich, in denen die Interbrigadisten nach dem Fall der Spanischen Republik interniert waren, bilden eine gesonderte Sammlung. Inhaltlich betrachtet, sind es Aufzeichnungen, Briefe, Berichte, Tagesbefehle, Listen der jugoslawischen Freiwilligen und statistische Angaben, Charakteristiken und ähnliches. Aufmerksamkeit verdienen auch die Dokumente über das Leben der „jugoslawischen Spanier“ in den französischen Lagern Gurs, Le Vernet und Argeles. Sie geben u. a. Auskunft über deren Zahl, über Unterkunft, Kleidung, Hygieneverhältnisse, Gesundheitszustand und die Organisation kulturell-bildenden Lebens in diesen Lagern. In dieser Sammlung finden sich auch persönliche Dossiers einzelner Interbrigadisten, ihre Stellungnahmen, Fragebögen und Biographien.<sup>2</sup>

Im Fonds der Komintern – Sektion KPJ (Archiv SCG in Belgrad) finden wir auch Briefe des Generalsekretärs der KPJ, Josip Broz Tito, Berichte und andere Materialien mit wertvollen Angaben über diese Problematik, besonders über die Organisation der Reise der jugoslawischen Freiwilligen nach Spanien, über Freiwilligentransporte und anderes.

Von den Materialien der staatlichen Organe des Königreichs Jugoslawien soll in erster Linie der Fonds des Ministeriums des Innern erwähnt werden, besonders von dessen Abteilung Staatsschutz, die ebenfalls im Archiv SCG aufbewahrt werden. Dieses Ministerium hat die Aktivitäten der progressiven Kräfte zur Hilfe der Spanischen Republik aufmerksam verfolgt und geradezu täglich Rundschreiben an untergeordnete Organe (z. B. Bezirke) verschickt, in denen es gegen Mitglieder der KPJ und gegen alle, die irgendwie ihre Sympathien für die Spanische Republik bekundeten oder versuchten, die Grenze zu überqueren und sich der spanischen republikanischen Armee anzuschließen, Repressivmaßnahmen anordnete. Als Anlagen von Polizeiunterlagen finden sich nicht selten Briefe jugoslawischer Spanienkämpfer, die die Zensur beschlagnahmt hatte. Von 1938 an existieren immer häufiger Niederschriften über rigorose Polizeiverhöre der Rückkehrer aus Frankreich. Erwähnt seien auch Polizeikarteien über Mitglieder der KPJ und anderer Teilnehmer des Spanischen Bürgerkrieges sowie das polizeiliche Personenregister, in dem nicht nur jugoslawische Spanienkämpfer, sondern auch eine große Zahl hochrangiger Funktionäre der KP Spaniens, Mitglieder der republikanischen Regierung und anderer politischer und militärischer Entscheidungsträger der Spanischen Republik verzeichnet sind.

Eines der kostbarsten Zeugnisse über die Teilnahme der Jugoslawen am Kampf zur Verteidigung der Spanischen Republik stellen ihre handschriftlichen Nachlässe und Memoiren dar. So werden zum Beispiel im Archiv SCG in Belgrad der Personalfonds von Veljko Vlahović und das Tagebuch (1935-1937) von Vladimir Čopić

---

2 Siehe Dušan Filipović: Sammlung „Jugoslovenski dobrovoljci u španskom ratu“ im Archiv des ZK der SKJ, in: Arhivski pregled (Beograd), 1969, H. 2, S.49-60; Josipa B. Paver: Arhivska građa o španjolskim dobrovoljcima u jugoslavenskim arhivima, in: Španjolska 1936-1939, Zagreb 1986, S.364-369.

(Vladimir Ivanović Senjko),<sup>3</sup> im Staatsarchiv in Ljubljana der Personenfonds von Dragotin Gustinčič (Danil Golubjov) sowie im Staatsarchiv Kroatiens in Zagreb die Personenfonds von Božidar Adžija und August Cesarec aufbewahrt.

In den reichhaltigen Fotosammlungen, die sich in Museen, Instituten und einzelnen Archiven befinden, gibt es viele Bilder jugoslawischer Spanienkämpfer von der Front und noch mehr aus den Lagern in Frankreich.<sup>4</sup> Gedruckte Materialien, wie Flugblätter, Plakate und Verkündungen sowie Zeitungen und Zeitschriften jener Zeit,<sup>5</sup> sind ebenfalls nicht zu vernachlässigende geschichtliche Quellen. Solche Materialien besitzen sowohl alle heutigen Staatsarchive (Slowenien, Kroatien, Serbien, Montenegro, Bosnien, Mazedonien) und die Mehrzahl örtlicher Archive auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien als auch zahlreiche Bibliotheken, besonders die Nationale und Universitätsbibliothek in Zagreb und Ljubljana.

Das erhaltene Dokumentenmaterial bietet uns einen umfassenden Überblick über die Teilnahme jugoslawischer Freiwilliger an der spanischen republikanischen Armee, über die weitverzweigten und vielfältigen Hilfsaktivitäten der KPJ für die Spanische Republik und über die massive Unterstützung der progressiven Öffentlichkeit, zeugt aber ebenso von den vergeblichen Maßnahmen der Regierung, diese Hilfe und den Aufbruch Freiwilliger nach Spanien zu verhindern.

Die historiographische Literatur über den Spanischen Bürgerkrieg in den Sprachen der jugoslawischen Völker entstand mit Beginn des Konflikts selbst. Bereits damals wurden im Königreich Jugoslawien mehrere Broschüren verbreitet: „Španija“, eine Liedersammlung über das fortschrittliche und kämpfende Spanien, in der Übersetzung des Literaten Jovan Popović; „Naši u Španiji“ von Rodoljub Čolaković, gedruckt in Paris in einer vom ZK der KPJ herausgebenden Buchreihe; „Španija u plamenu“ von Rodoljub Čolaković und R. Bosanec, gedruckt in Zagreb; die Broschüre „Krv i život za slobodu“, gedruckt mit Hilfe des Nationalen Bundes spanischer Studenten in Barcelona; „Španjolski susreti“ von August Cesarec, gedruckt in Toronto 1938 (wiederveröffentlicht Zagreb 1961). Die Publikation „Španija između smrti i radanja“ von Otto Bihalji-Merin, die vor allem in Schweden und England verbreitet wurde, erschien erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien und war der erste umfangreichere Text im Land über den Spanischen Bürgerkrieg. Diese publizistischen und literarischen Texte gaben als erste die Wahrheit und den Kern der stürmischen Ereignisse in Spanien wieder.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg und mit der Bildung des sozialistischen Jugoslawiens entstanden hier die Bedingungen, um über die spanischen Ereignisse mehr und vielseitiger zu schreiben. Dennoch ist bis heute in Jugoslawien dieses bedeuten-

---

3 Siehe Vladimir Čopić-Senjko: Dnevnik 1935-1937, Archiv SCG in Belgrad, 2. Šp. IV-d/1. Čopić, einer der Gründer der KPJ, war Politkommissar und später Kommandant der 15. Internationalen Brigade Lincoln; im November 1938 wurde er nach Moskau gerufen, verhaftet und im April 1939 umgebracht.

4 Siehe Aleš Bebler (Hrsg.): Naši Španci. Zbornik fotografija i dokumenata o učešću jugoslovenskih dobrovoljaca u Španskom ratu 1936-1939, Ljubljana 1961.

5 Siehe Reprint: Dimitrovac. Organ des Bataillons „Dimitrov“, 1937, Belgrad 1968; Nuestros Espanoles. Ediciones del Comariado de las brigadas internacionales, Madrid 1937 (Sarajevo 1984); Krv i život za slobodu. Slike iz života i borbe studenata iz Jugoslavije u Španiji, U.F.E.H., Barcelona 1938 (Belgrad 1969).

de Thema der neueren Weltgeschichte kein Gegenstand detaillierter Forschungsarbeit und umfassender wissenschaftlicher Bearbeitung irgendeiner Institution oder sich mit Geschichte beschäftigender Einzelpersonen.<sup>6</sup> Stattdessen sind wir – von einigen Ausnahmen abgesehen<sup>7</sup> – bis heute im wesentlichen auf dem Niveau der Sammlung von Erinnerungen von Teilnehmern des Bürgerkrieges stehengeblieben.<sup>8</sup> Die Memoiren der jugoslawischen Teilnehmer an der Verteidigung des republikanischen Spaniens<sup>9</sup> sind vor allem deshalb eine besondere und wertvolle historische Quelle, weil sie zahlreiche Bereiche dieses vielseitigen und schwierigen Geschehens und Problems erfassen, angefangen bei der Resonanz auf die Nachrichten über die Ereignisse in Spanien und der Motivation für den Aufbruch über die Vorbereitungen und die von zahlreichen Schwierigkeiten und Problemen begleitete Abreise nach Spanien bis hin zum Kampf in Spanien selbst. Sie bieten Informationen über das Verlassen Spaniens und zum Leben in den Lagern in Frankreich und Deutschland sowie zur Persönlichkeit gefallener Kämpfer. Diese Erinnerungen sind sehr korrekt, inhaltsreich, mit großer Sympathie und Verständnis für den gerechten Kampf des spanischen Volkes für Demokratie geschrieben. Diese geschichtlichen Materialien sind bisher keineswegs ausreichend für eine komplexe wissenschaftliche Betrachtung des Bürgerkrieges in Spanien genutzt worden.

Als gemeinsames Charakteristikum fast aller Erinnerungen, auch der von Jugoslaven, die an der Verteidigung des republikanischen Spaniens teilnahmen, zeigt sich, daß in ihnen die Gründe für dessen Niederlage und Kapitulation nicht gesehen, behandelt oder gesucht werden. Das betrifft besonders den Verdacht, daß mit den Gefechtsoperationen der republikanischen Armee spekuliert wurde und sie im Interesse und für die Ziele von jemanden außerhalb Spaniens gelenkt wurden, wie z. B. Jesus Hernández behauptet.<sup>10</sup> Es sei auch darauf hingewiesen, daß die jugoslawische historiographische Literatur über den Spanischen Bürgerkrieg durch Übersetzungen bereichert worden ist.<sup>11</sup>

---

6 Siehe Milenko Palić: *Španski građanski rat 1936-1939 u jugoslavenskoj istoriografskoj literaturi*, in: *Španjolska 1936-1939*, S.384.

7 Siehe z.B. Trivo Indić: *Španski socijalistički pokret i građanski rat 1936-39*, in: *Istorija XX veka* (Belgrad) 1987, H. 1, S.7-56.

8 Siehe z. B. Čedo Kapor (Hrsg.): *Španija 1936-1939. Zbornik sjećanja jugoslavenskih dobrovoljaca u španskom ratu*, Bd. I-V, Belgrad 1971 (in dieser Edition finden sich die Memoiren von mehr als 300 Teilnehmern des Spanischen Bürgerkrieges); Stanko Daki Semić (Hrsg.): *Bili smo v Španiji. Spomini slovenskih prostovoljcev*, Ljubljana 1958; Aleš Bebler (Hrsg.): *Naši Španci*, Ljubljana 1978; *Naši Španjolski dobrovoljci. I nostri volontari di Spagna. Naši španski prostovoljci*, Rijeka 1988; Joh Peter Kraljić: *The Croatian Community in North America and the Spanish Civil War* (The City University of New York) 2002.

9 Siehe z. B. Marko Orešković Krtinija: *Autobiografija*, Zagreb 1950/1976; Božidar Maslarić: *Moskva-Madrid-Moskva*, Zagreb 1952; Veljko Kovačević: *U rovovima Španije*, Titograd 1976; Gojko Nikoliš: *Memoari*, Zagreb 1980; Veljko Vlahović: *Španski građanski rat*, Beograd-Titograd 1981; Aleš Bebler: *Memoari*, Beograd 1982.

10 Siehe z. B. Jesus Hernández: *Republikanska Španija i Sovjetski Savez*, Belgrad 1953; Andrejev (Božidar Maslarić): *Izveštaj o radu u Španiji* (Archiv SCG, f. KI, 33/1939).

11 Siehe z. B. Artur Koestler: *Španski testament*, Ljubljana 1939; Ludwig Renn: *Španski rat*, Sarajevo 1959 (Der spanische Krieg, erstmals 1955); Luigi Longo: *Internacionalne brigade u Španjolskoj*, Zagreb 1967; Manuel Tunon de Lara: *Španska državljanska vojna*, in: *Zgodovina revolucij XX. Stoletja*, Bd. II (Storia

*Die Kommunistische Partei Jugoslawiens und der Spanische Bürgerkrieg*

Die KPJ war der bedeutendste, und man könnte auch sagen einzige, Organisator der Unterstützungs- und Hilfeleistungen im Königreich Jugoslawien für das republikanische Spanien im Kampf gegen die Aufständischen und den Faschismus. Auch wenn es Hilfsversuche anderer Organisationen gab, haben sie sich hauptsächlich im Rahmen der Aktionen und des Wirkens der KPJ abgespielt, die diese auf das Bewußtsein aller progressiv-demokratischen Kräfte des Landes ausübte: „Der Kampf des heldenhaften spanischen Volkes ist nicht nur ein Kampf, der entweder Sieg oder Niederlage der Demokratie nur in Spanien zum Ergebnis haben wird, sondern er ist der Beginn der weltweiten bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Demokratie“, heißt es in einer Erklärung des ZK der KPJ vom 23. Oktober 1936.<sup>12</sup> Gerade das Wissen über den Faschismus, seinen Charakter und seine Ziele wie auch die schnelle Erkenntnis, daß in Spanien ein antifaschistischer Kampf für die Freiheit geführt wird, von dessen Ausgang auch die Freiheit der jugoslawischen Völker abhing, war die bedeutendste Errungenschaft dieser Aktionen und sollte besonders in der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung während des Zweiten Weltkriegs zum Ausdruck kommen.

Dank der Einschätzung und der Aktionen der KPJ fanden die spanischen Ereignisse in Jugoslawien eine schnelle und kräftige Resonanz. Das ZK der KPJ betonte bereits am 31. Juli 1936 in seinem Telegramm an das ZK der KP Spaniens, daß die Arbeiterklasse Jugoslawiens mit „Begeisterung den heldenhaften Kampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus verfolgt [...] Die Arbeiterklasse der Länder Jugoslawiens schließt sich der internationalen Solidaritätsaktion des Proletariats und der Freiheitsfreunde der ganzen Welt, die eurem Kampf helfen wird, an.“<sup>13</sup> Am 8. August 1936 analysierte das ZK der KPJ auf einer Sitzung die Ereignisse, die Ursachen für den Aufstand und die gesellschaftlich-ökonomischen und internationalen Faktoren, die auf das Kräfteverhältnis im Spanischen Bürgerkrieg einwirkten. Das ZK der KPJ betonte, daß der Ausgang des antifaschistischen Kampfes in Spanien „großen Einfluß auch auf den Freiheitskampf in Jugoslawien haben wird. Und deswegen kann es keinen Platz für Passivität, Schweigen und Neutralität geben.“<sup>14</sup> Auf der Grundlage seiner Analyse des spanischen Krieges sowie der bestehenden internationalen politischen Situation und der Lage im Land gab das ZK der KPJ Anweisungen für die Organisation von Versammlungen, Vorträgen, Ausschüssen und Komitees zur Hilfe für das spanische Volk. Außerdem wurde über die Parteizeitungen, besonders den „Proleter“ (Zentralorgan des ZK der KPJ), die Unterstützung für das spanische Volk als „wichtigstes Anliegen der Welt“ herausgestellt, da vom antifaschisti-

---

delle rivoluzioni dell XX secolo), Ljubljana 1971 (Roma 1966), S.85-285; Thomas Hugh: Gradanski rat u Španiji, Rijeka 1980); Pierre Broué/Émile Témime: Španska revolucija in državljanska vojna (La révolution et la guerre d'Espagne), Ljubljana 1986 (Paris 1961); Martin Blinkhorn: Demokracija in državljanska vojna v Španiji, 1931-1939 (Democracy and Civil War in Spain), Ljubljana 1995 (London 1988).

12 Zit. nach Branko Petranović/Momčilo Zečević: Jugoslavija 1918/1988. Tematska zbirka dokumenata, Beograd 1988, S.378f.

13 Archiv SCG, f. KPJ, 4/1936.

14 Ebenda, f. KI, 278/1936.

schen Kampf in Spanien „nicht nur der weitere Verlauf der gesamten internationalen Lage in Europa, sondern in vielem auch die Entwicklung innerhalb einzelner Länder (Frankreich, England usw., Jugoslawien eingeschlossen)“ abhängen.<sup>15</sup>

Das ZK der KPJ erteilte seit Beginn des Krieges in Spanien ihren Mitgliedern und Anhängern im Land zahlreiche Anweisungen und Instruktionen, schickte seine Vertreter und Instruktoren in andere Länder, wo sich zahlreiche Emigranten befanden. Das ZK betonte dabei immer wieder, daß dem Krieg in Spanien „größte Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Berichtet über alles, was im Zusammenhang mit Spanien getan wird“.<sup>16</sup> Dies wirkte besonders positiv auf die zahlreichen jugoslawischen politischen und wirtschaftlichen Emigranten und Studenten, die sich in jener Zeit in anderen europäischen und einigen Ländern in Übersee befanden. Ein großer Teil von ihnen nahm unmittelbar im Spanischen Krieg teil. Die Ereignisse in Spanien 1936 und 1937 waren für die KPJ die wichtigste und zentrale Frage, die jugoslawischen Spanienkämpfer beschäftigten sie bis zu deren Teilnahme an der Volksbefreiungsbewegung und der Revolution in Jugoslawien. Wieviel Aufmerksamkeit und Bedeutung dem Widerstand gegen den Faschismus beigemessen wurde, sieht man auch daran, daß Josip Broz Tito persönlich,<sup>17</sup> als damals ranghöchstes Mitglied des engsten Führungszirkels der KPJ, für diese Aktion zuständig war.

Die Solidaritätsaktionen waren zahlreich und vielgestaltig: In vielen Orten Jugoslawiens wurden Protestkundgebungen abgehalten, Telegramme versandt und die Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes ausgedrückt. Ausschüsse und Komitees entstanden und leisteten Hilfe durch Sammeln und Versenden von Medikamenten und anderem Material, auch wenn das reaktionäre Regime des Regierungschefs Milan Stojadinović und das Wirken der Polizei dies sehr erschwerten. Der Innenminister des Königreichs Jugoslawien Anton Korošec verbot am 3. März 1937 jegliche Tätigkeit zur Unterstützung der Spanischen Republik, das Entsenden von Freiwilligen und Verschicken von Hilfssendungen und ähnlichem eingeschlossen. Diejenigen, die diese Anordnungen mißachteten, wurden in Konzentrationslager und Gefängnisse geschickt; Personen, die in die Internationalen Brigaden gingen, verloren die jugoslawische Staatsbürgerschaft.<sup>18</sup> Dennoch konnten alle Verfolgungen und Torturen die fortschrittlichen Menschen in Jugoslawien, insbesondere nicht die Kommunisten und Aktivisten der Arbeiterklasse, daran hindern, ihre Verpflichtungen zur internationalen proletarischen Solidarität zu erfüllen und dem spanischen Volk in seinem Kampf gegen die faschistische Aggression zu helfen.

Seit Anfang des Spanischen Krieges 1936 und während des Jahres 1937 dominierte auf allen Sitzungen des ZK der KPJ die „spanische Frage“ und nahm im „Proleter“ und anderen Arbeiterzeitungen den größten Platz ein. Das ZK der KPJ widmete sich insbesondere der Analyse, während die Parteiorganisationen und Foren im Land die Hilfe und das Entsenden von Freiwilligen aus Jugoslawien und anderen Ländern (Frankreich, Belgien, USA, Kanada, Lateinamerika, Australien), in denen sie sich als

---

15 Ebenda, f. KI, 330/1936.

16 Proleter, Organ des ZK der KPJ, 1937, Nr. 6.

17 Tito hat zu keinem Zeitpunkt in Spanien gekämpft.

18 Siehe Službene novine Kraljevine Jugoslavije, 1937, Nr. 30.

wirtschaftliche und politische Emigranten zur Arbeit oder zum Studium (Tschechoslowakei, UdSSR) aufhielten, organisierten.

Nach der Bildung des „Internationalen Hilfskomitees“ für Spanien in Paris, in dem der Jugoslawe Labud Kusovac (Obarov) arbeitete, gründete sich auch das „Jugoslawische Nationalkomitee“, das zum Zentrum und zur ersten Anlaufstelle für die Aufnahme, Organisation und Einweisung jugoslawischer Freiwilliger wurde, die aus Jugoslawien und anderen Ländern kamen. Außerdem formierte das ZK der KPJ jugoslawische Sektionen in Belgien, der Tschechoslowakei, Kanada und anderen Ländern, in denen sich zahlreiche politische und wirtschaftliche Emigranten befanden. Die aufgeführten Sektionen spielten eine bedeutende Rolle bei der Organisation der Hilfsleistungen für die republikanische Regierung und das spanische Volk. Außer dem jugoslawischen und dem internationalen Komitee entstanden in Paris weitere Melde- und Verbindungsstellen zur Aufnahme von Freiwilligen.

Geheime Anlaufstellen für Verbindungswege, von denen die Freiwilligen aus Jugoslawien aufbrachen, wurden in Österreich (Graz, Wien), der Tschechoslowakei (Prag), der Schweiz (Basel), in Deutschland und in Frankreich (Paris) organisiert. Auf diese Weise wurden zwei Kanäle geschaffen, auf denen die Freiwilligen aus Jugoslawien nach Spanien fuhren: einer über Österreich, die Tschechoslowakei und Deutschland bis Paris, der andere über Österreich und die Schweiz nach Frankreich. Außerdem reisten viele auf andere Weise, auf „legalem“ Wege, nach Paris, indem sie die Weltausstellung mit gefälschten oder echten Pässen nutzten. Es gab auch viele, die, auf Eigeninitiative und ohne Verbindungsstellen, zu Fuß illegal über Österreich und die Schweiz nach Frankreich und Spanien oder über Österreich, die Tschechoslowakei und Deutschland nach Paris aufbrachen. Eine Zeitlang befand sich ein Teil der engsten Führung der KPJ mit Milan Gorkić (Sommer), Lovro Kuhar (Valič), Rodoljub Čolaković (Rozenko), Ivan Krndelj (Richter), Sreten Žujović (Schwarz) und Josip Broz Tito in Paris und organisierte dort die Aufnahme und Schleusung von Freiwilligen. Neben großen Erfolgen bei der Organisation der Hilfe und des Aufbruchs von Freiwilligen gab es auch Schwachpunkte und Fehler. Der Versuch, eine größere Menge von Freiwilligen aus dem montenegrinischen Küstenland und Dalmatien nach Spanien zu bringen, scheiterte an seiner Aufdeckung. Anfang März 1937 fiel eine große Zahl (150) mehrheitlich junger Leute aus Montenegro, der Herzegowina, Bosnien und Dalmatien, die überwiegend Mitglieder der kommunistischen Partei und Jugendorganisation waren, in die Hände der Polizei. Das französische Schiff „La Corse“ wurde in der Nähe von Budva entdeckt und auf diesem Wege „wurden über 500 Freiwillige gehindert, nach Spanien zu reisen.“<sup>19</sup>

Obwohl die gesamte Parteioorganisation der Interbrigadisten in die Struktur der KP Spaniens eingegliedert war, stand das ZK der KPJ mittels ständiger und zeitweiliger Vertreter in laufender Verbindung mit den Freiwilligen und ihren Parteioorganisationen in Spanien. Ständige Vertreter waren Blagoje Parović und, nach dessen Tode, Božidar Maslarić, zeitweilige Rodoljub Čolaković, August Cesarec und andere.

---

19 Archiv SCG, f. CK KPJ, X-8/155.

Mit fünf Mitgliedern des ZK, sieben Angehörigen des Komintern-Apparates und drei ehemaligen Abgeordneten im jugoslawischen Parlament befanden sich auch prominente Revolutionäre und langjährige Mitglieder der engeren Führung der KPJ unter den Freiwilligen in Spanien, unter ihnen Blagoje Parović, Vladimir Čopić, Roman Filipčev, Božidar Maslarić, Marko Orešković, Karlo Mrazović, Dragotin Gustinčič, Veljko Kovačević und Julio Varesko. Zu betonen ist dabei auch, daß diese Hilfsaktionen und das Mitwirken im spanischen Krieg unter sehr schwierigen Bedingungen erfolgten. Das betraf sowohl die Kommunistische Partei in Jugoslawien, die seit 1921 in der Illegalität war, als auch die internationale kommunistische Bewegung, denn in dieser Zeit fanden die stalinistischen Säuberungen („čistka“) statt, die auch die Spitze der KPJ erfaßten. Die Führung der Partei unter Generalsekretär Milan Gorkić<sup>20</sup> wurde abgelöst und die Auflösung der Partei vorbereitet. Gorkić wurde im Juli 1937 nach Moskau gerufen, verhaftet und im Oktober 1939 umgebracht. Folgen dieser Ereignisse waren eine verstärkte Fraktionsbildung in der Emigration und in der Haft, was sich in Unzufriedenheit bei den jugoslawischen Freiwilligen in Spanien widerspiegelte.

### *Statistische Angaben über die jugoslawischen Freiwilligen*

Jugoslawische Kämpfer gab es allen Internationalen Brigaden, die meisten dienten in der 129. Internationalen Brigade – in den Bataillonen „Dimitrov“, „Đuro Đaković“ und „Masaryk“, ferner im Bataillon „Divisionario“ und anderen Einheiten. Sie kämpften an allen Fronten und in allen wichtigeren Schlachten: Madrid, Jarama, Guadalajara, Brunete, Belchite, Teruel, Levante, Ebro, Katalonien und anderen. Für die Analyse der Beteiligung der Jugoslawen an den Einheiten der republikanischen Armee ist die Liste der jugoslawischen Interbrigadisten in der Sammlung „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens und der Spanische Bürgerkrieg“ im Archiv SCG<sup>21</sup> eine der wertvollsten Quellen. Diese Liste mit 1.664 Namen von Freiwilligen, die die verfügbaren Daten enthält (über einen Teil der Kämpfer weiß man nicht viel mehr als den Namen), wurde in Jugoslawien auf seine Richtigkeit geprüft. Daneben existiert auch eine spanische Statistik, die die Kommission für ausländische Kader der KP Spaniens in Moskau für den Zeitraum 1936-1938 im Juli 1941 zusammengestellt hat. In dieser Statistik befinden sich Angaben zu 1.192 jugoslawischen Freiwilligen.<sup>22</sup> Durch die Komparation beider Quellen erhält man einen ziemlich objektiven Beweis, welche Jugoslawen in diesem Krieg mitwirkten: über Ausreise- bzw. Herkunftsländer, Ankunft in Spanien, Alter, beruflich-soziale und nationale Struktur, politische Zugehörigkeit, militärische Einheiten und Waffengattungen.<sup>23</sup>

---

20 Siehe Ivan Očak: Gorkić. Biografija, Zagreb 1988.

21 Archiv SCG, f. Šp.

22 Siehe ebenda, f. Šp., I-d/10: Commission des Cadres (étrangers) du Comité Central du Parti Communiste d'Espagne. Volontaires Yugoslaves en Espagne republicaine (1936-38). Statistiques, Moscou-Juillet 1941.

23 Siehe Stanislava Koprivica-Oštrić: Jugoslavenski dobrovoljci u jedinicama španjolske republikanske vojske 1936-1939, in: Španjolska 1936-1939, S.134-156.

Was zeigen die statistischen Angaben:

*Ausreise- bzw. Herkunftsländer*

Die 1.664 jugoslawischen Freiwilligen kamen aus 24 Ländern nach Spanien: aus Jugoslawien (421) selbst sowie aus Frankreich (420), Belgien (191), der Sowjetunion (84), Kanada (83), den USA (57), der Tschechoslowakei (43), Spanien (20), Argentinien (13), Algerien (elf), Österreich (acht), Albanien (sechs), dem Iran (vier), Italien (drei), der Schweiz und Uruguay (je zwei) sowie aus Bulgarien, Ungarn, Deutschland, Portugal, Rumänien, der Türkei, Panama und Afrika (je einer). Bekannt sind damit die Daten für 1.376 Kämpfer, für 288 sind keine Angaben vorhanden. Die meisten befanden sich damit zuvor in Ländern der wirtschaftlichen Emigration sowie in der Sowjetunion, wo sich die Mehrheit von ihnen zur Parteischulung und Militärausbildung aufhielt, und in der Tschechoslowakei, aus der eine größere Gruppe jugoslawischer Studenten kam.

*Zeitraum der Ankunft*

Diese Angaben liegen für 1.185 (71,2%) Freiwillige vor, während für 479 (28,8%) keine vorhanden sind. So kamen 1936 467 (28%), 1937 632 (38%), und 1938 86 (5,2%) Freiwillige nach Spanien. Es gibt auch Daten über die Ankunftsmonate.

*Altersstruktur*

Der Geburtsjahrgang ist für 1.298 (78%) Personen bekannt, während für 366 (22%) der Freiwilligen keine Daten hierzu existieren. Nach Jahrzehnten betragen die Angaben: 1881-1890 = 21 (1,3%), 1891-1900 = 242 (14,5%), 1901-1910 = 667 (40,1%) und 1911-1920 = 367 (22,1%). Der Jüngste war 1922 geboren. Im Jahre 1936 war die Altersgruppe der 26jährigen am meisten vertreten, gefolgt von den 31- und den 25jährigen.

*Beruf*

Hier sind die Angaben für 1.287 (77,3%) Freiwillige bekannt, während sie für 377 (22,7%) nicht vorliegen. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe bildeten die Arbeiter (63,4%), davon waren 10,2% Bergleute, gefolgt von den Studenten und Schülern (5,4%), außerdem waren Intellektuelle (Ärzte, Lehrer, Journalisten, Ingenieure) unter den Freiwilligen. Es ist natürlich, daß der Berufsstand der Arbeiter am häufigsten vertreten war, da sie die soziale Grundlage der organisierten Arbeiterbewegung darstellten und der Antifaschismus – unabhängig von der ideologischen Ausrichtung und politischen Organisierung in kommunistischen, sozialistischen oder anderen Gruppierungen – ihr gemeinsames Merkmal war. Es ist auch verständlich, daß die nächstgrößte Gruppe Studenten und Schülern ausmachten, weil dies junge Menschen waren, die sich bewußt für die kommunistische Bewegung entschieden hatten und bereit waren, ihre Ideen und politische Überzeugung in der Praxis zu beweisen. Dies gilt auch für alle Intellektuellen, welche in ihrer Gesamtheit neben den Arbeitern die größte und kompakteste Gruppe waren.

*Nationale Struktur*

Die nationale Struktur der Freiwilligen kann nicht aus der jugoslawischen Liste rekonstruiert werden, da Angaben über die nationale Zugehörigkeit nicht aufgezeichnet wurden. Erhalten ist die Kartei über die nationale Zusammensetzung der Kämpfer.

fer der 129. Internationalen Brigade, erstellt in Barcelona im Mai 1938.<sup>24</sup> Darin werden insgesamt 1.015 Jugoslawen aufgeführt. Die spanische Statistik gibt die nationale Zugehörigkeit von 1.052 Jugoslawen an, während diese Angabe für 140 Kämpfer, die aus Jugoslawien gekommen waren, unbekannt ist. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe bildeten Kroaten (48%), darauf folgten die Slovenen (23%), Serben (18%), Montenegriener (3,2%) und Mazedonier (1,5%).

#### *Politische Zugehörigkeit*

Die politische Zugehörigkeit ist allein in der spanischen Statistik für 1.040 Kämpfer verzeichnet: Kommunisten waren 561, Sozialdemokraten zehn, Mitglieder der Kroatischen Bauernpartei acht und Anarchisten vier. Parteilos waren 457; bei 152 ist die politische Zugehörigkeit nicht bekannt. Bei den Kommunisten sind zudem weitere Angaben aufgenommen: Dauer der Parteimitgliedschaft, Tätigkeiten bzw. Ämter in der Partei, Parteischulung und Allgemeinbildung, außerdem die Dauer von Haft und Zwangsarbeit, falls sie verurteilt gewesen waren. Es ist bedauerlich, daß die Zugehörigkeit zu den jeweiligen kommunistischen Parteien und kommunistischen Jugendorganisationen nicht differenziert gekennzeichnet wurde, so daß wir so keine Angaben über die Mitglieder der KPJ extrahieren können. Von 1.192 Freiwilligen ist für 235 auch die Gewerkschaftszugehörigkeit vermerkt. Die spanische Statistik enthält auch interessante Informationen über die Mitgliedschaft der jugoslawischen Freiwilligen in verschiedenen anderen Organisationen, in Kultur- und Sportgemeinschaften in Jugoslawien und in der Emigration, über die in der Emigration verbrachte Zeit, die Rubrik „Fremdsprachenkenntnisse“ usw.

#### *Mitwirken in den Einheiten der Armee der Spanischen Republik*

Der größte Teil der Jugoslawen hat innerhalb der Internationalen Brigaden gekämpft, doch gab es auch einige in anderen Einheiten der Republikanischen Armee. Der militärische Beitrag der Jugoslawen für den Schutz der Republik und des Antifaschismus in Spanien weist zwei Ebenen bzw. Phasen auf, die der Miliz und die der regulären Armee.

Schon dadurch, wie die jugoslawischen Freiwilligen in Spanien angekommen waren, ist es unmöglich, ihre Beteiligung an den Einheiten der Milizen zu rekonstruieren. In der spanischen Statistik sind zahlenmäßig nur wenige Daten für diese frühe Phase des Krieges verzeichnet. Die Übersicht über die Milizeinheiten, in denen Jugoslawen gekämpft haben, ist hauptsächlich ohne Zahlenangaben. Einzig in der Tabelle, die die Verteilung der Jugoslawen in der republikanischen Armee enthält, ist vermerkt, daß in der Columna „Libertad“ drei Milizionäre waren, in der Columna „Oliver Palas“ und der Columna „Espana Libre“ jeweils einer, außerdem noch einer in der Milicia de Bilbao.

Eine qualitativ neue Phase begann mit der Bildung der ersten internationalen Einheiten der republikanischen Armee, in denen auch Jugoslawen gekämpft haben: in den Bataillonen „Edgar André“ 36, „Ernst Thälmann“ 93, „Garibaldi“ 40 und „Dombrowski“ 120. Die spanische Statistik gibt an, daß an Jugoslawen vertreten waren: in der XI. Internationalen Brigade (Bataillone „Edgar André“ und

---

24 Siehe Archiv SCG, f. Šp., V-X/6

„Dombrowski“) insgesamt 82, in der XII. Internationalen Brigade (Bataillone „Thälmann“ und „Garribaldi“) 99, in der XIII. Internationalen Brigade (Bataillon „Tschapaew“) 78, in der XIV. Internationalen Brigade (gemischtes MG-Bataillon, Balkankompanie) 33, in der XV. Internationalen Brigade (Bataillon „Dimitrov“) 49. Außerdem gab es in der 129. Internationalen Brigade 543 Jugoslawen (Bataillon „Dimitrov“ – Kompanien „Matija Gubec“ und „Ivan Cankar“ – 191, Bataillon „Đaković“ 150, Bataillon „Masaryk“ vier, Bataillon „Divisionario“ 108, außerdem ohne präzisere Angabe 90). Des weiteren waren vertreten: in der 35. Division sieben; in der 45. Division (Bataillon „Divisionario“ – Kavallerieeinheit) 13; in der Basis der Internationalen Brigaden insgesamt 53; in der Artillerie insgesamt 131 (Schwere Artilleriegruppe „Eslavo“ – Bataillon „Kolarov“ 21, II. Schwere Artilleriegruppe „Škoda“ – Batterie „Liebknecht“ 22, III. Schwere Artilleriegruppe 18, IV. Artilleriegruppe der Panzerabwehr – Batterie „Stjepan Radić“ 38, Artilleriegruppe der 35. Division „Ana Pauker“ sechs, Artilleriegruppe der 45. Division „Rosa Luxemburg“ fünf, Batterie „Gottwald“ 21); in der Luftwaffe vier; in Panzereinheiten zwölf, in der Kriegsmarine einer; im Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden 33 und im Partisanenkörper 26. Daneben kämpften auch 65 Jugoslawen in den spanischen Einheiten der republikanischen Armada.

Zu erwähnen ist, daß unter den jugoslawischen Freiwilligen auch 14 Frauen waren: drei Ärztinnen, zwei Krankenschwestern, vier Arbeiterinnen, zwei Studentinnen, eine Beamtin/Angestellte und zwei ohne Beruf/Beschäftigung. Von ihnen kamen aus Jugoslawien fünf, aus Frankreich vier, aus der Tschechoslowakei zwei und je eine aus Algerien, Belgien und Uruguay. Die Jugoslawinnen waren in den Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden als Ärztinnen, Krankenschwestern und Pflegerinnen eingebunden, dies aber in Krankenhäusern und nicht an der Front.

Die spanische Statistik über militärische und andere Funktionen zeigt, daß von den insgesamt 1.192 jugoslawischen Freiwilligen Offiziere 12,4% (148), Unteroffiziere 11% (133), Politkommissare 4% (48), im Sanitätsdienst Tätige 2,8% (33, einschließlich 15 Sanitätsoffiziere) und Soldaten 67% (802, unter ihnen 35 Sekretäre von Parteiorganisationen) ausmachten. Die übrigen (43) waren: Übersetzer (24), Arbeiter in der Kriegsindustrie (16) und Zivilisten (drei). In dieser Statistik gibt es auch eine besondere Rubrik zur Beurteilung der Jugoslawen. Hier sind aus dem Jahre 1938 Angaben für 732 Freiwillige enthalten, während es für 460 keine Beurteilung gibt. Dies war im Grunde eine moralisch-politische Klassifizierung, die die Freiwilligen in folgende Kategorien einteilte: sehr gut, gut, mittel, schlecht, verdächtig, Provokateure, Spione, Trotzlisten usw. Der überwiegende Teil von ihnen (530) bekam die Verhaltensnoten sehr gut, gut oder mittel; eine kleine Anzahl wurde in der Kategorie Trotzlisten erfaßt. Eine positive Bewertung rettete leider viele, die in die Sowjetunion zurückkehrten, nicht vor den stalinistischen Säuberungen, wo sie als Trotzlisten und Spione beschuldigt wurden.<sup>25</sup>

25 Siehe Vera Mujbegović/Ubavka Vujošević: Die jugoslawischen Kommunisten in den stalinistischen „Säuberungen“ (1929-1949), in: August Lešnik (Hrsg.): The Crisis of Social Ideas, Ljubljana 1996, S.363-374; Ivan Očak: Yugoslav Emigration in the Soviet Union and Stalinist „Purges“, in: ebenda, S.375-397.

Die Verluste an jugoslawischen Freiwilligen (Gefallene, Vermißte, Gefangene, Verwundete) sind nicht genau festgestellt worden. Es existieren verschiedene Zahlenwerke, und es sind nicht immer alle Verlustkategorien angeführt. In der jugoslawischen Auflistung sind präzise von 1.664 Freiwilligen 545 Gefallene festgestellt, das bedeutet, daß unter den Jugoslawen diese Verlustkategorie 32% ausmachte.

### *Die jugoslawischen Freiwilligen nach der Niederlage der Spanischen Republik*

Nach der Niederlage der Spanischen Republik fanden sich 520 überlebende jugoslawische Freiwillige in französischen Konzentrationslagern wieder: in Gurs, Le Vernet und Argeles. In diesen Lagern gab es über 5.000 Spanienkämpfer: außer den Jugoslawen Deutsche, Italiener, Polen, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Tschechen, Slowaken und andere.

In Jugoslawien organisierte die KPJ<sup>26</sup> Spendensammlungen und Hilfssendungen (Geld, Nahrung, Kleidung, Arzneimittel, Literatur) für die in Frankreich internierten jugoslawischen Freiwilligen. Ferner führte sie eine breite politische Aktion für deren unbehelligte Rückkehr nach Jugoslawien durch. Sie sammelte dafür mehr als 300.000 Unterschriften von Bürgern, mit denen von der damaligen Regierung Cvetković-Maček verlangt wurde, die Rückkehr der jugoslawischen Spanienfreiwilligen zuzulassen. Bekanntlich lehnte es die jugoslawische Regierung jedoch hartnäckig ab, die Rückkehr der Spanienfreiwilligen zu genehmigen. „Was die Frage unserer Freiwilligen angeht, die mehrheitlich Kommunisten sind, wurde seitens des Innenministeriums entschieden, daß jeder in unserer Gesandtschaft in Paris schriftlich aussagen muß, daß er es bereit, zu den Freiwilligen gegangen zu sein und daß er sich von jeder kommunistischen Aktion nach der Rückkehr ins Land lossagt“,<sup>27</sup> so die Stellungnahme des Generalstabs der jugoslawischen Armee vom 20. November 1939. Zwar sind einige Emissäre der Regierung in die Lager gekommen, um die Internierten dazu zu bewegen, einzeln Aussagen zu unterschreiben, in denen sie auf die vorgeschriebene Art und Weise ihre Reue über die freiwillige Teilnahme am Krieg auf der Seite des republikanischen Spaniens ausdrücken sollten, doch haben alle abgelehnt!

Als Frankreich am 22. Juni 1940 kapitulierte, bestand die große Gefahr, daß die ehemaligen Spanienkämpfer von der deutschen Besatzungsmacht ermordet oder in Konzentrationslager nach Deutschland gebracht würden. Die nationalen Komitees der KPJ in den Lagern fällten sofort die Entscheidung, schnell Stützpunkte für die Überführung der Internierten nach Jugoslawien zu schaffen.

Von den 250 jugoslawischen Spanienfreiwilligen, die es über die illegalen Kanäle der KPJ geschafft haben, aus Frankreich nach Jugoslawien zu gelangen, sind 130 in den Kämpfen während des Volksbefreiungskrieges 1941–1945 gefallen. Während der abschließenden großen Militäroperationen auf jugoslawischem Boden gegen die faschistischen Streitmächte wurden alle vier Armeen der Volksbefreiungsarmee

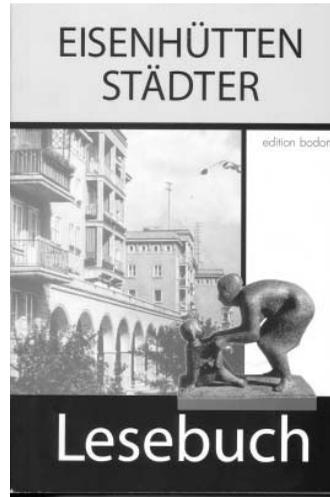
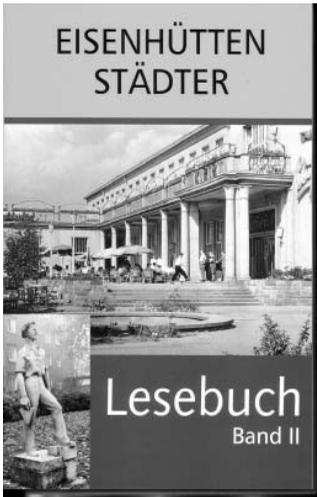
---

26 Siehe Narcisa Lengel-Krizman: Organizacija prihvaćanja jugoslavenskih dobrovoljaca iz Španjolske u Jugoslaviju, in: Španjolska 1936-1939, S.192-200; Savo Pešić: Komunistička partija Jugoslavije i Španjolski građanski rat, in: ebenda, S.116-119.

27 Zit. nach Petranović/Zečević, Jugoslavija, S.393.

Jugoslawiens von Kommandanten angeführt, die ehemalige Freiwillige im spanischen Krieg waren: Koča Popović, Peko Dapčević, Kosta Nađ und Petar Drapšin. Die „Spanier“, das war beim Volk und bei den Kämpfern ein Begriff von hervorgehobener Bedeutung, der durch echten persönlichen Mut, Patriotismus und Ergebenheit im Kampf gegen den Faschismus gekennzeichnet war.

Aus dem Slovenischen übersetzt von Slobodan Britvec



## *Geschichte(n) der Ersten Sozialistischen Stadt Deutschlands*

*Zum 50. Jahrestag des Baubeginns, den die Stadt – eigentlich verfrüht – im August 2000 feierte, erschien Band I des Lesebuchs mit Erinnerungen der Aufbaugeneration.*

*Nunmehr folgt der lang geplante zweite Band der Gesprächsprotokolle, der wiederum von Jochen Cerny redigiert wurde.*

*Herausgegeben im Auftrag der Geschichtswerkstatt Eisenhüttenstadt e. V. von Dagmar Semmelmann, Gudrun Prengel und Ursula Krüger.*

ISBN 3-929390-41-8 (Band I)  
ISBN 3-929390-72-8 (Band II)  
mit vielen historischen Photographien  
je 10,00 Euro

zu beziehen über den Buchhandel  
oder über edition bodoni · linienstraße 71  
10019 berlin · info@bodonimuseum.com  
tel. 030-2825137

# Vollbeschäftigung in der Beschäftigungskrise? Probleme der Erwerbsarbeit in der späten DDR

Peter Hübner

## *Das Problem*

In den beiden letzten Jahrzehnten ihrer Existenz hatte die DDR im wachsenden Maße mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Gleichwohl blieb das Recht auf Arbeit bis 1990 in der Verfassung verankert.<sup>1</sup> Während der ökonomische Niedergang mit seinen Ursachen und Wirkungen in der wirtschaftshistorischen Literatur zumindest in wesentlichen Konturen beschrieben worden ist, fand der Aspekt der Erwerbsarbeit vergleichsweise wenig Beachtung.<sup>2</sup> Dies mag damit zusammenhängen, daß Vollbeschäftigung sowohl innerhalb der DDR als auch in deren Außenwahrnehmung als ein selbstverständliches systemimmanentes Phänomen galt. Doch weil das Recht auf Arbeit zu den wichtigsten Legitimationsfaktoren des SED-Regimes zählte und die soziale Realität in der DDR maßgebend bestimmte, stellt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen und um welchen Preis es auch unter den Krisenbedingungen der siebziger und achtziger Jahre aufrechterhalten werden konnte. Dieses Problem verdient nicht zuletzt deshalb Beachtung, weil zur selben Zeit weite Teile Europas unter einer Beschäftigungskrise litten.

Ein Blick auf diesen Kontext offenbart die Dimension des Problems: Die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts erscheinen im historischen Rückblick auf das Europa der Nachkriegszeit in eigenartigem Zwielficht: Das kollektive Gedächtnis hielt sie als eine vergleichsweise gute Zeit präsent; eine analytische Sicht zeigt sie jedoch als Ausgangspunkt schwerer Gesellschaftskrisen. So erblickt der französische Soziologe Robert Castel in diesem Jahrzehnt den „Bruch einer Verlaufskurve“ moderner Arbeitsgesellschaften und ihrer sozialen Sicherungssysteme.<sup>3</sup> Hier liegen die Anfänge jener Beschäftigungskrise, die den Menschen in vielen Ländern des „alten“ Kontinents seither schwer zu schaffen macht.<sup>4</sup> Für die Bundesrepublik Deutschland läßt sich dieser Bruch auf das Jahr 1974 datieren. Während die Arbeitslosenquote

---

1 Siehe Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Art. 24, in: Gesetzblatt (Gbl.) der DDR, 1974, Teil I, Nr. 47, S.432-456. Ausführlicher hierzu: Wera Thiel: Arbeitsrecht in der DDR. Ein Überblick über die Rechtsentwicklung und der Versuch einer Wertung. Opladen 1997; siehe auch Stefan Middendorf: Recht auf Arbeit in der DDR: von den theoretischen Grundlagen bis zu den Berufsverboten für Ausreisewillige, Berlin 2000.

2 So jüngst Werner Abelshausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S.392-407; André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, bes. S.165-261.

3 Siehe Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S.338f.

4 Siehe Manuel Castells: Das Informationszeitalter. Teil 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2004, S.282-297.

nach der ersten bundesdeutschen Rezession von 1966/67 wieder annähernd auf ihr Ausgangsniveau zurückkehrte, blieb sie nach der zweiten Rezession 1974 nicht nur deutlich darüber, sondern stieg in der Folge von einem Konjunkturzyklus zum nächsten weiter an. Seit 1974 gelang es nicht mehr, die Sockelarbeitslosigkeit dauerhaft zu reduzieren. Während die Arbeitsmarktpolitik auf die kurzfristige Überbrückung von Arbeitsplatzlücken ausgelegt war, trat jetzt eine Situation ein, in der „die Nachfrage nach Arbeit dauerhaft und in wachsendem Ausmaß hinter dem Arbeitsangebot zurückbleibt“.<sup>5</sup> War diese Entwicklung für die Zeitgenossen zunächst kaum absehbar, so wurde, wie der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser es formulierte, Massenarbeitslosigkeit aber schon seit den späten siebziger Jahren „zum Krebschaden der deutschen Wirtschaft [...] Sie läßt sich als Ergebnis einer wachsenden Inkompatibilität zwischen der anhaltenden Orientierung staatlicher und privater Wirtschaftspolitik am Leitbild der Industriegesellschaft und einer neuen immateriellen Qualität des Produktionsprozesses interpretieren. Weder die wirtschaftlichen Eliten noch die öffentliche Meinung waren sich der Realität bewußt, daß nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung schon mehr als 75 Prozent der Beschäftigung und ein ebenso hoher Prozentsatz der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung auf der Grundlage immaterieller, nachindustrieller Produktion stehen.“<sup>6</sup>

Man hatte es mit einer Strukturanpassungskrise zu tun, die als solche erst mit Verzögerung wahrgenommen wurde. Auch sperrte sich die Erfahrung des „Golden Age“ (von den Franzosen als „les trentes glorieuses“ bezeichnet)<sup>7</sup> bzw. des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders“ gegen eine solche negative Perzeption. Als im Jahr 1972 der erste Bericht an den Club of Rome unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“<sup>8</sup> erschien, löste er kontroverse Reaktionen aus. Vielen Experten und auch in weiten Kreisen einer interessierten Öffentlichkeit galt diese Analyse allenfalls im Hinblick auf ökologische Probleme als diskutabel; hingegen schien sie angesichts eines in den meisten Industrieländern noch immer relativ hohen Wirtschaftswachstums von falschen Annahmen auszugehen.<sup>9</sup> Die dann im Verlaufe der siebziger Jahre auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden eher mit den politisch induzierten Ölpreisschocks von 1973 und 1979 in Verbindung gebracht. Erst in den achtziger Jahren begann die Dimension des Problems klarer hervorzutreten. Mit der beschleunigten Tertiärisierung der Wirtschaft verband sich auch ein normativer Konflikt zwischen Marktwirtschaft und Sozialstaat. Dies war um so mehr der Fall, als sich der „Expansi-

---

5 Norbert Reuter: Arbeitslosigkeit bei ausbleibendem Wachstum – das Ende der Arbeitsmarktpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (APZ), B 35/97, 22.8.1997, S.3-13, hier S.5.

6 Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S.423.

7 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, 42000, S.324-262; Stepan Alan Marglin/Juliet Schor (Hrsg.): The Golden Age of Capitalism, Oxford 1990.

8 Donella H. Meadows u.a.: The limits to growth. A report for the Club of Rome's project on The Predicament of Mankind, New York 1972 (dt.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972).

9 Siehe Orio Giarini/Patrick M. Liedtke: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker, Hamburg 1998, S.22f.

onstrend des Sozialsektors“ nun nicht mehr aus einem forcierten Wirtschaftswachstum speiste, wie das von 1949 bis 1973 der Fall war. Vielmehr erhöhten seither steigende Arbeitslosenquoten den Druck auf die sozialen Sicherungssysteme.<sup>10</sup>

Von dieser zunächst als konjunkturelle Delle unterschätzten und in ihren Ursachen auch fehlgedeuteten Entwicklung hob sich die Arbeits- und Beschäftigungssituation in der DDR während der siebziger und achtziger Jahre deutlich ab. Arbeitslosigkeit war hier kein Thema. Vollbeschäftigung galt als faktisch erreicht.<sup>11</sup> Das legt die Frage nahe, ob die DDR von dem erwähnten „Bruch einer Verlaufskurve“ in der jüngsten Geschichte der Erwerbsarbeit nicht erfaßt wurde. Diese Frage stellt sich um so eher, als Vollbeschäftigung in anderen sozialistischen Ländern durchaus nicht mehr als gegeben und gesichert gelten konnte. In den siebziger Jahren endete auch in Osteuropa eine rund zwanzig Jahre währende Phase extrem hohen Wirtschaftswachstums und der Beschäftigungszunahme. Versuche, die Industrialisierung durch billige westliche Kredite zu finanzieren, mündeten Mitte der siebziger Jahre angesichts der weltwirtschaftlichen Rezession in eine Überproduktions- und Schuldenkrise. Besonders waren Ungarn, Rumänien, Polen und vor allem Jugoslawien davon betroffen. Mit dem Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF), den Rumänien 1972, Ungarn 1982 und Polen 1986 vollzogen, reduzierte sich in diesen Ländern auch in beschäftigungspolitischer Hinsicht die Steuerungsfähigkeit durch die bislang zentralisierte Wirtschaftsplanung. Hingegen wurden weder die DDR, die Tschechoslowakei, Bulgarien noch die Sowjetunion von dieser Entwicklung im gleichen Maße tangiert. Hier versuchte man mit einer mehr oder minder konsequenten Austerität-Politik gegenzusteuern. Aber trotz zunehmend divergierender wirtschafts- und sozialpolitischer Optionen begegneten alle Regierungen des sowjetischen Blocks Ansätzen von Arbeitslosigkeit mit einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik. Massive Arbeitsplatzverluste traten erst nach 1989 ein.<sup>12</sup>

### *Ein Sonderfall*

Vor dem Hintergrund der westeuropäischen Arbeitsmärkte und angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten in einigen ostmitteleuropäischen Ländern stellte die durch permanenten Arbeitskräftemangel gekennzeichnete Beschäftigungssituation der DDR einen Sonderfall dar. Dieser hatte seine Ursachen teils in den durch den Zweiten Weltkrieg bedingten demographischen Deformationen, teils in der bis 1961 anhaltenden Abwanderung von Angehörigen wirtschaftlich aktiver Jahrgänge, teils aber auch in strukturellen wirtschaftlichen Faktoren. Zudem ging die Geburtenrate seit den siebziger Jahren zurück, so daß der künftigen Arbeitskräftebilanz weitere Belastungen be-

---

10 Siehe Franz-Xaver Kaufmann: Normative Konflikte in Deutschland: Basiskonsens, Wertewandel und soziale Bewegungen, in: Peter L. Berger (Hrsg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann-Stiftung an den Club of Rome, Gütersloh 1997, S.155-197, hier S.169, 173.

11 Siehe Middendorf, Recht auf Arbeit.

12 Siehe Tuija Nykänen: Arbeitslosigkeit und Strukturwandel in Osteuropa. Eine Analyse der sektoralen Beschäftigungsaussichten, Wiesbaden 2001.

vorstanden.<sup>13</sup> Maßnahmen zur Einsparung von Arbeitskräften, etwa durch berufliche Qualifizierung und Rationalisierung, entfalteten nur begrenzte Wirkung. Unter solchen Voraussetzungen bestand die beschäftigungspolitische Herausforderung nicht primär in der Sicherung der Vollbeschäftigung, sondern weit eher in der Mobilisierung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials. Der Bedarf an Arbeitskräften war systembedingt überhöht. So bildeten viele Industriebetriebe eine Beschäftigtenreserve, um die Erfüllung der Produktionspläne zu gewährleisten. Aber auch die politischen, administrativen und Sicherheitsapparate banden einen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil der Erwerbsbevölkerung.

Unter solchen Voraussetzungen fiel es nicht schwer, Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Innenpolitisch bot der Arbeitskräftemangel sogar einige Vorteile, wirkte doch allein schon die Möglichkeit konfliktmindernd, relativ risikofrei den Arbeitsplatz wechseln zu können, ohne der Gefahr von Arbeitslosigkeit ausgesetzt zu sein. Aber besonders profitierte die Außendarstellung der DDR davon. Sie präsentierte Vollbeschäftigung als Zeugnis wirtschaftlicher und sozialer Leistungsfähigkeit. Zu der Zeit, in der sich in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern die erwähnte Beschäftigungskrise abzuzeichnen begann, bemühte sich die SED-Führung mit dem Hinweis auf eigene beschäftigungspolitische Erfolge Punkte zu sammeln. Dazu zählte etwa der Versuch, das Recht auf Arbeit in die Debatte um den „Korb 3“ der Helsinki-Konferenz von 1975 über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einzubringen.<sup>14</sup> Mit Artikel 24 der 1974 novellierten Verfassung verfügte die DDR über ein starkes Argument, zumal auch das Arbeitsrecht nach dem Gesetzbuch der Arbeit (GBA) von 1960 und dem Arbeitsgesetzbuch (AGB) von 1977 als Gewährleistungsgarantie für das Recht auf Arbeit ausgelegt war.<sup>15</sup> Allerdings blieb die Wirksamkeit solcher Bemühungen begrenzt. Zwar nahm seit der kurzen Rezession von 1966/67 in der Bundesrepublik die Sensibilität für das Beschäftigungsrisiko zu,<sup>16</sup> doch schien dort das soziale Netz weiterhin hinreichende Sicherheiten zu bieten. Auch in den Auseinandersetzungen um die Menschenrechte blieb die DDR in der Defensive, weil sich das Recht auf Arbeit nicht einfach gegen Freiheitsrechte aufrechnen ließ.<sup>17</sup> In diesem Punkt trafen kontroverse und nicht verhandelbare Wertorientierungen aufeinander.

Während das Recht auf Arbeit unter den Bedingungen des Kalten Krieges unvermeidlich eine politische Instrumentalisierung auch nach außen hin erfuhr, vollzog sich innerhalb der DDR-Gesellschaft ein Perzeptionswandel, der auf weitere Sicht viel problematischer wurde: Die bis in die späten fünfziger Jahre erreichte Vollbeschäfti-

---

13 Siehe Wulfram Speigner: Bevölkerungsentwicklung und Geburtenpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR, in: *Wirtschaftswissenschaft* 38 (1990), H. 12, S.1601-1619.

14 Siehe Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, S.123f. 15 Siehe Manfred G. Schmidt: Grundlagen der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. Hrsg. von Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Berlin-Bonn und Bundesarchiv, Koblenz. Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik. Baden-Baden 2001, S.685-798, hier S.703.

16 Siehe Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte*, S.301.

17 Dieser Aspekt bleibt in der Literatur zur KSZE-Problematik zumeist unterbelichtet. Siehe Johannes L. Kuppe: Die KSZE und der Untergang der DDR, in: *Deutschland Archiv* 38 (2005), H. 3, S.487-493.

gung verlor bald die Qualität einer „sozialen Errungenschaft“. Viele registrierten sie als Selbstverständlichkeit. Dieser relativ schnell eintretende Gewöhnungseffekt hatte wohl auch mit einem Generationenwechsel zu tun. Während die ältere Generation die Massenerwerbslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 noch direkt als existentielle Bedrohung wahrgenommen hatte, bereitete den meisten der seit Mitte der fünfziger Jahre ins Berufsleben Eingetretenen, die Arbeitslosigkeit noch nicht einmal als Schicksal der Eltern in Erinnerung hatten, die Gefahr eines Arbeitsplatzverlustes nie sonderliche Sorge. Hatten sowohl die nationalsozialistische Kriegswirtschaft als auch der Wieder- bzw. Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg einen hohen Arbeitskräftebedarf verursacht, so erschien es angesichts der in der DDR auch weiterhin praktizierten Beschäftigungspolitik kaum zweifelhaft, daß es dabei bleiben würde.

Manche registrierten die Wirkungen mit Sorge. So stellte Jürgen Kuczynski 1980 in einem Vortrag an der Akademie der Wissenschaften der DDR fest: „Ruhig und friedlich, sich evolutionär bereichernd verläuft unser Alltag in so vieler Beziehung. So ruhig und friedlich, daß viele Menschen, der ständigen Unruhe und Zufälligkeiten des Lebens im Kapitalismus entronnen, das nicht mehr zu schätzen wissen und es hinnehmen mit einer Selbstverständlichkeit wie die Luft, die sie atmen. Die tägliche Erfahrung der Reproduktion dieses Zustandes macht die Einsichtigen dankbar und die anderen gleichgültig dieser Errungenschaft gegenüber.“<sup>18</sup>

Genauer besehen, hatte dieser Befund weniger mit „Dankbarkeit“ oder „Gleichgültigkeit“ zu tun als vielmehr damit, daß es tatsächlich für die meisten der in der DDR Beschäftigten kein gravierendes Arbeitsplatzrisiko gab. Bei Arbeitsplatzwechsel, aus welchen Gründen er auch erfolgen mochte, bei Schwangerschaftsurlaub und Kinderbetreuungszeiten, Wehrdienst und ähnlichen Ausfallzeiten blieb der Arbeitsplatz garantiert, oder es wurde ein neuer angeboten.<sup>19</sup> Unter solchen arbeitsrechtlich stark abgesicherten Voraussetzungen war es völlig normal, wenn das Recht auf Arbeit als kaum noch zu hinterfragende Gegebenheit akzeptiert wurde. Selbst die Einschränkungen hinsichtlich des Rechts auf einen bestimmten Arbeitsplatz oder die Normen der Arbeitskräftelenkung änderten daran wenig.<sup>20</sup> Genaugenommen lag der Selbstverständlichkeit, mit der das Recht auf Arbeit hingenommen wurde, auch die Tatsache zugrunde, daß man es nicht als individuelles Recht gegenüber dem Staat oder dem Betrieb durchsetzen mußte, sondern daß es faktisch dem Staat eine Garantie der Vollbeschäftigung auferlegte.<sup>21</sup>

18 Jürgen Kuczynski: *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Nachträgliche Gedanken*, Berlin 1985, S.23.

19 Siehe Thiel, *Arbeitsrecht*, S.64-75, 110, 115-119, 158-165.

20 Siehe Georg Brunner: *Das Rechtsverständnis der SED (1961-1989)*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. IV: *Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat*, Baden-Baden 1995, S.291-336, hier S.324.

21 Siehe Uwe Vollmer: *Vollbeschäftigungspolitik. Arbeitseinsatzplanung und Entlohnung der abhängig Beschäftigten in der DDR-Wirtschaft*, in: Eberhard Kuhrt/Hansjörg Buck/Gunter Holzweißig: *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*, Opladen 1999, S.323-373, hier S.325.

Diese Konstellation war brisant, denn die DDR-Wirtschaft stand damit vor der Aufgabe, das Recht auf Arbeit auch unter der Bedingung eines beschleunigten industriellen Strukturwandels zu sichern. Wie sich aber seit den siebziger Jahren im Bereich der Europäischen Gemeinschaften (EG) bereits andeutete, schien Vollbeschäftigung im Zeichen der dritten industriellen Revolution zur Quadratur des Kreises zu geraten.<sup>22</sup> Eine andere Frage ist es, wie man das Problem in der DDR wahrnahm.

Hier wurde die während der siebziger und achtziger Jahre in den westeuropäischen Staaten tatsächlich steigende Arbeitslosigkeit als Beleg für die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems registriert, die sozialen und beschäftigungspolitischen Effekte der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ (WTR)<sup>23</sup> im Interesse der abhängig Beschäftigten zu bewältigen. Auf der anderen Seite galt das Modell der sozialistischen Arbeitsgesellschaft als zukunftsfest. Der angestrebte Anstieg der Produktivität hatte nichts Bedrohliches, auch wenn er sich durch den Einsatz von Robotern und elektronischer Datenverarbeitung erheblich beschleunigen sollte.<sup>24</sup> Betrachtet man die einschlägige zeitgenössische Literatur sowie politische Aussagen zu mittel- bis langfristigen Perspektiven der Erwerbsarbeit, so zeichnen sich folgende Annahmen ab:

1. Angesichts einer nahezu vollständigen Ausschöpfung des Arbeitskräftereservoirs und im Hinblick auf den stagnierenden bis rückläufigen Trend der Bevölkerungsentwicklung würden Rationalisierungseffekte nicht zu einer Unterbeschäftigung führen.
2. Die Nutzung neuer Technologien, insbesondere der Mikroelektronik, würde den Arbeitskräftemangel reduzieren, zu höherer Disponibilität der Beschäftigten beitragen, aber keine Arbeitslosigkeit verursachen.
3. Als langfristige Entwicklung wurde bei steigender Produktivität und verringertem Arbeitskräftebedarf mit einer Verkürzung der Arbeitszeit gerechnet, nicht jedoch mit einer Aufhebung des Rechts auf Arbeit.

Während sich also seit den siebziger Jahren in Westeuropa eine „Sockelarbeitslosigkeit“ zu verfestigen begann, rechnete man in der DDR mit der Möglichkeit einer gezielten Anpassung des „gesellschaftlichen Arbeitsvermögens“ an den durch die dritte industrielle Revolution ausgelösten Strukturwandel. Gravierende beschäftigungspolitische Risiken schienen damit jedoch nicht verbunden.<sup>25</sup> Überhaupt wurde das Thema in der Öffentlichkeit nicht allzu ernstgenommen, vielleicht auch, weil es

---

22 Siehe Suzanne Berger: Globalisierung und die Zukunft der Arbeit, in: Wilhelm Krull (Hrsg.): Zukunftsstreit, Weilerswist 2000, S.87-100; Alain Touraine: Eine unzeitgemäße Vorstellung: Das Ende der Arbeit, in: ebenda, S.101-114.

23 Zur Begriffsgeschichte siehe Sybille Krämer-Friedrich: Zur Entwicklung der Konzeption „wissenschaftlich-technische Revolution“ in der DDR-Theorie, in: Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeß, Deutschland Archiv. Sonderheft, Köln 1976, S.53-74.

24 Siehe Hartmut Zimmermann: Wissenschaftlich-technische Revolution in der DDR. Studien zur Entwicklungs- und Problemgeschichte des gesellschaftspolitischen Konzepts der SED seit Mitte der fünfziger Jahre, Berlin 1981; Gerhard Schellenberger: Technische Neuerungen – sozialer Fortschritt, Berlin 1980.

25 Siehe Florian Kreuzer: Die gesellschaftliche Konstitution des Berufs. Zur Divergenz von formaler und reflexiver Modernisierung in der DDR, Frankfurt/Main 2001; ders.: Zur Institutionenordnung der DDR: zur Widersprüchlichkeit des Berufs im Staatssozialismus, Wiesbaden 2001.

von den Massenmedien und nicht zuletzt in der DDR-Literatur schon frühzeitig straziert worden war.<sup>26</sup> Symptomatisch für eine verbreitete Sicht auf die mittel- oder auch langfristigen Konsequenzen bemerkte der Vorsitzende des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer, Wolfgang Weichelt, bei der Annahme des neuen Arbeitsgesetzbuches (AGB) der DDR<sup>27</sup> am 16. Juni 1977, es gehe „nicht mehr nur um die Sicherheit des Arbeitsplatzes“. Die sei seit langem eine Selbstverständlichkeit. Das AGB ziele vor allem auf „die weitere Entwicklung des schöpferischen Charakters der Arbeit, die Sicherung der nötigen Qualifizierung im und für den Arbeitsprozeß“ sowie auf die sozialen Bedingungen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und die „Mitgestaltung der Werkstätigen bei der Organisation des gesamten Arbeitsprozesses.“<sup>28</sup> Diese Rhetorik ähnelte derjenigen aus der Zeit des „Neuen ökonomischen Systems“, ließ aber dessen starke Orientierung auf Leistungsanreize vermissen. Auch reflektierte sie die neue Dimension des Beschäftigungsproblems nur unscharf. Hierin spiegelt sich eine dem Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ innewohnende Unentschiedenheit. Im Prinzip ging man jedoch auch jetzt von einer beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte aus und interpretierte sie grundsätzlich positiv. Immerhin schien eine Ahnung zu dämmern, daß sich eine „Spannung zwischen staatlicher Planwirtschaft und den Imperativen der dritten technologischen Revolution“ aufbauen könnte.<sup>29</sup> Daraus resultierten gewisse Unsicherheiten und eine Unentschlossenheit im Umgang mit diesem Problem, wie es u. a. am Beispiel der Mikroelektronik-Industrie deutlich wurde.<sup>30</sup> Generell aber dominierte die positive Erwartung, mit Hilfe technischer Innovationen Arbeitskräfte einsparen zu können. Angesichts der angespannten Arbeitskräftebilanz der DDR wurde dies als ein höchst willkommener Effekt beschrieben. Als sicher galt auch, daß sich in Verbindung mit der Einführung von Industrierobotern und elektronischer Rechentechnik neue Berufsbilder herauskristallisieren würden, die eine permanent weiterführende Qualifizierung und erhöhte berufliche Flexibilität der Beschäftigten erforderten. Diese beiden Zielprojektionen – Arbeitskräfteeinsparung und Qualifizierung für neue Technologien – bestimmten die beschäftigungspolitische Diskussion. Wie aber stand es in quantitativer und qualitativer Hinsicht während des hier betrachteten Zeitraums der siebziger und achtziger Jahre um die Arbeitskraftressourcen der DDR?

26 Siehe Carl Wege: Schkona, Schwedt und Schwarze Pumpe. Zur DDR-Literatur im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution (1955-1971), Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien an der Universität Bremen (FB 10): Materialien und Ergebnisse aus Forschungsprojekten des Instituts, H. 8: Technik in der DDR-Literatur 1955-1971, Bremen 1996.

27 Siehe Das Arbeitsgesetzbuch der DDR vom 16. Juni 1977, in: Gbl. der DDR 1977, Teil I, Nr. 18, S.185-227.

28 Das Arbeitsgesetzbuch der DDR. Materialien der 5. Tagung der Volkskammer der DDR am 16. Juni 1977. Aus der Tätigkeit der Volkskammer und ihrer Ausschüsse. Hrsg. vom Sekretariat der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 3, 7. Wahlperiode 1977, (Berlin 1977), S.33f.

29 Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv 36 (2003), H. 5, S.764-769, hier S.769.

30 Siehe Olaf Klenke: Das Mikroelektronik-Programm und die „Dritte industrielle Revolution“ in der DDR (1977-1989). Zwischen Rationalisierung und sozialem Konflikt, Diss. Freie Universität Berlin, 2005.

*Beschäftigung und Arbeitskräftereservoir*

Der Blick auf die amtliche Arbeitsstatistik zeigt die DDR als ein Land mit weit überdurchschnittlicher Beschäftigtenquote. Der im Jahr 1990 erstmals veröffentlichte „Report“ zur sozialen Lage in der DDR vermerkte im Kapitel „Arbeit“, am 30. September 1989 habe die Anzahl der Berufstätigen in der DDR 8.547.349 betragen, davon seien 4.177.679 (48,9 %) weiblich gewesen.<sup>31</sup> Damit läge der Anteil der Berufstätigen „relativ hoch“. Man habe das Recht auf Arbeit „durch Vollbeschäftigung als wesentliches Merkmal sozialer Sicherheit vor allem durch einen hohen Beschäftigungsanteil der Frauen“ und durch die Weiterbeschäftigung von Rentnern gewahrt.<sup>32</sup> Die Zahlen lagen etwas unter denen von 1988.<sup>33</sup> An diesem Rückgang, dem ersten seit 1968, hatte offenbar die Ausreise- und Fluchtwelle vom Sommer 1989 ihren Anteil. Gleichwohl konnte von einem dramatischen Schwund des Arbeitskräftepotentials auch zu diesem Zeitpunkt nicht die Rede sein. Vielmehr verfügte die DDR über mehr Arbeitskräfte, als es der „Report“ vermuten ließ.

Die amtliche Statistik erfaßte nämlich mit dem Begriff der Berufstätigen die Beschäftigten des sogenannten „X-Bereiches“ nicht. Zumindest offiziell war dieser weder Gegenstand der zentralen Arbeitskräfteplanung, noch fand er bei der Berechnung der Nettogeldeinnahmen Berücksichtigung. Eine statistische Erfassung des „X-Bereiches“ war der Zentralverwaltung für Statistik bis einschließlich 1988 ausdrücklich untersagt.<sup>34</sup> Auch wenn die Staatliche Plankommission über die realen Zahlen verfügt haben mag, blieb dieser Bereich nach außen hin faktisch versteckt. Im Jahr 1989 zählte er ca. 726.900 Beschäftigte aus folgenden Einrichtungen:<sup>35</sup>

- Ministerium für Nationale Verteidigung, Nationale Volksarmee, Grenztruppen, Zivilbeschäftigte, Zivilverteidigung,
- Ministerium des Innern, Polizei, Feuerwehr, Strafvollzug;
- Ministerium für Staatssicherheit,
- Zollverwaltung,
- Staatsrat und Ministerrat einschließlich unterstellter Betriebe und Einrichtungen,
- Bereich kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel,
- Spezialbau Potsdam,
- SDAG Wismut,
- Parteien und deren Betriebe, gesellschaftliche Organisationen,
- z.T. Kirchen (Pfarrer, Priester, Bischöfe, Arbeiter und Angestellte wurden im Rahmen der Berufstätigenerhebung erfaßt).

---

31 Siehe Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990, S.78.

32 Ebenda.

33 Siehe Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB) 1989, Berlin 1989, S.17.

34 Siehe Wolfgang Fritz: Historie der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Ein fragmentarischer Abriß, Darstellung, Quellen, Daten, Definitionen, Chronik (= Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 13), Köln 2001, S.58.

35 Siehe ebenda.

Man mag dieses Verfahren einem hypertrophen Sicherheitsdenken zuschreiben. Aber es konterkarierte nicht nur die zentrale Arbeitskräfteplanung, sondern relativierte auch die Klagen über den Arbeitskräftemangel in der DDR. Die vom Statistischen Bundesamt zu Beginn der neunziger Jahre vorgenommene Rückrechnung weist, bezieht man die Lehrlinge ein, eine Differenz von rund einer halben bis zu einer dreiviertel Million aus. Sie geht auf den „X-Bereich“ zurück. (siehe Tabelle auf der folgenden Seite)

In diesen Daten deuten sich drei relevante Punkte an:

1. Die Erwerbsquote der DDR lag höher, als die amtlichen Angaben in den Statistischen Jahrbüchern erkennen ließen.
2. Damit fielen auch die angesichts der Bevölkerungszahl theoretisch verfügbaren Arbeitskraftreserven geringer aus.
3. Der „X-Bereich“ band besonders im Militär- und Sicherheitssektor jüngere, vor allem männliche und leistungsfähigere Jahrgänge.

Die letzte Berufstätigenerhebung der DDR vom September 1989, auf die sich auch der „Report“ stützt, ließ diese Lücke offen.<sup>36</sup> Allerdings spricht nichts dafür, daß das „Ausklinken“ des „X-Bereiches“ den Spielraum zur Mobilisierung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials ernsthaft beeinflusste. Die dort Beschäftigten bildeten ja keine verfügbare Reserve, gleichgültig ob sie von der amtlichen Berufstätigenzählung erfaßt wurden oder nicht. Allerdings wird man im „X-Bereich“ einige qualifizierte Beschäftigtengruppen vermuten dürfen, die in den strategisch relevanten Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Industrie fehlten, so etwa bei der Realisierung des Mikroelektronik-Programms von 1977. Darin lag aber in beschäftigungspolitischer Hinsicht nicht das Hauptproblem. Dieses bestand im überhöhten Arbeitskräftebedarf vor allem der Industrie.

---

<sup>36</sup> Siehe Helmut Rudolph: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (1990), H. 4, S.474-503.

**Berufstätige/Erwerbstätige in der DDR 1971-1989 im Jahresdurchschnitt, in 1000.**

Angaben der amtlichen Statistik und nach der Rückrechnung im Vergleich.

Jahr	Berufstätige* nach StJB DDR	Lehrlinge nach StJB DDR (ohne X-Bereich)	Erwerbstätige** nach Rück- rechnung
1970	7.750	417	8.736,1
1975	7.981,7	419,7	8.996,0
1980	8.213,8	469,4	9.471,3
1985	8.526,3	383,4	9.728,5
1988	8.589,1	363,3	9.823,1
1989	8.550,0	334,4	9.747,0

\*Im Arbeitsprozeß stehende Personen, nicht jedoch: Angehörige des X-Bereiches, nur in der individuellen Hauswirtschaft tätige Familienangehörige von LPG-Mitgliedern, Mütter in der bezahlten Freistellung und Lehrlinge.

\*\*Personen ab 15 Jahre, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, darunter auch Angehörige des X-Bereiches und Lehrlinge.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB) 1990, Berlin 1990, S.48, 58; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbstätige 1950 bis 1989. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, H. 14, Wiesbaden 1994, S.20.

Zunächst war die SED-Führung nach dem Sturz Walter Ulbrichts im Jahr 1971 von der Notwendigkeit ausgegangen, „mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften mehr (zu) produzieren“. Man werde künftig stärker auf die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion setzen und den in der NÖS-Periode forcierten industriellen Neubau, und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze, nicht mehr überbetonen. Denn: „Wir werden in absehbarer Zukunft über nicht mehr Arbeitskräfte verfügen als heute.“<sup>37</sup> Das stimmte nicht ganz, wie die oben angeführten Zahlen zeigen. Doch beschrieb diese Aussage tendenziell durchaus treffend eine nicht mehr ferne Ausschöpfung des Arbeitskräftereservoirs. In diesem Sinne war auch fünfzehn Jahre später, auf dem XI. Parteitag der SED, von einer noch steigerungsfähigen „Effektivität der Arbeit“ und von „Einsparung an Arbeitszeit“ die Rede.<sup>38</sup> Darüber hinaus setzte man aber auch auf die „Verminderung des Aufwandes an lebendiger Arbeit“,<sup>39</sup> wobei freilich nach wie vor an die „Gewinnung von Arbeitskräften zur Lösung volkswirtschaftlicher Schwerpunktaufgaben durch Einsparung von Arbeitsplätzen“ an anderer Stelle gedacht war.<sup>40</sup> Hier wurde eine Akzentverschiebung in der Beschäftigungspolitik sichtbar, deren Ausgangspunkt bereits einige Jahre zurücklag und sehr genau auf den Juni 1978 zu datieren ist. Zu dieser Zeit hatte die Leitung des Petrolchemischen Kombinats (PCK) Schwedt unter der Devise „Weniger produzieren mehr“ mit einer Umschichtung des Arbeitskräftepotentials begonnen. Um neue Anlagen betreiben zu können, reduzierte

37 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 3. Beratungstag, Berlin 1971, S.68.

38 Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 17. bis 21. April 1986, Berlin 1986, S.70.

39 Ebenda, S.742f.

40 Ebenda, S.751.

man in bestehenden Bereichen die Zahl der Arbeitsplätze mit der Begründung, es gebe zu viele davon, sie seien überflüssig.<sup>41</sup> Diese Eigeninitiative der Kombinatiatsleitung geriet bald als „Schwedter Initiative“ in das Fahrwasser der üblichen Kampagnen.<sup>42</sup> Offiziell hochgelobt, hatte sie jedoch einen Haken: Die Einsparungen erfolgten im wesentlichen beim Leitungs- und Verwaltungspersonal, während der Anteil der Produktionsarbeiter durch Umsetzungen aus der Leitung, Verwaltung und Produktionsvorbereitung von 46,8 % (1978) auf 55,3 % (1985) anstieg.<sup>43</sup> Einer Modernisierungsstrategie entsprach das nicht. Gleichwohl galten umfangreichere Personalreduzierungen und -umsetzungen seither als wichtige Instrumente der Arbeitskräftelenkung. Aber auch unter diesem Gesichtspunkt blieb das Ergebnis hinter den Erwartungen zurück. In der Industrie der DDR mit 3,2 Millionen Beschäftigten wurden von 1981 bis 1986 jährlich zwischen 55.000 und knapp 64.000 Personen für neue Aufgaben gewonnen.<sup>44</sup> Diese Personalumschichtungen erfaßten mit ca. zwei Prozent nur einen geringen Teil der Betriebsbelegschaften. Zudem dienten sie kaum dem notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel, sondern zielten vor allem auf die Ausweitung der Schichtarbeit, der Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln und der Erzeugung zusätzlicher Konsumgüter.<sup>45</sup>

Zeitgenössische Fachartikel warnten vor der Erwartung, man könne auch künftig sein Berufsleben auf ein- und demselben Arbeitsplatz verbringen. Schon 1985 hatten Experten die Meinung geäußert, es werde künftig nicht außergewöhnlich sein, „daß ein Werk­tätiger im Laufe seiner Berufstätigkeit mehrmals aktiv an der Einsparung oder Umgestaltung seines bisherigen Arbeitsplatzes mitwirken muß“.<sup>46</sup> Doch die Realität blieb weit hinter diesem Szenarium zurück. Auch von der „Schwedter Initiative“ drohte kein gravierender Einschnitt in das Beschäftigungssystem der DDR. Dies ist schon vor 1989 kritisch registriert worden. Eine besondere Rolle spielte dabei der Hinweis auf eine latente Arbeitslosigkeit. Er erfolgte aber in der Regel aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive, die von funktionierenden Arbeitsmärkten ausging. Diese Sicht entsprach auch der bisher in westlichen Industrieländern gewonnenen Erfah-

41 Siehe Heike Knortz: Innovationsmanagement in der DDR 1973/79-1989. Der sozialistische Manager zwischen ökonomischen Herausforderungen und Systemblockaden, Berlin 2004, S.99f.

42 Siehe Ein Werk des Sozialismus, der Freundschaft und der Jugend. Geschichte des VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt, Stammbetrieb von 1959 bis 1981. Hrsg. von der Betriebsparteiorganisation der SED, Berlin 1981, S.240.

43 Siehe Dieter Politz: Erfahrungen und Ergebnisse der umfassenden Rationalisierung zur Gewinnung von Werk­tätigen für neue Aufgaben im VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt, in: Wirtschaftswissenschaft 32 (1984), H. 4, S.523-536, hier S.530.

44 Siehe Holle Grünert: Starrheit und Mobilität im Beschäftigungssystem der DDR, in: Der Hallesche Graureiher 97-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1997, S.21.

45 Siehe ebenda.

46 Astrid Naumann/Rudolph Welskopf: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und sozialistische Lebensweise, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1983, Berlin 1983, S.51-67, hier S.57; siehe auch Lothar Hummel/Gerd Pietrzynski: Effektivität und Disponibilität des Arbeitsvermögens – Leitungserfahrungen aus Kombinat und Konsequenzen für die Forschung, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1985, Berlin 1985, S.35-51.

rung, daß zwar stets Arbeitsplätze verloren gingen, aber immer mehr neue entstanden. So erscheint es wenig verwunderlich, wenn in einem relativ frühen, aus dem Jahr 1964 stammenden Szenarium zur Transformation der DDR-Wirtschaft in eine Marktwirtschaft die Beschäftigungsfrage gar keine Erwähnung fand.<sup>47</sup> Auch später fällt auf, daß der in Westeuropa während der siebziger Jahre eingetretene Bruch im „Normalverlauf“ der Erwerbsarbeit in der Kritik am Beschäftigungssystem der DDR keine Rolle spielte. Er war hier einfach noch nicht zu beobachten.

Die Diskussion des Problems erfordert einen historisch kontextualisierten Arbeitsbegriff. So ist zu bedenken, daß das in der DDR geltende Recht auf Arbeit über eine Bestimmung der Erwerbsarbeit im engeren ökonomischen Sinne hinauswies.<sup>48</sup> Arbeit war als gesellschaftlicher Prozeß mit Sozialisations- und Erziehungsintentionen verbunden, eingelagert in ein Netz sozialer Grundsicherungen. Im Kern ging der hierauf bezogene Arbeitsbegriff auf die von Karl Marx vorgenommene Bestimmung als „nützliche Arbeit“ zurück: „Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit [...] eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln.“<sup>49</sup> Im neuen Parteiprogramm der SED von 1976 war die Arbeit als „wichtigste Sphäre des gesellschaftlichen Lebens“ beschrieben; und für die „klassenlose Gesellschaftsordnung“ des Kommunismus prognostizierte man, daß „Arbeit zum Wohle der Gesellschaft das erste Lebensbedürfnis“ werde.<sup>50</sup> „Nützliche Arbeit“ bildete nach diesem Verständnis ein konstitutives Element der sozialistischen Gesellschaft. Das setzte Vollbeschäftigung voraus.

### *Strukturelle Probleme*

Während in den achtziger Jahren unter Demographen das ebenso simple wie ahistorische Argument aufkam, angesichts sinkender Geburtenraten werde die DDR auf die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte angewiesen sein, war gleichzeitig manches von dem geläufig, was Jeremy Rifkin später als Beleg für das „Ende der Arbeit“ anführen sollte.<sup>51</sup> Im allgemeinen bestand Übereinstimmung darin, daß die Anwendung von Robotern und Computern in der Wirtschaft und im Staatsapparat nicht nur Rationalisierungseffekte auslösen, sondern irgendwann auch die Frage nach der Beschäftigung des eingesparten Personals aufwerfen würde. Die Antwort darauf schien einfach: Sobald dieser Punkt erreicht war, stand eine Verkürzung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung. In dieser Erwartung kam eine Denktradition zum Tragen, die von Paul

47 Siehe Peter Dietrich Propp: Zur Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs in eine Marktwirtschaft, Berlin 1964.

48 Siehe Ekkehard Sachse: Ein Beschäftigungssystem auf der Grundlage des Rechts auf Arbeit, in: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001, S.163-178.

49 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1 (= Marx-Engels-Werke, Bd. 23), Berlin 1965, S.57.

50 Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 23. Mai 1976, Bd. 2: 4. und 5. Beratungstag, Berlin 1976, S.222, 263f.

51 Siehe Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/Main 1997.

Lafargue, der täglich maximal drei Stunden Arbeit für angemessen hielt und überhaupt ein „Recht auf Faulheit“ reklamierte,<sup>52</sup> über John M. Keynes, der vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise für eine Arbeitszeitverkürzung plädierte,<sup>53</sup> u. a. auch in die DDR führte. Solche Überlegungen klangen hier durchaus an. Als beispielsweise die theoretische Zeitschrift der SED, „Einheit“, im Januar 1989 ein Themenheft zur ökonomischen Strategie veröffentlichte, ging es darin nicht etwa um die Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern um das Verhältnis von Arbeit und Freizeit.<sup>54</sup> Weiterreichende Konsequenzen, wie sie etwa mit den Begriffen der „postindustriellen“ oder auch der „Dienstleistungsgesellschaft“ umschrieben wurden, standen nicht zur Debatte. Vor dem Erfahrungshorizont der DDR-Geschichte erschien es unvorstellbar, mit „Überzähligen“<sup>55</sup> aus den primären und sekundären Sektoren der Wirtschaft rechnen zu müssen, die im tertiären Sektor keine Aufnahme mehr fänden.

Auf absehbare Zeit, so schien es, würde der Arbeitskräftebedarf, bedingt durch den von der dritten industriellen Revolution induzierten Strukturwandel, eher zu- als abnehmen. Allein schon der Aufbau der Mikroelektronikindustrie und moderner Kernkraftwerke erforderte erhebliche Personalressourcen. Und selbst wenn es auf weitere Sicht in einigen Wirtschaftsbereichen zu Personaleinsparungen größeren Umfangs kommen sollte, ließen die trotz des bevölkerungspolitischen Gegensteuerns weiterhin rückläufigen Geburtenraten schon mittelfristig eine Kompensation erwarten.<sup>56</sup> Insofern hatte der an sich unerwünschte demographische Effekt auch einiges Potential zur künftigen Problemlösung.

Größere Schwierigkeiten zeichneten sich auf einer anderen Ebene ab. Mit einem relativ hohen Anteil „alter“ Industrien war die DDR im Hinblick auf den anstehenden Strukturwandel nicht besonders günstig positioniert. Vor allem an Standorten der Energie- und Brennstoffindustrie, der Chemischen Industrie und der Metallurgie drohte in Zukunft eine deutliche Verringerung von Arbeitsplätzen.

---

52 Siehe Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit: Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“ von 1849, Grafenau, 4. Aufl. dieser Ausgabe 2002.

53 Siehe John Maynard Keynes: Economic Possibilities For Our Grandchildren, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX, Kondon-Basingtoke 1972, S.321-332, hier S.329.

54 Siehe Karl-Heinz Thieme: Vom Wert der Arbeit, in: Einheit 44 (1989), H. 1, S.39-44.

55 Siehe Castel, Metamorphosen, S.348-364.

56 Siehe Erich Strohbach/Reinhard Liebscher: Bevölkerungspolitik in der DDR, in: Manz/Sachse/Winkler (Hrsg.), Sozialpolitik, S.123-137, hier S.130-135.

Für einige Kreise, in denen eine hohe Konzentration dieser Industrien bestand, zeichnete sich ein erhebliches Beschäftigungsproblem ab:

<b>Energie- und Brennstoff-industrie</b>	<b>Chemische Industrie</b>	<b>Metallurgie</b>
Borna	Bitterfeld	Eisleben
Calau	Guben	Eisenhüttenstadt
Cottbus-Land	Merseburg	Hettstedt
Görlitz-Land	Roßlau	Riesa
Gräfenhainichen	Rudolstadt	
Hohenmölsen	Schwedt	
Senftenberg	Wolmirstedt	
Sprenberg	Wittenberg	
Weißwasser		

Quelle: Helmut Rudolph: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (1990), H. 4, S.474-486, hier S.486.

Hinzu kam, vor allem östlich der Elbe, eine Anzahl landwirtschaftlich geprägter Kreise, die als strukturschwach zu bezeichnen sind. Während diese unter dem Gesichtspunkt des Strukturwandels als Standortreservoir gelten konnten, lag das Problem der genannten Industriekreise in ihrer Monostruktur. Besonders die auf Braunkohle basierende Energie- und Brennstoffindustrie steuerte allein schon wegen der Erschöpfung der Lagerstätten ihrem allmählichen Ende entgegen. Der Bau der Kernkraftwerke Greifswald und Stendal leitete diesen Wechsel deutlich sichtbar ein.<sup>57</sup> Damit standen ca. 230.000 (1989) Arbeitsplätze zur Disposition, für die zumindest zum Teil Ersatz hätte geschaffen werden müssen. In geringerem Maße, aber doch noch immer in beträchtlicher Größenordnung wären die Chemische Industrie (1989: ca. 340.000 Beschäftigte) und die Metallurgie (1989: ca. 135.000) über kurz oder lang von einer Veränderung der Branchenstruktur betroffen gewesen. Insgesamt war mit einem erheblichen Aufwand zu rechnen, um die in sozialer Hinsicht problematischen Folgen des Strukturwandels abzufedern. Wie die DDR damit im Falle ihres Fortbestehens fertig geworden wäre, bleibt spekulativ. Nicht viel anders lagen die Dinge bei der mit überdurchschnittlich hohen Anteilen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden und Erfurt konzentrierten Textilindustrie. Hier wäre es um rund 216.000 Arbeitsplätze (1988) gegangen.<sup>58</sup> Auf Dauer hätte diese Branche wohl auch in der DDR nur in hochspezialisierten Segmenten fortbestehen können.

Günstiger sah es bei der beruflichen Qualifikationsstruktur aus. Neben der Frage nach den personellen Ressourcen der DDR erlangte die nach ihrer Qualifikation für den Einsatz in Hochtechnologiebereichen mindestens die gleiche Bedeutung wie die nach dem Branchengefüge der Wirtschaft. Generell zeichnete sich die Qualifikationsentwicklung in den siebziger und achtziger Jahren durch eine beträchtlich steigende Zahl

57 Siehe Mike Reichert: Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad (1955-1990), St. Katharinen 1999.

58 Siehe StJB der DDR 1989, Berlin 1989, S.65, 139.

der Hoch- und Fachschulabsolventen sowie durch eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in dieser Beschäftigtengruppe aus.

**Berufstätige in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft mit Hoch- und Fachschulabschluß nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen** (Gebiet der DDR; ohne X-Bereich; Stand: 31. Oktober), in 1.000.

Jahr	Insgesamt	darunter in den Wirtschaftsbereichen:					
		Industrie	Bau- industrie	Land- und Forst- wirtschaft	Verkehr	Post- und Fernmelde- wesen	Handel
1970	716,3	202,5	30,1	45,0		26,4	22,3
1975	1.019,2	302,7	43,0	62,5		41,3	37,2
1980	1.412,2	376,0	55,2	74,6	37,5	11,5	50,2
1985	1.636,0	455,3	61,6	86,0	43,8	13,3	64,4
1989	1.731,0	481,2	64,2	93,2	49,2	13,9	72,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S.50.

Noch deutlicher stieg die Zahl der beschäftigten Frauen. In den genannten Bereichen erhöhte sie sich von ca. 235.000 (1970) auf 958.000 (1989), also von etwa einem Drittel auf mehr als die Hälfte der Beschäftigten mit Hoch- und Fachschulabschluß.<sup>59</sup> Der anteilige Zuwachs des höherqualifizierten Personals an der Gesamtheit der Beschäftigten ist ebenso wie der Aufstieg von Frauen in qualifizierte Positionen als Komponente eines Modernisierungsprozesses zu deuten, der beschäftigungspolitisch beabsichtigt und wirtschaftlich notwendig war. Allmählich näherte man sich einer adäquaten Besetzung von Planstellen in den Betrieben. Noch in der ersten Hälfte der siebziger Jahre klaffte in allen Industriezweigen eine beträchtliche Lücke zwischen der für Planstellen geforderten und der tatsächlichen Qualifikation der hier jeweils Beschäftigten. Ein Blick auf die Situation des Industriezweiges Elektrotechnik/Elektronik im Jahr 1974 verdeutlicht das exemplarisch:

<sup>59</sup> Siehe StJB der DDR 1990, Berlin 1990, S.50.

**Planstellen und ihre Besetzung im Bereich des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik.**  
Stichtag: 31.10.1974.

WO 04	Planstellen	Personen	Davon:				
			Hochschulabschluß	Fachschulabschluß	Meisterabschluß	Facharbeiterabschluß	Ohne Abschluß
Für HS-Kader	28.429	28.545	18.821	8.744	215	603	162
Für FS-Kader	53.742	52.600	4.471	34.485	3.214	9.303	1.127
Für Meister	9.576	9.209	30	519	6.715	1.707	238
Für Facharbeiter	194.811	193.970	100	758	2.297	161.538	29.277
Für Werkstätige ohne abgeschlossene Berufsausbildung	112.681	118.061	41	60	29	3.221	114.710
<b>Insgesamt</b>	<b>399.239</b>	<b>402.384</b>	<b>23.463</b>	<b>44.566</b>	<b>12.470</b>	<b>176.372</b>	<b>145.514</b>

Quelle: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Berichterstattung über die Berufsstruktur der Werkstätigen. Stichtag: 31.10.1974, Bd. V: Planstellen und ihre Besetzung nach ausgewählten WO –2– und –4– Stellen. Archiv des Statistischen Bundesamtes 051411064.

Obwohl es in diesem für das künftige Mikroelektronikprogramm der DDR wichtigen Fall etwas mehr Beschäftigte als Planstellen gab, bestand ein Defizit bei Hoch- und Fachschulabsolventen wie auch bei Meistern und Facharbeitern. Zudem wurde ein nicht unerheblicher Teil der Berufstätigen nicht der Qualifikation entsprechend eingesetzt. Diese Situation entspannte sich allerdings in der Folgezeit durch Ausbildungsmaßnahmen:

**Qualifikation der Berufstätigen in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft (Gebiet der DDR; ohne X-Bereich; Stand: je 31. Oktober), in Prozent.**

Jahr	Berufstätige insgesamt	Darunter mit			
		Hochschulabschluß	Fachschulabschluß	Meisterabschluß	Facharbeiterabschluß
1971	100	4,3	7,4		49,2
1975	100	5,5	8,6	3,5	53,1
1980	100	6,7	12,1	3,7	57,7
1985	100	7,5	13,4	3,9	60,5
1989	100	8,1	14,1	4,2	60,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S.56.

Der Zuwachs an qualifiziertem Personal vergrößerte zweifellos den Spielraum, um die als strategisch wichtig geltenden Industriezweige mit Arbeitskräften zu versorgen. Gleichwohl hielt sich der Erfolg in Grenzen. Wie die für 1988 vorliegenden Angaben zeigen, konnte auch zu diesem Zeitpunkt ein nennenswerter Teil der für wissenschaft-

liche und technische Innovations- bzw. Inventionsprozesse nötigen Stellen nicht adäquat besetzt werden.

**Qualifikation der Arbeiter und Angestellten der Betriebe der Industrieministerien nach Tätigkeitshauptgruppen (Gebiet der DDR, ohne X-Bereich; Stand: 31. Oktober 1988), in Personen und Prozent.**

	Insgesamt in Personen	Darunter in Prozent			
		Hoch- schulskader	Fach- schulskader	Meister	Fach- arbeiter
Produktionspersonal	1.630.103	0,9	2,1	2,7	76,1
<i>Produktionsarbeiter</i>	1.571.787	0,1	0,4	2,3	78,4
<i>Ingenieurtechnisches Personal</i>	53.316	22,2	49,4	14,2	13,4
Produktionsvorbereitendes Personal	249.864	26,6	36,5	4,9	29,7
Leitungs- und Verwaltungs- personal	413.270	15,1	27,0	13,6	41,0
<i>Leitungspersonal</i>	196.721	24,0	37,9	26,1	11,6
<i>Verwaltungspersonal</i>	216.549	7,1	17,0	2,3	67,6
EDV-Personal	36.718	20,5	21,0	0,6	52,2
Betreuungspersonal	83.281	1,1	3,6	1,9	60,9
Pädagogisches Personal	29.251	19,7	35,1	29,6	15,1
Übriges Personal	193.592	2,7	7,8	2,4	60,3
<b>Insgesamt</b>	2.636.079	6,2	10,4	4,9	63,5

Quelle: Bundesarchiv Berlin, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR, Erfassung 1988, Teil IV, S.1, Behälter 20905.

Während Meister und Facharbeiter eine beträchtliche Anzahl von Stellen des Ingenieur-Technischen Personals (ITP) einnahmen, verteilten sich verhältnismäßig viele Hoch- und Fachschulabsolventen auf das produktionsvorbereitende und Verwaltungspersonal. Anhand dieser Zahlen läßt sich zwar kaum beurteilen, inwieweit diese Personalverteilung durch Stellenanforderungen begründet war, dennoch schien der hohe Facharbeiteranteil nach wie vor ein Defizit bei höheren Qualifikationen zu signalisieren. Die auch in den achtziger Jahren zu beobachtende Anhebung des Qualifikationsniveaus legte die Annahme nahe, man könne diesen Engpaß bald überbrücken.

Dem wirkte jedoch eine andere Tendenz entgegen: Während 1980 in der Industrie das Verhältnis von neuausgebildeten zu bereits beschäftigten Fachkräften mit Hoch- und Fachschulabschluß bei 1:30 lag, rechnete man angesichts zu erwartender rückläufiger Absolventenzahlen für das Jahr 2000 mit 1:50.<sup>60</sup> Hier machte sich offenbar die sinkende Geburtenrate bemerkbar.

Als noch gravierender erwies sich aber ein anderes Problem: Das Leistungspotential der für den wirtschaftlichen Strukturumbau entscheidenden Funktionseliten wurde nur völlig unzureichend ausgeschöpft. Einer soziologischen Erhebung zufolge verwendeten mehr als 50 Prozent der Leiter ein Viertel der Arbeitszeit für Tätigkeiten

<sup>60</sup> Siehe Helmut Koziolk: Intensivierung, Steigerung der Arbeitsproduktivität und Vervollkommnung des Systems der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: Wirtschaftswissenschaft 37 (1989), H. 4, S.487-499, hier S.492.

unterhalb des Qualifikationsniveaus, bei weiteren 30 Prozent betraf das mehr als die Hälfte der Zeit. Eine solche Unterforderung trat besonders im Forschungs- und Entwicklungsbereich, beim Rationalisierungsmittelbau und in der Produktionsleitung auf. Die Befragung von Brigadiern, Gruppenleitern, Meistern, Abteilungsleitern und Direktoren ergab hingegen übereinstimmend Anzeichen für Überforderung beim Arbeitsumfang und Unterforderung beim Schwierigkeitsgrad der Aufgaben.<sup>61</sup> Dieser Befund korrespondierte mit einem anderen: Die Schwerfälligkeit des planwirtschaftlichen Lenkungssystems bewirkte in den Betrieben der DDR beträchtliche Reibungsverluste, lange Reaktionszeiten und Ineffizienz. So entfielen z. B. in der metallverarbeitenden Industrie der DDR nur zehn bis 20 Prozent der Durchlaufzeit der Erzeugnisse auf die unmittelbare Bearbeitungszeit, alles andere waren Liege-, Warte-, Verweil-, Lager- und Transportzeiten.<sup>62</sup> Solche Symptome ließen das Beschäftigungsproblem in einem anderen Licht erscheinen.

Es ist in dem Zusammenhang gelegentlich von verdeckter Arbeitslosigkeit die Rede gewesen. Sie soll in den späten achtziger Jahren bei etwa 15 % gelegen haben.<sup>63</sup> Manche Schätzungen gehen bis zu 30 %. Als Ursachen wurden tägliche Stillstandszeiten der Produktion im Durchschnitt von 18-25%, Arbeitszeitausfall von 11%, Ausfallzeiten bei Materiallieferungen in Höhe von 13% benannt. Einbezogen in solche Rechnungen wurden auch geschätzte 2-15% der Gesamtbevölkerung als personeller Aufwand für soziale und politische Aufgaben.<sup>64</sup>

Aber was unter betriebswirtschaftlichem Aspekt im Marktcontext zutreffen mochte, folgte in der DDR anderen Rationalitätskriterien.<sup>65</sup> Der vielerorts überhöhte Arbeitskräftebedarf erklärte sich nicht allein aus dem Produktivitätsniveau, sondern er folgte der Logik des Mangels: Verfügte ein Betrieb über ausreichend Personal, hatte er eine Chance, den staatlichen Produktionsplan zu erfüllen und die damit verbundenen Prämienmittel in Anspruch zu nehmen. Die seit 1986 gültige Planungsordnung verstärkte diese Tendenz noch: Es war rationaler, auch unterbeschäftigte Arbeitskräfte zu halten, um den geplanten Lohnfonds auszuschöpfen, anstatt Beschäftigte freizusetzen und 50 Prozent der eingesparten Lohnsumme verwenden zu dürfen.<sup>66</sup> Eine gewisse Ironie lag wohl darin, daß ein Mehrbedarf an Arbeitskräften besonders vom Rationalisierungsmittelbau ausging.<sup>67</sup> Zudem errichtete das Arbeitsrecht aus sozialen Gründen nicht

---

61 Siehe Michael Chrapa: Das Leistungsverhalten junger Leiter und objektive sowie subjektive Bedingungen der Leitungstätigkeit (Tagungsbericht), in: Wirtschaftswissenschaft 37 (1989), H. 9, S.1403-1406, hier S.1403.

62 Siehe Siegfried Kohl/Horst Trauer/Dieter Urban: Erfahrungen bei der Gestaltung der rechnergestützten Produktionsplanung und -steuerung (PPS) in Kombinatbetrieben der metallverarbeitenden Industrie, in: Wirtschaftswissenschaft 37 (1989), H. 3, S.343-354, hier S.343.

63 Siehe Ludwig Vogler: Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, in: IFO-Schnelldienst 24/1990, S.71.

64 Siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosigkeit%20Verdeckte\\_Arbeitslosigkeit\\_in\\_der\\_DDR](http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosigkeit%20Verdeckte_Arbeitslosigkeit_in_der_DDR).

65 Siehe M. Rainer Lepsius: Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Theo Pirker u. a. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S.347-362.

66 Siehe Knortz, Innovationsmanagement, S.180.

67 Siehe ebenda., S.163.

nur gegen Entlassungen eine extrem hohe Hürde, sondern es schrieb auch Kriterien vor, die den Beschäftigten beim Wechsel von einem Arbeitsplatz auf den anderen eine starke Position einräumten.<sup>68</sup> Die in der DDR ständig beklagte Fluktuation blieb vergleichsweise gering. Hierzu trug auch der Wohnungsmangel bei, der die Mobilität eher einschränkte als anregte. Das 1971 aufgelegte und später mehrfach modifizierte Wohnungsbauprogramm erzielte zwar arbeitskräftelenkende Effekte, vermochte aber nur in begrenztem Maße Arbeitskräfteüberhänge an einer Stelle und Arbeitskräftebedarf an anderer ausgleichen.<sup>69</sup>

Die auf der Ebene von Kombinat und Betrieben ausgetragene Konkurrenz um Arbeitskräfte läßt sich nicht ohne weiteres als Arbeitsmarkt definieren, wenngleich bestimmte Usancen marktähnlichen Aushandlungsprozessen glichen. Die Spielregeln der Akteure folgten hierbei vor allem individuellen und betrieblichen Interessen, wobei aber die Vorgaben der zentralen Arbeitskräfteplanung einen relativ engen Rahmen zogen. Als Hauptgründe für Fluktuation galten im allgemeinen bessere Entlohnung und die Verbesserung der Wohnsituation. Insgesamt jedoch erfolgten Arbeitsplatzwechsel und beruflicher Aufstieg weit öfter innerhalb des Betriebes als außerhalb. Man orientierte sich stärker am Kriterium der Sicherheit als an dem der Effizienz. Diese Option legitimierte sich sowohl aus den traumatischen Erfahrungen der jüngsten deutschen Geschichte, als auch durch die gesellschaftspolitisch zentrale Funktion des sozialistischen Arbeitsparadigmas. Die Betriebszentrierung der Gesellschaft ging mit einer relativ starken Betriebsbindung der einzelnen Beschäftigten einher.<sup>70</sup> Dies legte nahe, Beschäftigungsprobleme, wie sie sich aus der Schaffung neuer Arbeitsplätze oder auch aus dem Abbau von Arbeitsplätzen ergaben, möglichst betriebs- oder kombinatintern zu lösen.

### *Ausblick*

Die Beschäftigungssituation der späten DDR ließ auf absehbare Zeit genügend Spielraum vermuten, um auch unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution Vollbeschäftigung zu ermöglichen. Davon gingen offenbar auch die Koalitionäre der im März 1990 gewählten Regierung de Maizière aus. So war im Entwurf einer neuen Verfassung der DDR vom 6. April immerhin noch von einem „Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung“ die Rede.<sup>71</sup> Auch in den Grundsätzen der Koalitionsvereinbarung

68 Siehe Thiel, *Arbeitsrecht*, S.158-165.

69 Siehe Hannsjörg F. Buck: *Mit hohem Anspruch gescheitert: Die Wohnungspolitik der DDR*, Münster 2002, S.361-375.

70 Siehe Martin Kohli: *Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr: *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1999, S.31-61, hier S.42; Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 2000, S.173-208.

71 Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches vom 6. April 1990, in: *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozeß der Wiedervereinigung von der Ausreisewelle aus der DDR über Ungarn, die ČSSR und Polen im Spätsommer 1989 bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990*. Hrsg. von Ingo v. Münch unter Mitarbeit und mit einer Einführung von Günter Hoog, Stuttgart 1991, S.122-162, hier S.129 (Art. 27).

zwischen den Fraktionen der CDU, der Deutschen Sozialen Union (DSU), dem Demokratischen Aufbruch (DA), den Liberalen, der Deutschen Forum-Partei (DFP), dem Bund Freier Demokraten (BFD), FDP und der SPD vom 12. April 1990 fand das Recht auf Arbeit seinen Niederschlag. Für den Fall, daß es zu keiner Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik kommen würde, bei der man „die sozialen Sicherungsrechte als nicht einklagbare Individualrechte einzubringen“ beabsichtigte, sollten diese Rechte „in der Form von Staatszielbestimmungen gewährleistet“ werden.<sup>72</sup> Noch in der am 23. Juli 1990 von der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung angenommenen „Verfassung von Berlin“ (Ost) hieß es, jeder habe „das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung“.<sup>73</sup> Damit fand der vierzig Jahre zuvor in der ersten Verfassung der DDR enthaltene Grundsatz des Rechts auf Arbeit, wenn auch in abgeschwächter Form, letztmalig Eingang in einen Gesetzestext. Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 enthielt keine solche Festlegung.

Die angesichts des realen Geschichtsverlaufs kontrafaktische Frage, wie die DDR im Falle ihres Fortbestehens das Recht auf Arbeit auf Dauer hätte garantieren können, ist lediglich im Hinblick auf die gegenwärtige Beschäftigungskrise von einem gewissen Interesse. Dabei sollte der Fall einer Systemtransformation, wie er seit 1990 in Mittel- und Osteuropa zu beobachten ist, einmal ausgeklammert bleiben. Ein durch die dritte industrielle Revolution ermöglichter starker Produktivitätsanstieg dürfte auch die sozialistische Arbeitsgesellschaft der DDR vor ein gravierendes Problem gestellt haben. Schließlich mußte man auch hier damit rechnen, durch den Einzug von Computern und Robotern in den Arbeitsalltag sowie durch einen massiven industriellen Strukturwandel und Rationalisierungseffekte in der Landwirtschaft einen Teil der Arbeitsplätze überflüssig zu machen. Zunächst wäre dieser Effekt durchaus gewollt gewesen, um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beseitigen. Sobald jedoch die Freisetzungen das hierfür erforderliche Maß überschritten hätten, wäre wohl nach dem Diskussionsstand der achtziger Jahre mit einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit reagiert worden. An dieser Stelle nähert sich die hypothetische Betrachtung einem beschäftigungspolitischen Problem der Gegenwart.<sup>74</sup>

Zwei Fragen sind in dem Zusammenhang von besonderem Interesse: Erstens müßte man klären, ob der Ausweg einer Arbeitszeitverkürzung sinnvoll und auf längere Sicht durchzuhalten gewesen wäre. Auf ein Szenarium, wie es Robert Castel angesichts der Krise moderner Arbeitsgesellschaften unter den Stichworten „Überzählige“ und „Eingliederung“ beschrieb, hätte dies immerhin eine möglich Antwort sei können.<sup>75</sup> Allerdings würde eine solcherart teilweise stillgelegte Arbeitsgesellschaft viel kreatives Po-

---

72 Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen, DFP, BFD, FDP und der SPD vom 12. April 1990, in: ebenda, S.163-190, hier S.163.

73 Die Verfassung von Berlin vom 23. Juli 1990 gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 22. April 1948 in der Fassung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung von Berlin vom 11. Juli 1990, in: ebenda, S.291-314, hier S.297.

74 Zur aktuellen Diskussion siehe Peter Ulrich: Von der „Tyrannei“ des Arbeitsmarktes zur Vitalpolitik der Arbeitswelt, in: *WeltTrends* 13 (2005), Nr. 47 (Sommer), S.11-25.

75 Siehe Castel, *Metamorphosen*, S.348, 364.

tential aufs Spiel gesetzt haben. Eine denkbare Alternative, die etwa in der Teilung des „gesellschaftlichen Arbeitsvermögens“ in ein wettbewerbsorientiertes Leistungs- und ein zur sozialen Absicherung dienendes Beschäftigungssegment bestanden haben könnte, wirft angesichts der damit eintretenden scharfen sozialen Segregation ebenfalls schwerwiegende Probleme auf. Auch eine fortbestehende DDR hätte ihnen nicht ausweichen können.

Eine andere Frage ergibt sich aus dem 1990 einsetzenden Transformationsprozeß und der damit einhergehenden Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit. Aus der DDR-Wirtschaft, deren Zustand in den achtziger Jahren etwa dem der Tschechoslowakei glich, wurde eine Transferökonomie. Nach etwa einer Dekade konstatierte man in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachwelt einen Negativrekord: „Das Leistungsbilanzdefizit der neuen Länder liegt bei etwa 45% der eigenen Erzeugung [...] Niemals zuvor hat es in der Geschichte der Menschheit eine Region gegeben, die in solch großem Umfange von einem Ressourcenzustrom aus anderen Regionen abhängig war. Selbst Israel, Portugal und der italienische Mezzogiorno, drei weitere klassische Transferökonomien, liegen mit Werten von 12-13% weit, weit darunter.“<sup>76</sup> Wenn diese Entwicklung nicht zu vermeiden gewesen wäre, müßte die Tschechische Republik eine ähnliche Entwicklung genommen haben. Dies hat sie jedoch nicht. Woran das lag, dürfte eine der von der zeithistorischen Forschung zu erörternden Fragen sein.

---

<sup>76</sup> Hans-Werner Sinn: *Schlußlicht Deutschland*, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, ifo Standpunkte 2002, Nr. 32, S.1f.

# „Morgen seid ihr der Staat!“ Umerziehung in Schulbüchern der französischen Besatzungszone 1945-1949

Dominique Vogel

## *Was tun mit Deutschland?*

So lautete 1945 die entscheidende Frage für Frankreich, das zwar erst in letzter Minute in den Kreis der Besatzungsmächte aufgenommen worden war, dessen Geisteswissenschaftler sich aber schon lange mit dem „problème allemand“ beschäftigt hatten.<sup>1</sup> Eine Frage, die mit der künftigen Rolle der „Grande Nation“, also mit ihrem nationalen Selbstverständnis und sicherheitspolitischen Aspekten zusammenhing.<sup>2</sup>

Die traditionellen Werte Frankreichs sollten verbreitet werden, als Gegenpol zu den „pervertierten“ Werten des Hitler-Regimes. Angestrebt war eine tiefgreifende Veränderung der deutschen Mentalität, und es galt, sich nicht mit kurzfristigen – hauptsächlich ökonomischen - Zielen zufriedenzugeben: „Was haben wir davon, wenn wir in fünf, zehn oder zwanzig Jahren unseren Anteil an den Reparationen bekommen haben, die Deutschen aber noch dieselben geblieben und immer noch bereit sind, sich dem ersten besten ‚Hexenmeister‘ anzuschließen oder sich mit jedem zu verbünden, um ihren – stets enttäuschten, aber immer wiederkehrenden – Traum von einem imperialistischen Nationalismus wieder wahr werden zu lassen? Die deutsche Seele ist es, mit der wir uns anlegen müssen, die Mentalitäten der älteren und besonders der jungen Menschen gilt es zu verändern, wir müssen die Demokratie [...] zum Leben bringen, eine humane und humanistische Kultur fördern.“<sup>3</sup>

Trotz der in der öffentlichen Diskussion nicht selten geäußerten Skepsis über eine Umerziehbarkeit der Deutschen<sup>4</sup> hielt man ihre geistige Neuorientierung – vor allem

---

1 Mehrere Schriften beschäftigten sich schon vor Kriegsende mit dieser Frage, u. a. der programmatische Text „Que faire de l'Allemagne?“ (Paris 1945), in der der Germanist Pierre Grappin seine Vorstellungen zur künftigen Umerziehungspolitik Frankreichs äußerte. Siehe auch Jérôme Vaillant: Was tun mit Deutschland. Die französische Kulturpolitik im besetzten Deutschland von 1945 bis 1949, in: Manfred Heinemann (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981, S.201-210.

2 Siehe u. a. Rainer Hudemann: Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Franz Knipping/Jacques Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945-1950, Tübingen 1987, S.15-33.

3 Vorwort der Sonderausgabe der Zeitschrift „La France en Allemagne“, März 1947, zit. und übersetzt nach Caroline Doublier: L'Enseignement dans la zone française d'occupation en Allemagne 1945-1949 (Diss.), Strasbourg 1996, S.3f. (Alle folgenden Übersetzungen aus dem Französischen stammen von der Autorin).

4 Siehe Jacqueline Plum: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1955. Das Beispiel der Jugendbewegungen und privaten Organisationen (Diss.), Bonn 2005, S.30-34.

mit Hilfe der Kulturpolitik<sup>5</sup> - für eine äußerst wichtige und vielversprechende Aufgabe. So schrieb Jean Arnaud - Leiter der Direction de l'Information - zu Frankreichs Mission: „Eine einmalige Gelegenheit wird uns geboten, in einer Welt, die ihr Schicksal noch nicht besiegelt hat, ein Stück deutsche Erde und somit ein ganzes Volk zu prägen. [...] Niemand weiß, wie morgen der Verlauf der Zonengrenzen, die weitere Entwicklung der Zentralverwaltungen, das Statut der Ruhr oder des Saarlandes aussehen werden. Dies sind Probleme, die nicht nur von uns abhängen. Aber der Einfluß einer originellen Art des Denkens und Fühlens, einer Lebensart, einer Kunst, kurz: des Humanismus steht über den politischen Kontingenzen und überlebt sie. Es ist noch Zeit, Deutschland den französischen Humanismus zu vermitteln.“<sup>6</sup>

Während die Entnazifizierungspolitik darauf abzielte, durch rechtliche und personelle Maßnahmen die Institutionen und das öffentliche Leben von jeglichen Spuren des Nationalsozialismus zu säubern – wobei das Bestrafen im Vordergrund stand –, setzte die Umerziehung auf das individuelle und kollektive Bewußtwerden durch Überzeugungsarbeit. Die deutsche Jugend erschien als wichtigste Zielgruppe, denn „das Bestreben nach Sicherheit setzt das Bewußtsein einer Gefahr voraus; dieses Bewußtsein beruhte u.a. auf der Angst vor der deutschen Jugend, deren Indoktrination und Anwerbung im Dienste des Nationalsozialismus und des Krieges die Analysen und Vorstellungen sehr stark prägten. Gleichzeitig war die Jugend aber auch Hoffnungsträger, und wurde deshalb so sehr umworben.“<sup>7</sup>

Die ersten Direktiven aus Paris nannten u. a. als Prioritäten: die Wiedereröffnung der Schulen, die Einführung von neuen Schulbüchern oder von solchen, die vor 1933 benutzt wurden, die Überprüfung des Lehrpersonals und die Einflußnahme auf Universitäten.<sup>8</sup> Den jungen Generationen widmete Raymond Schmittlein, Leiter der Abteilung für Öffentliche Bildung (Direction de l'Education Publique, DEP), auch sein Hauptaugenmerk. Seiner Analyse zufolge ließen sich die „unbelehrbaren“ Erwachsenen nicht mehr umerziehen, in die Jugend aber konnte die Besatzungsmacht ihre Hoffnungen setzen, gerade in die Schüler der unteren Klassen, die von der Nazipropaganda nicht indoktriniert worden waren.<sup>9</sup>

---

5 Siehe Corine Defrance: La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945-1955, Strasbourg 1994.

6 Jean Arnaud: Un An d'Information en Allemagne, August 1946, S.39, zit. und übersetzt nach Monique Mombert: Sous le signe de la rééducation. Jeunesse et Livre en Zone Française d'Occupation (1945-1949), Strasbourg 1995, S.18.

7 Monique Mombert: Les Français et la jeunesse en Zone Française d'Occupation de 1945-1949, in: Stefan Martens (Hrsg.): Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993, S.175-199, hier S.177f.

8 Siehe Gouvernement Provisoire de la République Française, Présidence du Conseil. Secrétariat Général du Comité Interministériel des Affaires Allemandes et Autrichiennes. Document Nr. 1 (20 juillet 1945): Directives pour notre action en Allemagne, abgedruckt in: Henri Ménudier (Hrsg.): L'Allemagne occupée 1945-1949, Bruxelles 1990, S.169-175, hier S.174.

9 Siehe Raymond Schmittlein: La rééducation du peuple allemand. Bericht vom 27.1.1948, abgedruckt in: Jérôme Vaillant (Hrsg.): La dénazification par les vainqueurs. La politique culturelle des occupants en Allemagne 1945-1949, Lille 1981, S.139-155, hier S.141-143.

Erst im November wurden dann die Ziele der Umerziehung in Empfehlungen des interministeriellen Ausschusses definiert: Man sollte „1) die Deutschen mit dem Sinn für individuelle Verantwortung wieder vertraut machen, was die Wiederherstellung eines demokratischen Regimes bedeutet. Wie soll ein Mensch, der keinerlei Einfluß auf das Schicksal seines Landes ausüben kann, sich auch nur im Geringsten dafür verantwortlich fühlen, was dort geschieht? Es ist wohl kaum verwunderlich, daß es für uns heute nicht einfach ist, die Deutschen davon zu überzeugen, daß sie für den Krieg und die Greuelthaten des Nationalsozialismus verantwortlich sind. 2) Deutschlands Eintritt in die Gemeinschaft der Völker vorbereiten, wobei die neue Pädagogik der spontanen Zustimmung der Deutschen zu einer internationalen Moral dienen soll. Im Großen und Ganzen geht es darum, aus unseren Traditionen und unserer Kultur die Bestandteile eines neuen Humanismus herauszuarbeiten, den Deutschland sich einprägen soll.“<sup>10</sup>

### *Lehrbücher und umerzieherische Werte*

In diesem Sinne war es von Anfang an der feste Wille der Besatzungsmacht, neben der Neuordnung der Lehrpläne und der Lehrerausbildung aktiv in die inhaltliche Gestaltung der Lehrmittel einzugreifen. Besonders Schmittlein setzte sich persönlich für ein ehrgeiziges Schulbuchprogramm ein, denn er wußte, welchen Einfluß das Medium „Schulbuch“ auf junge, aber auch ältere Leser haben kann, „weil es so weit verbreitet ist, weil es in der Familie bleibt, wo es auch oft von den Eltern gelesen wird, und weil es in ländlichen und Arbeiterfamilien meistens der einzige Bestandteil der Büchersammlung ist.“<sup>11</sup> Im Dritten Reich wurde dies bekanntlich im Sinne der Gleichschaltung ausgenutzt,<sup>12</sup> und dementsprechend waren die meisten Schulbücher nach Kriegsende unbrauchbar. In seinem Bericht „La rééducation du peuple allemand“ ging Schmittlein noch einmal auf diese Bücher ein, die ganz im Dienste des Nationalismus standen: „Es ging vor allem darum, dem Schüler die Größe Deutschlands und den ewigen Charakter der deutschen Einheit einzuprägen“<sup>13</sup> – auch schon in den Büchern, die vor 1933 verfaßt wurden. Als Gegenwirkung schlug er vor, die Schüler mit den Meisterwerken deutscher Schriftsteller (u.a. Lessing, Schiller, Goethe, Kant, Fichte, Büchner) bekanntzumachen – vor allem mit denen, die man ihnen vorenthalten hatte -, und „die deutsche Geschichte wieder in die Weltgeschichte einzuordnen, um ein für alle Male mit der nationalistischen Verfälschung Schluß zu machen und gleichzeitig den großen Staatsmännern, Denkern, Künstlern gerecht zu werden, die Deutschland angehören - ohne daß sie jemals Mitglieder eines im heutigen Sinne einheitlichen deutschen Staates gewesen wären.“<sup>14</sup>

10 Comité interministériel 7.11.1945, Document N° 41: Note sur les problèmes de rééducation dans la Z.F.O. en Allemagne, zit. und übersetzt nach Hudemann, Kulturpolitik, S.23.

11 Schmittlein, La rééducation, S.147.

12 Siehe Kurt-Ingo Flessau: Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus, München 1977; Peter Hasubek: Das deutsche Lesebuch in der Zeit des Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Literaturpädagogik zwischen 1933 und 1945, Hannover 1972.

13 Schmittlein, La rééducation, S.147.

14 Ebenda, S.150f.

Welche Handlungsmöglichkeiten hatte die DEP, um diese Ideale in Taten umzusetzen? Parallel zur Schließung der Schulen erfolgte die totale Beschlagnahme der Schulbücher, die seit 1933, und bald auch derer, die vor diesem Datum herausgegeben worden waren. Die Besatzungsmacht verbot auch Filme, Atlanten und geographische Karten. Aber sehr schnell mußte die Prinzipientreue dem Pragmatismus und der Improvisation weichen, denn die Wiedereröffnung der Schulen erfolgte bereits im September 1945. Die französischen Behörden entwarfen ein Notprogramm, wobei sie sich vor allem auf Lehrbücher aus der Weimarer Zeit stützten, die in Baden-Baden der Zensur vorgelegt wurden. „63 Prozent dieser Bücher wurden zur Weiterverwendung zugelassen, manchmal mit der Auflage, einige Seiten zu entfernen.“<sup>15</sup> Die DEP gab Broschüren heraus, als provisorisches Lehrmaterial, wie z. B. der bereits Ende 1945 erschienene, 32seitige „Lesebogen für die Volksschulen des Kreises Lahr. Ausgabe für die Unterstufe“. Sie griff auf Schulbücher aus dem Ausland zurück, hauptsächlich aus der Schweiz. So vermerkte die durch die DEP herausgegebene „Kinderfibel“: „Die Beiträge sind mit Genehmigung des Regierungsrates des Kanton Basel-Stadt der Fibel für die erste Klasse Primarschule der Stadt Basel, die im Lehrmittelverlag des Erziehungsdepartements in Basel erschienen ist, entnommen. Diese Fibel dient als Hilfsmittel, bis die endgültigen, von deutschen Lehrkräften bearbeiteten Schulbücher zur Ausgabe gelangen.“<sup>16</sup>

Der Kernpunkt der Schulbuchpolitik bestand aber im Verfassen und Herausgeben von neuen Lehrbüchern, das die DEP in eigenen Händen behalten wollte, um die strikte Umsetzung der Umerziehungspolitik stets kontrollieren zu können. Die Besatzungsmacht beschlagnahmte die Druckerei Burda, und stellte sie sehr schnell ausschließlich in den Dienst der DEP.<sup>17</sup> Im Oktober 1945 gründete Schmittlein mit Franz Burda als offizielles Organ den Lehrmittel-Verlag (Offenburg). „Titel und Urheberrechte gingen an die Education Publique. Druck und Vertrieb waren Sache von Burda, der als Drucker und Kommissionär entlohnt wurde. Die Autoren waren Offiziere der Militärregierung, anscheinend auch Schmittlein selbst, bzw. geeignete, von der Education Publique ausgesuchte Personen. Diese Lösung erlaubte der Education Publique, Bücher zu niedrigen Preisen herzustellen; die Gewinne wurden in die Produktion neuer Bücher investiert.“<sup>18</sup> Zusammen mit dem Schweizer Verleger Bruno Grimm rief die DEP den Verlag Kunst und Wissenschaft (Baden-Baden, später Mainz) ins Leben. Da sie über die Zuweisung von Papier und Strom entschied, konnte sie die Aktivitäten dieser Verleger genau kontrollieren und sie später der Konkurrenz aus anderen Besatzungszonen gegenüber begünstigen.<sup>19</sup>

---

15 Angelika Ruge-Schatz: Grundprobleme der Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1983, S.91-110, hier S.100.

16 Kinderfibel, Offenburg-Mainz 1946, Vorwort, S.1.

17 Siehe Doublier, L'Enseignement, S.154f.

18 Jérôme Vaillant: Bildungspolitik und öffentliche Meinung, in: Franz Knipping/Jacques Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945-1950, Tübingen 1987, S.135-160, hier S.150.

19 Siehe Doublier, L'Enseignement, S.168-171.

Dank dieser zentralisierten und voluntaristischen Politik wurden enorme Anstrengungen unternommen. In Relation zur Zahl der Schulkinder druckte man in der „kleinen“ französischen Besatzungszone besonders viele Bücher:<sup>20</sup> Die Produktion betrug 1948 rund 10 Millionen, d. h. im Durchschnitt 7 Schulbücher pro Schüler (in der britischen Zone waren es 12,5 Millionen - 3,6 pro Schüler -, in der amerikanischen 3 Millionen - ein Buch pro Schüler).<sup>21</sup>

Wenn auch die quantitative Leistung der Schulbuchproduktion einigermaßen zufriedenstellend gelang,<sup>22</sup> so war dies auf der inhaltlichen und organisatorischen Ebene nicht der Fall. Die Zentralisierung der Befugnisse und der Mittel der DEP stand unter heftiger Kritik von Seiten der katholischen Kirche, der Kreis- und Landesdelegierten, der Gewerkschaften und der Presse.<sup>23</sup> Schmittlein hielt aber an der Überzeugung fest, daß man die Umerziehung nicht den Deutschen überlassen könne. In seinen Augen waren die negativen Reaktionen auf seine Politik – die er als „Offensive gegen die Demokratisierung der Schule“ deutete – der beste Beweis dafür. Er kam sogar zu dem Schluß, „daß alles in allem die deutsche Jugend es lieber mit der Direction de l'Education Publique zu tun hat, und daß sie mit Erleichterung jede Verstärkung unserer Autorität begrüßen würde.“<sup>24</sup> Diese Legitimierungsversuche lassen sich dadurch erklären, daß die DEP ab 1947 allmählich ihre Monopol-Stellung als Herausgeber und Vertreiber von Schulbüchern verlor. Trotzdem machte Schmittleins Behörde weiterhin von ihrem Kontrollrecht Gebrauch und versuchte, durch Genehmigungsverfahren die Konkurrenz aus der Bizone einzudämmen.<sup>25</sup> Auch der Inhalt mancher Lehrbücher rief heftige Kritiken hervor, vor allem H. Wernekes „Beiträge zur Völkerverständigung“, aus französischen Schul- und Lesebüchern gesammelt und übersetzt. Die veralteten Texte, die auffallende Klischeehaftigkeit, das „Zurechtschneiden der historischen Ereignisse“, „die Überbetonung alles Französischen“<sup>26</sup> und die unkritische Übertragung von Inhalten des französischen Schulunterrichts auf den deutschen wurden dem Titel dieses Buches wohl kaum gerecht.

---

20 Zur Schulbuchpolitik in der britischen und der amerikanischen Besatzungszone, siehe Karl-Ernst Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949, Düsseldorf 1970; Kathleen Southwell Davis: Das Schulbuchwesen als Spiegel der Bildungspolitik von 1945 bis 1950, in: Manfred Heinemann (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981, S.153-166.

21 Zahlen nach Vaillant, Bildungspolitik, S.151.

22 Trotzdem mußten die Lehrer improvisieren, wenn die Schulbücher auf sich warten ließen: „Empfindlich bemerkbar macht sich das noch immer fehlende Lesebuch für die Oberstufe. Die Lehrer behelfen sich vorläufig damit, daß sie die erschienenen Bücher für Erdkunde und Tierkunde als Lesebücher benutzen.“ (Monatsbericht des Landrats von Simmern vom 6. September 1948, in: Peter Brommer: Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung, März 1945 bis August 1949, Mainz 1986, S.667.)

23 Siehe Vaillant, Bildungspolitik, S.149; Rolf Winkler: Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945-1962. Eine Analyse der Auseinandersetzungen um die Schule zwischen Parteien, Verbänden und französischer Besatzungsmacht, Stuttgart 1971.

24 Schmittlein, *La rééducation*, S.154.

25 Siehe Doublier, *L'Enseignement*, S.167-169.

26 Angelika Ruge-Schatz: Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949, Frankfurt am Main u. a. 1977, S.123-130.

### *Thema: Krieg und seine Folgen*

Wie setzten die Herausgeber die durch die Umerziehung angestrebten Werte in anderen Lehrbüchern um? Die folgende Inhaltsanalyse stützt sich auf die im Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung (Braunschweig) verfügbaren Bücher, die die DEP genehmigte.

Die literarischen Texte, die das Thema „Krieg“ behandelten, ließen eine klare pazifistische Gesinnung erkennen. Abschreckende Abbildungen<sup>27</sup> und detaillierte Beschreibungen veranschaulichten die Sinnlosigkeit und die verheerende Folgen des Krieges, so im Text „Der junge Bourbaki“<sup>28</sup>: Im Februar 1871 erleben Kinder in einem Schweizer Bergdorf die Internierung von französischen Soldaten und werden mit dem ernüchternden Gegensatz zwischen dem verklärten „Bilderbuchkrieg“ und dem kläglichen Zustand der Bourbaki-Armee konfrontiert, wobei die Gegenüberstellung von idealisierter Vorstellung und Wirklichkeit zur Entmythisierung führen sollte.

Die geschilderten Konflikte gehörten aber meistens nicht der jüngsten Vergangenheit an, 1949 hieß es noch: „Welche Verluste die kämpfenden Heere hatten, wie hoch die Opfer der Zivilbevölkerung waren, läßt sich noch nicht übersehen. Ganz Europa von der Wolga bis nach England ist verwüstet. Unersetzliches ist zerstört. Die Völker sind in das Elend gesunken. Verzweiflung erfaßt sie im Anblick der Ruinen, und die Erinnerung an die harte Unterdrückung wird den Haß noch lange wachhalten.“<sup>29</sup> War eine distanzierte Betrachtung der Nazi-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges überhaupt möglich?

Der Hang zur Flucht ins Irrationale war tatsächlich in manchen Auszügen präsent, die Hitler als „dämonisches Wesen“ darstellten, das „Menschen zu Tausenden, schließlich zu Millionen hinmordete, kühl, krankhaft, unmenschlich, wie es nur ein Irrer tun und ertragen kann.“<sup>30</sup> Einen Schritt weiter gingen Texte, die sich ausführlicher mit Greuelthaten aus der jüngsten Vergangenheit beschäftigten, auch wenn sie nur durch Abschreckung wirkten, so beispielsweise der Text nach Ernst Wiecherts Werk „Der Totenwald“ über den Alltag in Buchenwald.<sup>31</sup> Bei solchen literarischen Darstellungen in Lesebüchern oder auch bei engagierten Texten zur Staatsbürgerkunde (wie in der Broschüre „Morgen seid ihr der Staat!“) war die Darstellung der schrecklichen Vergangenheit zwar durchaus kritisch, aber nicht unbedingt analytisch. Als umerzieherisch effektiv im Sinne von Schmittleins Vorstellungen konnten Texte gelten, die Machtmechanismen aufdeckten. So beschäftigten sich einige Geschichtsbücher ausführlich mit der jüngsten Geschichte (Machtergreifung Hitlers, Aufbau des NS-Systems, Repression) und erläuterten kausale Zusammenhänge (Wiener

27 Z. B. „Die platzende Granate“ von Edouard Manet (in: Deutsches Lesebuch. Dritter Band (2. Aufl.), Offenburg-Baden 1949, S.223); Foto von einem Soldatenfriedhof aus dem ersten Weltkrieg mit der mahnenden Unterschrift „Immer dran denken“ (in: Dr. J. P. Frank: Lehrbuch der Geschichte. Neueste Zeit, Baden-Baden 1949, S.176) und „Hiroshima“ (ebenda, S.226).

28 Siehe Deutsches Lesebuch III2, S.218-222.

29 Frank, Neueste Zeit, S.228.

30 Josef Rudolf: Morgen seid Ihr der Staat!, Mainz 1947, S.4.

31 Siehe Deutsches Lesebuch III2, S.254-255.

Kongreß,<sup>32</sup> Annexion Elsaß-Lothringens,<sup>33</sup> Schwächen der Weimarer Verfassung,<sup>34</sup> ideologischer Nährboden vor den dreißiger Jahren,<sup>35</sup> Nachgiebigkeit der europäischen Großmächte Hitler gegenüber<sup>36</sup>). Damit wurde deutlich, auf welche vergangenen Ursachen Krieg, Niederlage, Notlage und Souveränitätsverlust zurückzuführen waren. Einführend wurde dies in der Broschüre „Morgen seid ihr der Staat!“ hervorgehoben: „Die Vergangenheit steht heute noch der Gegenwart wie der Zukunft im Weg. Das Ergebnis ‚Gegenwart‘, das wir erleiden, weil es auf allen Wegen folgen-schwere Wirkung ist, bleibt zunächst belastet an allen Punkten und an allen Anforderungen und Ausblicken. Die Lebenswirklichkeit ist grau und schwarz. Heute noch und morgen nicht weniger. Das zu sehen, ohne Schminke, nüchtern und sachlich, ist an sich schon schwer.“<sup>37</sup>

### *Thema: Masse – Volk – Individuum*

Nicht ganz so eindeutig waren dagegen die Stellungnahmen zur Kollektivverantwortung. Während Hitlers verhängnisvolle Rolle klar verurteilt wurde, war das bei der passiven Haltung der Mehrheit nicht der Fall. Meistens war nicht von Individuen die Rede, sondern von Massen; die Unkenntnis und die Blindheit des Volkes fungierten als Erklärung.<sup>38</sup> Die Autoren gingen aber nicht unbedingt bis zur Verurteilung, und wenn dies der Fall war, dann galt sie den „großen Männern“ des NS-Staates, „die heute keine Verantwortung mehr wagen und nur den traurigen Mut aufbringen, sich als blindes Werkzeug, Handlanger, Verführte, Befehlsempfänger und Opfer zu bezeichnen, ohne Verantwortung, ohne Wissen und Willen. Ihr Herr und Meister, ihr Führer und Abgott hat sie ‚verführt‘ und ‚mißbraucht‘. So sprechen nicht junge, unerfahrene Menschen, nicht Mitläufer und kleine Leute, so äußeren sich jetzt die verantwortlichen Staatsmänner, Feldherren, Politiker des Hitlerstaates. Diese Flucht in die Verantwortungslosigkeit ist das letzte, unwürdige Ergebnis des Macht- und Gewaltstaates.“<sup>39</sup>

Wenn die Texte auf weiter zurückliegende Ereignisse Bezug nahmen, wurde das Volk dagegen als treibende Kraft dargestellt und seine aktive Teilnahme an revolutionären Bewegungen hervorgehoben.<sup>40</sup> Dies galt vor allem für die Französische Re-

32 Siehe Frank, *Neueste Zeit*, S.108.

33 Siehe ebenda, S.121.

34 Siehe G. F. Kumbleben: *Staatenkunde für die oberen Klassen von Höheren Schulen und Lehrerbildungsanstalten*, Offenburg-Mainz 1948, S.83f.

35 „Der Wille zur Demokratie war zwar aufrichtig, aber die Grundlagen selbst fehlten. Der Unterricht blieb vielfach völlig nationalistisch und vermochte nicht den Freiheitsgedanken bei der Jugend zu wecken.“ (Frank, *Neueste Zeit*, S.193).

36 Siehe ebenda, S.196f und S.204.

37 Rudolf, *Morgen*, S.3.

38 Auch in älteren Texten, die sich schon mit dem Problem des „Mehrheitsirrtums“ beschäftigten, so der Text von Gottfried Keller „Über die Mehrheit“, in: Gerhard Storz (Hrsg.): *Deutsches Lesebuch für höhere Schulen*, Heft 6 (10. Schuljahr), Stuttgart-Mainz 1949, S.24.

39 Rudolf, *Morgen*, S.5.

40 Auch in Abbildungen zum Sturm auf die Bastille (in: Frank, *Neueste Zeit*, S.12) oder in dem oft abgebildeten Gemälde von Delacroix „Die Freiheit führt das Volk“ (in: Frank, *Neueste Zeit*, S.88; Deut-

volution von 1789,<sup>41</sup> aber auch für das „deutsche“ Volk.<sup>42</sup> Die Texte hoben positive Beispiele aus der eigenen Vergangenheit hervor – in Anlehnung an das „Pariser Beispiel“<sup>43</sup> –, zum Beispiel die revolutionären Erhebungen gegen Preußens Vorherrschaft in Baden und in der Pfalz im Juni 1849.<sup>44</sup>

Über diese oft episch-mythisierende Darstellung der Massen hinaus betonten sie aber auch die Rolle des Individuums, vor allem durch Einzelschicksale von bekannten oder anonymen Figuren (wie des Abgeordneten Robert Blum,<sup>45</sup> des Revolutionärs Karl Schurz in seinem Abschiedsbrief im Juli 1849<sup>46</sup> oder der KZ-Häftlinge, die einen polnischen Jungen versteckten<sup>47</sup>). Der Widerstandswille stand im Vordergrund und die Verurteilung des Mitläufertums war eindeutig, wie in folgenden Versen von Christian Morgenstern: „Sieh nicht was andre tun, / der andern sind so viel, / du kommst nur in ein Spiel, / das nimmermehr wird ruhn. / Geh einfach Gottes Pfad, / laß nichts sonst Führer sein, / so gehst du recht und grad, / und gingst du ganz allein.“<sup>48</sup> Auf theoretischer Ebene wurde die Rolle des Einzelnen philosophisch begründet. Viele Analysen beriefen sich auf die Werte der Aufklärung, insbesondere auf die Autonomie der Vernunft: „Auch Kant war sich darüber klar, daß der Weg zum Frieden und zu sinnvoller Erdenordnung nur über den Weg zum Menschen in der Reife zum selbständigen und selbstverantwortlichen Staatsbürger gehen kann.“<sup>49</sup> Es war auch dieser Weg der Erkenntnis, den der Junge auf dem Umschlag der Broschüre „Morgen seid Ihr der Staat!“ vor sich hatte: Er warf die Ketten des National-

sches Lesebuch III/2, S.201; Dr. Hugo Bieber (Gesamtleitung: Dr. Fritz Karsen): Lehrbuch der Geschichte. Revolution des Bürgertums (1789-1850), Offenburg-Mainz-Stockholm 1947, S.186).

41 Deutsches Lesebuch III/2, S.159f.: „Da ergrimte das Volk und erhob sich in seiner Kraft. Es erdrückte die Verräter und zerschmetterte die Söldner der Könige. Die junge Freiheit wuchs im Blut der Tyrannen, und vor ihrer Stimme bebten die Throne und jauchzten die Völker.“

42 Frank, Neueste Zeit, S.86-89: „Immer weitere Kreise des Volkes lehnten sich gegen die politische Bevormundung und die Schwäche der Kleinstaaterei auf. [...] Schließlich machte die nationale Bewegung mit der freiheitlichen gemeinsame Sache in der Überzeugung, daß bei der ablehnenden Stellung der Fürsten das Volk selbst das neue Deutschland schaffen müsse.“

43 Siehe ebenda, S.89.

44 Zu den Volksaufständen siehe die Texte von Friedrich Engels: „Aufstand für die deutsche Reichsversammlung (1849). Die Pfalz“ und „Für die Republik sterben“ (Deutsches Lesebuch III/2, S.197) sowie die zahlreichen Abbildungen: „Hecker als Freischarenführer. Tendenzbild aus dem Jahr 1848“ (Deutsches Lesebuch III/2, S.196); „Badische Freischärler. Nach einem Aquarell von F. Kaiser“ (Deutsches Lesebuch III/2, S.198 und Bieber, Revolution, S.176b); „Die Rheinbrücke wird von pfälzisch-badischen Truppen gegen die Preußen verteidigt, 15. Juni 1849. Nach einem gleichzeitigen Druck“ (Deutsches Lesebuch III/2, S.201 und Bieber, Revolution, S.176a); „Gefecht bei Waghäusel, 21. Juni 1849. Nach einem Steindruck von F. Wentzel“ (Deutsches Lesebuch III/2, S.200) und „Zu Waghäusel werden die preußischen Truppen von den Insurgenten geschlagen, 21. Juni 1849“ (Bieber, Revolution, S.176a); „Gefecht bei Gernsbach, 29. Juni 1849. [...] Nach einem Druck von F. M. Reichelt.“ (Bieber, Revolution, S.176b); „Gefecht an der Brücke zu Tauberbischofsheim, 24. Juli 1866.“ (Dr. Hugo Bieber (Gesamtleitung: Dr. Fritz Karsen): Lehrbuch der Geschichte. Das europäische Staatensystem (1848-1890), Offenburg-Mainz 1946, S.55).

45 Siehe Lithographie von Th. Hosemann mit dem Text: „Ich sterbe für die deutsche Freiheit“. Erschließung Robert Blums am 9. November 1848“, in: Bieber, Revolution, S.168.

46 Siehe Deutsches Lesebuch III/2, S.208-212.

47 Siehe ebenda, S.258.

48 Dr. Heinz Ritter (Hrsg.): Eins und Alles. Gedichte für Kindheit und Jugend, Kuppenheim 1948, S.65.

49 Rudolf, Morgen, S.10.

sozialismus ab, um der Sonne der Aufklärung entgegenzustreben. Die Auffassung des Volkes als treibende Kraft – einerseits als aktives Subjekt, andererseits als negativer Gegenpol zum autonomen Individuum – blieb in den Lehrbüchern also recht ambivalent.

Problematisch erscheint außerdem die Darstellung großer Staatsmänner, die teils verklärend, teils aufklärend erfolgte. Napoleon z. B. wurde als einmalige, unaufhalt-same Persönlichkeit charakterisiert,<sup>50</sup> und selbst im Geschichtsbuch kamen Elemente der Legende zum Vorschein: „Von Kirchturm zu Kirchturm flog der kaiserliche Adler bis zu den Türmen der Pariser Kathedrale“<sup>51</sup>. Aber es wurden auch hier Machtmechanismen herausgearbeitet: „Diese absolute Gewalt trug eine demokratische Hülle. [...] Er hat seine Macht wie einst Cäsar auf das Vertrauen des Heeres und das freiwillige Zurücktreten des Volkes aufgebaut (Cäsarismus); er ist der erste der modernen Diktatoren.“<sup>52</sup> Insbesondere ein 1925 von Emil Ludwig verfaßter Text über „Napoleon in Ägypten“<sup>53</sup> gab Anlaß zu heftigen Kontroversen: Für die kommunistische Zeitung „Unser Tag“ (Baden) war „die blutrünstige Darstellung [...] eine derartige Rechtfertigung der Hitlerschen Schreckenstaten, daß sie wie Gift auf die Kinderseelen“<sup>54</sup> gewirkt haben muß. Daraufhin verbot die Militärregierung die Zeitung für einige Tage, mit folgender Reaktion: „Es blieb einer kommunistischen Zeitung vorbehalten, den Nachweis zu versuchen, daß Emil Ludwig die Verbrechen Hitlers rechtfertigen wollte, indem er die Todesurteile von Gefangenen in der Wüste durch Napoleon zitiert. Unsere Kritiker hätten, wenn diese paar Zeilen weggelassen worden wären, sicherlich gesagt, daß das Buch nur der Glorifizierung Napoleons diene und seine Fehler mit Stillschweigen übergangen worden seien.“<sup>55</sup>

### *Frankreich als Vorbild, das Abendland als Wertegemeinschaft*

Die zum Teil psychologisierende Darstellung historischer Ereignisse kann in Zusammenhang mit Frankreichs Legitimationsdrang und Streben nach Prestige gedeutet werden, wie zum Beispiel in folgendem Auszug (in Zusammenhang mit dem Vorfeld des deutsch-französischen Krieges von 1870–1871) „Für eine Herrschaft, die so ganz auf das Prestige aufgebaut war wie das französische Kaisertum, war eine derartige Einbuße an Ansehen äußerst gefährlich. [...] Napoleon machte einen letzten Versuch, dem verletzten französischen Selbstgefühl Genugtuung zu verschaffen; er suchte Luxemburg zu erwerben. [...] Die Prestigeeinbuße Frankreichs war gewaltig. Bismarck hatte verächtlich alle Entschädigungsforderungen abgelehnt. Es war offenbar geworden, daß das Kaiserreich den Rang der ersten Kontinentalmacht verloren hatte.“<sup>56</sup>

50 Siehe Frank, *Neueste Zeit*, S.33.

51 Bieber, *Revolution*, S.110.

52 Franck, *Neueste Zeit*, S.38.

53 Siehe *Deutsches Lesebuch*: Band 3 (1. Auflage), Offenburg-Mainz 1947, S.168.

54 *Unser Tag*, 9.12.1947, zit. nach Ruge-Schatz, *Umerziehung*, S.136.

55 *Unser Tag*, 21.1.1948, S.1, zit. nach Ruge-Schatz, *Umerziehung*, S.137.

56 Frank, *Neueste Zeit*, S.117f.

Orientiert man sich an den Inhaltsverzeichnissen, wird deutlich, daß oft französische Themen<sup>57</sup> überwogen. Außerdem stellten die Verfasser französische historische Figuren oder Ereignisse oft explizit als Vorbilder hin, sei es Jeanne d’Arc,<sup>58</sup> Ludwig XIV., der für Europa „der König schlechthin war“ und in einem Atemzug mit Perikles und Augustus genannt wurde,<sup>59</sup> oder die französische Revolution, die als Beginn einer neuen Ära für ganz Europa dargestellt wurde.<sup>60</sup>

Die Erwähnung der deutsch-französischen Beziehungen erfolgte in verschiedenen Zusammenhängen. Dem Thema der Rache und des Verzeihens wurde im Zusammenhang mit den wechselseitigen Besetzungen von Frankreich und Deutschland ein besonderer Platz eingeräumt. So erzählte der Text „Der Husar in Neiße“ von J. P. Hebel, der in mindestens drei Lesebüchern zu finden ist, die Geschichte eines jungen französischen Soldaten, der als Kind in der Champagne unter der preußischen Besatzung gelitten hatte, 1806 mit der französischen Armee nach Preußen kam und zufällig auf den Husaren traf, der seine Familie beraubt und mißhandelt hatte. „Der geneigte Leser denkt vielleicht auch: ‚Jetzt wird der Franzos den Husaren zusammenhauen‘, und freut sich schon darauf. Allein das könnte mit der Wahrheit nicht bestehen. Denn wenn das Herz bewegt ist und vor Schmerz fast brechen will, mag der Mensch keine Rache nehmen – da ist ihm die Rache zu klein und verächtlich –, sondern er denkt: ‚Wir sind in Gottes Hand‘, und will nichts Böses mit Bösem vergelten.“<sup>61</sup>

Meistens versuchten die Autoren, die Konflikte und Kriegsursachen sachlich zu schildern, bei der Analyse und Kritik des aggressiven Patriotismus zogen sie psychologische oder wertende Betrachtungen mit ein. Zur Rheinkrise hieß es z. B.: „Die künstlich entfachte patriotische Begeisterung äußerte sich vor allem in dem Rheinlied von Niklas Becker, das mehr als zweihundertmal gedruckt und auf den Straßen der deutschen Städte und selbst Wiens gesungen wurde. Auf diese grobe Provokation antwortete mit Würde Lamartine mit seiner Friedensmarseillaise.“<sup>62</sup> Es ging aber nicht nur um Konflikte und deren Ursachen. Die Lehrbuchverfasser nannten auch positive Ansätze (Locarno-Vertrag<sup>63</sup> und Einsatz von G. Streseman und A. Briand) und Gemeinsamkeiten, als Argument gegen die Erbfeindschaftsthese. Die Perspektive der gegenseitigen kulturellen Beeinflussung blieb allerdings sehr einseitig: Fried-

57 Siehe Dr. Hugo Bieber (Gesamtleitung: Dr. Fritz Karsen): Lehrbuch der Geschichte: Absolutismus und Aufklärung (1660-1789), Offenburg-Mainz-Stockholm 1947.

58 Zum Stück „Die Jungfrau von Orleans“ ist zu lesen: „Auch wenn Schiller eine französische Nationalheldin verherrlichte, empfand das deutsche Bürgertum deren patriotische Begeisterung als Antrieb zur Stärkung und Belebung des eigenen Nationalgefühls.“ (Bieber, Revolution des Bürgertums, S.208).

59 Dr. Joseph Meyers: Lehrbuch der Geschichte. Neuzeit, Offenburg-Mainz 1948, S.74.

60 Siehe Bieber, Revolution des Bürgertums, S.VII.

61 Deutsches Lesebuch III2, S.162-164; Gerhard Storz (Hrsg.): Deutsches Lesebuch für höhere Schulen, Heft 1 (5. Schuljahr, 2. Aufl.), Stuttgart-Mainz 1949, S.87-89.

62 Bieber, Revolution des Bürgertums, S.144.

63 Siehe Frank, Neueste Zeit, S.183.

rich II. als Bewunderer Voltaires und Ludwigs XIV.<sup>64</sup> sowie die nach Preußen emigrierten Hugenotten<sup>65</sup> wurden immer wieder zitiert.

Über die deutsch-französischen Beziehungen hinaus rückte die europäische, oder anders gesagt, die abendländische Wertegemeinschaft ins Zentrum. Wissenschaft und Literatur<sup>66</sup> erschienen als Mittel der Verständigung, und das inhaltliche Gewicht Europas war nicht zu übersehen.<sup>67</sup> Kosmopolitismus – und das damit einhergehende Fördern von Aufgeschlossenheit und Toleranz – galt als zentraler Wert, der auf das Zeitalter der Aufklärung zurückzuführen war.<sup>68</sup> Die Betonung der übernationalen Traditionen und der gemeinsamen Geschichte Europas sollte das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken und gleichzeitig – ganz im Sinne von Schmittleins Analysen – die deutsche Geschichte wieder in die Perspektive der Weltgeschichte einordnen. „So wird der junge Deutsche aufhören zu glauben, daß er einem auserwählten Volk angehört, und verstehen, daß er nur ein Glied der Gemeinschaft der Menschen ist, und warum manche Völker schneller als er den Gipfel der Zivilisation erreicht haben, obwohl ihre immanenten Eigenschaften den seinen nicht überlegen sind.“<sup>69</sup>

Räumlich verdeutlichte dies das „Lehrbuch der Erdkunde: Die Rheinlande“, das die Rheinlande jenseits der Grenzen als geographische und kulturelle Einheit untersuchte: Der Rhein war nicht mehr das symbolisch Trennende.<sup>70</sup> Sowohl auf aktuellen Karten als auch in den Statistiken zur Bevölkerung im „Zonen-Deutschland“ gab es Deutschland als geographische Einheit nicht mehr.<sup>71</sup> Auf der zeitlichen Ebene erschien das Abendland als weltgeschichtliche Einheit, deren Tradition weit zurückgeht. Das gemeinsame griechisch-römische Erbe wurde detailliert erläutert.<sup>72</sup> Ereignisse wie die französische Revolution und Texte wie die Erklärung der Menschenrechte stellten die Autoren als identitätsstiftend und als Ursprung eines neuen Zeitalters dar, und versuchten, die „neuen“ Werte der Umerziehung als europäisch und auf eine alte Tradition zurückgreifend zu kennzeichnen.

Sie äußerten aber auch Warnungen und Anregungen zur gemeinsamen Zukunft. Die Entfremdung vom westeuropäischen Geistesleben galt als Gefahr, die für Deutschland „im 19. und 20. Jahrhundert verhängnisvolle Folgen zeitigte“.<sup>73</sup> Die Hoffnung

64 Siehe Bieber, *Absolutismus und Aufklärung*, S.55.

65 Siehe Meyers, *Neuzeit*, S.104.

66 Siehe Gerhard Storz (Hrsg.): *Deutsches Lesebuch für höhere Schulen*. Heft 2 (6. Schuljahr, 2. Aufl.), Stuttgart-Mainz 1949, S.121 und S.265.

67 Siehe z. B. die Überschriften der Reihe „Lehrbuch der Geschichte“.

68 Siehe Bieber: *Absolutismus und Aufklärung*, S.94.

69 Schmittlein, *La rééducation*, S.150f.

70 Der Rhein „bildet das einigende Band zwischen verschiedenen Ländern, Stämmen und Völkern. Absichtlich wird vermieden, daß sich der Blick in der engeren Heimat einengt. Möge dies stets der Ausgangspunkt erdkundlichen Schauens bleiben! Aber der Horizont soll sich über die Kreis-, Provinz- und Landesgrenzen hinaus weiten. Die Kenntnis von der Art des Nachbarlandes und vom Leben seiner Bewohner trägt zum Verständnis der Stämme und Völker untereinander bei.“ (Dr. Walter Böhme: *Lehrbuch der Erdkunde: Die Rheinlande*, Offenburg-Baden 1948, S.5).

71 Siehe ebenda, S.4 und S.142.

72 Siehe Gottfried Frey: *Geschichte des Altertums*, Offenburg-Baden 1946, S.10f.

73 Bieber, *Revolution des Bürgertums*, S.203.

sollte jedoch im Vordergrund stehen, wie am Ende des „Lehrbuch der Geschichte. Neueste Zeit“ dargestellt, in dem auf die Hilfe der Vereinigten Staaten, die zukünftige Rolle der Vereinten Nationen und der NATO sowie auf die Möglichkeit einer europäischen Gemeinschaft und einer führenden Rolle der deutsch-französischen Partnerschaft hingewiesen wurde.<sup>74</sup>

### *Welche Heimat?*

Der „schlechte“, chauvinistische und militaristische, Nationalismus wurde verurteilt.<sup>75</sup> Nach dem zweiten Weltkrieg sollten die Leser das Nationalgefühl mit den Werten des Kosmopolitismus verbinden: „In der Bibel ist uns gesagt: liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst. Es gilt auch von den Nationen. Daß jede sich selbst liebt, ist selbstverständlich Voraussetzung. Über die Selbstliebe sollte sich dann die Liebe zu den anderen entfalten.“<sup>76</sup> Die Schüler, für die „Deutschland“ als Bezugsэлеment nicht mehr existierte, fühlten sich auf dieser abstrakteren Ebene aber nicht unbedingt angesprochen. Deshalb wurde trotz allem der „Heimat“ in den Lehrbüchern ein wichtiger Platz eingeräumt.

Es bestand durchaus ein Nationalgefühl, aber nach der jüngsten verheerenden Erfahrung des Machtmißbrauchs konnte dies nur auf kultureller – und nicht mehr auf politischer – Ebene gelten. Die Herausgeber legten im allgemeinen großen Wert auf das literarische und volkstümliche Erbe,<sup>77</sup> auch die Sprache war ein gemeinsames, identitätsstiftendes Bezugsэлеment.<sup>78</sup> Die Heimatverbundenheit wurde zwar klar ausgedrückt, aber dies geschah meistens sehr klischeehaft und nur in Bezug auf das unmittelbare regionale Umfeld. Der Identitätsverlust auf nationaler Ebene führte zu einem zwangsläufigen Rückzug auf die lokale Ebene. So veröffentlichte die DEP zum Beispiel 1945 den „Lesebogen für die Volksschulen des Kreises Lahr. Ausgabe für die Unterstufe“, in dem Ortschaften, Bräuche, Dialekt und Sagen eine wichtige Rolle spielten. In den meisten Lesebüchern trugen die geschilderten Landschaften idyllische Züge und lagen oft in der Rheingegend, was den Rückgriff auf übliche Klischees der heilen Welt mit sich brachte.<sup>79</sup> Diese Flucht in das Vertraute und die Folklore entsprach Schmittleins Auffassung der notwendigen „Anhänglichkeit an ein kleines Vaterland“<sup>80</sup> als Korrektiv einer intellektualisierten nationalistischen Gesinnung.

74 Siehe Frank, *Neueste Zeit*, S.228f.

75 Siehe Kumleben: *Staatenkunde*, S.169.

76 Ricarda Huch: „Nationalgefühl. Aus einer Ansprache vor Schriftstellern“, in: Storz, Heft 6, S.26.

77 „Aber noch tiefer herauf, wie das Rauschen der ewigen Quellen selber tönen Mörkes und manchmal auch Goethes Gedichte und Mythen, kaum bemerkt, tief bekannt, nie ganz ergründbar. Urklänge und Urbilder der Seele geben sie herein in den fröhlichen Reigen dieser Liedersammlung deutschen Gemütes. Wo gibt es diese Klänge reinen freudigen Lebens sonst auf der Welt?“ (Ritter, Eins und Alles, S.146).

78 Zur Rolle von Luthers Bibelübersetzung siehe Dr. Hugo Bieber (Gesamtleitung: Dr. Fritz Karsen): *Lehrbuch der Geschichte: Reformation und Gegenreformation, Offenburg-Mainz-Stockholm 1947*, S.55.

79 So im Gedicht „Sonntags am Rhein“ von Robert Reinick: „Das alles beut der prächt'ge Rhein / An seinem Rebenstrand / Und spiegelt recht in hellem Schein / Das ganze Vaterland. / Das fromme, treue Vaterland / In seiner vollen Pracht, / Mit Lust und Liedern allerhand / Vom lieben Gott bedacht.“ (Deutsches Lesebuch III2, S.68).

80 Schmittlein, *La rééducation*, S.143.

*Schlußbemerkung*

Zwischen der vertrauten Heimat und der ziemlich abstrakten kosmopolitischen Gemeinschaft sollte keine nationale Identifikation mehr möglich sein – das Übergewicht an französischen Themen in den Lehrbüchern konnte aus deutscher Perspektive jedoch nur als problematisch erscheinen, und diese Ambivalenz kommt auch in dem Nebeneinander von Entmythisierung und Verklärung deutlich zum Ausdruck. Zurückzuführen ist dies auf die Widersprüchlichkeit, die der Bildungs- und Kulturpolitik der französischen Besatzungsmacht zugrunde lag: Die Umerziehung beruhte auf „dem Aneignen von französischen Werten durch die Deutschen, und nicht der Initiative der Deutschen selbst. Ihr Ziel ist, daß die Deutschen für sich selbst Verantwortung übernehmen, aber sie stellt sie erst einmal unter Vormundschaft.“<sup>81</sup>

Diese Grundposition läßt sich auch dadurch erklären, daß Schmittlein fest davon überzeugt war, daß die französische Besatzung mindestens zehn Jahre dauern würde. So ließen sein missionarischer Veränderungseifer und sein Erziehungsoptimismus auch nicht nach, als er ab 1947 den deutschen Behörden bildungspolitische Entscheidungsbefugnisse überlassen mußte. Aber die Spaltung der Welt in zwei machtpolitische Blöcke ließ allmählich Franzosen und Westdeutsche einander näher rücken, auch was die Frage der Schulbücher betrifft. So sollte das Erarbeiten von Schulbuchempfehlungen durch deutsche und französische Historiker und Geschichtslehrer dem Aufbau eines gemeinsamen Geschichtsbewußtseins dienen.<sup>82</sup>

Diese Bemühungen waren nicht umsonst, wie das deutsch-französische Geschichtsbuch zeigt, das anlässlich des 40. Jahrestags des Elysée-Vertrags 2003 von beiden Regierungen und dem Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten initiiert wurde und voraussichtlich im Laufe des Schuljahres 2006/07 in je einer deutschen und französischen Fassung (Klett und Nathan) mit identischem Inhalt zur Nutzung als reguläres Lehrbuch angeboten wird.

---

81 Mombert, Jeunesse et Livre, S.35.

82 Siehe „Deutsch-Französische Vereinbarungen über strittige Fragen Europäischer Geschichte“, Beilage zum Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen vom 15.10.1952 (Nr 10/1952).

# Politischer Führungsanspruch, Reichs- und Parteieninheit. Zur Rede Otto Grotewohls auf dem 1. Bezirksparteitag der SPD Leipzig am 26. August 1945

Matthias Loeding

Auf dem 1. Bezirksparteitag der Leipziger SPD nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes hielt Otto Grotewohl am 26. August 1945 seine erste programmatische Rede außerhalb Berlins vor einem offiziellen Parteigremium. Der in diesem Text behandelten Rede Grotewohls liegt die stenographische Mitschrift des Bezirksparteitages zugrunde. Es ist nicht zu klären, ob Grotewohl seine Rede mit den anderen Mitgliedern des Zentralausschusses (ZA) abgestimmt hat und ob Gustav Klingelhöfer, der als Redenschreiber für Grotewohl fungierte, an der Abfassung beteiligt war. Im Nachlaß Klingelhöfers im Landesarchiv Berlin ist ein Manuskript dieser Rede nicht vorhanden. Ein Vergleich der Redemanuskripte im SAPMO-Bundesarchiv und im Archiv der sozialen Demokratie der SPD in Bonn zeigt Übereinstimmung. Ein Autorenteam um Wolfgang Triebel hat die Rede Grotewohls auf dem 1. Bezirksparteitag der Leipziger SPD erstmalig in einem Dokumentenband im Jahre 1994 vollständig veröffentlicht.<sup>1</sup>

Grotewohl hatte im August 1945 von der SMAD die Erlaubnis erhalten, nach Weimar und Leipzig zu reisen, um Verbindung mit den lokalen Sozialdemokraten aufzunehmen. Er fuhr zusammen mit Otto Meyer.<sup>2</sup> Die Reise sollte nicht nur dem Zweck dienen, einen ständigen Kontakt zwischen der Berliner SPD-Führung und den Landes- und Bezirksverbänden der SPD in der Sowjetzone einzuleiten, sondern auch die Spannungen abzubauen, die zwischen den SPD-Bezirksverbänden in Weimar und Leipzig und den lokalen Sowjetkommandanturen bestanden.<sup>3</sup> Die Konflikte waren entstanden, weil die Sozialdemokraten in Leipzig und Thüringen anfangs nicht – wie von der SMAD gefordert – gewillt waren, die Führungskompetenz übergeordneter Parteiinstanzen, d. h. für Leipzig des Landesverbandes in Dresden und des Zentralausschusses in Berlin, anzuerkennen. Aus diesem Grunde verweigerten die örtlichen Militärkommandanten zunächst die Genehmigung zur legalen politischen Betätigung. Durch Vermittlung des ZA wurden die Probleme entschärft.<sup>4</sup>

---

1 Siehe Wolfgang Triebel: Otto Grotewohl und die Einheitspartei, Band 1, Berlin 1994, S.105-122.

2 Siehe Aufbau der Reichsorganisation der SPD, in: Das Volk, 6.9.1945; Handschriftliche Aufzeichnungen Otto Grotewohls, in: Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4090/276, Bl. 106.

3 Siehe aus sowjetischer Sicht: Nikolai Iwanowitsch Trufanow: Auf dem Posten des Militärkommandanten der Messestadt, in: Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart, Leipzig 1981, S.79-105; Iwan Sosonowitsch Kolesnitschenko: Im gemeinsamen Kampf für das antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft, Erfurt 1985, S.30f.

4 Siehe Matthias Loeding: Führungsanspruch und Einheitsdrang, Hamburg 2002, S.83f.; Andreas Malycha: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in der Sowjetischen Besatzungszone Deutsch-

Vor der Reise nach Thüringen und Sachsen war Grotewohl am 18. August 1945 mit Vertretern der sowjetischen und am 20. August der amerikanischen Besatzungsmächte zusammengetroffen<sup>5</sup> und hatte brieflichen Kontakt mit dem Exilvorstand in London<sup>6</sup> aufgenommen.<sup>7</sup> Mit dem 20. August ist auch das geheime Ostorien-tierungskonzept des ZA<sup>8</sup> datiert, in dem sich der ZA mehrheitlich für die politische und wirtschaftliche Anlehnung Deutschlands an die Sowjetunion aussprach. Otto Grotewohls Aktivitäten zeigen, daß er vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Potsdamer Konferenz, die er mit Enttäuschung und Ernüchterung zur Kenntnis genommen hatte,<sup>9</sup> in mannigfaltiger Hinsicht bestrebt war, in Kontakt mit alliierten Vertretern zu kommen. Er wie auch der ganze Zentralaussschuß der SPD befanden sich in einer nicht einfachen Entscheidungssituation. Dafür zeugen das oben erwähnte Ostorien-tierungspapier als auch seine Rede vor dem parteiinternen Zuhörer-kreis in Leipzig.

Nachdem der SPD-Bezirksvorsitzende Stanislaw Trabalski den Bezirksparteitag am 26. August 1945 im Rathaus eröffnet hatte,<sup>10</sup> ergriff Otto Grotewohl das Wort und leitete seine Rede mit der Ankündigung ein, daß er sich „zu der politischen Situati-

---

lands im Jahre 1945, Dissertation A, Berlin 1988, S.73f. Für Thüringen siehe Volker Wahl: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen – Die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung, Dissertation, Jena 1976, S.123f.

5 Siehe Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? Aufsätze und Interviews mit Zeitzeugen, Berlin 1998, S.39f.; Markus Jodl: Hammer oder Amboß. Otto Grotewohl, Berlin 1997, S.97.

6 Die Einflußnahme des Londoner Exilpartei Vorstandes um Hans Vogel und Erich Ollenhauer auf den Reorganisationsprozeß der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1945 blieb marginal, auch wenn dieser den Versuch unternahm, den Wiederaufbau von außen zu begleiten, um seinen Treuhandaanspruch für die Gesamtpartei zu wahren. (Siehe Rundschreiben Anfang September 1945: Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands /London/ an die Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, in: Mit dem Gesicht nach Deutschland, Düsseldorf 1968, S. 706-709, hier S. 708f.; weiterführend: Albrecht Kaden: Die Wiedergründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Diss., Hamburg 1960, S.79f.) Der Londoner Parteivorstand war nicht bereit, sein Mandat aufzugeben. Es sollte mit dem Augenblick aufhören, wenn die Partei „wieder die Möglichkeit habe“, auf einem sozialdemokratischen Reichsparteitag „eine neue zentrale Leitung zu wählen“. Die Londoner waren schon Anfang Juli 1945 über die Konstituierung des Zentralaussschusses der SPD in Berlin informiert. Eine Direktverbindung nach Berlin bestand zu diesem Zeitpunkt nicht. (Siehe Brief Hans Vogels z.Hd. des Genossen Siegfried Aufhäuser, 3.07.1945, in: Archiv der sozialen Demokratie /AdsD/, Nachlaß Hertz, Film XXIV.) Während der ZA in Berlin die Zusammenarbeit mit der KPD beim Wiederaufbau Deutschlands für notwendig hielt, verdeutlichen die Rundschreiben von Schumacher Ende August/Anfang September 1945, daß er diese Linie nicht unterstützte. Auch sprach Schumacher dem ZA das Recht ab, als Zentralleitung der SPD aufzutreten. Der Londoner Parteivorstand teilte im großen und ganzen diese Linie. Schumacher und der Exilvorstand wollten auf keinen Fall eine SPD-Reichsleitung in Berlin etablieren. Ein erster Direktkontakt zwischen Schumacher und dem ZA kam erst Mitte September 1945 zustande. (Siehe Matthias Loeding: Otto Grotewohl kontra Kurt Schumacher, Hamburg 2004, S.22f.; Bericht Hans Eitzkorns, o.D., in: AdsD, Nachlaß Schumacher, 155; Lucio Caracciolo: Alba di Guerra Fredda, Roma 1986, S.287f.) Dennoch versuchte der Parteivorstand in London zwischen Schumacher und dem ZA in Berlin zu vermitteln. (Siehe Briefe Erich Ollenhauers an Otto Grotewohl und Max Fechner, in: AdsD, Nachlaß Heine.)

7 Siehe Brief Otto Grotewohls an Hans Vogel, 17.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4090/60, Bl. 217f.

8 Siehe Stellungnahme und Beschluß des ZA der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Geheim), 20.8.1945 (Stellungnahme), in: SAPMO-BArch, DY 28, II/2/1, Bl. 16-28.

9 Siehe Handschriftliche Aufzeichnungen Otto Grotewohls, in: SAPMO-BArch, NY 4090/274, Bl. 9/13.

10 Siehe Eröffnungsrede Stanislaw Trabalski, Protokoll des 1. Bezirkstages des SPD-Bezirks Leipzig, 26.8.1945, S.1f, in: AdsD, Ostbüro der SPD, 301/I.

on“ äußern werde und zwar mit Worten, „die ich in der großen Kundgebung nicht sprechen konnte“. Damit spielte Grotewohl auf die öffentliche Kundgebung der Leipziger SPD im Capitol an,<sup>11</sup> die dem Parteitag vorausging und auf der er eine Ansprache gehalten hatte,<sup>12</sup> die mit seiner Rede zum Aufruf des Zentralausschusses vom 17. Juni 1945 in enger gedanklicher Verbindung stand. Er bat seine Zuhörerschaft, seine Ausführungen nicht in die Öffentlichkeit zu tragen.<sup>13</sup> Vor dem internen Parteizirkel konnte er in seinen Ausführungen erheblich deutlicher werden als zuvor bei der öffentlichen Versammlung. Als Ende Oktober 1945 ein Bericht über den Bezirksparteitag mit den Redebeiträgen an die Leipziger SPD-Funktionäre ausgegeben wurde, wies der Bezirksvorstand eindringlich darauf hin, daß dort die wiedergegebenen Darlegungen Grotewohls und Meiers vertraulich und nicht zur Diskussion zu stellen seien.<sup>14</sup>

In seinen Darlegungen bestimmte Grotewohl gegenüber seiner sozialdemokratischen Zuhörerschaft zum erstenmal parteiintern die politischen Leitziele und Positionen des ZA im Nachkriegsdeutschland. Darüber hinaus diente die Rede dem Ziel, die Sozialdemokraten in Leipzig angesichts der Schwierigkeiten mit der örtlichen Kommandantur und bei der Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu beruhigen und ihnen Mut zuzusprechen. Dabei appellierte Grotewohl an das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität der Parteimitglieder in der Besatzungssituation, indem er an die Tradition der deutschen Sozialdemokratie erinnerte.<sup>15</sup> Grotewohl suchte den politischen Schulterschuß mit den Genossen in der Provinz. Er war sich bewußt, daß es für die Realisierung der politischen Vorstellungen des ZA – beispielsweise die Etablierung einer überzonalen SPD-Parteiorganisation – unabdingbar erschien, neben der formalen Akzeptanz des ZA durch die Landes- und Bezirksverbände in der SBZ auch deren inhaltliche Zustimmung und Vollmacht für zentrale politischen Positionen zu erhalten, um zu einer einheitlichen politischen und organisatorischen Orientierung der SPD in der SBZ als Vorstufe und Ausgangsbasis einer gesamtdeutschen Parteiorganisation mit den Genossen in den Westzonen zu gelangen und den Kommunisten, die als einzige Partei überzonal von Berlin aus agierten, etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Den Stellenwert der Bezirksverbände in der SBZ für die Arbeit des ZA unterstreicht eine Einschätzung Fritz Schreibers, Mitarbeiter beim ZA in Berlin, überaus deutlich: Die „Mitgliederorganisation[en] wurde[n] nicht vom Zentralausschuß aufgebaut, sondern wurde[n] von den Ländern und den

11 Die Worte Grotewohls lassen den sicheren Schluß zu, daß die öffentliche Kundgebung in Leipzig nicht am 25. August, sondern am 26. August stattfand. Somit irrt das Autorenteam um Wolfgang Triebel, das die Rede auf den 25. August 1945 datiert. Auch die Ansicht, daß Grotewohl seine interne Rede in Leipzig erst am 6. September 1945 gehalten habe, ist nicht zu halten. Siehe Triebel, Otto Grotewohl, S.93f., S.105f.

12 Siehe Rede Otto Grotewohls auf der Kundgebung der SPD im Capitol am 25.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4072/167, Bl. 46-55.

13 Siehe interne Rede Otto Grotewohls, Protokoll des 1. Bezirkstages des SPD-Bezirks Leipzig, 26.8.1945, S.11, in: AdSD, Ostbüro der SPD, 301/I.

14 Siehe Rundschreiben an unsere Referenten, SPD, Bezirk Leipzig, 23.10.1945, in: SAPMO-BArch, DY 28, II/3/5/2, Bl. 39.

15 Siehe interne Rede Otto Grotewohls, S.22.

Orten aufgebaut. Diese Länderfürsten hatten nun diese mächtige Organisation, und wenn die sagten, das wird so gemacht, dann konnte der Zentralausschuß die Treppe rauf- und runtergehen, es ging kein Weg daran vorbei.“<sup>16</sup> Aus diesem Grunde setzte Grotewohl all sein rhetorisches Geschick ein<sup>17</sup> und warb bei seinen Genossen um einen Vertrauensvorschuß für die politischen Entscheidungen des ZA als provisorische Führungsinstanz der SPD und den Zusammenhalt der sozialdemokratischen Parteiorganisation: „Und Genossen, so wie dieser Aufruf [des Zentralausschusses vom 15.6.1945 – M. L.] nichts weiter als ein Provisorium darstellt, sieht auch der Zentralausschuß in Berlin seine Aufgabe lediglich darin, treuhänderisch die Arbeit für unsere Bewegung anzufassen, zu organisieren und vorwärts zu treiben.“ Sollte es zur Abhaltung einer Reichskonferenz oder einem Reichsparteitag kommen, erfolge die Wahl eines neuen Parteivorstandes, versicherte der ZA-Vorsitzende seinen sozialdemokratischen Genossen, denn die Mitglieder des ZA hätten sich nicht „als Leute [...] mit irgend einem Führungsanspruch [gefühl]“. Bis zu diesem Zeitpunkt bat Grotewohl angesichts „der Schwere der Arbeit“ um die uneingeschränkte Unterstützung für den ZA in Berlin. „Wir appellieren an Euch, daß ihr blindlings sagt: Ja, macht die Sache weiter! Wir werden für alles, was wir tun, die Rechtfertigung auf einem Reichsparteitag geben.“<sup>18</sup> Über die Einrichtung eines Parteiausschusses als organisatorisches Bindeglied zwischen dem ZA und den Bezirksverbänden in der SBZ verlor Grotewohl kein Wort, obwohl aus seinen handschriftlichen Aufzeichnungen herauszulesen ist, daß die Einsetzung eines Parteiausschusses im parteiorganisatorischen Aufbau des ZA schon Ende August 1945 in Aussicht genommen war. „Parteiausschuß bilden“, der aus dem „ZA und [den] Bezirks-Vorsitzenden“ zusammengesetzt werden sollte, um „die persönlichen Kontakte“<sup>19</sup> zu pflegen. Warum Grotewohl dies nicht erwähnt, ist bis jetzt nicht zu klären gewesen.

Nachfolgend sollen diejenigen Redepassagen Grotewohls hervorgehoben werden, die nach den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens „als strategische Positionen des ZA Ende August/Anfang September 1945“<sup>20</sup> anzusehen sind, da die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz die interne Diskussion im ZA zur Bestimmung seiner zentralen politischen Standorte entscheidend beeinflußt haben.<sup>21</sup> „Potsdam ist nicht nur ein Ausgangspunkt, er ist *der Ausgangspunkt unserer Partei*“<sup>22</sup> [Hervorhebung von mir – M.L.], schrieb Klingelhöfer in seiner Abhandlung „Die Partei 1945“. Im Zentrum der Grotewohlschen Rede standen der von ihm für die deutsche Sozialdemokratie reklamierte politische Führungsanspruch im Vierzonendeutschland und die Errichtung einer SPD-Reichorganisation. Er bezeichnete – in Anlehnung an die

16 Siehe SBZ-Projektinterview mit Fritz Schreiber, 21.3.1974, S.41, in: AdSD.

17 Otto Grotewohl „war sich seiner Redeüberzeugungskraft und Redekunst“ gegenüber seiner Zuhörerschaft „sehr bewußt“. Siehe Telefoninterview mit Frau Madeleine Grotewohl, 7.8.2000, in: Privatarchiv Loeding.

18 Siehe interne Rede Otto Grotewohls, S.21.

19 Siehe Handschriftliche Notizen Otto Grotewohls, in: SAPMO-BArch, NY 4090/276, Bl. 106.

20 Siehe Triebel, Gelobt, S.40.

21 Otto Grotewohl ging in seiner Rede auch auf die wirtschaftliche und Ernährungssituation, die Grenzziehung zu Polen, die Umsiedlerproblematik und die Verkehrs- und Transportkrise in der Sowjetzone ein.

22 Siehe Die Partei 1945, in: Landesarchiv Berlin (LAB), E-Rep. 200-33, Nr. 20.

gesammelten Erfahrungen in der Weimarer Republik – die SPD als die einzige Partei, „die in maßgeblicher Weise befähigt ist, diesen Verwaltungsapparat zum Laufen zu bringen und zu erhalten“<sup>23</sup>. Die Kommunisten könnten diese Aufgabe nicht erfüllen, da sie im allgemeinen über keine Verwaltungsverfahren verfügten. Für Grotewohl stand damit fest, daß die SPD die politische wie auch moralische Verpflichtung hatte, den staatlichen Wiederaufbau des wirtschaftlich wie geistig zerstörten Landes zu koordinieren. Den anderen antifaschistischen Parteien maß er nur eine randständige Stellung zu. Darüber hinaus forderte Grotewohl dazu auf, gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht offen und couragiert aufzutreten und die bestehenden Mißstände unverblümt anzusprechen.<sup>24</sup> Dabei nahm er Bezug auf das Auftreten der Mitglieder des ZA gegenüber der SMAD, an dem sich seine sozialdemokratischen Genossen aufrichten und ein Beispiel nehmen sollten: „Wir lassen selbstverständlich nicht eine Gelegenheit vorübergehen, um an diesen maßgebenden Stellen unnachsichtig und mit aller Rücksichtslosigkeit diese Situation dem Marschall Shukow und seinen Vertretern“ darzulegen. „Wir haben das auch auf die Gefahr unserer eigenen persönlichen Sicherheit hin immer und immer wieder getan.“<sup>25</sup> Dies sollte den Leipziger Genossen zeigen, daß sich der ZA nicht scheute, auch heikle Themen bei den Konsultationen mit der Besatzungsmacht anzusprechen, und auch ihre Interessen in der Besatzungssituation wahrnahm.

Die SPD sollte als Wahrer und Mittler der Interessen des deutschen Volkes gegenüber der Besatzungsmacht agieren und beim Aufbau eines neuen deutschen Staatswesens federführend sein, zumal, so führte Grotewohl weiter aus, „wenn wir es nicht tun, ist niemand da, der es tut“ und „diejenigen Vertreter der deutschen Bevölkerung [die Kommunisten – M. L.], die die engste Verbindung mit diesen Kreisen [der sowjetischen Besatzungsmacht – M.L.] haben sollten, die oft unmannhaftesten sind, wenn sie etwas sagen sollen“. Daraus leitete Grotewohl die Schlußfolgerung ab: „Schon aus diesem Grunde haben wir das politische Führungsrecht in Deutschland.“ Die Ambition des ZA war von der Hoffnung getragen, ein bevorzugtes Verhältnis der Sozialdemokraten zum sowjetischen Besatzungsregime aufzubauen und diesem zu vergegenwärtigen, daß nur mit der SPD die Gewähr gegeben sei, die deutschlandpolitischen Zielsetzungen der UdSSR zu realisieren. Grotewohl zitierte zur Verstärkung seines Anspruchs die Darlegungen Marschall Žukovs bei der Anmeldung der Partei: „Meine Herren, ich bin hier mit dem Auftrag nach Berlin und in das Okkupationsgebiet geschickt [worden] und habe den Auftrag aus Moskau, hier ein demokratisches Staatsleben zu entwickeln. Ich weiß genau, daß ich mich dabei in erster Linie nicht auf die Kommunistische Partei stützen kann, sondern daß ich auf Sie angewiesen bin, denn ich weiß, daß Sie die Massen hinter sich haben.“<sup>26</sup> Jedoch offenbaren die kritischen Bemerkungen Grotewohls während des Referats zur Sicherheit der Verkehrswege, Rechtssicherheit und wirtschaftlichen Situation<sup>27</sup> und die

---

23 Interne Rede Otto Grotewohls, S.19.

24 Siehe ebenda, S.14.

25 Ebenda, S.12f.

26 Ebenda, S.13.

27 Siehe ebenda, S.11f., S.13f.

Reaktion in der sozialdemokratischen Zuhörerschaft, daß aufgrund der gesammelten Erfahrungen mit den Sowjets in den ersten zwei Besatzungsmonaten keine Übereinstimmung zwischen den Ausführungen Žukovs und der alltäglichen Besatzungspraxis bestand.

Im weiteren Verlauf seiner Rede konzentrierte Grotewohl seine Ausführungen auf die Erwartungen, die der ZA mit der konkreten Umsetzung der Ergebnisse der Potsdamer Konferenz verband, und auf die sich daraus für die SPD abzuleitenden politischen Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven. Dabei maß der ZA-Vorsitzende dem politischen Ziel, schnellstmöglich für das gesamte deutsche Gebiet „eine unter eigener Verantwortung arbeitende Reichregierung zu erhalten“,<sup>28</sup> eine Schlüsselstellung zu. Hier kommt wieder zum Vorschein, daß die Bewahrung der nationalen Einheit Deutschlands und die Abschaffung der Zonengrenzen für den ZA die politische Kardinalfrage war, die es im Prozeß der Realisierung des Potsdamer Abkommens zu beantworten galt. Otto Grotewohl zeigte sich überzeugt, daß die im Potsdamer Abkommen vereinbarte Errichtung von fünf Staatssekretariaten die Herbeiführung einer gesamtdeutschen Reichregierung befördere.<sup>29</sup> Auf dem Weg dorthin maß Grotewohl der von der SMAD beschlossenen Einrichtung von Zentralverwaltungen – er sprach von „Fachressorts“ – einen hohen Stellenwert zu. „Von diesen elf Fachregierungen besetzen wir in leitenden Positionen fünf. In allen anderen haben wir maßgebliche Stellvertretungen uns gesichert, so daß wir, auch personell gesehen, bei dem Aufbau dieser Verwaltungsorgane maßgeblich mitwirken können“,<sup>30</sup> teilte er seinen Leipziger Genossen mit. Grotewohl knüpfte an die Etablierung der Zentralverwaltungen in der SBZ das Interesse, daß jene als Vorstufen zur Bildung zentraler Regierungsinstanzen führen würden. Zur Perspektive der politischen Einflußnahme der Sozialdemokraten auf die Besatzungssituation sagte Grotewohl, „unsere ganze Politik ist im Grunde genommen ein einziges, vorsichtiges und taktvolles Abtasten und Suchen und Revidieren.“ Diese von Umsicht und Zurückhaltung getragene Auffassung kam auch bei der Stellungnahme zur Politik der SPD gegenüber den Besatzungsmächten zum Ausdruck. Grotewohl wollte die deutsche Einheit erhalten und nichts dazu beitragen, was erkennbare Spaltungstendenzen beförderte. Deshalb suchte er die Übereinstimmung mit allen Besatzungsmächten: „Die anglo-amerikanische Seite zeigt in vielen politischen Fragen eine andere Einstellung, die mit der der Russen nicht übereinstimmt. Wir selbst haben uns grundsätzlich, soweit es sich um politische Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten handelt, sehr zurückhaltend zu benehmen. Denn in dem Augenblick, wo wir in diese Fragen eingreifen würden, würde es zweifellos so kommen, daß wir alle diese Differenzen auf unseren Rücken auszutragen hätten. Das herbeizuführen, kann nicht in unserer zukünftigen Linie liegen.“<sup>31</sup>

Neben der schnellstmöglichen Einrichtung einer Reichregierung richtete sich das Hauptinteresse der Sozialdemokraten, den Worten Grotewohls nach, auf die mög-

---

28 Ebenda, S.18.

29 Siehe ebenda.

30 Ebenda.

31 Ebenda, S.24.

lichst baldige Abhaltung von Wahlen in Gesamtdeutschland, welche „unter schärfster Trennung der einzelnen Parteien durchgeführt werden. (Erneut lebhaft Zustimmung) Wir müssen Wert darauf legen – aus außenpolitischen wie aus innenpolitischen Gründen –, ein solches Stimmungsbild zu bekommen. Über die Aussichten dieses Stimmungsbildes werdet ihr Euch ja nicht im unklaren sein.“<sup>32</sup> Hiermit sprach Grotewohl unumwunden die Unbeliebtheit der KPD an, ohne die Partei namentlich zu nennen. Während die KPD in Berlin und der SBZ als „Russenpartei“ galt,<sup>33</sup> was einer „Stigmatisierung“<sup>34</sup> gleichkam, erfreute sich die SPD in der Bevölkerung zunehmend hoher Beliebtheit. Das kam beispielsweise in einem amerikanischen Bericht zum Ausdruck, der festhielt: „Örtliche Beobachter meinen, wenn heute freie Wahlen abgehalten werden würden, daß die Kommunisten sehr schlecht und die Sozialdemokraten sehr gut abschneiden würden.“<sup>35</sup> Für die SPD bestünden, so Grotewohl, unter diesen Umständen günstige Voraussetzungen, bei einer gesamtdeutschen Wahl, die entsprechend dem Potsdamer Abkommen abgehalten werden sollte, den Sieg davonzutragen und das politische Kräfteverhältnis in Deutschland zugunsten der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten neu auszutarieren. Daraus zog Grotewohl aber nicht den Schluß, daß „die Menschen“, die für die SPD votieren würden, „nun etwa überzeugte Sozialdemokraten sind.“<sup>36</sup> Vielmehr mahnte er seine Zuhörerschaft, sich nicht zu falschen Vorstellungen hinreißen zu lassen: „Ich muß davor warnen, etwa zu glauben, damit sei uns ein riesiges politisches Vertrauensvotum erteilt worden. Das ist nichts weiter als die nackte Verzweiflung.“<sup>36</sup> Zum Abschluß seiner Ansprache am 26. August 1945 in Leipzig trat Otto Grotewohl Vorstellungen entgegen, die in den westlichen Besatzungszonen über die sowjetische Besatzungszone verbreitet waren. Obzwar der ZA über keine konkreten Informationen zur Tätigkeit des Büros von Kurt Schumacher in Hannover verfügte, lassen die Ausführungen Grotewohls darauf schließen, daß die Berliner SPD-Führung zumindest grob über die politischen Einstellungen Schumachers unterrichtet war. Den ZA-Vorsitzenden beunruhigten aber nicht nur die Differenzen innerhalb der Antihitlerkoalition, welche die Fragilität seiner politischen Dispositionen offensichtlich werden ließen, vielmehr alarmierte ihn die Tatsache, daß es in den Westzonen Sozialdemokraten zu geben schien, die den Zonengrenzen für den organisatorischen Aufbau der SPD im Reich trennenden Charakter zuerkannten und

---

32 Ebenda, S.20.

33 Siehe Interview mit Prof. Dr. Gerhard Keiderling, in: Privatarchiv Loeding. Einem Bericht des amerikanischen Geheimdienstes zu Einstellungen der deutschen Bevölkerung ist zu entnehmen, daß die sowjetischen Besatzer von den Deutschen als die unpopulärsten der vier Alliierten angesehen wurden. Siehe Bericht des amerikanischen Geheimdienstes über die Einstellungen der deutschen Bevölkerung in der US-Zone, in: Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, 5. erweiterte und überarbeitete Auflage, Bonn 1991, S.372f.

34 Siehe Markus Jodl: Schumacher contra Grotewohl. Die Einheit der Arbeiterbewegung in der Programmatik der SPD 1945/46, Magisterarbeit, München 1994, S.59. Die Arbeit wurde mir freundlicherweise von Dr. Markus Jodl zur Verfügung gestellt.

35 Siehe Telegram from R. Murphy (Berlin) to J. Byrnes (Washington), 13.8.1945, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1945, Volume IV, Europe, Washington 1968, S.1038-1041, hier S.1040.

36 Interne Rede Otto Grotewohls, S.20.

billigend die Gefahr der Teilung der SPD und des Reiches ins politische Kalkül zu zogen. Grotewohl erklärte hierzu: „Wir müssen also die Entwicklung [das Verhältnis der Alliierten zueinander – M.L.] am besten mit größtem Fingerspitzengefühl anfassen, um so mehr, als auch Bestrebungen dahin gehen, namhafte Genossen aus der Vergangenheit auch im westlichen Sektor [Okkupationszonen – M.L.] einzusetzen in der Vorstellung, als könnte man die Sozialdemokratie an der russischen Demarkationslinie zerschneiden. Es sind da Vorstellungen maßgebend in dem Rahmen, daß wir hier im russischen Okkupationsgebiet eigentlich gar keine politischen Freiheiten für uns haben,<sup>37</sup> sondern daß alles, was wir machen, mit dem Revolver des Kommissars im Nacken [geschieht]. So schlimm ist es ja nun wirklich nicht, und es wäre ungerecht, wenn wir es so darstellen wollten. Denn tatsächlich können wir uns mit Geschick immer noch bewegen und unsere notwendigen politischen Darlegungen machen. Wir hoffen auch, daß wir diese Entwicklung auf das westliche Gebiet ausdehnen können. Diese Vorstellungen im Westen müssen aber beseitigt werden. Wir müssen diese Vorstellungen, die bei manchen Genossen vorhanden sind und die dahin gehen, daß die Rückkehr der Genossen aus der Emigration geeignet wäre, eine grundsätzlich andere Linie der Politik, z. B. in der Einheitsfront, einzunehmen, für die deutsche Arbeiterklasse als untragbar kennzeichnen.“<sup>38</sup> Damit erteilte Grotewohl dem Londoner Exilvorstand, zu dem der Zentralausschuß Mitte August 1945 einen ersten Briefkontakt hatte, eine klare Abfuhr. Die Berliner SPD-Führung wollte ihre politischen Entscheidungen unabhängig von einer übergeordneten oder im Ausland befindlichen Parteiinstanz treffen.

Grotewohl war sich zwar der Tatsache bewußt, daß seine politische Handlungsstrategie, für die SPD im Nachkriegsdeutschland einen politischen Führungsanspruch zu beanspruchen, wenn überhaupt – vor dem Hintergrund der alliierten Besatzung – nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnte, wenn er zum Aufbau einer Reichspartei und einer abgestimmten Positionsbestimmung mit den Genossen in den westlichen Besatzungszonen gelangen würde, doch forderte er von diesen ein Mindestmaß an politischer Unvoreingenommenheit gegenüber der SPD in der SBZ. Nach Hurwitz lassen diese Schlußbemerkungen „das subjektive Befinden, die Perspektivnot und das Kalkül“ der Sozialdemokraten in der SBZ im Sommer 1945 deutlich erkennen: „Furcht vor andauernder Isolierung und das Verlangen nach solidarischer Hilfe aus dem Westen verband sich mit dem Selbstbewußtsein, in ihrer Organisationstätigkeit den Parteiführern in den Westzonen weit voraus zu sein, und mit der Hoffnung, von Berlin als Führung wirken zu können.“<sup>39</sup> Dieser Auffassung kann m. E. nur bedingt zugestimmt werden. Richtig ist, daß der ZA von seinem Selbstverständnis her als provisorische Führungsinstanz der SPD seinen organisatorischen Wirkungskreis nach den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens zur Parteienzulassung in die

---

37 Bereits im Februar 1945 begegnete der Exilvorstand der SPD in London den Möglichkeiten zur politischen Betätigung von Sozialdemokraten in der zukünftigen SBZ mit höchster Skepsis. Siehe Kaden, *Wiedergründung*, S.76.

38 Interne Rede Otto Grotewohls, S.24.

39 Harold Hurwitz: *Die Anfänge des Widerstands*, Teil 1. Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln 1990, S.315.

Westzonen auszudehnen beabsichtigte und den ZA unter Hinzuziehung von Genossen aus dem Exil und den Westzonen am traditionellen Sitz des SPD-Parteivorstands in Berlin personell erweitern wollte, um zum Aufbau einer SPD-Reichspartei zu gelangen. Darauf war das gesamte politische Konzept Grotewohls aufgebaut. Otto Grotewohl wollte keine konkurrierenden SPD-Vorstände in den vier Besatzungszonen, da das dem für die SPD reklamierten Führungsanspruch, den auch Kurt Schumacher in seinen politischen Richtlinien vom 25. August 1945 erhoben hatte,<sup>40</sup> schweren Schaden zugefügt hätte. Eine Perspektivnot vermag ich aus den Worten Grotewohls nicht abzuleiten, hatte er doch in seiner Rede versucht, politische Handlungspositionen der SPD zu bestimmen. Infolgedessen sind seine Ausführungen am Ende seiner Ansprache eher als Mahnung an die Sozialdemokraten im Westen zu verstehen, die aufgezeigten Perspektiven zur Überwindung der Zonengrenzen nicht zu gefährden und so den Zerfall der SPD in eine west- und eine sowjetzonale einzuleiten. Die Vorbehalte der Genossen in den westlichen Zonen teilte Grotewohl nicht, denn der Aufbau der SPD in der SBZ erfolgte unter den gegebenen Bedingungen, die von dem sowjetischen Besatzungsregime festgelegt wurden. Von Resignation ist in der Rede Grotewohls nichts zu spüren. In der politischen Konzeption Grotewohls, das hatte die Rede deutlich gemacht, nahmen die anderen in der SBZ zugelassenen Parteien nur eine Randstellung ein. Im Zentrum der neu etablierten Parteienlandschaft in Deutschland sollte die SPD die erste politische Geige spielen, da allein sie zur Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen der Besatzungsmächte fähig wäre.

Im Ergebnis verdienen die Ausführungen Otto Grotewohls in mehrerer Hinsicht Beachtung: Erstens fand eine Vereinigung mit der KPD in der Rede keine Erwähnung. Im Gegenteil hatte der ZA-Vorsitzende die Kommunisten sogar dafür gescholten, daß sie im antifaschistischen Einheitsfrontausschuß einer Vorlage des ZA ihre Zustimmung verweigert hatten, in der die Forderung erhoben wurde, die „Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes“ bei der endgültigen Regelung der Grenzziehung zu Polen zu berücksichtigen.<sup>41</sup> Grotewohl vermied vor dem Hintergrund der Stimmung in der Bevölkerung und der eigenen Mitgliedschaft gegen die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD und der Erwartung baldiger Wahlen<sup>42</sup> den Eindruck einer zu engen Bindung an beide.<sup>43</sup> In den Monaten nach der Parteizulassung durch die SMAD war das sozialdemokratische Selbstbewußtsein merklich gestiegen. Die SPD hatte nicht nur einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs in Berlin und in den Ländern und Provinzen der Sowjetzone zu verzeichnen, sondern war zu einem wichtigen politischen und gesellschaftlichen Faktor geworden.<sup>44</sup> Im Mittelpunkt der politischen Überlegungen in der Berliner SPD-Führung stand nicht mehr

40 Siehe Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren (25.8.1945), Hannover, o.D., S.22f.

41 Siehe interne Rede Otto Grotewohls, S.16.

42 Siehe Interview Keiderling.

43 Siehe Bericht (vertraulich), 3.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4036/634, Bl. 72f.

44 Siehe Lettre de M. le Général Koenig à M. le Ministre des Relations Etrangères, confidentiel, 26.9.1945, in: Privataarchiv Loeding.

die schnelle Schaffung einer Einheitspartei aus SPD und KPD wie noch im Juni 1945. Vielmehr dominierte im August 1945 im Ergebnis des Potsdamer Abkommens die Frage, wie angesichts der Verfestigung der zonalen Strukturen in Deutschland die wirtschaftliche und nationale Reichseinheit gewahrt werden könnte.<sup>45</sup> Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Rede Grotewohls. Der KPD traute er in dieser Frage aufgrund ihrer engen Bindung an die sowjetische Besatzungsmacht nichts zu, was auch durch das Ostorientierungskonzept des ZA bestätigt wird.<sup>46</sup> Zweitens ist zu unterstreichen, daß Grotewohl in einer Rede außerhalb der Viermächtestadt Berlin den politischen Führungsanspruch für die Sozialdemokraten im Nachkriegsdeutschland erstmals reklamierte und die Forderung nach Wahlen noch vor der Bekanntgabe des Beschlusses der amerikanischen Militärregierung zur Abhaltung von Gemeindewahlen in der US-Zone erfolgte.<sup>47</sup> Für Otto Grotewohl war die Wahl – hier stimmte ich der Meinung Caracciolos uneingeschränkt zu – „ein Machtmittel von höchster Bedeutung“<sup>48</sup>, bot sie doch Gewähr für den politischen und staatlichen Zusammenhalt Deutschlands durch die Einsetzung einer gewählten und somit vom Volk legitimierten Reichsregierung, die ermächtigt gewesen wäre, einen Friedensvertrag mit den alliierten Siegermächten zu unterzeichnen.

Beachtungswert ist, daß das am 20. August 1945 im ZA beschlossene Konzept der Ostorientierung von Grotewohl mit keinem Wort erwähnt wurde. Sicherlich vermied Grotewohl nicht nur aus Gründen der großteils negativen Erfahrungen seiner Leipziger Genossen mit Vertretern der Besatzungsmacht jede Andeutung einer Ostorientierung. Welche Gründe mögen die ZA-Mitglieder dazu bewogen haben, ihr Ostorientierungskonzept als geheim einzustufen und die politische Öffentlichkeit nicht zu informieren, auch nicht „die schwer zu kontrollierende Parteiöffentlichkeit“<sup>49</sup>, wie dem Protokoll des wirtschaftspolitischen ZA-Ausschusses vom 31. August 1945 zu entnehmen ist? Dafür gibt es aus meiner Sicht mehrere Gründe:

a. Der Zentralaussschuß wollte keinesfalls mit den Übergriffen und der Politik der KPD, die in den Augen der Menschen als Sachwalter der Sowjets auftrat, gleichgesetzt werden. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, als befände sich die SPD im politischen Schlepptau der KPD. Das hätte dem Ansehen und der politischen Legitimation des Zentralaussschusses als Führungsinstanz, um die Grotewohl seine Leipziger Genossen ersuchte, parteiintern und der SPD bei anstehenden Wahlen insgesamt wenig genutzt. Daß Grotewohl die im Ostorientierungskonzept festge-

45 Siehe Manuskriptergänzungen Gniffkes zur S.163, in: AdsD, Nachlaß Gniffke, 11/1.

46 Siehe Loeding, Führungsanspruch, S.224.

47 Siehe Wahlen in der amerikanischen Zone, Allgemeine Zeitung, 16.9.1945. Während die Vertreter des ZA der SPD, der CDU und LDP die Wahlen begrüßten (Die Parteien zu Wahlen, in: Allgemeine Zeitung, 19.9.1945), standen die Kommunisten dem Umengang skeptisch gegenüber (Die KPD zu den Wahlen, in: Allgemeine Zeitung, 21.9.1945).

48 Lucio Caracciolo: Der Untergang der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone. Otto Grotewohl und die „Einheit der Arbeiterklasse“ 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36. Jg., 1988, H. 2, S.281-318, hier S.288.

49 Siehe Protokoll der 2. Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des ZA, 31.8.1945, in: LAB, E-Rep. 200-33, Nr. 28.

- legte geostrategische Grundausrichtung nicht explizit erwähnte, ist sicherlich zu kritisieren.
- b. Otto Grotewohl konnte auch ahnen, daß die Ostorientierung nicht die allgemeine Haltung der Sozialdemokraten war, auch nicht in der SBZ.<sup>50</sup>
- c. Muß die Berliner SPD-Führung Kenntnis von der feindlichen, ablehnenden Haltung Kurt Schumachers gegenüber den Kommunisten und dem sowjetischen Okkupationsregime erlangt haben. Dieser verweigerte jede Kooperation mit der KPD in einer Einheitsfront und wollte nur in sozialen Fragen kooperieren. Der Sowjetunion stand er feindselig gegenüber.<sup>51</sup> Er setzte beim Neuaufbau Deutschlands von Anfang an auf Kooperation mit den Westalliierten. Wollten die Berliner Schumacher zum Aufbau einer gesamtdeutschen SPD bewegen, war es vonnöten, taktisch geschickt und vorsichtig vorzugehen. Vor allem auch deshalb, da Kurt Schumacher einer Ostorientierung schon im Jahre 1922, im Zusammenhang mit dem Rapallovertrag zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich, eine eindeutige Absage erteilt hatte und für eine Anlehnung an die Westmächte eingetreten war. In einem Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“ vom 19. April 1922 hatte Schumacher hierzu geschrieben: „[...] von verbrecherischer Leitfertigkeit zeugt es, wenn es in Deutschland eine Presse gibt, die das politische Mandat in den Vordergrund schiebt. In Wirklichkeit ist diese Beweisführung grundfalsch, denn daß wir uns auf ein solches Schwindelunternehmen wie eine russische Ostorientierung einlassen würden, wird doch kein ernsthafter Mensch in Deutschland glauben wollen. Ein bewußter Verzicht auf die Zusammenarbeit mit den Westmächten bedeutete Selbstmord.“<sup>52</sup>
- d. War die Ostorientierung als politisch-taktisches Kalkül gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht gedacht. Zu einem für die SPD politisch günstigen Moment sollte es eingesetzt werden, um den Sowjets zu zeigen, daß sie in bezug auf ganz Deutschland ihre deutschland- und besatzungspolitischen Zielsetzungen mit der Sozialdemokratie als Partner besser als mit der KPD verwirklichen konnten.<sup>53</sup> Das erfolgte gerade auch aufgrund der unterschiedlichen besatzungspolitischen Interessen der Okkupationsmächte, die das Potsdamer Abkommen zum Vorschein gebracht hatte, und der weiter bestehenden zonalen Teilung Deutschlands, die der ZA als Gefahr für das Fortbestehen der wirtschaftlichen und politischen Reichseinheit sah. Auf diese Tatsachen hatte Grotewohl in seiner Ansprache mit aller Deutlichkeit hingewiesen.

---

50 Siehe Loeding, Führungsanspruch, S.174; Brief Hermann Brills an Paul Hertz, 29.4.1946, in: AdSD, Nachlaß Hertz, Film XXX; Bericht über meinen Besuch in Leipzig an den Zentrallausschuss, in: AdSD, Nachlaß Gniffke, 32.

51 Siehe Politische Richtlinien für die SPD. Weiterführend zu Schumachers antikommunistischer und antisowjetischer Haltung siehe Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher: Intension – Politik – Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003.

52 Zitiert nach: Jodl, Schumacher, S.18, Fn 4.

53 Siehe: Brief Gustav Klingelhöfers an Otto Grotewohl, 10.10.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4090/278, Bl. 104.

Die Ausführungen Grotewohls wurden von den Delegierten des ersten Leipziger Bezirksparteitages mit anhaltendem Beifall bedacht. Damit hatte der Zentralausschuß seinen ersten Schritt in Richtung des Aufbaus eines Bindegliedes zwischen den Bezirks- und Landesverbänden der Sowjetzone und der Berliner SPD-Zentrale getan. Nachdem der ZA seine organisationspolitischen Aktivitäten in der Sowjetzone ausgebaut hatte, wurde auf der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 7. September 1945 in Berlin der Beschluß gefaßt, konkrete Schritte zur Aufnahme von Verbindungen mit Sozialdemokraten in den westlichen Besatzungszonen einzuleiten, um den Parteaufbau in den Westzonen zu beschleunigen, der wesentlich hinter dem in der SBZ hinterherhinkte. Dazu sollte bei den Besatzungsbehörden vorgeschrieben werden, um die Genehmigung zur Ausreise zu erhalten.<sup>54</sup> Diese Entscheidung hatte der ZA getroffen, noch bevor ihn die Einladung Kurt Schumachers zur Konferenz in Wennigsen erreichte.<sup>55</sup> In einem Brief an Nora Kuntzsch berichtete Grotewohl von der Absicht, „Ende des Monats [September 1945 – M. L.] eine größere Reise ins englische Gebiet anzutreten“ und dabei Braunschweig als ersten Ort zu besuchen.<sup>56</sup> Bis Ende August 1945 verfügte der ZA kaum über Informationen zum Stand des Aufbaus der SPD-Parteiorganisationen in den westlichen Zonen und von Kurt Schumachers Bemühungen, die überregionale Reorganisation der SPD in den Westzonen von Hannover aus zentral zu koordinieren. Erst durch KPD-Vertreter erhielt der ZA nähere Auskünfte über die politischen Verhältnisse in den Westzonen, die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD und die politischen Aktivitäten Schumachers.<sup>57</sup> Der ZA war lediglich durch die persönlichen Kontakte Otto Grotewohls über die politische Entwicklung in Braunschweig informiert. Der spätere Vertraute des Zentralausschusses in Bayern, Wilhelm Buch, trat erst Anfang September in die Dienste des ZA in Berlin.<sup>58</sup>

---

54 Siehe Andreas Malycha: Der Zentralausschuß, Kurt Schumacher und die Einheit der SPD, in: BzG, 33. Jg., 1991, H. 2, S.182-193, hier S.185. Der ZA hatte die sowjetische Militärverwaltung in einem Schreiben vom 12. September 1945 ersucht, für einige Mitglieder der Berliner SPD-Führung „Dauerausweise zur Fahrt in das gesamte deutsche Gebiet (zu) erwirken“. Siehe Brief des ZA der SPD an die Sowjetische Militäradministration z. Hd. des Herrn Generalleutnant Bokow, 26.9.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4101/16, Bl. 21.

55 Siehe Brief Kurt Schumachers an den „Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, 30.8.1945, in: AdsD, Nachlaß Schumacher, 155.

56 Siehe Brief Otto Grotewohls an Nora Kuntzsch, 7.9.1945 (Abschrift), in: LAB, E-Rep. 300-33, K 82, Ordner 298. In diesem Kontext ist zu erwähnen, daß Frau Kuntzsch meinen Wunsch zu einem Interview bei einer telefonischen Anfrage mit dem Verweis auf ihr hohes Alter und den privaten Charakter der Briefe Otto Grotewohls ablehnte. Siehe Vermerk des Autors, 16.4.2000.

57 Siehe Bericht Gniffkes zur Besprechung mit Franz Dahlem, 28.8.1945, in: AdsD, Nachlaß Gniffke, 32; Bericht über die Besprechung der Genossen der Bezirksleitung Hannover, Hamburg und Bremen bei den Genossen des Zentralausschusses der SPD, 31.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4182/857, Bl. 109-111.

58 Siehe Vermerk Otto Grotewohls (Vertraulich), 3.9.1945, in: AdsD, Nachlaß Gniffke, 23.

# Engels' Redaktion des zweiten Bandes des „Kapitals“. Zu Ergebnissen der Arbeit am MEGA-Band II/12

Rolf Hecker

Die vollständige, historisch-kritische Edition des literarischen Nachlasses von Marx und Engels in der MEGA, insbesondere jener Manuskripte in der Zweiten Abteilung, die, beginnend mit den „Grundrissen“, letztendlich zur Herausgabe aller drei Bände des „Kapitals“ führten, bringt uns der von Karl Kautsky bereits 1926 aufgeworfenen Problemstellung näher. Da Engels' Anordnung und Redaktion der Marxschen Texte im zweiten und dritten Band des „Kapitals“ nicht immer dem Gedankengang des Autors entsprochen haben, müsse man sämtliche Manuskripte von Marx veröffentlichen, wie sie sind.<sup>1</sup> Achtzig Jahre nach dieser Aufforderung wird sie erfüllt sein. Bereits nach dem Erscheinen des MEGA-Bandes II/4.2 mit dem Manuskript von Marx für das dritte Buch des „Kapitals“ 1992 wurde deutlich, daß vor den Bearbeitern der folgenden MEGA-Bände ein längerer Diskussionsprozeß liegen wird, in dem die Frage im Mittelpunkt steht, die von Carl-Erich Vollgraf und Jürgen Jungnickel aufgeworfen wurde: „*Marx in Marx' Worten?*“<sup>2</sup> Die Frage selbst schon rief von verschiedenen Seiten Empörung hervor, nur wenige nachdenkliche Stimmen unterstützten Überlegungen über das Verhältnis von Autor (Marx) und Herausgeber (Engels). Nach über zehnjähriger Diskussion kann ein gewisses Resümee gezogen werden.

Im folgenden soll dies für den zweiten Band des „Kapitals“ erfolgen, da nunmehr der MEGA-Band II/12 vorliegt, in dem das überlieferte Redaktionsmanuskript von Engels für den zweiten Band des „Kapitals“, das er zwischen Juni 1884 und Februar 1885 bearbeitete, erstmals veröffentlicht wird.<sup>3</sup> Der Band wurde von einer japanischen Forschungsgruppe unter Leitung von Professor Izumi Omura von der Tohoku Universität Sendai bearbeitet. Es ist der erste MEGA-Band überhaupt, der das Ergebnis einer japanisch-russisch-deutschen Forschungskooperation ist und deshalb im Rahmen des „Deutschland-Jahres in Japan“ präsentiert wird.

Das Redaktionsmanuskript von Engels beruht auf sieben von zehn Manuskripten unterschiedlichen Umfangs aus dem Nachlaß von Marx. Das erste Manuskript entstand in der ersten Hälfte des Jahres 1865, nach weiteren zwei Teilarbeitungen schrieb Marx in der Zeit von Anfang Dezember 1868 bis Mitte 1870 eine zweite

---

1 Siehe Karl Kautsky: Vorwort zur Volksausgabe, in: Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Volksausgabe, Bd. 2, Buch 2, hrsg. von Karl Kautsky, Berlin 1926, S.XI.

2 Carl-Erich Vollgraf/Jürgen Jungnickel: „Marx in Marx' Worten?“ Zu Engels' Edition des Hauptmanuskripts zum dritten Buch des Kapital, in: MEGA-Studien 1994/2, Berlin 1995, S.3-55.

3 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweites Buch. Redaktionsmanuskript von Friedrich Engels. 1884/1885, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Zweite Abteilung, Bd. 12, Berlin 2005.

vollständige Fassung nieder. Als er sich Ende März 1877 erneut der Problematik des zweiten Buches zuwandte, stellte er zunächst Hinweise auf seine früheren Hefte zusammen, um dann 1877/1878 weitere Teilausarbeitungen für die ersten beiden Kapitel vorzunehmen. Ende 1880/Anfang 1881 arbeitete er die Textgrundlage für das dritte Kapitel aus.

Engels beschrieb den Zustand dieser Manuskriptsammlung von Marx, die er im Nachlaß vorfand, im Vorwort der ersten Auflage des zweiten Bandes folgendermaßen: „Die Hauptmasse des Materials war, wenn auch größtenteils sachlich, so doch nicht sprachlich fertig ausgearbeitet; abgefaßt in der Sprache, worin Marx seine Auszüge anzufertigen pflegte: nachlässiger Stil, familiäre, oft derbhumoristische Ausdrücke und Wendungen, englische und französische technische Bezeichnungen, oft ganze Sätze und selbst Seiten englisch; es ist Niederschrift der Gedanken in der Form, wie sie sich jedesmal im Kopf des Verfassers entwickelten. Neben einzelnen, ausführlich dargestellten Partien andre, gleich wichtige nur angedeutet; das Material illustrierender Tatsachen gesammelt, aber kaum gruppiert, geschweige verarbeitet; am Schluß der Kapitel, unter dem Drang, zum nächsten zu kommen, oft nur ein paar abgerißne Sätze als Marksteine der hier unvollendet gelaßnen Entwicklung; endlich die bekannte, dem Verfasser selbst manchmal unleserliche Handschrift.“<sup>4</sup> In Engels' Ermessen lag es nun, eine redaktionelle Bearbeitung der Texte vorzunehmen. Das vorliegende Redaktionsmanuskript ermöglicht, die Arbeitsphasen der Auswahl, Zusammenstellung, Redaktion und Korrektur vor der Veröffentlichung des zweiten Bandes im Detail zu rekonstruieren.

Engels sah seine Aufgabe darin, aus den von Marx hinterlassenen Manuskripten einen fertigen Text zu edieren. Seine Redaktion sollte sich an folgenden „Richtlinien“ messen lassen: Das Werk soll „einerseits als zusammenhängendes und möglichst abgeschloßnes Werk, andererseits aber auch als das ausschließliche Werk des Verfassers, nicht des Herausgebers“<sup>5</sup> erscheinen. Zu diesem Zweck hielt Engels es für wichtig, seine Arbeit auf „bloße Auswahl zwischen den verschiednen Redaktionen“ zu beschränken. Als Kriterium sollte dabei gelten, daß „die letzte vorhandne Redaktion unter Vergleichung der frühern“ benutzt wird. Falls er während seiner Redaktionsarbeit auf inhaltliche, nicht rein technische Schwierigkeiten gestoßen sei, schrieb Engels, habe er sie „ausschließlich im Geist des Verfassers“ gelöst.<sup>6</sup> Allerdings war damit auch ein bestimmter Ermessensspielraum verbunden, der eine Interpretation nach dem „Geist des Verfassers“ und dem „des Herausgebers“ einschloß.

Diese Aufgabe war in der Realität mit einigen Schwierigkeiten verbunden, die im Verlauf der Arbeit an dem Manuskript zu umfangreichen Eingriffen in den Text führten, z. B. Änderungen in der Struktur, Überarbeitungen und Ergänzungen einzelner Textpassagen, Anpassungen in der Terminologie usw. Diese Veränderungen

---

4 Friedrich Engels: Vorwort zur Erstausgabe, in: MEW, Bd. 24, S.7.

5 Ebenda.

6 Ebenda, S.12.

tauchen nicht nur in der ersten Hälfte des ersten Kapitels auf, die Engels selbst abschrieb, sondern ebenso in den später von ihm diktierten Textteilen. Auch änderte Engels nicht nur während des Diktierens selbst. Als sein Sekretär fungierte Oscar Eisengarten.<sup>7</sup> Der Großteil der handschriftlichen Manuskripte von Marx befand sich in einem solchen Zustand, daß Engels, um auch nur provisorisch einen kohärenten Basistext zu erhalten, jeden Abend die diktierten Teile überarbeitete. Eingriffe und Änderungen dieser Art finden sich über das gesamte Redaktionsmanuskript verteilt. Bei dieser Tätigkeit ging Engels immer vom zuletzt verfaßten Manuskript von Marx unter Hinzuziehung früherer Manuskripte aus. Wie sich nun die einzelnen Redaktionsschritte bei den drei Abschnitten vollzogen haben, wurde an anderer Stelle bereits ausführlich erörtert.<sup>8</sup>

Die redaktionelle Arbeit Engels' am zweiten Band des „Kapitals“ wird im MEGA-Band II/12 durch drei Verzeichnisse dokumentiert. Die von ihm eingeführte Strukturierung des Textes wird im „Gliederungsvergleich“ den Kapiteleinteilungen der Manuskripte von Marx gegenübergestellt. Auf diese Weise wird ein Überblick über die Gestaltung der Titel und Überschriften der einzelnen Kapitel und Unterkapitel durch Engels gegeben. Aus dem „Provenienzverzeichnis“ läßt sich ablesen, welche Textteile aus Marx' Manuskripten Engels welchen Stellen des Redaktionsmanuskripts konkret zugrunde gelegt hat. Aus dieser Übersicht geht z. B. hervor, daß die Struktur bzw. Reihenfolge der Erörterung, wie sie sich in den Originalmanuskripten von Marx findet, verschiedentlich geändert wurde. Des weiteren wird deutlich, daß Engels Kürzungen vorgenommen hat und daß der Text der einzelnen Abschnitte, Kapitel und Paragraphen eine Synthese aus verschiedenen Manuskripten darstellt. Im „Abweichungsverzeichnis“ wird konkret aufgeführt, wie Engels in die Formulierung der einzelnen Passagen eingegriffen hat, d. h. welche Sätze oder Begriffe er änderte bzw. welche Ergänzungen oder Tilgungen er vornahm. Umgekehrt läßt sich aus dieser Aufstellung auch erkennen, an welchen Stellen das Redaktionsmanuskript direkt einem der Marx-Manuskripte folgt.

Aus diesen drei speziellen Verzeichnissen sollen einige Beispiele herausgegriffen werden. Der „Gliederungsvergleich“ belegt, daß die Gliederung bzw. die Zusätze in den Überschriften vor allem im ersten und zweiten Abschnitt mit der Gliederung und den Überschriften in den von Marx nachgelassenen Manuskripten übereinstimmen. Im Hinblick auf die Anordnung der einzelnen Argumentationspunkte gibt es jedoch auch sehr augenfällige Unterschiede.

Das zweite Buch des „Kapitals“ besteht insgesamt aus drei Kapiteln (Abschnitten). Nach der Gliederung von Marx wird der Kreislaufprozeß des Kapitals in Kapitel (Abschnitt) 1, sein Umschlag in Kapitel (Abschnitt) 2 und der Reproduktionsprozeß in Kapitel (Abschnitt) 3 diskutiert. An dieser Gliederung hat Marx seit Manuskript I

---

7 Siehe Keizo Hayasaka: Oscar Eisengarten – Eine Lebensskizze. Sein Beitrag zur Redaktion von Band 2 des Kapital, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2001, Hamburg 2002, S.83-110.

8 Siehe Rolf Hecker: Engels' Umgang mit Marx' Manuskripten zum zweiten Band des „Kapital“, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 61, März 2005, Frankfurt/M, S.125-132.

konsequent festgehalten. Die Konzeption bzw. Gliederung der einzelnen Kapitel sowie die theoretischen Ideen und Begriffe, die der Erörterung zugrunde liegen, lassen sich jedoch nicht als „sachlich fertig ausgearbeitet“ bezeichnen. Aus dem „Gliederungsverzeichnis“ geht hervor, daß die Kapitel (Abschnitte) 1 und 2 in jedem Manuskript neu gegliedert wurden; auch die Kapitel-Überschriften wurden jeweils geändert, dabei steht die Formulierung der Kapitelüberschriften durch Engels mehrfach im Widerspruch zum behandelten Gegenstand. Bei Kapitel (Abschnitt) 3 hat sich Marx letzten Endes auf keine endgültige Gliederung festlegen können. So wird das Problem der „Produktionszeit“ in den Manuskripten I, IV und II jeweils an unterschiedlicher Stelle diskutiert. Hatte Marx diese Frage ursprünglich bei der Erörterung des Kreislaufsprozesses des Kapitals aufgegriffen, so stellte er sie später in die Erörterung des Umschlags des Kapitals um. Dies zeigt auch einen Erkenntnisfortschritt: Sachlich ist es richtig und geboten, die Unterscheidung zwischen Arbeitszeit und Produktionszeit erst im Kontext des Umschlags zu thematisieren und nicht schon bei der Behandlung des beziehungsweise der Kapitalkreisläufe, da diese Differenzierung nicht für alle Kapitalien in gleicher Weise gilt. Mit dieser Unterscheidung wird also ein Grund für die Verschiedenheit der Kapitalumschläge angesprochen. Es handelt sich nicht um eine Bestimmung, die dem Kreislauf des industriellen Kapitals im allgemeinen angehört.

Als ein weiteres Beispiel kann die Strukturierung des dritten Abschnitts in Kapitel und Paragraphen durch Engels hervorgehoben werden, bei der er weitgehend auf sich gestellt war. Das Manuskript VIII, das die Vorlage für den größeren Teil bildet, war von Marx begonnen worden, um Passagen, die in Manuskript II in ihrer Argumentation ungenügend entwickelt waren, zu überarbeiten und fehlende Argumentationspunkte zu ergänzen. Es ist insofern kein systematisch aufgebautes Manuskript. Auch finden sich bei einem Themenwechsel in der Regel keine Überschriften; statt dessen hat Marx einfach einen neuen Absatz gesetzt oder eine Trennlinie gezogen und die Darstellung fortgesetzt. Auch Manuskript II, das Engels zur Ergänzung des dritten Abschnitts heranzog, bot nur begrenzte Anhaltspunkte für die Strukturierung. Zwar folgt es einer festen Kapitelgliederung. Abgesehen jedoch von den Passagen, die sich mit den im dritten Abschnitt erörterten Themen und mit der Theoriegeschichte befassen (Kapitel 18 und ein Teil von Kapitel 19 sowie eine Passage aus dem Anfang von Kapitel 20 „Einfache Reproduktion“), wird die Argumentation in der zweiten Hälfte des Manuskripts allmählich weniger zusammenhängend und verliert sich ins Nebensächliche; auch hatte Marx kaum Zwischenüberschriften gesetzt. Aus diesem Grund nahm Engels im Redaktionsmanuskript die Gliederung in Kapitel und Paragraphen sowie die Überschriftengestaltung selbständig vor.

Engels gibt im Anschluß an das Vorwort zur Erstausgabe des zweiten Bandes eine Übersicht über die von ihm in den Abschnitten im einzelnen verwandten Manuskripte von Marx.<sup>9</sup> Im Redaktionsmanuskript informiert er teilweise, welches Manuskript er zugrunde gelegt hat. Seine Redaktionsarbeit bestand, wie bereits geschildert,

---

<sup>9</sup> Siehe Engels, Vorwort zur Erstausgabe, S.28.

gerade darin, die Textpassagen auszuwählen und anzuordnen. Dabei ergaben sich Textumstellungen, Einfügungen von Passagen usw. Diese Arbeitsphase wird im „Provenienzverzeichnis“ widerspiegelt, in dem das Verhältnis zwischen dem Redaktionsmanuskript und dem jeweiligen Originalmanuskript von Marx, das der redaktionellen Arbeit von Engels zugrunde lag, offengelegt wird. Es wird erkennbar, wenn Textpassagen nicht aufeinander folgen bzw. wenn sie verschiedenen Manuskripten entnommen wurden. Das fertige Redaktionsmanuskript durchbricht die Strukturierung der von Marx übernommenen Textteile an erheblichen Stellen; diese Eingriffe in die ursprüngliche Gedankenführung lassen sich an der doppelten bzw. dreifachen Paginierung der Manuskriptseiten, die sich an zahlreichen Stellen findet, ablesen. Es werden also sämtliche Textpassagen aufgelistet, die Engels aus Marx' Manuskripten tatsächlich übernommen hat. Dadurch können umgekehrt aber auch die Textpassagen festgelegt werden, die Engels *nicht* im Redaktionsmanuskript berücksichtigt hat. Insofern bietet das „Provenienzverzeichnis“ den Benutzern der MEGA gleichzeitig einen Ausgangspunkt für eingehendere Forschungen.

Eine wesentliche Arbeitsphase von Engels am Redaktionsmanuskript war davon geprägt, daß er entweder bereits während des Diktats oder während der Durchsicht der Abschrift Marx' Formulierungen veränderte, terminologische Begriffe austauschte und Übersetzungen vornahm. Insgesamt handelt es sich dabei um ca. 5.000 Textänderungen. Als Beispiele aus dem „Abweichungsverzeichnis“ möchte ich erwähnen: Engels vereinheitlichte die von Marx verwandten Begriffe Abteilung, Klasse, Zweig, Sphäre u. a. in „Abteilung“ und änderte konsequent das Kurzwort von „Produktion von Produktionsmitteln“ („Kategorie II“) in „Abteilung I“ und „Produktion von Konsumtionsmitteln“ („Kategorie I“) in „Abteilung II“ (entsprechend Marx-Manuskript VIII).

Ein Beispiel soll kurz erläutert werden, es betrifft den Terminus Zirkulationskapital, der ein Schlüsselwort des zweiten Abschnitts ist. Er faßt die zwei Kapitalformen zusammen, die das Kapital in der Zirkulationsphase annimmt (Geldkapital, Warenkapital), und bildet somit einen Gegenbegriff zu der Kapitalform, die das Kapital in der Produktionsphase hat (produktives Kapital). Dieser Begriff geht auf Engels zurück; er wird im Redaktionsmanuskript an zehn Stellen verwandt. An keiner dieser Stellen findet er sich in den entsprechenden Marx-Texten. Es stellt sich also die Frage, aus welchem Grund Engels diesen Begriff eingeführt hat. Der Terminus „circulirendes Capital“ wird in den Manuskripten von Marx in vier verschiedenen Bedeutungen verwandt. Erstens drückt er den Gesamtzirkulationsprozeß aus, das Kapital also, das in der Gesamtheit des eigentlichen Zirkulations- und Produktionsprozesses beständig seine Gestalt verändert. Zweitens findet sich der Begriff im Abschnitt über den Umschlag des Kapitals als Gegenbegriff zum fixen Kapital, das das in Arbeitsmittel verwandelte Kapital bezeichnet; „circulirendes Capital“ bedeutet hier also das in Arbeitsmaterialien, Hilfsstoffe beziehungsweise Arbeitskraft verwandelte Kapital. Drittens wird „circulirendes Capital“ als ein allgemeiner Begriff für die zwei Kapitalformen, die das Kapital im eigentlichen Zirkulationsprozeß annimmt, verwandt. Und viertens schließlich dient der Terminus als Übersetzung des engli-

schon Begriffs „circulating capital“, den die englischen Ökonomen seit Adam Smith benutzen, sowie des französischen Begriffs „avances annuelles“, der von den Physiokraten gebraucht wurde.

Engels führte den Begriff Zirkulationskapital offensichtlich ein, um Mißverständnisse zu vermeiden, die sich aus dieser mehrdeutigen Verwendung ergeben. In einer in das Redaktionsmanuskript eingefügten Passage äußert sich Engels dazu in folgender Weise. Da die beiden Kapitalformen, das Geldkapital und das Warenkapital, „die Zirkulationssphäre behausen, hat sich die Oekonomie seit A. Smith [...] verleiten lassen, sie mit dem flüssigen Theil des produktiven Kapitals unter der Kategorie: zirkulirendes Kapital, zusammenzuwerfen“.<sup>10</sup> Marx selbst trennte die einzelnen Begriffe in seiner Kritik an der seit Smith gängigen terminologischen Vermischung immer deutlich voneinander. Da er jedoch in dieser Kritik die Begriffe „das in Arbeitsmaterialien, Hilfsstoffe beziehungsweise Arbeitskraft verwandelte Kapital“ und „das in der Zirkulationssphäre behausende Kapital“ durch den gleichen Terminus „zirkulirendes Capital“ wiedergab, ist seiner Argumentation nicht immer leicht zu folgen. Engels führte den Begriff also auch ein, um den zentralen Punkt der Ökonomiekritik von Marx an Smith deutlicher hervortreten zu lassen.

Das Redaktionsmanuskript wird im MEGA-Band II/12 nicht nur über die genannten Verzeichnisse erschlossen – sondern wie in jedem MEGA-Band ebenso – über die Erläuterungen. Die rund 600 Erläuterungen in diesem Band verzeichnen nicht nur akribisch die benutzten Quellen und geben die Originalzitate wieder, sie bieten auch weitere Hinweise zu Engels' Editionstätigkeit. So werden z. B. die von Engels in Fußnoten notierten Provenienzvermerke weiter spezifiziert. Darüber hinaus gibt es Erläuterungen zu Sachzusammenhängen, die z. T. im Text verkürzt erwähnt werden. Zum Vergleich kann daran erinnert werden, daß es im MEW-Band 24 insgesamt lediglich 25 Anmerkungen zum Text gibt, darunter nur fünf, die keine direkten und indirekten Quellen bezeichnen (zu Katheder- und Staatssozialisten, Inkastaat, Manava Dharma Sastra, ex machina und Institut de France). Diese Sachverhalte werden auch im MEGA-Band II/12 erläutert, aber korrekt und ausführlicher. Hinzu kommen weitere, wie zu: amerikanischer Bürgerkrieg, Suezkanal, Bauernemanzipation, indische Gemeinwesen, Sklaven in den USA.

Folgende Sachbegriffe werden in diesem Band erstmals erläutert: Bakewell's System der Viehzucht, Puddling Verfahren, Bessemer-Prozeß, amerikanische Fabrikation von Schuhleisten, Trucksystem, Baumwollmutterfabrik der Lowell und Lawrence Mills, Messerwarenfabrik von Turner's Falls. Mit diesen Erläuterungen wird der zweite Band des „Kapitals“ mit der Wirtschaftsgeschichte verbunden, und es wird deutlich, daß Marx und Engels mit den modernsten Verfahren der Agrarproduktion und der Manufaktur- bzw. Fabrikarbeit vertraut waren. Zum Beispiel tauchen die Begriffe Trucksystem, Baumwollfabrikation und Messerwarenfabrik im 3. Abschnitt bei der Behandlung der Akkumulation und erweiterten Reproduktion auf, als Marx aus den von ihm gern benutzten britischen Parlamentsberichten zitiert, die für ihn

---

10 MEGA II/12, S.136.

am anschaulichsten die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden, respektive Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals, widerspiegeln. Herr Drummond, ein britischer Diplomat, dessen – nach Marx' Worten – „schöne Seele für die kapitalistischen Hebungversuche der Arbeiterklasse schwärmt“,<sup>11</sup> berichtet darin über Besuche in den genannten Fabriken. Beim Trucksystem handelt es sich um den unmittelbaren Tauschhandel ohne Geld, d. h. die Bezahlung der Lohnarbeiter in Naturalien (abgeleitet vom französischen „troc“). Und die Messerwarenfabrik war deshalb interessant, weil die 1834 als „Green River Works“ gegründete „John Russell Cutlery Works“ in Turners Falls in Massachusetts hochwertige Bestecke produzierten, die die europäische Besteckfabrikation in Quantität und Qualität schlagen sollte. Bereits 1870 beschäftigte das Unternehmen 400 Arbeiter in seinem neuen Fabrikgebäude mit Wasserkraftantrieb. Marx zitiert die Worte des Geschäftsführers dieses Unternehmens: „Auch in den Preisen werden wir England schlagen; wir sind ihm voraus in der Qualität schon jetzt, das ist anerkannt; aber wir müssen niedrigere Preise haben, und die bekommen wir, sowie wir unsern Stahl wohlfeiler erhalten und unsre Arbeit heruntergebracht haben. Wir müssen wohlfeilere Arbeit haben!“<sup>12</sup> Der Geschäftsführer hieß übrigens Oakman. Das heißt also, in den von Marx im zweiten Band geschilderten Beispielen, die häufig überlesen werden, verbirgt sich eine Vielzahl von sozialen und wirtschaftlichen Details, die das kapitalistische System insgesamt charakterisieren.

Die zweite Gruppe von Sachbegriffen betrifft die Auseinandersetzung mit den Auffassungen der Klassiker der politischen Ökonomie und zeitgenössischer Ökonomen über den Zirkulationsprozeß des Kapitals, die sehr ausführlich im 2. Band zitiert werden. Übrigens wird in den Erläuterungen auch darauf hingewiesen, daß der Begriff Kapitalismus im „Kapital“ ausschließlich an einer Stelle im zweiten Band Verwendung findet.

Für die Erschließung des MEGA-Bandes sind auch die Register und das Verzeichnis der Forschungsliteratur von außerordentlichem Interesse. Das Sachregister ist völlig neu im Vergleich zu bisherigen Editionen des zweiten Bandes gestaltet. Im Namensregister werden alle direkt und indirekt genannten Personen, aber auch Firmen und Unternehmen, z. B. alle erwähnten Eisenbahnunternehmen, annotiert, wobei mancher Unternehmensgeschichte nachzugehen war. Das Literaturverzeichnis gibt alle Quellen wieder; das Verzeichnis der Forschungsliteratur die bei der Kommentierung durch die Bearbeiter benutzte Sekundärliteratur. Letzteres stellt eine ausgezeichnete Übersicht über die weltweite Literatur zum zweiten Band überhaupt dar.

Ohne den Forschungen zur Beurteilung der redaktionellen Eingriffe von Engels in den Text von Marx vorgreifen zu wollen, werden in der Einführung zum MEGA-Band II/12 abschließend einige wichtige Aspekte hervorgehoben, die das Verhältnis von Autor und Herausgeber betreffen:

---

11 Ebenda, S.476.

12 Ebenda, S.477.

Erstens kann man aus der Tatsache, daß es zwischen dem Redaktionsmanuskript und den Texten von Marx Abweichungen gibt, nicht generell die Schlußfolgerung ziehen, Engels habe den von Marx verfaßten Text vorsätzlich verändern wollen. Zahlreiche Abweichungen erklären sich vielmehr lediglich als Verbesserungen von Mängeln in der Vorlage. In diesen Fällen hat Engels eindeutige Fehler des Manuskripts von Marx korrigiert oder abgekürzte Passagen ergänzt.

Zweitens ist die Unfertigkeit der Marxschen Manuskripte zu berücksichtigen. Die hier dokumentierten Unterschiede zwischen Redaktionsmanuskript und den Vorlagen von Marx belegen, daß Engels' bereits zitierte Einschätzung, wonach „die Hauptmasse des Materials“, die er vorfand, wenn auch nicht „sprachlich“, so doch aber „sachlich“, „fertig ausgearbeitet“ gewesen war, nur bedingt den Tatsachen entspricht. Vielmehr resultierte ein beträchtlicher Teil der Änderungen, die Engels vornahm, gerade daraus, daß Marx in seinen Manuskripten in vielen Fragen erst den Versuch unternommen hatte, neue Ideen zu formulieren, ohne bereits zu abschließenden Ergebnissen gelangt zu sein. Engels deutete an anderer Stelle im Vorwort der Erstauflage zum zweiten Buch im übrigen selbst an, daß nicht alle Teile sachlich fertig ausgearbeitet waren, wenn er mitteilte: „Wirkliche, d. h. andre als bloß technische Schwierigkeiten boten dabei nur der erste und dritte Abschnitt, diese aber auch nicht geringe.“<sup>13</sup> Konkret wies er darauf hin, daß die erste Hälfte des ersten Abschnitts, nämlich von Kapitel 1 bis Kapitel 4, besonders schwierig zu redigieren war und daß im dritten Abschnitt die größte Schwierigkeit darin bestand, die Darstellung aus Manuskript II mit den Verbesserungen und Erweiterungen, die Marx in Manuskript VIII vorgenommen hatte, miteinander in Einklang zu bringen.

Wenn man also bedenkt, daß die Problemdarstellungen bereits in Marx' Manuskripten solche gravierenden Änderungen erfahren haben, bleibt die Einschätzung von Engels' Veränderungen abhängig von der Frage, wie man die Entwicklungen, die bei Marx selbst angelegt sind, einschätzt und bewertet. Dies gilt insbesondere für die Bearbeitung von Kapitel 1 bis 4 in Abschnitt 1 und für Abschnitt 3, während es für die verbliebenen Kapitel 5 und 6 in Abschnitt 1 sowie für die Edition des gesamten zweiten Abschnitts nach Engels' eigener Einschätzung „keine bedeutenden theoretischen Schwierigkeiten“ gab.

Die Bearbeiter hoffen, daß der wissenschaftliche Apparat und die einführenden Hinweise es dem Leser erleichtern, diesen Fragen weiter nachzugehen. Zugleich verbinden die Bearbeiter des Bandes damit den Wunsch, von Historikern und Lesern des Jahrbuches Hinweise und Unterstützung für die Bearbeitung des MEGA-Bandes II/13 zu erhalten, der die 1885 von Engels herausgegebene Druckfassung des zweiten Bandes des „Kapitals“ enthalten wird und bereits im Frühjahr 2007 erscheinen soll. Diese Bitte ist vor allem darauf gerichtet, den Prozeß der Drucklegung des Bandes in der Leipziger Druckerei von Guido Reusche zu erhellen, die Vergabe von Widmungsexemplaren an Freunde und Bekannte von Engels weiter

---

13 Engels, Vorwort zur Erstausgabe, S.12.

aufzuklären<sup>14</sup> und die Rezeptionsgeschichte des zweiten Bandes bis zum Tod von Engels 1895 umfassend zu rekonstruieren.

14 Siehe Rolf Hecker/Larisa Miskevic: Das Kapital mit Widmungen von Marx und Engels, in: MEGA-Studien, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, 1994/1, Berlin 1994, S.107-141; Dies./Manfred Schöncke: *Das Kapital* mit Widmungen von Marx und Engels. Ergänzungen und Korrekturen, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung: Neue Folge 2002, Hamburg 2003, S.263-277.

**Christa Uhlig**  
**Reformpädagogik: Rezeption und Kritik**  
**in der Arbeiterbewegung. Quellenauswahl**  
**aus den Zeitschriften *Die Neue Zeit* (1883-1918)**  
**und *Sozialistische Monatshefte* (1895/97-1918).**

*Studien zur Bildungsreform. Bd. 46, hrsg. von Wolfgang Keim. Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a.M. 2006, ISBN 3-631-54798-6, 800 S.*

Die Quellensammlung aus den theoretischen Zeitschriften *Die Neue Zeit* und *Sozialistische Monatshefte* bietet die Möglichkeit, das reiche pädagogische Gedankengut der Arbeiterbewegung wieder in das Bildungsgedenken der Gesellschaft aufzunehmen und als eine Erkenntnisquelle humanistischer Pädagogik zu erschließen. Zeitlich kommt das wilhelminische Deutschland mit seinen schroffen Bildungswidersprüchen in den Blick. Inhaltlich steht die Haltung der Arbeiterbewegung zu den pädagogischen Reformbewegungen jener Zeit im Zentrum, mit denen sie sympathisierte und deren Grenzen ihr nicht verborgen blieben.

*Aus dem Inhalt:*

Herausbildung proletarischer Bildungsinteressen – personale Konstellationen im Umfeld der Sozialdemokratie und ihre Bedeutung für die Rezeption der Reformpädagogik – bildungstheoretische Ideen und Kontroversen in der Arbeiterbewegung – Rezeption reformpädagogischer Schriften – Diskurse über Arbeitsschule, Sozialpädagogik, Kunsterziehung, Kinder- und Jugendliteratur und Sexualerziehung – Projekte für eine Bildungsreform.

## Zur 41. Linzer Konferenz der ITH

### Kollektivbiographische Zugänge zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung

Günter Benser

Herrschte vorab einige Skepsis, ob die – anderswo mehr als hierzulande – als Proso-graphie bezeichnete kollektive Biographik als Konferenzthema ertragbringend sei, so zeigten sich am Ende der 41. Linzer Konferenz alle Teilnehmer mit deren Ergebnissen zufrieden. Seit Jean Maitron das „Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouvrier Français“ initiiert hat, dessen erster Band 1973 erschienen und das mittlerweile auf über vierzig Bände angewachsen ist, hat die biographische Forschung einen enormen Aufschwung genommen. Zu den Biographien und Autobiographien herausragender Persönlichkeiten traten Sammelwerke, in denen Auskünfte über die Lebenswege großer – mehr oder weniger festumrissener – Gruppen von Akteuren zusammengetragen wurden. Umfassende Projekte sind zur Zeit in Arbeit. Hierbei werden die imposanten Vorteile genutzt, die mit der elektronischen Datenverarbeitung nicht nur für die Erfassung, sondern auch für die Erschließung und Verarbeitung von Massendaten entstanden sind. Wurden zunächst vor allem bestimmte Funktionseliten untersucht, so richtet sich das Interesse darüber hinaus auf die Gesamtheit der Akteure bestimmter Organisationen, auf festumrissenen Aktionsfeldern oder in bestimmten Territorien. So ermittelte Daten gestatten nicht nur Einblicke in individuelle Lebenswege, aus ihnen lassen sich darüber hinaus Erkenntnisse über generations-, geschlechter-, organisations- oder gruppenspezifische Entwicklungen und Zusammenhänge gewinnen; prägende Grunderlebnisse, Grunderfahrungen und Motivationen handelnder Personen treten hervor; typische Sozialisationsprozesse können sichtbar gemacht werden. Zu Recht wurde dieser Erkenntnisgewinn als eine zusätzliche Dimension im Zugang zur Geschichte der Arbeiterbewegung bezeichnet, die geeignet ist, manche auf gedruckten und ungedruckten Quellen fußende Bewertungen der Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen in Frage zu stellen oder zumindest zu relativieren. Zugleich trug die Linzer Tagung dem Bedürfnis Rechnung, zwischen den Institutionen, die größere kollektivbiographische Projekte in Angriff genommen oder abgeschlossen haben, methodologische und praktische Erfahrungen auszutauschen.

*Bruno Groppo* (Frankreich), der die Vorbereitungsgruppe dieser Tagung geleitet hatte, verwies in seinen einleitenden Worten auf Traditionen und Wirkungen der Proso-graphie. Kollektivbiographische Forschungen entwickelten sich als Gegenstück zur makrohistorischen Geschichtsbetrachtung und verankerten die Geschichte der Arbeiterbewegung stärker in der Sozialgeschichte. Er verwies auf die neuen Mög-

lichkeiten, die aus der Öffnung der Archivs der Kommunistischen Internationale und der Parteiarchive ehemaliger Ostblockstaaten erwachsen sind, und benannte Forschungsfelder und Forschungslücken.

Die Mehrzahl der Beiträge war bereits vorliegenden oder in Arbeit befindlichen kollektivbiographischen Sammelwerken gewidmet, wobei neben Projektbeschreibungen viele inhaltliche und methodologische Aspekte sowie erste verallgemeinerungswürdige Einsichten dargeboten wurden. An das bereits erwähnte, in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnene, einem breiten Verständnis von Arbeiterbewegung verpflichtete „Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouvrier Français“ erinnerte *Claude Penmetier* (Frankreich). Mit diesem verdienstvollen Werk fand gewissermaßen das Fußvolk der Bewegung Eingang in die Historiographie, bekamen die Unbekannten ihr Gesicht. Am Beispiel der Pariser Kommunisten wurde die Aussagefähigkeit solcher prosopographischer Werke demonstriert. Penmetier mußte allerdings auch registrieren, daß das Dictionnaire zwar viel Anerkennung gefunden hat, aber nicht so, wie es wünschenswert wäre, genutzt wird.

Das „Biographische Handbuch der polnischen Arbeiterbewegung“, dessen Autoren sich mit wechselnden politischen und wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen hatten, stellte *Feliks Tych* (Polen) vor, der übrigens auch an das in der DDR erschienene „Biographische Lexikon zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ erinnerte. Das polnische Handbuch war das erste derartige Projekt in einem Land des Realsozialismus, nachdem vergleichbare Unternehmungen sowjetischer Wissenschaftler in der Stalinära abgebrochen werden mußten. Naturgemäß erwies sich als besonders brisant die Aufnahme der in der Sowjetunion ermordeten polnischen Arbeiterfunktionäre. Von den geplanten sechs Bänden sind drei (zwei davon vor 1989) erschienen, der vierte steht in Aussicht. War es früher schwierig, die Hürden der Zensur zu überwinden, so ist es heute schwierig, Autoren zu finden, die sich einem solchen Forschungsgegenstand noch verpflichtet fühlen. Gerade der Beitrag von Tych verdeutlichte, wie sehr die historische Spezifik bestimmter Länder auf deren Arbeiterbewegung und auch auf die Quellensituation einwirkt. Das polnische Handbuch erfaßt verstorbene Personen von den Vorläufern der polnischen Arbeiterbewegung bis zu den Akteuren der *Solidarność*, wozu es eines Supplementbandes bedarf.

Mit dem Projekt „Biographisches Handbuch der argentinischen Linken“ machte *Horacio Tarvas* (Argentinien) die Konferenzteilnehmer bekannt. Er begründete, warum nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern die gesamte linke Bewegung ins Blickfeld genommen wird, wobei er unter Linken die Engagierten, die Akteure für größere Gerechtigkeit und mehr Freiheit verstanden wissen wollte, darunter die Frauen, die Studenten, die Bürgerrechtler. Demgegenüber würde die Fokussierung auf Arbeiterbewegung zu einer zu starken Konzentration auf die Peronisten führen. Er sprach die Hoffnung aus, daß über nationale Projekte dereinst ein lateinamerikanisches Projekt entstehen könnte.

Wie bestimmte Aktions- beziehungsweise Organisationsfelder den Rahmen für prosopographische Forschungen und Projekte abgeben können, verdeutlichte *Patricia Toucas-Truyen* (Frankreich). Sie berichtete über das – unter Zeitdruck erarbeitete –

„Handbuch der französischen Genossenschaftsbewegung“, das kein rein biographisches Nachschlagwerk ist, aber einen hohen biographischen Anteil aufweist. Gegenstand dieses Handbuches ist die gesamte Genossenschaftsbewegung von Produktions- und Verbrauchergenossenschaften bis hin zu Handels- und Agrargenossenschaften, und zwar im gesamten, teilweise gegeneinander wirkenden gesellschaftspolitischen Spektrum. In ersten Analysen zeige sich zum Beispiel eine Differenzierung zwischen Leuten, die sich primär von idealistischen Motiven leiten ließen, und Leuten, die eher karrierebewußt handelten. Auch machte sie geltend, daß mit solchen Feldforschungen Disproportionen im großen Werk von Jean Maitron offenkundig werden. Sie berichtete auch darüber, wie unterschiedlich sich die angesprochenen Genossenschaften und deren Funktionäre gerade zum biographischen Teil dieses Genossenschafts-Handbuches verhalten haben.

Breiten Raum nahmen die nach Öffnung des Komintern-Archivs in Gang gesetzten kollektivbiographischen Arbeiten ein. Ein Projekt mit besonderer Dimension ist die in Hannover Ende der 90er Jahre in Angriff genommene, inzwischen bereits weit gediehene Datenbank mit Biographien von Komintern-Mitarbeitern, über die *Michael Buckmiller* (Deutschland) berichtete. Ausgehend von Karteien und Kaderakten der Kommunistischen Internationale wurden inzwischen Daten von ca. 28.400 Personen erfaßt, aus denen vielleicht 1.000 Doppelerwähnungen herauszurechnen sind. Etwa ein Drittel dieser Personen dürfte bisher weitgehend unbekannt gewesen sein. Buckmiller stellte die hierzu entwickelte PC-gestützte Datenmaske vor, mit der noch tieferlotend als bei vergleichbaren Unternehmen charakteristische Lebensdaten und politische Entwicklungswege erfaßt werden, wie die generelle Systematisierung erfolgt und wie analytische Untersuchungen verschiedener Kohorten ermöglicht werden. Allerdings stützen sich die Daten primär auf die Unterlagen der Komintern und verzeichnen nicht den gesamten Lebenslauf dieser Personen. Gleichwohl dürfen die aus dieser Datenmenge für die Geschichtsbetrachtung zu gewinnenden Einsichten in wesentliche Seiten und Entwicklungen der Komintern mit besonderem Interesse erwartet werden. Ergänzend und generelle Herangehensweisen am Spezialfall erläuternd, sprach *Klaus Meschkat* (Deutschland) über das biographische Handbuch lateinamerikanischer Kominternmitarbeiter, das als Teilergebnis eines russisch-deutschen Forschungsprojektes zur Erstellung eines biographischen Handbuchs der Komintern entstanden ist. Auf die „cominterniens“ französischer Sprache ging *José Gotovich* (Belgien) ein. Er verwies darauf, daß, angesichts des noch immer politisch polarisierten Umfeldes, die Archivöffnung nicht unbedingt zur Verwissenschaftlichung beigetragen habe. Auch warnte er davor, die Rolle der Apparate zu überschätzen, und mahnte zum kritischen Umgang mit allen Quellen. Die an der Universität Manchester betriebenen biographischen Forschungen zur Kommunistischen Partei Großbritanniens stellte *Kevin Morgan* (Großbritannien) vor. Er hob hervor, daß zwar die Rekrutierungskraft der britischen KP relativ schwach, ihr Einfluß dennoch zeitweise beträchtlich gewesen ist. *Bernard Pudal* (Frankreich) lenkte – von soziologischen und politologischen Fragestellungen und Erklärungsmustern ausgehend – die Aufmerksamkeit darauf, daß biographische Entwicklungen und Kaderpolitik Teile von Herrschaftspolitik (Biokratie) sind, daß es ein „politisches Kapital“ von Personen gebe,

mit dem sie Einfluß und gewissen Wohlstand erlangen, daß die Geschichte der kommunistischen Bewegung mehr mit der Geschichte der Intellektuellen als mit der Geschichte der Arbeiter zu tun habe.

Über ein bereits abgeschlossenes und veröffentlichtes Projekt, nämlich über das von ihm gemeinsam mit Andreas Herbst herausgegebene Nachschlagwerk „Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945“, konnte *Hermann Weber* (Deutschland) berichten. Die Biographien der dort erfaßten rund 1.400 Spitzenfunktionäre der KPD, von denen 222 unter der Hitler-Diktatur und 178 unter Stalins Schreckensregiment ihr Leben gewaltsam verloren, gestatten wesentliche Aussagen über Zusammensetzung und Spezifik dieser Funktionselite wie über die Wandlungen des deutschen Kommunismus überhaupt.

Die sich um diese Vorträge rankenden Diskussionen beziehungsweise die an die Referenten gerichteten Fragen ließen erkennen, daß auch in einer so zentralisierten und disziplinierten Organisation wie der Komintern die Unterschiede von Land zu Land und von Periode zu Periode erheblich sind. Die kollektivbiographischen Forschungen haben ergeben – und das dürfte für das Verständnis der Geschichte einzelner kommunistischer Parteien wie der kommunistischen Weltbewegung insgesamt von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein –, daß keine andere ausländische Partei auch nur annähernd so von Stalinschen Säuberungen und Repressionen betroffen war wie die polnische und die deutsche KP. In verschiedenen Zusammenhängen wurde die Frage erörtert, inwieweit von den Apparaten, für die ein permanenter Austausch des Führungspersonals typisch war, auf die kommunistische Bewegung im Ganzen geschlossen werden darf, ob die Charakteristik des oberen und mittleren Funktionärskörpers gleichermaßen auf die Parteibasis zutrifft.

Begrenzteren, aber auch überwiegend im kommunistischen Spektrum angesiedelten Themen wandten sich einige Beiträge zu, die im Tagungsprogramm als Kurzinterventionen ausgewiesen sind. *Claudie Weill* (Frankreich) äußerte sich zu Biographien jüdischer Sozialisten im Russischen Reich. Sie wies nach, daß die Juden unter den Menschewiki mindestens so stark vertreten waren wie unter den Bolschewiki. Dabei betonte sie, daß sich auch die meisten dieser Funktionäre ihre jüdische Identität bewahrt und Traditionen des Judentums gepflegt hätten, was allerdings differenziert zu beurteilen sei. Insoweit unter Judentum auch Bindungen an die jüdische Religion verstanden wurden, blieb diese These nicht unwidersprochen.

Überzeugend demonstrierte *Ottokar Luban* (Deutschland) den Wert kollektivbiographischer Untersuchungen, indem er Führung und Helferkreis der Spartakusgruppe analysierte. Mit seinen, auch auf Auswertung von Polizeiakten gestützten, Erhebungen zum Helferkreis des Spartakusbundes konnte er nachweisen, daß die verbreitete Vorstellung, hier seien vor allem jugendliche Kräfte am Werke gewesen, unzutreffend ist. Dieser Kreis setzte sich vorwiegend aus langjährigen, in Organisationen der Arbeiterbewegung verankerten, vielfach auch Funktionen ausübenden Personen zusammen.

Auf vergleichbare Weise skizzierte *Ulla Plener* (Deutschland) – gestützt auf ihre Publikation zu diesem Thema – das politische und soziale Profil der aus Deutschland stammenden, in der französischen Résistance aktiven Frauen. Deren Lebenswege

weisen – zumindest überwiegend – manche Gemeinsamkeiten auf: Sie waren alle nach Herkunft oder politischem Engagement mit der Arbeiterbewegung verbunden, gehörten aber nicht zu deren Kadern. Gleichwohl handelten sie aus antifaschistischer Überzeugung mutig und entschlossen, unter Einsatz ihres Lebens. Die von einigen Tagungsteilnehmern daraufhin angestoßene Debatte über den Sinn der Opfer kommunistischen Widerstands wirkte da deplaziert.

Diesen überwiegend der Geschichte der kommunistischen Bewegung zuzuordnenden prosopographischen Projekten und Studien standen nur wenige Beiträge gegenüber, deren Untersuchungsfeld die sozialdemokratische Bewegung war. *Klaus Tenfelde* (Deutschland) befaßte sich mit Generationen in der deutschen Sozialdemokratie, den ausgebrochenen, aber auch den aus historischen Gründen unterbliebenen Generationskonflikten. Dabei maß er tradierten Erinnerungen (an das Sozialistengesetz, an Erfahrungen mit Nazidiktatur, Krieg und Exil – wieso eigentlich nicht auch an die Novemberrevolution?) prägende Bedeutung bei. *Jürgen Mittag* (Deutschland), der seinen Beitrag mit bedenkenswerten methodologischen Erwägungen einleitete, sprach über wissenschaftliche Erträge des von Wilhelm Heinz Schröder herausgegebenen Handbuchs, in dem 2.427 Lebensläufe sozialdemokratischer Landtagsparlamentarier und Reichstagsabgeordneter aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik enthalten sind. Sie bieten unter anderem ein Datenmaterial, auf dessen Basis die strittige Frage nach der Bürokratisierung der Arbeiterbewegung und der Rolle der „Arbeiterbeamten“ fundierter diskutiert werden kann.

Die starke Hinwendung der Konferenz zu Lebenswegen von Akteuren der Arbeiterbewegung, zu Funktionsrprofilen und zur personellen Zusammensetzung von Apparaten der – vorwiegend kommunistischen – Bewegung hat mit Sicherheit viel mit dem nunmehr fast uneingeschränkten Archivzugang zu tun. Sie belegt aber auch, wohin in den letzten Jahren das Forschungsinteresse gelenkt worden ist und wohin die Forschungsmittel geflossen sind (oder umgekehrt). Es wäre nämlich durchaus von Interesse und für das Geschichtsverständnis ergiebig, wenn auch Wege und Wandlungen der Sozialdemokratie von der reformistischen Arbeiterpartei über die Volkspartei hin zu New Labour und deren Ablegern in anderen Ländern – zum Beispiel zur deutschen sozialdemokratischen Kanzlerwahlpartei – mit den Methoden der Prosopographie untersucht würden. Denn es würde sich gewiß zeigen, daß auch hier ein Zusammenhang zwischen dem Verschwinden sozialer Milieus, dem sich wandelnden Typ des Parteiangestellten, der Zusammensetzung der Funktionsebenen und dem programmatischen, politischen, sozialen und organisatorischen Profil dieser Parteien existiert, daß sich deren Entscheidungen und deren Agieren bis hin zu ihrem politischen Stil in der Mediengesellschaft in Wechselwirkung mit kollektivbiographischen Prozessen vollziehen.

Eine Frage, die so manche Konferenzteilnehmer immer wieder bewegte und die mit verschiedenen Bezügen wiederholt zur Sprache kam, betraf die Rolle des Individuums, das Gefahr läuft, bei der Erfassung und Systematisierung von Massendaten unterzugehen. Dies betrifft sowohl die Rolle herausragender Persönlichkeiten oder Führer wie auch das Unverwechselbare jedes einzelnen Akteurs. Wie individuelle Biographien, Autobiographien und kollektivbiographische Untersuchungen ineinan-

dergreifen wurde in Linz höchstens andeutungsweise diskutiert. Und es wird die große Kunst der Geschichtsschreibung bleiben, aus sozialökonomischen Entwicklungen, umwälzenden, aber auch alltäglichen Ereignissen, aus sozialen und politischen Kämpfen und deren Widerspiegelung in Ideologie und Kultur, aus dem Handeln von vielen Akteure und dem Vorwärtsdrängen charismatischer Persönlichkeiten ein historisches Gemälde erstehen zu lassen, zu dem die Prosopographie nur eine Farbe beisteuern kann, aber auch unbedingt beisteuern sollte.

Es lag nahe, daß auf der Tagung auch die Forderung nach Schaffung eines Netzwerkes laut wurde, um die vielfältigen gegenwärtig laufenden Projekte zu vernetzen, mit den bereits veröffentlichten Ergebnissen kollektivbiographischer Forschungen zu verbinden und Erfahrungen auszutauschen. Allerdings haben die Bearbeiter von biographischen Datenbanken längst ihre spezifischen Programme entwickelt oder entwickeln lassen, die so ohne weiteres wohl nicht zu verknüpfen sein werden. Eine annotierende internationale Bibliographie biographischer Handbücher und prosopographischer Untersuchungen und eine Auflistung existierender Datenbanken mit Adressen und Verweisen auf Zugänge wäre sicher auch schon sehr hilfreich.

Die der Tagung vorausgegangene Generalversammlung der ITH bestätigte die Berichte der Geschäftsführerin, des Kassierers und des Revisors. Dr. Berthold Unfried von der Universität Wien wurde zum neuen Präsidenten und Mag. Eva Himmelstoß zur neuen Geschäftsführerin der ITH gewählt. Eine Zukunftskommission soll über die Perspektive der ITH nachdenken und entsprechende Vorschläge vorlegen. Die nächste, vom 14. bis 17. September 2006 tagende, Linzer Konferenz wird sich mit dem – noch zu präzisierenden – Thema „Arbeiter und Rechtsextremismus“ befassen. Als Koordinator dieser Konferenz wurde Prof. Dr. Jürgen Hofmann ([prof.juergen.hofmann@gmx.de](mailto:prof.juergen.hofmann@gmx.de)) bestätigt, der Anregungen und Angebote für Konferenzbeiträge gern entgegennehmen wird.

Die 41. Linzer Konferenz gedachte ihres verstorbenen langjährigen Mitstreiters Felix Kreissler. Sie nutzte die Gelegenheit, um die Lebensleistung von Susanne Miller zu würdigen, die unlängst ihren 90. Geburtstag feiern durfte.

# Ein biographisches Lexikon der argentinischen Linken\*

Horacio Tarcus

Wenn ich mein Projekt eines „Biographischen Lexikons der argentinischen Linken“ erwähne – ob nun auf einem Historikerkongreß, in einer Zeitschriftenredaktion oder bei einer politischen Diskussion – stellen mir meine erstaunten Zuhörer immer wieder folgende Fragen: ein Biographisches Lexikon der argentinischen Linken? Weshalb? Zu welchem Zweck? Nach welcher Methode? Mit wem? Für wen? Über welchen Zeitraum? Andere fragen mich sogar, wie ich das Adjektiv „argentinisch“ definiere. Schließlich handele es sich doch um ein Land von Ein- und Auswanderern. Oder man fragt, wie ich den Begriff „Linke“ verstehe. Immerhin wird die Arbeiterbewegung in Argentinien seit über einem halben Jahrhundert nicht von der Linken, sondern von einer national-populistischen Bewegung, dem Peronismus, geführt. Man fragt mich, ob ich deshalb ein „Biographisches Lexikon der argentinischen Linken“ und kein Lexikon der argentinischen Arbeiterbewegung herausgeben will, wie es z. B. Robert Paris vorgeschlagen hat. Ich will versuchen, auf all diese Fragen kurz und doch gründlich zu antworten.

## *Weshalb ein Biographisches Lexikon der argentinischen Linken?*

Zuallererst, weil Argentinien – wie alle anderen Länder Lateinamerikas – über kein solches Nachschlagewerk verfügt, obwohl die unteren Klassen und die Linken in ihrer Geschichte stets beträchtliches Gewicht besaßen.

Dabei kann die kurze Geschichte meines Landes nicht verstanden werden, wenn man nicht darauf hinweist, daß sich die Arbeiterklasse hier frühzeitig aus Kreisen der Migranten gebildet hat, daß das heftige, kulturfeindliche Agieren der Anarchisten in engen Zirkeln eine große Rolle gespielt hat, daß die Sozialdemokratie als erste in unserem Lande umfangreiche politische, gewerkschaftliche und gesetzgeberische Aktivitäten ausgelöst hat. Die Geschichte Argentiniens ist ebenfalls nicht zu verstehen, wenn man die Universitätsreform nicht erwähnt, die sich durch die große Bewegung der lateinamerikanischen Studenten seit 1918 über den ganzen Kontinent ausbreitete, wenn man nicht auf den Kampf und die organisatorische Tätigkeit von Gewerkschaftern und Kommunisten eingeht, wenn man das entscheidende Gewicht der Linken in den antifaschistischen Fronten der 30er und 40er Jahre übersieht, wenn man nicht auf die Literaturzeitschriften, die unabhängigen Theatergruppen und avantgardistischen Gruppen bildender Künstler oder darauf hinweist, daß die Psychiater unseres Landes sich schon frühzeitig der Psychoanalyse anschlossen.

Selbst die Bewegung des Peronismus bleibt unverständlich, wenn man nicht bedenkt, daß Mitte der 40er Jahre große Massen von Arbeitern gewerkschaftlicher und

---

\* Bearbeitetes Referat, gehalten auf der 41. Linzer Konferenz der ITH.

sozialistischer Herkunft zu ihr stießen. Um die schwindelerregenden 60er und die erste Hälfte der 70er Jahre zu begreifen, muß man sehen, daß sich damals eine neue Arbeiterklasse herausbildete, die sich in dem Labyrinth zwischen radikalisiertem Peronismus und Klassenbewußtsein zu orientieren suchte, von der Radikalisierung der Mittelschichten, die die traditionelle Linke verließen und zu den bewaffneten Gruppen der „neuen Linken“ überliefen, ganz zu schweigen...

Wenn also die argentinische Geschichte nicht zu verstehen ist, ohne an all diese Prozesse, Organisationen und Institutionen zu denken, die die Linke geprägt und aktiviert haben, warum weiß man über sie dann so wenig? Haben denn nur zwei Dutzend Männer und Frauen all die Genossenschaften, Gewerkschaften, Arbeiterparteien, Wahlrechtsinitiativen und Frauenzentren, Studentenverbände, Bibliotheken und Arbeiteruniversitäten gegründet?

Man weiß so wenig über all diese Menschen, weil die traditionelle argentinische Geschichtsschreibung, die in solchen Institutionen wie der Nationalen Geschichtsakademie gepflegt wird, ein nationales Gedächtnis „von oben“ für eine Elite der großen Männer geprägt hat, wonach die Nation durch den Staat quasi aus dem Boden gestampft wurde. Vielleicht auf wesentlich exklusivere Weise, als es bei den Ende des 19. Jahrhunderts in Europa oder den USA entstandenen Nationalgeschichten der Fall war, wurde die Geschichte Argentiniens als der Werdegang eines Staates für die Militärs, die Geschäftsleute, die Grundbesitzer, Priester, Advokaten und Politiker geschrieben. Selbst wenn berühmte Immigranten – Ingenieure, Wissenschaftler, Ärzte, Künstler oder Lehrer, die sich am Projekt der elitären Oligarchie beteiligten – Eingang in das Pantheon der großen Männer gefunden haben, so kommen sie in den biographischen Lexika Argentiniens kaum vor. Nur einzelne bekannte Sozialistenführer, die auf der obersten parlamentarischen Ebene agierten, wie Alfredo Palacios und Juan B. Justo, sind hier aufgenommen worden. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Aufnahme ins Pantheon der großen Männer Argentiniens stets mit einer Entpolitisierung der Lebensläufe dieser Menschen verbunden war. Meist enthält ein solches Lexikon kaum ein halbes Dutzend Biographien. In einem der vollständigsten und aktuellsten, dem „*Neuvo Diccionario biográfico argentino*“ von Vicente Cuttolo, sind in insgesamt sieben Bänden ganze 33 Biographien anarchistischen bzw. sozialistischen Parlamentariern oder Autoren gewidmet. Das gleiche trifft auch auf thematische biographische Lexika zu.<sup>1</sup>

---

1 So finden sich z. B. im „*Diccionario biográfico del campo argentino*“ von Jorge Newton (Buenos Aires 1972) etwa 2.500 Lebensläufe ausschließlich von Großgrundbesitzern und ländlichen Politikern. Nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Führer der sozialen Kämpfe auf dem Dorfe werden absolut ausgespart. Auch das „*Diccionario biográfico de mujeres argentinas*“ von Lily Sosa de Newton (1972, 1980) enthält über 1.000 Artikel, fast ausschließlich über „hochwohlgeborene“ Dichterinnen und Wohltäterinnen. Da ist es schon ein Fortschritt, daß die 3. Ausgabe (Buenos Aires 1986) bei insgesamt etwa 1.800 Artikeln ca. 20 Biographien von Vertretern der Anarchisten und Sozialisten aufweist, deren politische Zugehörigkeit allerdings meist verschwiegen wird. Und ein letztes Beispiel: Wenn ein unbedarfter Leser die italienische Einwanderung in Argentinien nach dem „*Diccionario Biográfico Italo-Argentino*“ von Dionisio Petriella und Sara Sosa Miatello (Buenos Aires 1976) studiert, dann kommt er zu dem Schluß, daß von 1880 bis 1910 nicht Millionen italienischer Arbeiter und Bauern in unser Land einwanderten, die

In den 30er Jahren kam es zu einer starken nationalistischen Reaktion auf die liberale Historiographie, die „historischer Revisionismus“ genannt wurde. Für diese Schule war die Geschichte entweder die Durchsetzung der Freiheit gegen die Tyrannei oder des Staatsvolkes gegen die antinationalen Kräfte (die „Oligarchie“ und den „Imperialismus“). Dieses Geschichtskonzept blieb an die Ideen der großen Männer (von Juan Manuel de Rosas bis zu Juan D. Perón) gebunden, die angeblich, gestützt auf die Volksmassen, die Nation geschmiedet hätten und von der oligarchischen Elite, die angeblich das Antinationale („die Handelsinteressen“) verkörperte, zurückgewiesen wurden. Zugleich zeigten sich einige Strömungen dieses „Revisionismus“ aufgeschlossener für die Interessen der Volksmassen. In den „Montoneras“, den Guerillas des 19. Jahrhunderts, sahen sie die „Descamisados“, die peronistischen Lumpenproletarier. Dabei gaben sie der Arbeiterbewegung den Vorzug gegenüber den vorperonistischen Linken, die sie für antinational hielten, wobei sie besonders deren ausländische Herkunft betonten.

Andererseits haben die Professionalisierung und Erneuerung der argentinischen Geschichtsschreibung sowie die Ausweitung ihres Horizonts durch die nachfolgende Entwicklung der Sozial-, Geistes- und Ideengeschichte seit den 50er Jahren ein bedeutsames Anwachsen der Kenntnisse über die Geschichte der unteren Klassen sowie deren politische und kulturelle Praxis mit sich gebracht. Professionelle Historiker und Soziologen, ausgestattet mit exakteren Methoden und neuen Fragestellungen, lösten Amateurchistoriker und Memoirenschreiber ab. Als gerechtfertigte Reaktion auf die Historiographie der „großen Männer“ haben diese neuen Strömungen, die unter dem Einfluß der Annales-Schule stehen, sich vor allem durch die Untersuchung großer sozialer, politischer und kultureller Prozesse zum Nachteil der Biographie – sowohl des Individuums als auch des Kollektivs – Legitimation verschafft.

Als die europäische Historiographie und Soziologie die „Rückkehr zum Akteur“, wie Alain Touraine es nannte, proklamierten, kam das in Argentinien zu einer Zeit an, da das Interesse der Wissenschaftler an der Arbeiterbewegung leider schon wieder im Abklingen begriffen war.<sup>2</sup> In den vergangenen 20 Jahren hat sich diese Sicht stark durchgesetzt, was eine Rückkehr des Biographischen, des Subjektiven, der persönlichen Erfahrung und des kollektiven Gedächtnisses auslöste. Das beeinflusste das Gedenken an die Arbeiterbewegung zwar wenig, begünstigte aber das Aufkommen von Augenzeugenberichten und der professionellen Geschichtsschreibung in den 60er und 70er Jahren.

Keine dieser historiographischen Strömungen hat jedoch das Projekt eines Lexikons der argentinischen Arbeiterbewegung oder der Linken hervorgebracht. Das einzige bedeutsame Vorhaben dieser Art in Europa ist bisher jenes, das Robert Paris 1978

---

Analphabeten, Bauleute, Anarchisten, Anhänger von Mazzini oder Garibaldi waren, sondern höchstens einige hundert liberale Ingenieure, Unternehmer oder Opernsänger.

<sup>2</sup> Eine Darstellung des Forschungsdefizits zur argentinischen Arbeiterbewegung seit 1980 siehe bei Jorge Cernadas/Roberto Pittaluga/Horacio Tarcus: Para una historia de la izquierda en la Argentina. Reflexiones preliminares, in: El Rodaballo (Buenos Aires) 1997, Nr. 6/7, S.28-38.

als Biographisches Lexikon der Arbeiterbewegungen Lateinamerikas ins Auge faßte. Dieses scheiterte aber bereits wenige Jahre nach seinem Start.<sup>3</sup>

Obwohl also die Linken in der argentinischen Geschichte ein unbestreitbar großes Gewicht haben, sind die Lebensläufe ihrer Akteure verstreut auf Tausende Einzelerwähnungen in den Werken von Amateuren und professionellen Historikern, in Zeitschriften und anderen Periodika, in Erinnerungen von Arbeitern, in den Akten von Parteien und Gewerkschaften, in zahllosen Fotos, Filmen und Aufnahmen sowie im lebendigen Gedächtnis ihrer Nachkommen (so unsicher dieses auch sein mag) und derer, die ihre Sache fortsetzen. Warum also ein Biographisches Lexikon der argentinischen Linken?

Ich denke, die Antwort auf diese Frage muß in zwei Dimensionen gegeben werden. Die erste bezieht sich auf die historischen Tatsachen, die zweite auf das Gedächtnis im Sinne der Vermittlung von Erfahrungen.

Im Jahre 1964 eröffnete Jean Maitron den ersten Band seines „Biographischen Lexikons der französischen Arbeiterbewegung“ mit dem Satz: „Die Idee, ein solches Lexikon auszuarbeiten, kam mir 1955, als ich mehrere Briefe von Historikern erhielt, die mich um genauere Angaben zu Personen der französischen Arbeiterbewegung baten. Ich hatte große Mühe, solche Angaben zu machen. Das ging damals jedem so, denn weder in Frankreich noch im Ausland gab es etwas, das dabei geholfen hätte.“<sup>4</sup> Zu dem, was gegenwärtig in meinem Lande abläuft, könnte ich Ähnliches sagen: Viele argentinische oder ausländische Kollegen suchen häufig bei mir Einzelheiten über Persönlichkeiten der argentinischen Arbeiterbewegung zu erfahren.<sup>5</sup>

Diese vielen Anfragen von Kollegen aus den verschiedensten Bereichen – der Sozialgeschichte, der Politikgeschichte, der Geistesgeschichte, der Kunstgeschichte, der Kultursozio­logie, der Soziologie der Institutionen usw., dazu meine eigene Arbeit als Historiker der Linken – all das hat mir die Schwierigkeiten vor Augen geführt, die wir zu überwinden haben, wenn wir die argentinische Arbeiterbewegung ernsthaft erforschen wollen. Wir haben keinerlei Kenntnis vom Leben und politischen Werdegang der wichtigsten Akteure, zumindest der Widerstandsbewegungen, der Gewerkschaften oder der Arbeiterzentren. Es ist auch schwierig, solche bedeutsamen politischen Bewegungen wie Anarchismus, Sozialismus, Syndikalismus, Kommunismus, Trotzkismus, revolutionären Peronismus, Maoismus oder den lokalen Gueva-

---

3 Eine kritische Bilanz dieses Projekts siehe Robert Paris: Les dictionnaires d'Amérique Latine: entre mouvement ouvrier et classes subalternes, in: Matériaux pour l'histoire de notre temps (Paris) Volume 34, 1994, Nr. 34, S.36-38.

4 Jean Maitron (Hrsg.): Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français, Bd. 1, Paris 1964, S.11.

5 1983 hat Robert Paris über die Gruppe von Historikern, die am „Biographischen Lexikon der argentinischen Arbeiterbewegung“ beteiligt sind, um meine Mitarbeit bei einem halben Dutzend Biographien von Vertretern des argentinischen Trotzkismus gebeten. Das war meine erste Annäherung an die Welt der Lexika der Arbeiterbewegung und zugleich der erste Anstoß, mich mit diesem Thema zu befassen. 15 Jahre später bat mich Pierre Broué um Mitarbeit an den Biographien lateinamerikanischer Kommunisten, die er seiner „Geschichte der Kommunistischen Internationale, 1919-1943“, als Anlage beifügen wollte. („Nicht zu vergessen die wertvolle Hilfe von Horacio Tarcus für den Bereich Lateinamerika“ Pierre Broué: Histoire de l' Internationale Communiste 1919-1943, Paris 1997, S.597).

rismus (nach Che Guevara) richtig zu bewerten, ohne sie durch das Prisma der Erfahrungen ihrer Akteure zu betrachten.

Diese Frage haben die Herausgeber des Werkes „La Part des militants“ („Der Teil der Kämpfenden“) bereits im Vorwort gestellt: „Der Arbeiterbewegung fehlt es nicht an Männern und Frauen. Kann man ihre Geschichte betrachten, ohne in den Regionen, den Städten und Dörfern, an den Arbeits-, Wohn- und Kampforten Untersuchungen anzustellen? Wie sollen wir die Geschichte von Denkströmungen und Organisationen ermitteln, ohne zu wissen, wer die Ideen verbreitet, wer Parteien und Gewerkschaften gegründet hat? Wie können wir einen Parteitag analysieren, ohne die Erlebnisse der Delegierten zu berücksichtigen? Wie sollen wir einen Streik untersuchen, ohne zu wissen, wer seine Initiatoren waren? Das Handeln der Menschen mit seinen nationalen und regionalen Unterschieden, mit seinem Rhythmus, mit der Abfolge der Generationen, mit Leidenschaften und Enttäuschungen – all das muß im Zentrum der historischen Analyse stehen.“<sup>6</sup>

Angesichts dieser Nachfragen meiner Kollegen und der Schwierigkeiten, sie exakt zu beantworten, schien es mir an der Zeit, alle vorhandenen Informationen über die Erfahrungen von Persönlichkeiten der Linken meines Landes in einem ersten Band zu systematisieren und zu ordnen, den ich „Biographisches Lexikon der argentinischen Linken“ genannt habe. Der Sinn des Lexikons bestand für mich darin, die große Geschichte der Linken und der sozialen Bewegungen Argentiniens zu erfassen, in Frage zu stellen, zu bereichern und auszuarbeiten, indem ich die Dimension des Handelns des einzelnen, der Bedingungen und Umstände, der Handlungsstränge von Personen und Gruppen in all ihrem Reichtum, ihrer Vielfalt und Komplexität wiederherstellte.

Neben dieser wissenschaftlichen Dimension, ein Nachschlagewerk für eine kritische Geschichte der Linken und Arbeiterbewegung Argentiniens zu sein, sollte das Lexikon, wie es Michelle Perrot unter Hinweis auf Pierre Nora formuliert hat, auch ein Ort des Erinnerns sein, wo Erfahrungen wiedergewonnen und vermittelt werden, die sonst vergessen, verloren oder bestritten werden könnten. Das kann aber nur gelingen, wenn man sich bei der Arbeit bewußt ist, daß ein großes Erbe gefährdet ist. Bereits in seinem Vorwort zum „Biographischen Lexikon der französischen Arbeiterbewegung“ (DBMOF) hat Maitron erklärt, die Begeisterung und das Feuer der Forscher, sich einer so schwierigen Aufgabe zu widmen, sei von dem Wunsch angefaßt worden, das Leben derer an die Öffentlichkeit zu bringen, die bisher der unbekannte Sauerteig der Geschichte waren, dafür zu sorgen, daß, wie Jean Jaurès es einmal formuliert hat, „die gewaltige Vielzahl dieser Menschen endlich ins Licht tritt“.<sup>7</sup>

Während die Arbeiterbewegung, nach dem Fall der Berliner Mauer zunehmend erschöpft, mehr und mehr zerfällt – das gilt nicht nur für die kommunistische Bewegung, sondern für alle ideologischen Formationen, die das 20. Jahrhundert geprägt

---

6 Michel Dreyfus/Claude Pennetier/Nathalie Viet-Depaule (Hrsg.): *La Part des militants*, Paris 1996, S.13.

7 Maitron, *Dictionnaire biographique* 1964, Bd. I, S.14.

haben – wächst das Erfordernis, die Erfahrungen der Akteure dieser Bewegungen zu erhalten und weiterzugeben. Die Vorstellung, daß ihre Sache geradlinig fortgesetzt wird, ist eine Illusion. Jede neue Generation von Kämpfern muß sich selbst im Spiegel ihrer Vorgänger und der Erfahrungen der Vergangenheit prüfen, um eine eigene Identität zu gewinnen, in der die Traditionen aufgehoben sind. (Hier kommen wir zum Problem Arbeiterbewegung und Linke.)

Gegenstand des „Biographischen Lexikons der argentinischen Linken“ sind die Erfahrungen aus dem Leben der Akteure mehrerer Generationen. Warum also definieren wir die Linken als Gegenstand des Lexikons, da doch alle Vorbilder, die in den letzten 30 Jahren in europäischen Ländern erschienen, Lexika der Arbeiterbewegung sind?

Das liegt daran, daß diese Lexika über ihren erklärten Gegenstand hinausgehen. Als Maitron den letzten Teil seines „Biographischen Lexikons der französischen Arbeiterbewegung“ präsentierte, hat er es selbst als „Lexikon der Aktivisten“ definiert.<sup>8</sup> Wir haben die breite Definition des Untersuchungsgegenstandes von Maitron übernommen – Männer und Frauen (körperlich Arbeitende oder Intellektuelle, Aktivisten oder Theoretiker) in einer Aktion (wichtig oder nicht, kurz- oder langfristig, Reformen oder Revolution), die nach mehr sozialer Gerechtigkeit und Freiheit streben. Der Begriff „Linke“ bezeichnet exakter als der Begriff „Arbeiterbewegung“ die Breite des zu erfassenden Personenkreises und läßt mehr Raum, um viele Arten sozialen und politischen Engagements einzubeziehen.

Zum anderen fußt diese Entscheidung auf den Besonderheiten der sozialen Bewegungen Argentiniens, möglicherweise ganz Lateinamerikas. Als ich mich entschlossen habe, die Linken, besser gesagt die Erfahrungen linker Aktivisten, ins Zentrum dieses Werkes zu stellen, habe ich damit, ohne das zentrale Gewicht der Arbeiterbewegung in den sozialen und politischen Kämpfen Argentiniens seit Ende des 19. Jahrhunderts und im ganzen 20. Jahrhundert mißachten zu wollen, versucht, die Spezifik anderer sozialer Bewegungen wie der Studenten-, Frauen- oder Menschenrechtsbewegung ebenfalls zu berücksichtigen. Die sozialen und politischen Kämpfe dieser Bewegungen hatten ihre eigene Logik, die sie entweder näher an die Arbeiterbewegung heran- oder weiter von ihr fortführte. So war z. B. die „Einheit von Arbeitern und Studenten“ in der Geschichte Argentiniens während des ganzen 20. Jahrhunderts eher ein Wunschtraum der Avantgarden beider Bewegungen, der sich unter den jeweiligen konkreten Umständen kaum erfüllte. An einzelnen Punkten der

---

8 „Ich muß beim ‚Biographischen Lexikon der französischen Arbeiterbewegung‘ noch einmal auf den Titel des Werkes zurückkommen. Zuweilen hat man es ‚Lexikon der Aktivisten‘ genannt, und ich bin gar nicht gegen eine solche Simplifizierung. Schließlich handelt es sich um ein Lexikon, in dem das Leben engagierter Männer und Frauen in dem Maße dargestellt ist, wie die Quellen erlauben, es von der Wiege bis zur Bahre zu verfolgen. Das ist allerdings die Ausnahme. Ich möchte hier noch einmal auf den Begriff ‚Arbeiter‘ zurückkommen, den ich immer in dem sehr breiten Sinne des Arbeiters der Hand oder des Geistes, der Aktion oder der Theorie, gelegentlich auch des Bauern, verstanden habe, der eine Aktion ausführt, ob nun wichtig oder nicht, ob kurz- oder langfristig, um durch Reformen oder Revolution oder durch beides den Menschen mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Freiheit zu bringen.“ Maitron, *Dictionnaire biographique* 1964, Bd. 1, S.14. Bei Les Éditions de l’Atelier/Les Éditions Ouvrières ist 1997 auch eine Ausgabe auf CD-Rom erschienen.

Geschichte, z. B. in den Mai-Tagen des Jahres 1969, die als der „Cordobazo“ in die Geschichte eingegangen sind, haben die Volksmassen in den Straßen von Cordoba, Rosario und Buenos Aires den gemeinsamen Aufstand der Studenten und Arbeiter gegen die Militärdiktatur des Generals Onganía unterstützt. Aber man darf nicht vergessen, daß die Arbeiter- und die Studentenbewegung während der ersten beiden Amtszeiten von Peron als Regierungschef beträchtlichen Abstand voneinander hielten. Und selbst in Zeiten gemeinsamer Aktionen wie beim „Cordobazo“ müssen die Art und Weise des politischen Agierens, die Organisationsmodelle, die Methoden der Mobilisierung und schließlich auch die Erfahrungen beider in ihrer ganzen Eigenheit und unverkürzt untersucht und wiedergegeben werden. Gleiches gilt auch für das Verhältnis zwischen der argentinischen Arbeiter- und Frauenbewegung.

Wie Claude Penneret bemerkt, „verdient das Thema Identifizierung oder Differenzierung [von Arbeiterbewegung und sozialistischer Bewegung – H.T.] anhand der verschiedenen nationalen Situationen und Etappen durchdekliniert zu werden“. Zugleich stellt er aber auch die Frage: „Welchen Vorteil hätte es aber, die Biographien einzelner Menschen [nach diesem Grundsatz – d. Ü.] auseinanderzureißen?“<sup>9</sup> Im Falle Argentiniens wurde der Bruch nicht durch die historische Sicht, sondern durch den Geschichtsprozeß selbst verursacht. In unserem Fall hätte die Entscheidung für ein Lexikon der Arbeiterbewegung – zumindest, was die Zeit nach 1945 betrifft – bedeutet, einen großen Teil des Werkes Biographien peronistischer Aktivisten zu widmen und viele linke Persönlichkeiten wegzulassen. Es hätte auch bedeutet, die Kämpfe der Frauen- und Studentenbewegung, die oft ein gespanntes, mittelmäßiges oder gar kein Verhältnis zur organisierten Arbeiterbewegung hatten, zu vernachlässigen.

Andererseits liegen die Vorteile eines „Biographischen Lexikons der argentinischen Linken“ auf der Hand. Unter diesem Titel konnte ich nicht nur die führenden Vertreter der Frauen- oder Studentenbewegung, sondern auch den Teil der Arbeiterklasse in das Lexikon aufnehmen, der sich klar mit dem Peronismus identifizierte, ohne seine linke Identität aufzugeben. So enthält das Lexikon über 50 Artikel zu Arbeitern und politischen Aktivisten, die dem „volksrevolutionären Nationalismus“ oder dem „revolutionären Peronismus“ zugeschlagen werden müssen, sowie zu mehr als zehn Personen, die sich als „nationale Linke“ definieren.<sup>10</sup> Die peronistische Bewegung verdiente im übrigen ein eigenes Lexikon.<sup>11</sup>

9 Claude Penneret: *Le Dictionnaire Biographique du mouvement ouvrier français entre passé et avenir*, in: Dreyfus/Penneret/Viet-Depaule, *La part*, S.331-351, hier S.341.

10 In diesem Sinne bleibt der sehr fesselnde Fall des italienischen Einwanderers und Eisenbahners Alfredo Corazzi, den Robert Paris anführt, um den Rahmen seines Lexikons zu markieren, außerhalb unserer Betrachtung. Im Unterschied zu uns meint Paris: „Wenn Corazzi auch an keinen Aktionen beteiligt war, führte er ein beispielhaftes Leben und war insbesondere als ‚Gründerfigur‘ in der Geschichte und in der Legende der argentinischen Eisenbahner so wichtig, daß er einen Platz im ‚Biographischen Lexikon der argentinischen Arbeiterbewegung‘ erhalten mußte“. (Paris, *Les dictionnaires*, S.38.)

11 Vor kurzem hat Norberto Galasso, einer der letzten Söhne des „historischen Revisionismus“, eine Kollektivbiographie unter dem Titel „Los malditos. Hombres y mujeres excluidos de la historia oficial de los argentinos“ (Buenos Aires 2005) herausgegeben. Bei den 250 Artikeln handelt es sich im wesentlichen um Personen des Nationalismus und des Peronismus. Was Anarchisten, Sozialisten, Kommunisten,

*Das Problem der Repräsentation*

Um nach dem Vorbild von Maitrons „Lexikon“ ein ganzes kämpferisches Volk auferstehen zu lassen, um die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Linken in ihrem ganzen Reichtum und in ihrer ganzen Vielfalt darzustellen, muß man ohne Zweifel „bis in die Gemeinden, die Wohnviertel und Betriebe hinabsteigen, weil man ansonsten nur schwache Spuren der politischen Kämpfe erfassen würde“.<sup>12</sup> Ich habe keinerlei Zweifel, daß das historische Gewicht der Lebensläufe der argentinischen Aktivisten ein umfassendes Lexikon verdient, wie es das monumentale „Biographische Lexikon der französischen Arbeiterbewegung“ von Jean Maitron darstellt oder wie es Robert Paris bereits vor 30 Jahren für ganz Lateinamerika vorgehabt hat. Angesichts der Schwierigkeiten, letzteres zu realisieren, glaubte ich, daß es nützlich wäre, mit der Erarbeitung und Herausgabe nationaler Lexika der Linken und/oder der Arbeiterbewegung nach dem Vorbild der Lexika der Arbeiterbewegung Österreichs oder Deutschlands zu beginnen. Die ersten nationalen Lexika in Lateinamerika konnten wegen der ständigen Migration über Ländergrenzen, der gegenseitigen Beeinflussung der einzelnen Staaten und der Bewegungen, die sich auf den ganzen Kontinent auswirkten (z. B. die erste Universitätsreform, der lateinamerikanische Kommunismus oder Che Guevaras Guerilla-Projekt), nur in enger Zusammenarbeit von Forschern verschiedener Länder erarbeitet werden. So müßte man letztlich auch an das Projekt eines Lexikons für ganz Lateinamerika herangehen. Verschiedene Forscher in Lateinamerika haben diese Initiative mit großem Interesse aufgenommen. Ich kann hier ankündigen, daß das Projekt eines „Biographischen Lexikons der Arbeiterbewegung Perus“ bereits weit fortgeschritten ist.

Im folgenden möchte ich nun über mein „Biographisches Lexikon der argentinischen Linken“ sprechen, das in Kürze erscheinen wird. Mit diesem Projekt habe ich mir vorgenommen, Namen, Lebensläufe und Werk Hunderter Persönlichkeiten aufzuschreiben und systematisch darzustellen. Sie gehören einem breiten sozialen, politischen und ideologischen Spektrum an: Utopisten, Anarchisten, Sozialisten, Kommunisten, Trotzlisten sowie Vertreter der sogenannten neuen Linken (Maoisten, linke Peronisten, Guevaristen u. a.), dazu Suffragetten [Kämpferinnen für das Wahlrecht der Frauen – d. Ü.], Feministinnen, Universitätsreformer, Intellektuelle und Künstler, die sich mit ihrem Leben und Werk in den sozialen Kämpfen engagiert haben.

Für die erste Version habe ich mich auf über 500 Biographien konzentriert. Der Zeitraum beginnt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert mit Utopisten und Vorläufern von Anarchismus und Sozialismus, schließt die Aktionen der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ein und endet mit dem Militärputsch von 1976. Bei der Auswahl war ich bemüht, ausgewogen darzustellen:

---

Trotzlisten oder Guevaristen betrifft, so fehlen sie entweder völlig oder sind nur jeweils mit zwei oder drei Personen pro Bewegung vertreten.

<sup>12</sup> Dreyfus/Pennetier/Viet-Depaule, *La Part*, S.9.

- die verschiedenen politischen Strömungen: 40 Vorläufer, 120 Anarchisten, 100 Sozialisten, zehn Vertreter der Strömung der „Syndikalisten“, 100 Kommunisten, 40 Trotzkisten und 120 Vertreter der neuen Linken (so zwölf Maoisten, 30 Guevaristen und 60 linke Peronisten);
- die verschiedenen Regionen unseres Landes mit ihrem politischen System und ihren wirtschaftlichen Besonderheiten (wobei der Stadt Buenos Aires zweifellos das entscheidende politische Gewicht zukommt);
- die verschiedenen Bereiche – Politik, Gewerkschaften, Genossenschaften, Geistesleben, Kunst, Feminismus, Universitäten;
- die Beteiligung von Männern und Frauen. Dabei war es schwierig, den Anteil der Frauen am politischen Leben Argentiniens zu ermitteln, denn die Quellen – das hat bereits Michelle Perrot festgestellt – „schweigen sich im wesentlichen darüber aus“.<sup>13</sup> Die bisher aufgenommenen Biografien von Frauen (8 Prozent der Gesamtzahl) verteilen sich folgendermaßen: sieben Anarchistinnen, darunter eine syndikalistische Strömung, elf Sozialistinnen, sieben Kommunistinnen, vier Trotzkistinnen, vier Guevaristinnen, vier linke Peronistinnen, zwei mit den Linken zusammengehende Intellektuelle und eine unabhängige Suffragette;
- die verschiedenen Generationen politischer Aktivisten, für die ich folgende Periodisierung benutze:
  - (a) die Generation der Vorläufer, die zwischen 1870 und 1880 aktiv waren;
  - (b) die Generation der Anarchisten und Sozialisten der Gründerzeit: 1890-1917;
  - (c) die Generation der Universitätsreform und der Herausbildung des Kommunismus: 1917-1930;
  - (d) die Generation des Antifaschismus und der Entstehung des Trotzkismus: 1930-1945;
  - (e) die Generation des Peronismus: 1940-1960;
  - (f) die Generation der „neuen Linken“: 1960-1976.

### *Zum Aufbau der einzelnen Artikel*

Nach dem Vorbild der europäischen Lexika der Arbeiterbewegung besteht jeder Artikel – soweit Informationen vorliegen – aus 13 Teilen: 1. Name und Vorname; 2. Spitznamen, Pseudonyme, Kampfnamen; 3. Geburtsort und -datum, Sterbeort und -datum; Staatsbürgerschaft und ihr Wechsel; 4. Familienhintergrund; 5. gesellschaftliche und berufliche Stellung; 6. in welchen Organisationen und Gremien aktiv, politischer Lebenslauf (Zugehörigkeit zu Gruppen oder Parteien, politische Funktionen, Beteiligung an internen politischen Strömungen); 7. Reisen von historisch-politischer Bedeutung; 8. Verfolgungen, Gefängnisaufenthalt oder Exil; 9. Posten in staatlichen oder gesellschaftlichen Einrichtungen; 10. hinterlassene Schriften in Büchern, Broschüren oder Zeitschriften; 11. schriftliche oder mündliche Quellen als Grundlage des Artikels; 12. ein Foto.

Dazu sind über 2.000 Querverweise von einem Artikel zum anderen enthalten, womit demonstriert werden soll, daß es sich nicht einfach um eine Kompilation der Biogra-

---

<sup>13</sup> Michelle Perrot: *Le Dictionnaire comme ‚lieu de mémoire‘*, in: ebenda, S.15.

phien einzelner Personen handelt, sondern vielmehr um eine Art kollektiver Biographie.

Bestimmte Lexika, die bemüht sind, präzise Informationen über das Leben einer Person zu vermitteln, tun das in einem eher lakonischen Stil, der jede Biographie auf eine Art technischen Personalbogen reduziert, in dem Aktionen und Funktionen festgehalten sind. Ich habe mich bemüht, die Informationen, ob sie nun mager oder üppig waren, im erzählenden Stil wiederzugeben, sozusagen „in eine Handlung zu setzen“ (Riccœur), um auch den dramatischen Aspekt des Lebens der jeweiligen Person zu erfassen. Das Problem, wie man ein Kämpferleben wiedergeben soll, das sich nicht in tote Klischees und gerade Linien pressen läßt, wie es Michel Verret formuliert hat,<sup>14</sup> ist ein Thema, das ich hier nicht weiter ausführen kann. Dabei ist natürlich darauf zu achten, daß weder eine Lobeshymne noch eine Schmähschrift daraus wird.

### *Zu den Quellen*

Ein großes Hindernis für das Erstellen von Biographien ist der Zugang zu den Quellen. In öffentlichen Bibliotheken und Archiven Argentiniens findet sich nur wenig Material über Personen der Arbeiterbewegung und der Linken, da diese nicht als Teil des nationalen Erbes anerkannt sind. In den Archiven des Staates, die nach dessen juristisch-repressiver Logik aufgebaut sind, findet man nur Dokumente über Anarchisten, Kommunisten oder Guevaristen, wenn sie als „terroristische“ oder „subversive“ „Straftäter“ mit der Justiz in Berührung gekommen sind.

Die brutale Unterdrückung durch den Staat und durch para-staatliche Kräfte sowie die zahlreichen Militärdiktaturen haben nicht nur im Lande Verwüstungen angerichtet, Tausende in den sozialen Kämpfen engagierte Männer und Frauen ins Gefängnis geworfen oder umgebracht. Sie haben auch mehrfach die Bibliothek des sozialistischen anarchistischen Zentrums sowie zahlreiche Privatbibliotheken von Persönlichkeiten als Kriegsbeute genommen. Besonders die letzte Militärdiktatur (1976-1983) hat nicht nur Tausende Aktivisten das Leben gekostet, die man einfach verschwinden ließ, sondern auch versucht, alle Zeugnisse von deren Tätigkeit zu beseitigen – Bücher, Zeitschriften, Plakate u. a. Diese Unterdrückungsmaßnahmen, die auch Journalisten, Verleger und Bibliothekare betrafen, sind klar und eindeutig dokumentiert.<sup>15</sup>

Gesellschaftliche Organisationen und linke Parteien haben ihrerseits nur in sehr wenigen Fällen ihre Bibliotheken und Archive für die Nachwelt erhalten können. Das Archiv der Gewerkschaftszentrale CGT hat nur Akten zur Arbeiterbewegung vor dem Peronismus in seinem Bestand.

Um an dieser Situation etwas zu ändern, habe ich mit einer Gruppe von Kollegen 1997 ein Zentrum zur Dokumentation und Erforschung der Kultur der Linken in Argentinien (Centro de Documentación e Investigación de la Cultura de Izquierdas en la Argentina, CeDIInCI) gegründet, das in Buenos Aires seinen Sitz hat. Es hat in den letzten Jahren Zehntausende Bücher und Periodika, wichtige Aktenbestände

14 Siehe Michel Verret: *Biographies, militances, dictionnaires*, in: ebenda, S.25f.

15 Siehe Hernán Invernizzi/Judith Gociol: *Un golpe a los libros. Represión a la cultura durante la última dictadura militar*, Buenos Aires 2002.

von politischen Aktivisten Argentiniens, politische Plakate, Fotografien u. a. sicherstellen können. Ohne die Tätigkeit dieses Zentrums wäre die Erarbeitung meines Lexikons unmöglich gewesen.

Zwar ist das CeDInCI nun der Ort, an dem das Lexikon erarbeitet wird, wo Beratungen und Konsultationen stattfinden, aber meine Mitarbeiter und ich selbst versuchen natürlich, alle verfügbaren Quellen einzubeziehen. Jeder Forscher, der einen Artikel verfaßt, hat die Aufgabe, die im CeDInCI vorhandene Dokumentation durch Quellen aus anderen Archiven, ob nun öffentlich oder privat, sowie durch Gespräche mit Betroffenen oder deren Nachkommen zu ergänzen.

Zunächst haben wir natürlich die entsprechende Literatur durchgeforstet – Geschichtswerke zur Arbeiterbewegung (sowohl von politischen Aktivisten als auch von professionellen Historikern), Werke zur allgemeinen Geschichte, Untersuchungen großer Streikbewegungen und anderer historischer Ereignisse, Biographien und Memoiren politischer Aktivisten. Leider wird das letztere Genre in Argentinien wenig gepflegt, weil ein politischer Aktivist kaum über sich selbst und sein Leben spricht, denn immer spielt auch die persönliche Sicherheit eine Rolle. Politische Arbeit unter Bedingungen der Illegalität oder der Unterdrückung bringt es mit sich, daß der Betroffene seine Identität auf verschiedene Weise verbergen muß. Daher ist die Zahl der Pseudonyme sehr groß (in einzelnen Fällen mehr als zehn). So fehlen in Arbeiten zur Geschichte von Organisationen zuweilen die Klarnamen, insbesondere wenn es sich um soziale und politische Aktivisten der Gegenwart handelt.

Eine weitere wertvolle Quelle sind Zeitungen und Zeitschriften von Gewerkschaften und politischen Parteien, ebenso Briefe und andere Papiere politischer Aktivisten, die wir im CeDInCI sammeln konnten.

Auch das Archiv der Komintern, das in unserem Lande seit 1997 zugänglich ist, stellt, soweit es sich auf die Kommunistische Partei Argentiniens bezieht, eine unschätzbare Informationsquelle dar.<sup>16</sup>

Eine weitere wichtige Informationsquelle sind die Polizeiarchive. In Argentinien sind diese, wenn man sie überhaupt identifiziert hat, sehr schwer zugänglich. Dort ist inzwischen begriffen worden, daß sie zusätzliche Beweise für die Rolle liefern können, die die Sicherheitskräfte bei illegalen Unterdrückungsaktionen gespielt haben. Allerdings konnten einige Archive der Unterdrückung, wie das der politischen Polizei der Provinz Buenos Aires (DIPBA), kürzlich für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Durch die Öffnung weiterer Polizeiarchive könnte mehr Wissen über die Lebensläufe politischer Aktivisten an die Öffentlichkeit kommen. In der Zwischenzeit sind Bücher und Broschüren mit antikommunistischem und „antisubversivem“ Inhalt, die von den Sicherheitskräften offiziell oder offiziös verbreitet wurden und Polizeiberichte über „Agenten und öffentliche Ruhestörer“ enthalten, für uns von großem Nutzen. Hier gilt, was Pennetier mit Befriedigung festgestellt hat: „Polizeiberichte,

---

16 Siehe Horacio Tarcus (Hrsg.): Dossier „La Internacional Roja en la Argentina. Los archivos secretos del comunismo“, in: Clarín. Segunda Sección, 31.8.1997.

Vergeltungsdrohungen und in einigen Situationen Morddrohungen bieten einem politischen Aktivist\*innen zuweilen die Chance zum Überleben.<sup>417</sup>

Schließlich stellen auch die Lexika zur europäischen Arbeiterbewegung wertvolle Quellen dar, mit denen das argentinische Lexikon unbedingt in einen Dialog treten muß. In einem Land mit so starker Einwanderung wie Argentinien ist es nichts Besonderes, daß es viele Aktivist\*innen mit denen in den Lexika Frankreichs, Deutschlands, Italiens oder Spaniens gemeinsam hat. So habe ich z. B. von Maitron profitieren können, was die Biographien nach Argentinien ausgewanderter Aktivist\*innen der Pariser Kommune wie Achille Cambier, Mika und Hipólito Etchebéhère und Raymond Molinier betrifft. Etwa 30 Lebensläufe habe ich in dem „Esbozo de una enciclopedia del anarquismo español“ (Madrid 2001) von Miguel Iñiguez gefunden. Ebenfalls sehr nützlich waren mir die in der letzten Zeit erschienenen Werke wie das in Spanisch erschienene biographische Wörterbuch zur Kommunistischen Internationale und Lateinamerika von Peter Huber, Lazar und Victor Jéfets (Chejfec), das biographische Lexikon zur italienischen Arbeiterbewegung von Franco Andreucci und Tommaso Detti sowie das biographische Lexikon der Arbeiterbewegung Kataloniens von Martínez De Sas und Pelai Pagès. Ich habe diese Lexika natürlich nicht einfach kopieren wollen, sondern die Lebensläufe der betreffenden Personen durch eigene Quellen angereichert und zum Teil beträchtlich weiterentwickeln können. Ich hoffe, daß auch die europäischen Lexika bei künftigen Ausgaben davon profitieren können.

Es ist möglich und wünschenswert, daß weitere Archive, die geöffnet werden, uns ihre Geheimnisse preisgeben. Der Zugang von Forschern zu weiteren Akten wird es uns ermöglichen, die bereits vorhandenen Biographien weiter anzureichern, in Nuancen zu verändern oder zu korrigieren.

### *Arbeitsetappen*

Das Projekt eines „Biographischen Lexikons der argentinischen Linken“ war seit vielen Jahren in meinem Kopf. Solange ich dafür weder Zeit noch die notwendigen Ressourcen hatte, habe ich eine große Masse von Quellen und biographischen Informationen gesammelt – zunächst in Aktenmappen und seit 1995 in meinem Computer. Eine Spende der Guggenheim-Stiftung vom September 2003 hat es möglich gemacht, daß ich mich seit zwei Jahren diesem Projekt mit voller Kraft widmen kann.

Bisher ist die Erarbeitung in folgenden Etappen vor sich gegangen: Als erstes hatte ich einen Fragespiegel für die einzelnen Artikel zu bearbeiten. Zweitens habe ich anhand einer ersten Liste von etwa 5.000 Namen von argentinischen oder ausländischen Aktivist\*innen, die in Argentinien aktiv geworden sind, mehrere Jahre lang Quellenstudium getrieben und Gespräche geführt. Den Anfang bildete eine erste Gruppe von 500 Aktivist\*innen, die nach den genannten Kriterien erfaßt wurden. Drittens habe ich mit meiner Forschungsassistentin, der Geschichtswissenschaftlerin Laura Ehrlich, bibliographische und archivische Recherchen angestellt. Wir sind biographische Angaben in zugänglichen Werken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der einzelnen Strömungen der Linken, zu den sozialen Kämpfen, Memoiren und Biographien von Akti-

---

17 Penner, Dictionnaire Biographique, S.334.

visten durchgegangen. Wir haben ihre Spuren in Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen verfolgt. Wir haben die Teilnahme solcher Aktivisten an Kongressen von Parteien und Gewerkschaften, ihre politischen Besuche und Reisen, Aufenthalte im Gefängnis und im Exil, ihre Teilnahme an Wahlkämpfen, ihre Erwähnung in Konferenzmaterialien, politischen Debatten sowie in Todesanzeigen untersucht. Wo es in den Biographien wichtiger Personen Lücken gab, habe ich sie durch Gespräche mit deren Kampfgefährten oder Nachkommen zu füllen versucht.

Diese Arbeit und die Beschäftigung mit den Quellen hat es uns ermöglicht, die genannte Zahl von 500 Personen auf neue Weise einzuschätzen, einige von ihnen auszuheben und andere, bisher nicht vorgesehene aufzunehmen. Mit Unterstützung des Geschichtsprofessors Pablo Abritta ist es uns gelungen, über 700 Fotografien aus verschiedensten Quellen, zumeist von Nachkommen der betreffenden Personen, zu sammeln.

Viertens habe ich neben meiner eigenen Recherche Spezialisten eine bestimmte Zahl von Biographien abgefordert. Ein Projekt dieser Art kann nur in kollektiver Arbeit gelingen. Insgesamt konnte ich über 15 Historiker der Arbeiterbewegung oder der Sozialgeschichte einbeziehen, die ihr Wissen und ihre Methodologie eingebracht haben. Schließlich haben wir uns auf ein mehr oder weniger einheitliches Vorgehen geeinigt. Als die Aufträge für die einzelnen Artikel verteilt waren, hatte ich diese kollektive Arbeit zu kontrollieren, als permanenter Konsultant zu wirken und schließlich die einzelnen Arbeiten in eine übereinstimmende Form zu bringen. Da die Zahl derer, die sich mit Forschungen zu den unteren Klassen und den Linken beschäftigen, relativ gering ist, habe ich einen großen Teil der Artikel selbst erarbeiten müssen. Die Verfasser aller Biographien sind namentlich ausgewiesen. Wo keine anderen Verfasser angegeben werden, stammen sie aus meiner Feder.

Fünftens folgte die Etappe der Endredaktion. Hier ging es darum, eine simple Aufzählung der Fakten zu vermeiden und statt dessen wohlüberlegte Biographien zu liefern. Das „Biographische Lexikon der argentinischen Linken“ ist gegenwärtig zu etwa 80 Prozent erarbeitet und wird im Mai 2006 in dem argentinischen Verlag Editeur Planete als großformatiger Band von etwa 700 Seiten erscheinen.

Aus dem Französischen übersetzt von Helmut Ettinger

# Biographisches

## Liu Shaoqi – Tragödie eines Revolutionärs

Theodor Bergmann

### *Der Lebensweg*

„Der chinesische Chruschtschow, der China auf den Weg des Kapitalismus zurückführen will, oberster Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht.“

„Der oberste Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht, träumte auch nach der Befreiung Tag und Nacht von der kapitalistischen Restauration, hielt hartnäckig an der bürgerlichen Weltanschauung fest, sehnte sich über alles nach dem bürgerlichen Reformismus, ließ nichts unversucht, um die chinesische Revolution auf halbem Wege abzubrechen und energisch den Kapitalismus zu entwickeln.“<sup>1</sup>

Diese Unperson, der Chinese ohne eigenen Namen, war Liu Shaoqi.

Er wurde 1898 im Dorf Yinshan, Provinz Hunan, als jüngstes von neun Kindern geboren. Der Vater war Volksschullehrer und ließ den Jungen die Schule besuchen. Mit 18 Jahren ging Liu Shaoqi in die Provinzhauptstadt Changsha, in das „Erste Lehrerseminar“, das auch Mao Zedong von 1913–1918 besuchte. Ob sie sich dort begegneten, ist unbekannt. 1918 begann er Französisch zu lernen, weil er in Frankreich – damals Sammelplatz asiatischer Revolutionäre, die den Marxismus und die europäische Arbeiterbewegung kennenlernen wollten, – ein Werkstudium plante.

1920 wurde Liu Shaoqi Mitglied der Sozialistischen Jugendliga in Shanghai, lernte etwas Russisch und wurde zu einem Studium an der Moskauer Universität der Werktätigen des Ostens eingeladen. In Moskau trat er 1921 der gerade in Shanghai gegründeten Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) bei. Nach einem halben Jahr kehrte er wegen der Sprachschwierigkeiten nach Shanghai zurück.

Im Frühjahr 1922 wurde er Sekretär für Shanghai des chinesischen Gewerkschaftsbundes. Danach half er Li Lisan bei der Organisation von Streiks und Arbeiterklubs in der Provinz Hunan. Im dortigen Parteikomitee traf er Mao. Liu Shaoqi bereitete den 2. Allchinesischen Gewerkschaftskongreß 1925 vor, der ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Bundes wählte. Nach Flucht, Haft und Freilassung nahm er am 3. (illegalen) Gewerkschaftskongreß 1926 in Guangzhou teil und wurde zum Vorsitzenden gewählt. Er ging nach Wuchang und Hankou, wo er antibritische Demonstrationen organisierte, die den Abzug Großbritanniens aus der

---

1 Tji Ben-yü: Patriotismus oder Landesverrat? Kommentar zu dem reaktionären Film „Die geheime Hofgeschichte der Tjing-Dynasti, in: Peking Rundschau, 1967, Jg. 4, H. 15, S.5-9, hier S.4; H. 16, S.8-16, hier S.14.

Konzession in Hankou bewirkten. Im April 1927 wurde Liu Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes.

Die KPCh wurde nach den verlustreichen Niederlagen in Kanton und Shanghai erneut verboten; Mao ging zu den Bauern, Liu blieb in den Städten. Fünf Jahre – bis 1932 – arbeitete er illegal für die Kommunistische Partei und für die Gewerkschaften in Nordchina, der Mandschurei und Shanghai. Seit 1931 war er Mitglied des Politbüros, seit 1943 Sekretär des ZK. Er galt neben Mao als wichtigster Theoretiker der Partei. Er blieb ZK-Mitglied – auch nach der Linkswendung 1931, bis 1967, formal bis 1968. 1927 begann die strategische Wende der KPCh – zu den Bauern und zum Langen Marsch. Liu arbeitete illegal, war weiterhin Chef der Gewerkschaften und nahm bis 1935 am Langen Marsch teil. 1935, in Zunyi, wurde Mao Parteivorsitzender, vermutlich von Liu unterstützt. Liu kehrte in die Städte zurück, arbeitete im japanisch besetzten Gebiet. 1936 war er von Januar bis September in Yan'an, hielt Vorlesungen über Marxismus, die als Buch „Über die Selbstschulung des kommunistischen Parteimitglieds“ zum Klassiker wurden. 1937 war er wieder in Yan'an und nahm im Herbst 1938 an der zentralen Arbeit teil. Lui übernahm politische und militärische Aufgaben, baute als politischer Kommissar die 4. Armee neu auf und verfaßte weitere theoretische Schriften.

Ab 1943 bildeten Mao Zedong, Zhu De, Zhou Enlai, Liu Shaoqi und Ren Bishi die Parteiführung. Etwa bis zum 8. Parteitag 1956 blieb Lui zweiter Mann in der Parteiführung und vertrat gelegentlich den Vorsitzenden Mao. 1956 wurde Deng Xiaoping sein Nachfolger in dieser Funktion.

1947/48 mußte das ZK wegen einer letzten Offensive der Guomindang Yan'an verlassen. Im Januar 1949 eroberten die Roten Armeen Beijing, am 1. Oktober verkündeten sie ihren endgültigen Sieg und die Gründung der Volksrepublik China (VRCh). Liu wurde eine führende Persönlichkeit in Staat und Partei, befaßte sich mit Agrarpolitik, mit der Ausarbeitung der Verfassung, verhandelte mit der Sowjetunion. Maos Großer Sprung nach vorn (ca. 1956-1958) – ökonomisch eine Katastrophe und technologisch ein Unsinn – führte zu Maos „freiwilligem Rücktritt“ etwa 1958. Liu wurde Staatspräsident und de facto Parteivorsitzender. Die Fehler des Großen Sprungs wurden korrigiert. 1964 eroberte Mao mit Hilfe von Lin Biao in der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ erneut die Führung. Liu Shaoqi kam ins Staatsgefängnis, mußte Selbstkritik üben und zwei Geständnisse ablegen.

In seiner ersten Selbstkritik am 23. Oktober 1966 auf einer zentralen Arbeitskonferenz führender Parteimitglieder sagte Liu: „Die Fehler, die ich beging, waren keineswegs zufällig. In meiner Vergangenheit habe ich prinzipielle Fehler und Fehler im Hinblick auf die Parteilinie begangen. Es handelt sich dabei um folgende Fehler: [...]“. „Dann vergaß ich das ganze Theoriegebäude, auf das sich die Partei im Klassenkampf der vergangenen Jahrzehnte bezogen hatte. Hier lag die Ursache meines Fehlers, ‚dem Schein nach links‘, im wesentlichen aber ‚rechts‘ zu sein [...] Ideolo-

gisch konnte ich meine bürgerliche Weltanschauung nicht völlig verändern [...] Deshalb schwankte ich in meiner Haltung.“<sup>42</sup>

In seiner zweiten Selbstkritik (8. Juli 1967) hieß es: „Im Hinblick auf meine irrigen Vorstellungen über Führung und Anleitung sowie deren schlechten Einfluß in der frühen Phase der Großen Proletarischen Kulturrevolution bitte ich die Genossen, diese zu entlarven und zu kritisieren [...] Lang lebe der große Lehrer, große Führer, große Oberkommandierende und große Steuermann, Vorsitzender Mao! Ein langes, langes Leben für ihn!“<sup>43</sup>

Seine Selbstkritik genügte den Verfolgern nicht. Sie verschärften ihre Anklagen: „Liu Shaoqi handelte als versteckter Kollaborateur, Arbeitverräter und Handlanger des Imperialismus, Jiang Jieshi [= Tschiang Kaishek – T. B.] und Wang Jingwei. Er widmete sich antikommunistischen Aktivitäten gegen das Volk. Seine Hände sind mit dem Blut revolutionärer Genossen befleckt. Aus diesem Grund sind seine Verbrechen unverzeihlich!“<sup>44</sup>

Auch Lius Frau und seine vier Kinder kamen ins Gefängnis. Er selbst starb wegen untersagter Arztbehandlung 1969 im Gefängnis; seine Witwe Wang Guangmei wurde 1974 von Zhou Enlai befreit. Nach dem Tod Maos 1976 und dem nachfolgenden Interregnum kehrte Deng Xiaoping 1978 in die führenden Positionen zurück. 1981 wurde Liu Shaoqi offiziell rehabilitiert. Es fand eine Trauerfeier der KP Chinas für ihn statt.

#### *Zum Inhalt des „Liuismus“*

Man kann zweifelsohne von einer politischen Linie Liu Shaoqi sprechen, die sich wesentlich von Maos Strategie und Taktik unterschied, wenn auch keineswegs von einem geschlossenen philosophischen System.

In der Agrarpolitik, für die Liu das durchaus ‚reformistische‘ Agrarreformgesetz entworfen hatte, wollte er die Mittelbauern gewinnen, die den Kleinbauern mit ihrem Pflug und manchen weiteren Produktionsmitteln helfen sollten. Bei der Zusammenfassung zu Genossenschaften war Liu für ein langsames Vorgehen – im Gleichschritt mit dem Zufluß moderner Produktionsmittel und durch die Überzeugung der Bauern vom Nutzen der Kollektivierung. Anfänglich sollte der Beitrag des Agrarsektors zur Entwicklung der Infrastruktur und zur Industrialisierung gering sein und nur langsam gesteigert werden. Diese Strategie entsprach den Vorstellungen von Engels sowie denen von Nikolai Bucharin und Edvard Kardelj. Eine übermäßige Beschleunigung des Strukturwandels war aus dieser Sicht für die Entwicklung hinderlich, weil sie die Menschen, deren eigene Anstrengungen unerlässlich waren, überforderte und demotivierte.

Der Pragmatiker Liu, der die dörfliche Realität bestens kannte, war dafür, zuerst die Produktivkräfte zu entwickeln, die dann die Veränderungen der Produktionsverhält-

2 Zit. nach: Theodor Bergmann/Ulrich Menzel/Ursula Menzel-Finker (Hrsg.): Liu Shaoqi: Ausgewählte Schriften und Materialien in 2 Bänden, Stuttgart 1982, Bd. II, S.242-247, hier S.247.

3 Ebenda, S. 267-275, hier S.274 f.

4 Bericht einer „zur Untersuchung dieses Falles eingesetzten Sondergruppe“ beim ZK, der Lin Biao und Jiang Qing angehörten, abgegeben im Oktober 1968, in: ebenda, S.283-290, hier S.283, 287.

nisse befördern würden. Mao dagegen – ein ungeduldiger Voluntarist – glaubte, neue Produktionsverhältnisse allein würden schon die Produktion und die Produktivität steigern.

In der Außenpolitik wollte Liu Shaoqi das Bündnis mit der Sowjetunion bewahren, denn neben allem anderen versprach es militärischen Schutz und technische Aufbauhilfe. Mao dagegen war nicht nur mißtrauisch, sondern auch empört über die „Eigenmächtigkeit“ von Nikita S. Chrusčev, weil dieser 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Entstalinisierung öffentlich eingeleitet hatte, ohne sich zuvor mit Mao zu beraten. 1957 gab Chrusčev formal die führende Rolle der Sowjetunion und der KPdSU auf und sprach von der Unabhängigkeit und Eigeninitiative aller Bruderparteien.

Mao und Lin Biao versuchten nun, die Führung „aller Proletarier und unterdrückten Völker“ zu übernehmen – ein ahistorisches Projekt, das unter anderem zur Gründung rivalisierender kommunistischer Parteien führte und bald scheiterte.

Maos Konfrontation mit der Sowjetunion hatte katastrophale Folgen: Es kam zum Streit um den Schutz der VRCh vor einer nuklearen Bedrohung durch die USA, zur Beschimpfung der Sowjetunion als imperialistisch, zum Abbruch der Parteibeziehungen und der sowjetischen Aufbauhilfe, zum Kleinkrieg an der Grenze am Ussuri, zur Behinderung der sowjetischen Militärhilfe für Vietnam. Erst 1989, kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, nahm die VRCh endlich eines der vielen Verständigungsangebote der Sowjetunion an.

In der Erkenntnistheorie vertrat Liu eine völlig andere Position als Mao. Er meinte, jeder – also auch der Mensch, der weder Bauern- noch Arbeitersohn ist, – könne ein guter Kommunist werden. Selbstschulung, theoretische Erkenntnis seien möglich (und erwünscht). Mao dagegen nannte die Intellektuellen „stinkende Kategorie Nummer 9“ und meinte, manuelle, physische Arbeit sei die beste Voraussetzung für das richtige proletarische Bewußtsein.

Liu Shaoqi begann während seiner Zeit als KP-Vorsitzender mit einer gewissen Demokratisierung der Partei. Es gab in der KPCh immer den „Kampf der zwei Linien“; aber erst Ende der 50er Jahre begann Mao mit seinen Freunden, die notwendige Debatte über den besten Weg zu verbieten. Liu dagegen meinte, der innerparteiliche Kampf gegen ständig vorhandene Differenzen und Widersprüche solle bei allen ehrlichen Kämpfern Klarheit in prinzipiellen Fragen mit geschmeidigen Kampfmethoden und solchen des geduldigen Überzeugens verbinden. In einer Vortragsreihe lehnte Liu alle Übertreibungen in Form, Methoden und Inhalten der Debatten in der Partei ab. Bei der Kritik seien auch die kleinsten positiven Leistungen und Verdienste des kritisierten Parteimitglieds zu erwähnen. „Kampfsitzungen“ solle es nicht mehr geben. Wer kritisiert oder mit Parteistrafen belegt wird, sollte Gelegenheit zur Berufung erhalten, für die genaue Regeln angegeben wurden. Die marxistische Theorie müsse den besonderen Bedingungen des halbkolonialen, agrarischen Entwicklungslandes angepaßt, „sinisiert“ werden. Das sei das „Mao Zedong-Denken“, das er als das Ergebnis des kollektiven Denkens der Partei billige.

Im Gegensatz zu Mao hielt Liu 1957 den inneren Klassenkampf für weitgehend abgeschlossen: „Jetzt sind die Feinde im Innern des Landes im wesentlichen elimi-

niert; die Klasse der Landlords ist vor langer Zeit beseitigt worden, und auch die Bourgeoisie ist im wesentlichen liquidiert. Daher sagen wir, daß der Klassenkampf zwischen den Hauptklassen im Lande im ganzen abgeschlossen ist.“<sup>5</sup>

Auf dem 5. Parteitag 1945, noch während der schweren, entscheidenden Kämpfe des Bürgerkrieges, vor dem endgültigen Sieg, behandelte Liu das Parteistatut. Hier verlangte er eiserne Disziplin; jedes KP-Mitglied müsse der zentralen Parteileitung bedingungslos gehorchen: „Dies erfordert, daß im Laufe der ersten revolutionären Kämpfe die schwankenden Elemente in der Partei unablässig ausgeschaltet werden müssen.“<sup>6</sup>

Liu scheute sich nicht, Maos selbstherrlich werdendes Verhalten zu kritisieren: „Es gab [in der KPCh – Th. B.] zu seiner Zeit gewisse Vertreter des Dogmatismus [...] Ein solcher Mensch [...] betrachtete sich selbst als einen ‚chinesischen Marx‘ oder chinesischen ‚Lenin‘, er trat als solcher in der Partei auf und hatte die Unverschämtheit, von den Mitgliedern unserer Partei zu verlangen, daß sie ihm ebensolche Ehrerbietung entgegenbringen, wie sie Marx und Lenin zuteil geworden war [...] Er ging so weit, sich selbst zum ‚Führer‘ zu ernennen, ohne gewählt worden zu sein [...], strafte nach Belieben Mitglieder unserer Partei, kommandierte mit ihnen herum.“<sup>7</sup>

Im Mai 1957 erklärte Liu auf einem ZK-Plenum: „Ein Führer muß seinen revolutionären Eifer mit dem Geist der aktuellen Realität mäßigen [...] Er darf nicht leichtfertig als konkrete Pläne verwenden, was er nicht voll begriffen hat.“<sup>8</sup>

Liu forderte, daß Mao ohne Sanktionen kritisiert werden dürfe. Und als Parteiführer müsse man das Herz eines alten Mannes haben: „Dem Vorsitzenden Mao zu widersprechen ist Opposition gegen eine Einzelperson [...] Das Urteil über jeden, der ähnliche Ansichten wie Peng Dehuai [seit 1954 Mitglied des Politbüros – Th. B.] hat, aber keine illegalen Beziehungen zu anderen Ländern unterhält, soll überprüft werden [...] Wer auf Parteiversammlungen seine Meinung sagt, soll nicht bestraft werden.“<sup>9</sup>

Sehr sachlich, aber deutlich erklärte Liu 1963: „Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Vorsitzende Mao haben viele Fehler gemacht.“<sup>10</sup>

### *Die Entmaoisierung*

Im Parteiputsch 1964/65 verbündete sich Mao mit einem Teil der Armeeführung (der Gruppe um Lin Biao), während große Teile des Militärs sich davon distanzierten. Auf dem 9. Parteitag 1969 wurde Lin Biao einstimmig zum engsten Kampfgefährten und designierten Nachfolger Maos „gewählt“. 1971 versuchte er durch einen Putsch, sich noch vor dessen natürlichem Tod an die Spitze zu stellen. Sein Plan wurde von Zhou Enlai entdeckt, der die zwei Fluchtflugzeuge vom Himmel holen

5 Aus einer Rede vor Parteikadern in Shanghai 1957, zit. nach: Quotations from president Liu Shaoqi, Melbourne 1962, S.126.

6 Bergmann/Menzel/ Menzel-Finker (Hrsg.), Liu Shaoqi, Bd. I, S.225.

7 Ebenda, S.52.

8 Quotations, S.63.

9 Ebenda, S.137.

10 Ebenda.

ließ. Keiner der Insassen überlebte. Auf dem folgenden 10. Parteitag 1973, auf dem Mao nach einem Schlaganfall nicht mehr klar sprechen konnte, wurde Lin Biao – wieder einstimmig – als langjähriger Verräter entlarvt.

Als Deng Xiaoping seine Stellung 1978 konsolidiert hatte, begannen zwei große Diskussionen, eine über Wege der ökonomischen Reform, die andere über die wirkliche Geschichte der Partei. 1980 veröffentlichten die Zentrale Disziplinarkommission und die Organisationsabteilung des ZK den Bericht über eine einjährige Untersuchung der Anklagepunkte gegen Liu Shaoqi. Die 5. Plenartagung des XI. ZK behandelte im Februar 1980 Lius Rehabilitierung als besonderen, „wichtigen Tagesordnungspunkt“. Im Kommuniqué wurden die wichtigsten Anschuldigungen kurz angeführt und als grundlose Fälschungen bezeichnet. Dann heißt es weiter: „Anhand der Untersuchungen der Zentralen Disziplinarkommission und zahlreichen Beweismaterials alter Revolutionäre wurde festgestellt, daß die Anschuldigungen Renegat, versteckter Kollaborateur und Arbeiterverräter gegenüber Genossen Liu Shaoqi falsch sind.“

Die 5. Plenartagung des XI. ZK der KP Chinas hatte daher beschlossen, den Genossen Liu Shaoqi posthum zu rehabilitieren. Liu Shaoqi, ehemals Vizevorsitzender des ZK der KP Chinas und Vorsitzender der Volksrepublik China [...] war einer der wichtigsten Parteiführer. In der Kulturrevolution wurde er gestürzt und starb am 12. November 1969 [...] Es war das größte Fehlurteil in der Geschichte unserer Partei.“<sup>11</sup>

1981 wurde nach einer parteiöffentlichen Debatte die Resolution über wichtige Fragen in der Geschichte der Partei veröffentlicht. Auf 30 großformatigen Seiten wurden die Leistungen Maos und die Bedeutung der Revolution gewürdigt. Dann wurden seine politischen Irrtümer, Fehler und Verbrechen und sein persönliches Verhalten dargestellt. Es wurde die Rehabilitierung aller Opfer der Kulturrevolution ausgesprochen. In der Resolution hieß es u. a.: „Während dieser Periode (1949-1959) wurden Maos theoretische und praktische Irrtümer betreffend den Klassenkampf in einer sozialistischen Gesellschaft immer ernster, seine persönliche Willkür unterhöhlte allmählich den demokratischen Zentralismus im Parteileben und der Personenkult wurde immer schlimmer. Das ZK war nicht fähig, diese Fehler rechtzeitig zu korrigieren. Karrieristen wie Lin Biao, Jiang Qing und Kang Sheng [...] nutzten diese Irrtümer und verstärkten sie. Das führte zur Einleitung der ‚Kulturrevolution‘.“<sup>12</sup>

### *KPdSU – KPCh – Analogien und Unterschiede*

Offenbar gibt es gewisse Analogien in der Geschichte der russischen und der chinesischen Revolution:

1. Das Defizit an innerparteilicher Demokratie, das schon Rosa Luxemburg 1918 analysierte und kritisierte. Deng Xiaoping sprach 1980 von strukturellen Mängeln des Regierungssystems, u. a. vom Ausbleiben des turnusmäßigen Generations-

<sup>11</sup> Die Wahrheit über den Fall Liu Shaoqi, in: Peking Rundschau 17, 1980.

<sup>12</sup> Resolution on certain questions in the history of our party since the founding of the People's Republic of China. (Sixth plenary session of the X. Central Committee of the CP of China: June 27, 1981.), in: Almanac of China's economy 1981, edited by Xue Muqiao, Hongkong-New York, S.77-104, hier S.86.

wechsels. Damit und mit der Geschichtsanalyse 1981 ging die KP-Führung weiter und tiefer, als es Chruščev von seinen Gegnern gestattet wurde. Es war eben nicht nur eine personelle Frage (Personenkult), sondern eine strukturelle.

2. Die Vernichtung von Kritik und der Alternativen durch Repression (Moskauer Schauprozesse, Große Proletarische Kulturrevolution).
3. Die unkontrollierte Macht des Geheimdienstes, die Anwendung physischer und psychischer Folter, die „Selbstkritik“ und „Geständnisse“ erzwangen.
4. Die übermäßige Beschleunigung des Wirtschaftsaufbaus und der sozialstrukturellen Veränderungen. Vielleicht ist das mit der Ungeduld der alten Revolutionäre und ihrer mangelnden Regierungserfahrung zu erklären, auch mit der Unfähigkeit, sich vom zerstörenden Bürgerkrieg auf die langwierigen Aufbauaufgaben umzustellen.

Aber es gibt auch wesentliche Unterschiede in der Entwicklung:

1. In Chinas KP hat es immer den „Kampf zweier Linien“ gegeben; es wurden Alternativen diskutiert und Fehler selbstkritisch korrigiert: bis 1956, 1958-1964 und dauerhaft seit 1978.
2. Zhou Enlai und seine Freunde haben sich bemüht, Opfer der „Kulturrevolution“ zu retten – allerdings nur zum Teil mit Erfolg.
3. In intensiven Auseinandersetzungen (und mit einigen Rückschlägen) hat die KPCh Reformen durchgesetzt, Fehler öffentlich eingestanden und einen regelmäßigen Generationswechsel in den Führungsgremien von Staat und Partei eingeführt. Auch die Rehabilitierungen erfolgten öffentlich.
4. Die neuen Führungsgruppen nach 1978 waren zum großen Teil Opfer der Kulturrevolution gewesen, die mit ihrer Erfahrung eine Wiederholung damaliger Methoden nicht mehr zuließen.

Über den tieferen Sinn der Rehabilitierung der Opfer der Mao-Ära heißt es schließlich in dem Kommuniqué der 5. Plenartagung des ZK vom 23. bis 29. Februar 1980: „Die 5. Plenartagung ist der Ansicht, daß die Rehabilitierung des Genossen Liu Shaoqi nicht nur den Genossen Liu Shaoqi persönlich betrifft, sondern zugleich darauf abzielt, daß Partei und Volk für immer diese bittere Lehre im Gedächtnis behalten und alles tun, um die sozialistische Demokratie und das sozialistische Rechtssystem zu sichern, zu konsolidieren und zu vervollkommen, damit Fehlurteile wie über Genossen Liu Shaoqi und andere Genossen inner- und außerhalb der Partei nie wieder vorkommen und unsere Partei und unser Land niemals ihre Farbe wechseln.“<sup>13</sup>

---

13 Bergmann/Menzel/Menzel-Finker (Hrsg.), Liu Shaoqi, Bd. II, S.302.

## Diskussion

### Die Erblast des „Dritten Reiches“ in der BRD. Nachdenken mit Joachim Perels: „Entsorgung der NS-Herrschaft?“

Hermann Klenner

Da diese Zeilen geschrieben werden, am 15. Oktober 2005, vermehren deutsche Gazetten – nicht gerade auf den ersten Seiten –, daß Unbekannte in der vorgestrigen Nacht Fritz Cremers Brecht-Denkmal vor dem Berliner Ensemble und auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof die Grabmale von Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Heinrich Mann und Helene Weigel mit weißer Farbe und einem David-Stern beschmiert haben. Als Ähnliches erstmals im Mai 1990 geschah, reagierte ein solches sehender Passant mit den Worten: „Aber Brecht war doch gar kein Jude! Wußten die das nicht?“ Und offenbarte sich dergestalt. ...

Getrost kann man den Inhalt des hier vorzustellenden Bandes<sup>1</sup> als das Lebensthema seines seit Jahrzehnten als Universitätsprofessor für politische Wissenschaft in Hannover lehrenden Autors bezeichnen. Dessen Vater, der 1910 geborene Friedrich Justus Perels, war als Rechtsberater der „Bekennenden Kirche der Altpreußischen Union“ von Freislers Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und noch im April 1945 von einem Rollkommando der SS aus dem Berliner Gefängnis herausgezerrt und hinterrücks erschossen worden.<sup>2</sup> Das sich daraus für seinen drei Jahre zuvor geborenen Sohn lebenslang verpflichtende höchstpersönliche Erbe verleiht den mit einer Abhandlung über die „Verdrängung und Aufarbeitung der NS-Herrschaft in der Bundesrepublik“ eingeleiteten 25 Studien über Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime eine über die in ihnen enthaltene Tatsachen- und Argumentationsfülle hinausreichende Überzeugungskraft. Wer diesen Band zu lesen begonnen hat, der legt ihn erst ausgelesen und nachgedacht habend beiseite. Wer, wie dessen heutiger Rezensent, noch im August 1944 als Abiturient von der Notwendigkeit überzeugt und bereit war, im Rock der Nazi-Wehrmacht für „Führer, Volk und Vaterland“ Kriegsdienste zu leisten, notfalls auch sein Leben hinzugeben, der stellt sich Fragen, vor deren wahrheitsgemäßer Beantwortung er lebenslang zittert.

---

1 Joachim Perels: *Entsorgung der NS-Herrschaft?*, Offizin-Verlag, Hannover 2004, 384 S., hier S.316. Seitenangaben im folgenden Text beziehen sich auf diesen Band.

2 Siehe Matthias Schreiber: *Friedrich Justus Perels (1910-1945). Rechtsberater der Bekennenden Kirche*, in: *Streitbare Juristen*, Baden-Baden 1988, S.455-467; Joachim Perels: *Christlicher Widerstand gegen eine schrankenlose Staatsgewalt*, in: Franz-Josef Düwell (Hrsg.): *Anwalt des Rechtsstaats. Festschrift für Diether Posser*, Köln 1997, S.191.

Die Glaubwürdigkeit des vorliegenden (leider eines Personen- und Begriffs-Registers entbehrenden) Werkes wird noch dadurch verstärkt, daß sich sein Verfasser – ähnlich wie dessen kürzlich verstorbener Freund und Fakultätskollege Jürgen Seifert<sup>3</sup> – zur Tradition der juristischen Linken deutscher Zunge bekennt, etwa zu derjenigen eines Fritz Bauer (1903-1968), der die Marxschen Kategorien einer egalitären Wirtschaftsordnung mit den moralischen Impulsen der Bibel verband (S.316), eines Ernst Fränkel (1898-1975), eines Hermann Heller (1891-1933), dem wir die heute wie schon 1933 diffamierte Formel vom „sozialen Rechtsstaat“ als der normativen Bedingung einer humanen Gesellschaftsstruktur verdanken (S.129), eines Karl Korsch (1896-1961), Otto Kirchheimer (1905-1965), Franz Neumann (1900-1954), Gustav Radbruch (1878-1949) und Richard Schmid (1899-1986). Galt doch in ihren klarsten Momenten der Kampf, den sie als Bestandteil der Arbeiterbewegung wie eines marxistischen Humanismus begriffen, der „faschistischen Form der bürgerlichen Klassengesellschaft“ (so jedenfalls Wolfgang Abendroth (1906-1985), S.344).<sup>4</sup> Wo sonst kann man heutzutage noch lesen, daß der Faschismus eine mögliche (unter gewissen Voraussetzungen von den zuvor parlamentarisch regierenden Machthabern durchaus gewollte) Herrschaftsform von Kapitalismus ist? Die unselige Totalitarismuskonzeption hat ihre Folgen gezeitigt.

Perels jedenfalls gehört zu den im heutigen Deutschland seltenen Verfassungstheoretikern unserer doch unzweifelhaft *bürgerlichen* Gesellschaft, die zugleich Verfechter einer zum *Sozialismus* führenden Emanzipationsbewegung sind. Folgerichtiger Weise verwarft er sich gegen die Unverfrorenheit des berüchtigten „Schwarzbuches des Kommunismus“, erschienen in München-Zürich 1998, das der Sache nach den sozialistischen Widerstand gegen die Nazi-Diktatur in Abrede stellte, obwohl doch „starke Kräfte der politischen Opposition gegen Hitler das Ziel [hatten], das privatkapitalistische System des Dritten Reiches durch eine Wirtschaftsordnung zu ersetzen, in der durch Formen kontrollierten öffentlichen Eigentums das Wohl aller institutionell gesichert werden sollte“ (S.265).

Auch vor einer Kritik an der vornehmlich ihre eigene Machterhaltung betreibenden SPD-Führung scheut Perels nicht zurück: Sie gebe das analytische Instrumentarium für ein Erkennen, Einschränken und Überwinden der privilegierten Verfügungsstrukturen über die Gesellschaft preis, denunziere gar einen demokratischen Sozialismus und negiere schließlich die Idee einer klassenlosen Gesellschaft. Wer aber verkennt, daß dem Grundgedanken von Demokratie nur die auf eine nichtkapitalistische Basis zielende Kontroll-, Korrektur- und Transformationsposition gegenüber einer unbegrenzten Privatwirtschaft gerecht wird, dem sei auch die eigent-

---

3 Siehe Joachim Perels: Im Spannungsfeld von Politik und Verfassung. Zum Tode von Jürgen Seifert (1928-2005), in: Kritische Justiz 2005, S.337-340; H. Klenner: Nachruf für einen Bürgerrechtler par excellence, in: Das Argument 2005, S. 444f.

4 Siehe auch das von Perels herausgegebene Werk von Wolfgang Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, Frankfurt 1975, sowie Joachim Perels: Wolfgang Abendroth und die Rechtslehre der Weimarer Verfassung, in: Andrea Gourd/Thomas Noetzel (Hrsg.): Zukunft der Demokratie in Deutschland, Opladen 2001, S.131-146.

liche Gegenwartsbedeutung all jener sozialdemokratischen Widerstandskämpfer abhanden gekommen, die sich der Klassengesellschaft Nazideutschlands entgegen gestellt hatten und deswegen im Zuchthaus und im Konzentrationslager gequält oder ermordet wurden.<sup>5</sup>

Andererseits hat Perels gute Gründe und Anlaß genug, seine von ihm seit Jahrzehnten unmißverständliche Ablehnung jedweder Form eines stalinistisch betriebenen Willkürregimes, in dem die Staatsgewalt nicht in gleicher Weise wie die Staatsbürger von ein und denselben Rechtsnormen gebunden ist, immer wieder zu bekräftigen. Sein prägnantes Credo: „Kein Sozialismus ohne demokratische Rechtsordnung“.<sup>6</sup> Um Niccolò Machiavelli umzudrehen: Wen die Tat anklagt, den entschuldigt nicht einmal der Erfolg.<sup>7</sup> Für einen wirklichen Sozialisten oder Kommunisten heiligt der Zweck eben nicht alle Mittel: „Ein Zweck, der unheiliger Mittel bedarf, ist kein heiliger Zweck“, meinte der junge Marx.<sup>8</sup>

Perels Umgang mit der bundesrepublikanischen Verdrängung der gewesenen Nazi-Barbareien innerhalb und außerhalb Deutschlands – besonders wenn die Justiz als „Komplizin der Gestapo fungierte“ (S.69) – ist in allen seinen Veröffentlichungen vor allem dadurch gekennzeichnet, daß er sich nicht mit einer anklagenden Darstellung von Einzelfällen, so skandalös sie auch sein mögen, begnügt.<sup>9</sup> Sein eigentliches Anliegen besteht darin, „die innere Logik der unzureichenden rechtlichen Bewertung der Gewalthandlungen des Hitler-Regimes auf den Begriff zu bringen“ (S.9). Diesem Vorhaben dient sein Versuch, den bundesrepublikanischen Umgang mit dem vorangegangenen „Verbrecherstaat“ (Jaspers) zu typisieren, der schließlich in unterschiedlicher Weise darauf angelegt war, die Wahrnehmung der NS-Herrschaft einzuschränken oder im Extremfall aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden von Perels vier Kategorien vorgestellt (S.29-35):

a) die Entkonkretisierung der historischen Spezifik der Nazi-Herrschaft, indem diese, wie etwa im Sächsischen Gedenkstättengesetz (§ 2), unter den abstrakten Begriff „politischer Gewaltherrschaft“ subsumiert wird, womit die qualitativen und quantitativen, jedenfalls fundamentalen Unterschiede zwischen dem arbeitsteiligen

5 Siehe Joachim Perels: Angriff auf die Tradition der SPD, in: Frankfurter Rundschau, 10.10.2003, S.8.

6 Joachim Perels: Demokratie und soziale Emanzipation. Beiträge zu einer Verfassungstheorie der bürgerlichen Gesellschaft und des Sozialismus, Hamburg 1988, S.228. Siehe auch: Hermann Klenner: Recht und Rechtstheorie der revolutionären Linken am Beispiel der Oktoberrevolution, in: Michael Buckmiller/Joachim Perels (Hrsg.): Opposition als Triebkraft der Demokratie, Hannover 1998, S.348-356.

7 Siehe Niccolò Machiavelli: Gesammelte Schriften, Bd. 1, München 1925, S.40 (Discorsi, I/9).

8 Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Bd. I/1, Berlin 1975, S.152; siehe auch Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse [1821], Berlin 1981, S.174, 459.

9 Siehe auch Joachim Perels: Wider die „Normalisierung“ des Nationalsozialismus, Hannover 1996; ders.: Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“, Frankfurt 1999; ders. (Hrsg.): NS-Täter in der deutschen Gesellschaft, Hannover 2002; ders. (u.a.): Neubeginn nach der NS-Herrschaft? Die Hannoversche Landeskirche nach 1945, Hannover 2002; ders. (Hrsg.): Der Rechtsradikalismus – ein Randphänomen?, Hannover 2003. – In diesen Monographien und Editionen finden sich Hinweise auf weitere einschlägige Publikationen des Autors.

Mordunternehmen Hitlers nach innen und nach außen einerseits und andererseits der DDR eingebnet werden;

b) das Absehen von moralischen Kategorien, indem die Binnenperspektive der Täter ohne normative Reflexion kritiklos übernommen oder sich gar in die Obsessionen Hitlers eingefühlt wird (S.263);

c) die Umkehrung der Kausalität für die Nazi-Verbrechen, indem etwa die Shoa als Strafe für die Rolle der Juden in der bolschewistischen Revolution hingestellt wird, anstatt sie in der deutschen Realgeschichte zu verankern;

d) die Blockierung der Erinnerung, indem durch eine gezielt betriebene Amnesie als angeblicher Voraussetzung eines selbstbewußten Miteinanders in einer Demokratie das „kalte Vergessen“ (Adorno) gepriesen wird.

Gewiß basieren alle Interventionen des Autors gegen das bis zu ihrer nachträglichen Legitimierung reichende Weißwaschen der vergangenen Verbrechen auf konkreten Vorgängen, die zwar nicht in ihrer Gänze im Gedächtnis eines jeden aufbewahrt bleiben können (dazu sind es viel zu viele), ohne deren immer wieder Zurückrufen in die Erinnerung aber die Gegenwartserfordernisse eines aktiven Antifaschismus einer einleuchtenden Begründung entbehren würden.

Etwa folgende Ungeheuerlichkeiten: Der Bundesgerichtshof beendete im Juni 1956 ein jahrelanges Strafverfahren gegen den SS-Sturmbannführer Dr. Otto Thorbeck rechtskräftig und zu Lasten der Steuerzahler mit einem Freispruch. Dieser Thorbeck hatte noch im April 1945 als Vorsitzender eines im KZ Flossenbürg veranstalteten Standgerichts ohne Verteidiger und Protokollführer, aber mit dem KZ-Kommandanten als Beisitzer, u. a. den christlichen Theologen Dietrich Bonhoeffer zum Tode verurteilt und in besonders entwürdigender Form hinrichten lassen (S.154).<sup>10</sup> Oder wie im gleichen Jahr 1956 der Bundesgerichtshof das von einem SS-Standgericht erlassene Todesurteil gegen einen Bauern, der kurz vor Kriegsende Hitlerjungen die Panzerfäuste weggenommen hatte, wegen Zersetzung des „Wehrwillens des deutschen Volkes“ als nicht rechtswidrig bestätigte.<sup>11</sup> Oder der Fall des – nach Roland Freisler, dem „obersten Justizmörder des Dritten Reiches“ (S.30), – meistbelasteten Richters am sogenannten Volksgerichtshof, des ehemaligen Kammergerichtsrates Hans-Joachim Rehse (S.116), dem eine Mitwirkung an 230 Todesurteilen nachgewiesen werden konnte. Er war dennoch, und zwar mittels einer subtilen Argumentationshilfe des Bundesgerichtshofes, im Dezember 1968 von einem Berliner Schwurgericht freigesprochen worden, und mit ihm eigentlich der ganze

10 Im Ergebnis leicht zu erratender Erwägungen ist dieses höchstrichterliche Skandal-Urteil nicht in die amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen aufgenommen worden, wohl aber bei Christiaan F. Rüter (Hrsg.): *Justiz und NS-Verbrechen*, Bd. XIII, Amsterdam 1975, S.344. Siehe zu diesem „Schlüsselverfahren zur NS-Justiz“ Joachim Perels: *Die schrittweise Rechtfertigung der NS-Justiz*, in: Peter Nahamowitz/Stefan Breuer (Hrsg.): *Politik – Verfassung – Gesellschaft*, Baden-Baden 1995, S.51-65; Günter Spendel: *Rechtsbeugung durch Rechtsprechung*, Berlin 1984, S.89-115, sowie Christoph Schminck-Gustavus: *Der „Prozeß“ gegen Bonhoeffer und die Freilassung seiner Mörder*, Bonn 1995.

11 Siehe Joachim Perels: *Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“*, Frankfurt 1999, S.198.

Volksgerichtshof, denn diesem wurde attestiert, daß es in Zeiten gefährlicher Bedrängnis Deutschlands von Außen dessen Bestand im Innern durch harte Kriegsgesetze sichernd, als ein unabhängiges, nur dem Gesetz unterworfenes Gericht gehandelt habe.<sup>12</sup> Oder wie 1959 ein Staatsanwalt einem vor dem Landgericht Lüneburg angeklagten Kommunisten als straferschwerend anrechnete, daß dieser bereits 1933 und 1940 wegen Wehrkraftzersetzung zu zwei bzw. fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei, womit der Anwalt des bundesdeutschen Staates das Unterdrückungsverdikt des nazideutschen Staates legitimierte (S.200).<sup>13</sup>

Wie gesagt: Nicht in der Aufdeckung und Auflistung solcher rechtsbrecherischer Skandalurteile, mit denen „rechtsförmiger“ Nazi-Terrorismus innerhalb der vielgepriesenen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik „rechtsförmig“ legitimiert wurde, besteht das eigentliche Verdienst von Perels, obwohl er sich, neben anderen,<sup>14</sup> auch hierbei als ein nimmermüder Mahner erwiesen hat. Über die Schilderung schandbaren Antisemitismus in der Rechtsprechung (S.183) und des weitgehenden Scheiterns der juristischen „Bewältigung“ der NS-Euthanasie in der Bundesrepublik (S.179) oder das ans Lichtbringen jener bischöflichen Wertung des Nazi-Regiments von 1946 als eine „von Gott verordnete Gottesgeißel“ (S.278) (womit der politische Widerstand gegen das „Dritte Reich“ theologisch illegitimiert wurde) weit hinausgehend, hat Perels die Mühen nicht gescheut und den Mut aufgebracht, sich von der Oberflächenebene übler und übelster Geschehnisse in die Tiefenstruktur der Gesellschaft zu begeben, aus deren Schoß das Unheil gekrochen war und immer noch kriecht. Darin liegt die bedeutendste wissenschaftliche Leistung des Autors. Was er da so alles zutage gefördert hat, läßt ein weiteres Mal den Atem stocken.

Es ist nämlich nicht, wie offiziell und medial suggeriert wird, ein systemfremder Extremismus, der da hier und dort, gewissermaßen als Kollateralschaden der Freiheit, gelegentlich zutage trat. Die braune Vergangenheit konnte in Wirklichkeit des-

---

12 Siehe Ingo Müller: Furchtbare Juristen, München 1989, S.281.

13 Siehe auch Alexander v. Brünneck: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt 1978, S.230.

14 Die wichtigsten Monographien seien hier aufgelistet: Stephan Beier (u.a.): Die juristische Aufarbeitung des Unrechts-Staates, Baden-Baden 1998; Martin Bennhold (Hrsg.): Spuren des Unrechts (Recht und Nationalsozialismus. Beiträge zur historischen Kontinuität), Köln 1989; Ralf Dreier (Hrsg.): Recht und Justiz im »Dritten Reich«, Frankfurt 1989; Bernd Engelmann: Rechtsverfall, Justizterror und das schwere Erbe, Köln 1989; Kerstin Freudiger: Die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen, Tübingen 2002; Jörg Friedrich: Freispruch für die Nazijustiz, Reinbek 1983; Klaus-Detlev Godau-Schüttke: Ich habe nur dem Recht gedient. Die Renazifizierung der Schleswig-Holsteinischen Justiz nach 1945, Baden-Baden 1993; Michael Greve: Der justitielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen, Frankfurt 2001; Helmut König: Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik, Frankfurt 2003; Peter Landau: Rechtsphilosophie unter der Diktatur, Baden-Baden 2002; Diether Posser: Anwalt im Kalten Krieg. Deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, Bonn 2000; Michael Ratz (u.a.): Die Justiz und die Nazis. Zur Strafverfolgung von Nazismus und Neonazismus seit 1945, Frankfurt 1979; Hubert Rottleuthner (Hrsg.): Recht, Rechtsphilosophie und Nationalsozialismus, Wiesbaden 1983; Bernd Rüthers: Entartetes Recht. Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich, München 1988; Michael Stolleis: Recht im Unrecht. Studien zur Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus, Frankfurt 1994; Ulrich Vultejus: Kampfanzug unter der Robe. Kriegsgesichtsbarkheit des zweiten und dritten Weltkrieges, Hamburg 1984.

wegen nicht vergehen, weil ihre Verdrängung, Vertuschung und Verharmlosung den bösen Gegenwartsinteressen dominierender Machthaber entsprach. Nicht von der Aufdeckung kleingeredeter Verbrecen allein oder der Kraft der Argumentation hänge, laut Perels, der Umgang mit der NS-Herrschaft ab, sondern auch vom Machtgewicht geschichtspolitischer Interessen. Die können zum Spielball jener Demagogen werden, die das Potential der Wahrnehmungsabwehr aggressiv zu erweitern suchen. Angesichts einer an die Endphase der Weimarer Republik heranreichenden Massenarbeitslosigkeit bestehe gegenwärtig die Gefahr, „daß die Verschlechterung der sozialen Lage der unteren Schichten das Terrain für einen Nationalismus erweitert, der notwendig mit einer Verharmlosung des nationalsozialistischen Rechtsextremismus verbunden ist“ (S.36).

Gegen die lange Zeit von bundesdeutschen Rechtstheoretikern und -praktikern – so auch von Hermann Weinkauff, dem ersten Präsidenten des Bundesgerichtshofes (zuvor Mitglied der NSDAP und des Reichsgerichts!) – publizierte Auffassung, daß die Justiz im „Dritten Reich“ mit den von ihr mindestens 35.000 verhängten Todesurteilen lediglich ein durch die politische Führung der Nazis fremdgesteuertes Werkzeug gewesen und selbst die Wehrmachtjustiz den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit treu geblieben sei, spreche bereits die Art und Weise, wie sich die Weimarer Justiz hingebungsvoll in das NS-Regime inkorporieren ließ (S.60ff.): Bereits am 1. Oktober 1933 leisteten vor der Freitreppe des Reichsgerichts in Leipzig an die 20.000 Juristen dem „Reichsrechtsführer“ Hans Frank folgenden unglaublichen Eid: „Wir schwören beim ewigen Herrgott, wir schwören bei dem Geiste unserer Toten, wir schwören bei all denen, die das Opfer einer volksfremden Justiz einmal geworden sind, wir schwören bei der Seele des deutschen Volkes, daß wir unserem Führer auf seinem Wege als deutsche Juristen folgen wollen bis an das Ende unserer Tage“.<sup>15</sup> Wen wundert's, daß noch im gleichen Jahr 1933 die von der Gestapo aufgedeckten 1.698 Widerstandleistenden aus der Arbeiterbewegung von den auf Hitler und dessen Gott eingeschworenen Juristen wegen Hochverrats verurteilt wurden? Noch vor den Nürnberger Gesetzen<sup>16</sup> haben deutsche Gerichte die „Rasseeigenschaft“ als Anfechtungsgrund einer Ehe anerkannt. Später galten dann dem Reichsgericht selbst Küsse zwischen Deutschen mit „arischer“ und denjenigen mit jüdischer Herkunft als vollendete „Rassenschande“, und schließlich entschied dieses Gericht, daß „Rassenschande“ auch begangen werden kann, „ohne daß es zu einer körperlichen Berührung zwischen den Beteiligten kommt“ (S.68). War es schon Wahnsinn, so hatte es doch Methode.

Ferner: Die eigentliche Ursache dafür, daß in der Nachkriegsära der BRD weder Justiz noch Wehrmacht noch Industrie für ihre furchtbaren Untaten im „Dritten Reich“ gebührend zur Verantwortung gezogen wurden, bestehe darin, daß diese drei

15 Siehe Hans Wrobel: Der Deutsche Richterbund im Jahre 1933, in: Der Unrechts-Staat, Bd. 2 (Hrsg.: Redaktion Kritische Justiz) Baden-Baden 1984, S.93.

16 Siehe deren Abdruck und deren Kommentierung durch Wilhelm Stuckart und Hans Globke bei Martin Hirsch/Diemo Majer/Jürgen Meinck (Hrsg.): Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945, Köln 1984, S.350-360.

Machtsäulen für die Rekonstruktion der durch den Faschismus diskreditierten bürgerlichen Gesellschaft denjenigen unverzichtbar erschienen, die am Erhalt dieser bürgerlichen Gesellschaft interessiert waren. Dem Versuch, den ursächlichen Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft und Nazi-Herrschaft aufzuhellen, hätten mächtige Interessen entgegengestanden (S.107). Wären Justiz, Wehrmacht und die „ökonomischen Strukturen der Nazi-Herrschaft“ (S.123), statt legitimiert und reinkorporiert zu werden, straf- und zivilrechtlichen Sanktionen unterworfen worden, hätte das bundesdeutsche Bollwerk für den Kalten Krieg nicht bloß ideologische, sondern auch existentielle Schäden erlitten, wie ja auch die Amnestie der meisten von den USA verurteilten NS-Täter zu Beginn der 50er Jahre als Gegenleistung für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands interpretiert wird. Insofern ist die Integration der intellektuellen, personellen und strukturellen Hinterlassenschaft in den bundesrepublikanischen Rechtsstaat der Nachkriegsära als systemkonforme Konsequenz zu charakterisieren. Von den nach 1949 in der bundesdeutschen Justiz tätigen Richtern waren etwa 80 Prozent bereits im nazideutschen Justizdienst tätig, etwa 85 Prozent von ihnen als Mitglieder der NSDAP (S.71, 199). Die fast vollständige personelle Identität der Hochschullehrer an den Juristenfakultäten vor und nach 1949 hatte ihre voraussehbaren, wohl auch gewollten Folgen bei der Verdrängung der juristischen Mitträgerschaft der terroristischen Diktatur (S.39). Arthur Baumgarten (1884-1966), einer der ganz wenigen Professoren der Rechtswissenschaft, der 1933, ohne wegen seines ethnischen Herkommens oder seiner empiristischen Rechtsphilosophie unmittelbar gefährdet zu sein, aus liberaler Überzeugung in die Schweiz emigrierte, ist nach 1945 nicht nach Köln oder Frankfurt, wo er zuvor gelehrt hatte, rückberufen und auch mit keinem Ehrendoktorat ausgezeichnet worden. Freilich hatte er sich in der Emigration zu einem – *horribile dictu* – Sozialisten entwickelt.<sup>17</sup>

Die Beamten-Kontinuität vor und nach 1945 fand schließlich ihre Absegnung im Grundgesetz-Artikel 131, der „Achillesferse des verfassungsrechtlichen Neubeginns“ (S.125). Dessen Ausführungsgesetz vom Mai 1951 bescherte den vor dem Mai 1945 tätigen Funktionseliten des Nazi-Staates, d. h. annähernd einer halben Million Personen, statt einer Abwicklung einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung mit rückwirkender Gehaltszahlung.<sup>18</sup> Es lohnt sich, darüber nachzudenken, warum der sogenannte Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR vom August 1990 (Art. 6) diesen Artikel als einzigen des ganzen Grundgesetzes in den ostdeutschen Bundesländern und in Ostberlin nicht in Kraft gesetzt hat.

Im gleichen Jahr 1951, in dem dieses vom Bundestag nahezu einstimmig verabschiedete Gesetz als Ausdruck der bundesrepublikanische Fürsorge für die Nazi-Beamtschaft eine Renazifizierung des Staatsapparates (auch eine Rechristianisierung der Gesellschaft) einleitete (S.131, 141), startete der Bundestag mit seinem

---

17 Siehe Arthur Baumgarten: Grundzüge der juristischen Methodenlehre [Bern 1939], Freiburg-Berlin 2005, S.287.

18 Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, in: Bundesgesetzblatt (BGBl) I, Nr. 22, 13. Mai 1951, S.307; Siehe Horst Dreier (Hrsg.): Grundgesetz. Kommentar, Bd. 3, Tübingen 2000, S.1169-1180.

Ersten Strafrechtsänderungsgesetz die „strafrechtliche Illegalisierung der politischen Aktivitäten von Kommunisten“ (S.195), also der durch die Nazis am schärfsten verfolgten Partei. In dessen Ergebnis kam es bei 138.000 Ermittlungsverfahren zu etwa 7.000 Verurteilungen. Das dürfte sich nur für einen Blauäugigen als Zufalls-Simultaneität darstellen. Indem für ein und dasselbe Geschehen Kommunisten bestraft, aber Nichtkommunisten freigesprochen wurden, sind unter Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien Elemente des Gesinnungsstrafrechts aus der vorangegangenen Diktatur revitalisiert worden. So wagte es der Bundesgerichtshof doch tatsächlich, einen Kommunisten, der eine Schrift gegen den Antisemitismus publiziert hatte, wegen Fortsetzung der inzwischen durch das Bundesverfassungsgericht illegalisierten KPD zu verurteilen, und selbst das bloße Tragen einer roten Nelke am 1. Mai galt zuweilen als Indiz für die verbotene Fortsetzung der KPD (S.201f.). Die politische Strafjustiz gegen Kommunisten in der BRD, „das seitenverkehrte Spiegelbild der NS-Prozesse“,<sup>19</sup> zeuge von einem Skandalon, dessen Opfer bis heute im Schatten der Nachkriegsgeschichte stehen (S.205).

Bei Vergleichen zwischen den so unterschiedlichen „Vergangenheitsbewältigungen“ in Deutschland nach 1949 und nach 1989 wird gelegentlich von einem ungleichen Maß gesprochen. Damit meint man wohl, etwas zugunsten der „beigetretene“ DDR gesagt zu haben, deren Eliten, anders als seinerzeit diejenigen des Nazi-Regimes, mit Strafprozessen überzogen, abgewickelt und unter ein auf Dauer angelegtes Sonderrecht gestellt wurden. Es stimmt schon: Das Gewissen an zweierlei Maßstäben zu adjustieren, heißt kein Gewissen zu haben. Gegenwärtig bekommen wir davon eine Kostprobe im Verhalten der sich als Weltschiedsrichter aufspielenden und selbst eine *shoot-to-kill-policy* betreibenden USA zum - auch ihre Untaten - verurteilenden Internationalen Strafgerichtshof (S.102). Auf die beiden deutschen „Vergangenheitsbewältigungen“ bezogen handelt es sich aber nicht um ein ungleiches (und daher also ungerechtes) Maß, sondern um ein *gleiches* Maß, dem Maß der Rechten gegen die Linken, das 1949 und 1989 gegen jeweils einen anderen Personenkreis, aber mit der gleichen Zielrichtung angewandt wurde. Die nach 1949 herbeiargumentierte Relativierung der NS-Herrschaft ist nun einmal die Kehrseite einer Totalverdammnis des Kommunismus (S.262), wenn Marx mit dem Gulag identifiziert wird. Gewiß können auf der Waage der Geschichte die Gulag-Verbrechen weder durch den Sieg der Sowjetunion über den nazideutschen Imperialismus aufgewogen noch mit dem Blutzoll aufgerechnet werden, der den Kommunisten in den Höllen Hitlers abgepreßt wurde. Das rechtfertigt aber nicht, der Menschheitsgeschichte ohne differenzierende Vernunft zu begegnen.

Es bleibt am Ende eines Nachdenkens über die von Perels so überzeugend wie bedrückend charakterisierte Erblast des „Dritten Reiches“ in der BRD festzustellen, daß das Desiderat einer an Material und Argumenten vergleichbaren Arbeit über das

---

19 Perels, Das juristische Erbe, S.28.

juristische Erbe Nazi-Deutschlands in der DDR fortbesteht.<sup>20</sup> Nicht um diese ein weiteres Mal billig zu delegitimieren, sondern um uns für die gegenwärtigen und künftigen Anforderungen zu wappnen. Auch wer sich, wie der Schreiber dieser Zeilen, weigert, sich zu einem bloßen Mitspieler der bürgerlichen Gesellschaft zu mausern, indem er diese bürgerliche Gesellschaft als das durchschaut, was sie ist, nämlich die Struktur- und Entwicklungsform eines sich im Weltmaßstab brutalisierenden Realkapitalismus, hat mehr als einen Grund, Perels' bereits zitierte Mahnung zu bedenken: „Kein Sozialismus ohne demokratische Rechtsordnung“!

---

<sup>20</sup> Unverzichtbar Christiaan F. Rüter (Hrsg.): DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. I-VI und Verfahrensregister, Amsterdam-München 2002-2004 (mit insgesamt über 5.000 Seiten).

# Der betriebliche Aufbruch in der DDR-Revolution von 1989

Olaf Klenke

Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989 stellt in der DDR-Forschung nach wie vor eine unterbewertete Seite der DDR-Revolution von 1989 dar, auch wenn er in den letzten Jahren etwas mehr Aufmerksamkeit erfahren hat.<sup>1</sup> Er war wie die DDR-Revolution insgesamt von einer starken Ungleichmäßigkeit gekennzeichnet. Was entschied darüber, ob und in welchem Ausmaß es zu einem Aufbruch im Betrieb kam? Das Beispiel der polnischen Streikbewegung „Solidarność“ zeigte, wie eine Bewegung aus den Betrieben die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und das etablierte System der Parteierrschaft in Frage stellen konnte. In der DDR kam es nicht zu einer vergleichbaren Entwicklung, wemgleich die oberen SED-Funktionäre in den Herbsttagen des Jahres 1989 die Angst vor einem erneuten Arbeiteraufstand, einem neuen 17. Juni 1953, umtrieb.

Bereits vor einiger Zeit ging in dem Aufsatz „Die VEB in der Wende 1989/1990“ Jörg Roesler (auf der Basis der Analyse von zehn Konzern- und Firmengeschichten bzw. kombinierten Stadt- und Firmengeschichten) der Frage nach, inwiefern der jeweilige Aufbruch in einem Betrieb von seinem politischen Umfeld beeinflusst wurde. Dazu zählten u. a. der Beginn der Demonstrationen vor Ort sowie die Stärke der und die Verbindung zur lokalen Opposition.<sup>2</sup> Der folgende Beitrag ist als Diskussionsbeitrag zu verstehen und beruht auf Teilergebnissen meiner Dissertation, die das sogenannte Mikroelektronik-Programm in der DDR zum Gegenstand hat.<sup>3</sup> Die von mir vorgenommene Untersuchung der Wende-Ereignisse für diesen Industriebereich hat viele der von Jörg Roesler formulierten Annahmen bestätigt. Für einen zentralen Aspekt trifft dies jedoch nicht zu. Eine seiner sieben Schlußfolgerungen lautet: „Je stärker ein Betrieb seit Jahren oder Jahrzehnten sozial privilegiert war, je mehr er mit

---

1 In dem Buch von Bernd Gehrke und Renate Hürtgen „Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekanntete Seite der DDR-Revolution“, Berlin 2001, werden erstmals im breiten Ausmaß die betrieblichen Ereignisse, ihre Auswirkungen auf die Massenbewegung auf der Straße und umgekehrt untersucht. Zwei kurz nach der Wende erschienene Studien über die Betriebsratsgründungen in der Wendezeit betrachteten für die einzelnen Betriebe auch den Aufbruch im Herbst: Jürgen Kädler/Gisela Kottwitz: Betriebsräte zwischen Wende und Ende der DDR, Berlin Oktober 1990; Martin Jander/Stefan Lutz: Betriebsräte in der ehemaligen DDR. Eine vernachlässigte Institution, Berlin 1991.

2 Siehe Jörg Roesler: Die VEB in der Wende 1989/90, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2002/II, S.55-71. Siehe auch weiter Ders.: Die Eigentumsfrage in der Wende. Vorstellungen und Aktivitäten in Betrieben und Kombinatn 1990, in: Deutschland Archiv 2002, H. 2, S.761-769.

3 Diese soll in diesem Jahr 2006 unter dem Titel „Neue Technologien, Rationalisierung und sozialer Konflikt. Das Mikroelektronik-Programm in der DDR 1977-1989“ veröffentlicht werden. Das Manuskript wird hier als Diss. Klenke zitiert.

Investitionen ausgestattet worden war, je moderner er war, desto später nahmen die oppositionellen Kräfte im Betrieb den Kampf um Veränderungen auf.<sup>4</sup>

Jörg Roeslers Argumentation fußt auf drei Annahmen, nämlich daß a) aufgrund des unterschiedlichen Modernisierungsgrades eines Betriebes bzw. einer Branche sich die Arbeitsbedingungen in der DDR sehr unterschiedlich gestalteten, b) daraus ein unterschiedlicher Grad von Unzufriedenheit entstand und c) sich entsprechend der unterschiedlichen Unzufriedenheit auch die betriebliche Aktivität unterschiedlich gestaltete. Diese Punkte sollen im folgenden untersucht werden und zwar für die 1980er Jahre (als eine Zeit, deren Erfahrungen für die „Wende“ nicht unwesentlich war) und für die Zeit des eigentlichen Um- bzw. Aufbruchs 1989/90.

### *Arbeitsbedingungen, Arbeitszufriedenheit und Konfliktverhalten im Bereich der Mikroelektronik vor 1989*

In der späten DDR gestaltete sich die Investitionspolitik immer ungleichmäßiger. Die Bereiche der Volkswirtschaft, die im Zusammenhang mit dem sogenannten „Mikroelektronik-Programm“ in der DDR standen,<sup>5</sup> wurden in der Investitionspolitik bevorzugt. Hinsichtlich des Alters des Kapitalstocks ergab sich am Ende der DDR deshalb folgendes Bild: Die Hälfte der Ausrüstungen der Hersteller und Anwender von Bauelementen war fünf Jahre oder weniger alt. Dagegen besaßen fast drei Viertel der Ausrüstungen der Gesamtindustrie ein Alter von fünf Jahren und mehr, ein Fünftel war sogar über 20 Jahre alt.<sup>6</sup>

Davon ausgehend spricht Roesler von einer „sozialen Privilegierung“ der dort beschäftigten Arbeiter. Eine solche Schlußfolgerung ist allerdings fraglich. Sicherlich wurden mit der Anwendung der neuen Technik die klassischen Arbeitsbelastungen aus körperlich schwerer und gesundheitsgefährdender Arbeit reduziert. Mit dem steigenden Anteil geistiger Arbeiten entstanden aber zugleich neue Arbeitsbelastungen. Vor allem die sogenannte „psychonervale“, d. h. nervliche, Belastung nahm zu. Mit den modernen Anlagen erhöhte man zugleich die Produktionsziele. Darüber hinaus änderten die neuen Modernisierungsvorhaben nichts daran, daß die sozialen Aspekte im Arbeitsprozeß weiterhin vernachlässigt wurden. Das betraf nicht nur die unmittelbaren Arbeitsbedingungen. Auch die baulichen und sanitären Anlagen waren oft mangelhaft. Nicht selten mußte für einen neuen bzw. modernisierten Maschinenpark der bisherige Pausenraum weichen.

Die Arbeit für die oder mit der neuen Technik war also nicht mit einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gleichzusetzen.<sup>7</sup> Das belegen zumindest die betrieblichen

---

4 Siehe Roesler, VEB, S.67.

5 Dazu müssen nicht nur die Industriebereiche gezählt werden, in denen die Mikroelektronik entwickelt und produziert, sondern auch solche, in denen sie in verschiedenen Formen wie Industrieroboter, computergesteuerte Maschinen oder Personalcomputer angewendet wurde.

6 Siehe Werner Hübner u. a.: Mikroelektronik in der ehemaligen DDR. Berliner Bank Unternehmer-Report Nr. 3, Berlin 1990, S.37; Günther Kusch u.a.: Schlußbilanz einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991.

7 Siehe Diss. Klenke, Kapitel 5 „Neue Technologie = neue Arbeitsverhältnisse?“.

Untersuchungen der damaligen Zeit. Für den Bereich der weitgehend monotonen Chipfertigung wurde eine außergewöhnlich hohe Arbeitsbelastung festgestellt. Eine Befragung junger Elektronikerinnen aus dem Halbleiterwerk Frankfurt/Oder ergab, daß sich diese an den Feierabenden weitaus weniger erholen konnten als Beschäftigte gleichen Alters anderer Industriebetriebe.<sup>8</sup> In jedem Fall blieben die Produktions- und Arbeitsbedingungen hinter den Erwartungen zurück, die im Zusammenhang mit der neuen Technik entstanden waren. 1987 wies eine für den parteiinternen Gebrauch angefertigte arbeitswissenschaftliche Studie auf „kritische[n] Anmerkungen der Arbeiter“ hin, die an modernen Maschinenparks – sogenannten „Flexiblen Maschinensystemen“ (FMS) – arbeiteten. Die Praxis der häufigen Abstriche an der Realisierung von „sozialen Zielstellungen“ widerspräche „den Bedürfnissen und Erwartungen der Werktätigen in den FMS und ruft Unzufriedenheit hervor.“<sup>9</sup> Daneben dokumentieren betriebsinterne Studien, daß die Beschäftigten kaum Einfluß auf die Einführung und Anwendung der neuen Technik besaßen. Nicht zuletzt deshalb wartete die SED vergeblich darauf, daß sich im Umfeld der neuen Technik ein Produzent mit „neuem Eigentümerbewußtsein“ herausbildete.<sup>10</sup>

Wie in den Betrieben und Einrichtungen der DDR-Wirtschaft allgemein, kam es auch in dem Bereich der Mikroelektronik zu Arbeitskonflikten. Statt der klassischen Form des Streiks, der in der späten DDR insgesamt eine Randrolle spielte, gab es eher ein verdecktes, informelles Konfliktverhalten, oder man nutzte mit dem Schreiben sogenannter „Eingaben“ das staatliche Beschwerdewesen. Aufgrund der Seltenheit offener Konflikte lassen sich nur schwer verallgemeinerte Aussagen über das unterschiedliche Konfliktausmaß und die dafür verantwortlichen Faktoren treffen. Aus der Literatur und nach meinem eigenen Aktenstudium<sup>11</sup> waren folgende Aspekte für das Zustandekommen von Arbeitskonflikten zentral: die Arbeitssituation, die Stärke des Kontrollapparates im Betrieb und die soziale Zusammensetzung des Arbeitskollektivs. Die ersten beiden Aspekte waren oft miteinander verknüpft. Es scheint, daß sich in den 1980er Jahren brisante Arbeitskonflikte vergleichsweise öfter in wirtschaftlich vernachlässigten Betrieben ereigneten. Dazu gehörten Klein- und Mittelbetriebe, Betriebe aus der örtlich geleiteten Wirtschaft wie aus vernachlässigten Ministeriumsbereichen. Da in den Klein- und mittelgroßen Betrieben die SED und die Massenorganisationen meist weniger etabliert waren, kamen hier öfter katastro-

---

8 Siehe Sybille Säiler: Individuelle und kollektive Produktivkraftentwicklung als Erfordernis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der sozialistischen Lebensweise, Humboldt-Universität zu Berlin, März 1990, Bd. 2, S.57.

9 Sh.T. Tostschenko/R. Weidig (Leiter): Soziale und ideologische Prozesse und Probleme der Anwendung flexibler Automatisierung in Industriebetrieben der Sowjetunion und der DDR, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, Dezember 1987, S.53, 15 (unveröffentlicht).

10 Siehe Diss. Klenke, Kapitel 6. Versuche zur Mobilisierung des Arbeitsvermögens, insbesondere 6.4. und 6.7.

11 Siehe für den Bereich der Mikroelektronik: Diss. Klenke, Kapitel 8, 9 und 12. Dort finden sich auch Hinweise auf einschlägige Literatur zum Konfliktverhalten der Arbeiter, jüngst Peter Hübner: Arbeitskampf im Konsensgewand? Zum Konfliktverhalten von Arbeitern im „realen“ Sozialismus, in: Hendrik Bispinck u. a. (Hrsg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S.195-213.

phale Arbeits- und Produktionsbedingungen mit geringer politischer Kontrolle zusammen.

Desweiteren übte die soziale Zusammensetzung des Kollektivs einen Einfluß auf das Konfliktverhalten aus. Oft waren es eher gewachsene, gefestigte Brigaden mit überwiegend männlicher Belegschaft, die einen offenen Konflikt riskierten. Anders war es dagegen bei jungen Brigaden oder Brigaden mit weiblichen Mitgliedern. Auch hier gab es Konflikte. Aber die kurze Betriebszugehörigkeit führte bei Jungarbeitern dazu, daß eher Fluktuation vorherrschte. Ähnlich verhielt es sich bei den weiblichen Beschäftigten. Diese besaßen zum Teil weniger Fabrikerfahrung, investierten durch ihre Doppel- bzw. Dreifachbelastung mit Familie und Kind in die Belange am Arbeitsplatz oft weniger Energie und zogen gegebenenfalls den Weg des Arbeitsplatzwechsels vor. Die neuen Arbeitskräfte der Mikroelektronik rekrutierten sich überproportional aus diesen beiden Beschäftigtengruppen.

Soweit man überhaupt davon sprechen kann, daß es in den Betrieben des Mikroelektronik-Programms weniger zu offenen Auseinandersetzungen kam, ist die Ursache in den oben genannten Gründen zu suchen und nicht in einem „moderneren Charakter“ der Technik. Ähnliches galt und gilt übrigens auch für den „Westen“, wo man versucht(e), den schwachen Organisationsgrad der Gewerkschaften in der IT-Branche aus einem „neuartigen techno-ökonomischen Charakter“ der Arbeit zu (v)erklären. Auch dort muß der Grund in der sozialen Zusammensetzung der Arbeitskräfte sowie den konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen gesucht werden.<sup>12</sup>

#### *Der betriebliche Aufbruch 1989 und seine Akteure*

Zurück zur These Roeslers, „daß es bezüglich des Beginns der Herbstrevolution in den Betrieben einen umgekehrten Zusammenhang zwischen dem Grad der technischen Modernität und sozialen Privilegierung einerseits und der Bereitschaft, sich an den revolutionären Ereignissen zu beteiligen, andererseits, gab.“<sup>13</sup> Dementsprechend hätte es im Jahr 1989 in den Betrieben des Mikroelektronik-Programms deutlich weniger betriebliche Aktivitäten geben müssen. Aber unter der bisher breitesten Zusammenstellung betrieblicher Aktivitäten von Bernd Gehrke und Renate Hürtgen sowie aus eigenen Recherchen finden sich hierfür keine Belege. Den betrieblichen Aufbruch dominierten nicht Betriebe mit außerordentlich veralteter Produktstruktur. Im Gegenteil, es waren zahlreiche Betriebe beteiligt, die im Zusammenhang mit dem Mikroelektronik-Programm standen.<sup>14</sup> Welche Erklärung kann dafür herangezogen werden?

Roeslers Beleg für seine These ist der Fall des Büromaschinenwerkes Sömmerda. In dem Werk, das Personalcomputer produzierte, hätte es aufgrund des moderneren

---

12 Siehe Boy Lüthje: Standort Silicon Valley – Ökonomie und Politik der vernetzten Massenproduktion, Frankfurt/Main 2001, S.151f.

13 Roesler, VEB, S.56.

14 Siehe den Dokumententeil in der zweiten Hälfte des Bandes von Gehrke/Hürtgen, Aufbruch.

Maschinenparks einen kleineren und verspäteten betrieblichen Aufbruch gegeben.<sup>15</sup> Aber aus meinen Recherchen lassen sich ebenso Gegenbeispiele anführen, etwa den VEB Hochvakuum Dresden. In diesem Betrieb, der vermutlich produktionstechnisch nicht schlechter ausgestattet war, kam es bereits im Sommer 1989 zu ersten Protesten und später zu einer Initiative zur Gründung eines Betriebsrates.<sup>16</sup> Die verspätete Entwicklung im Büromaschinenwerk Sömmerda scheint vielmehr darauf zurückzuführen zu sein, daß die Demonstrationen in der Stadt kleiner waren und erst relativ spät begannen.<sup>17</sup> Im Prinzip ist dies eine Bestätigung für den von Roesler aufgestellten Zusammenhang zwischen einem späten Zeitpunkt des betrieblichen Aufbruchs und dem „Hinterherhinken“ der revolutionären Ereignisse in den jeweiligen Regionen. Ein plastisches Beispiel für die „äußeren Einflüsse“ auf die betrieblichen Aktivitäten bot auch die erste kleine Streikwelle Anfang Oktober. Sie hing eng mit der verordneten Grenzschießung zur ČSSR zusammen und fand vor allem im dortigen Grenzgebiet statt. Zu Bummelstreiks und Arbeitsniederlegungen kam es sowohl in einem Bergbaubetrieb bei Altenberg, als auch im Automobilwerk in Eisenach und im am Mikroelektronik-Programm beteiligtem VEB Uhrenwerk Ruhla.<sup>18</sup> Im Herbst 1989 war in mehr oder weniger allen Betrieben die Unzufriedenheit weit verbreitet. Die Frage, ob sie in Aktivität umschlug, hing weniger von den konkreten Arbeitsbedingungen ab. Neben dem von Roesler benannten subjektiven Faktor der Existenz und der Stärke von Oppositionsgruppen in und außerhalb des Werkes gab es noch einen weiteren. Die besondere soziale Charakteristik der Opposition, so meine Behauptung, hatte einen nicht unbedeutlichen Einfluß auf die Frage, wie sich der betriebliche Aufbruch gestaltete. Die Oppositions- und Bürgerrechtsgruppen waren kein organisierter Ausdruck der Bewegung auf der Straße. An den Straßendemonstrationen nahmen Arbeiter wesentlich öfter teil als Angehörige der Intelligenz.<sup>19</sup> Bei der sozialen Zusammensetzung der Oppositionsgruppen verhielt es sich genau umgekehrt. Hier dominierten Intellektuelle, kirchliche Funktionsträger, während die Arbeiter in der Minderheit waren und etwa 10-12 Prozent der Mitglieder ausmachten.<sup>20</sup> Die Initiatoren und Träger des betrieblichen Aufbruchs weisen hinsichtlich ihrer sozialen Charakteristik eine gewisse Ähnlichkeit zu den Oppositionsgruppen auf und stammten übermäßig stark aus dem Bereich des betrieblichen Mittelbaus und der technischen Intelligenz.<sup>21</sup>

---

15 Siehe Roesler, VEB, S.56.

16 Siehe SAPMO-BArch, DY 34/13253, Eingabe der Gewerkschaftsgruppe 1.12. des VEB Hochvakuum Dresden. Siehe auch Gehrke/Hürtgen, Aufbruch, S.389, Dokument 48: Bildung eines Betrieblichen Rates im VEB Hochvakuum Dresden, 7.12.1989.

17 Siehe Annegret Schüle: BWS Sömmerda. Die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen, Erfurt 1995, S.341.

18 Siehe Bernd Gehrke: Demokratiebewegung und Betriebe, in: Ders./Hürtgen, Aufbruch, S.238.

19 Siehe Karl-Dieter Opp/Peter Voß: Die Volkseigene Revolution, Stuttgart 1993, S.214.

20 Siehe Gehrke/Hürtgen, Aufbruch, S.85. Ähnliche Zahlen in Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 2001, S.58-60.

21 Diesen Eindruck vermitteln nicht nur die Beispiele in der Dokumentation von Gehrke/Hürtgen (Aufbruch, S.30, 79-81, 108), sondern auch die Studien von Kädler/Kottwitz, Betriebsräte, und Jander/Lutz, Betriebsräte.

Dieser Umstand ist weniger verwunderlich, als es vielleicht auf den ersten Blick erscheint. Es war und ist keineswegs ungewöhnlich, daß Personen, die aus der gesellschaftlichen Mittelschicht herkommen, eher gesellschaftliche Aktivitäten entwickeln.<sup>22</sup> Die Ursache dafür liegt wesentlich in den Erfahrungen, die im Lebens- und Arbeitsalltag gesammelt werden und die gesellschaftliche Partizipation beeinflussen. Im Gegensatz zu den Arbeitern und einfachen Angestellten befinden sich Mitglieder der Mittelschichten in einer Situation, in der es weniger Einschränkungen und mehr Möglichkeiten zur Selbstentfaltung gibt. In der DDR leisteten ausgebildete Hoch- und Fachschulkader, aus denen sich der betriebliche Mittelbau überwiegend rekrutierte, eine wesentlich „schöpferische“ und mit mehr „eigener Entscheidungsbefugnis“ ausgestattete Arbeit als die Masse der Arbeiter.<sup>23</sup> Bereits bezogen auf das Eingabewesen der DDR hatten es die Angehörigen der Intelligenz in der DDR besser verstanden, sich zu artikulieren, und häufiger auf diese Protestform zurückgegriffen als die Arbeiter.<sup>24</sup> Es ist einsichtig, daß sich diese Erfahrung zunächst auch im Kampf um Beteiligungschancen des Jahres 1989 niederschlug. Unbeantwortet ist jedoch die Frage, ob dieser Umstand weiter bestanden hätte, wenn es zu einem breiteren betrieblichen Aufbruch gekommen wäre.

Zwischen der Mehrheit der Mitglieder der Oppositionsgruppen und den Aktivisten im Betrieb gab es allerdings gewichtige Unterschiede. Zunächst war im Betrieb naturgemäß die Gruppe der Intelligenz keineswegs so stark repräsentiert wie bei den Bürgerrechtsgruppen. Das läßt zumindest eine grobe Durchsicht der Dokumente aus dem Buch von Gehrke/Hürtgen vermuten.<sup>25</sup> Danach kann man die Initiativen zu etwa je einem Viertel der Arbeiterschaft oder dem betrieblichen Mittelbau bzw. Verwaltungsbereich zuordnen. Die andere Hälfte war nicht eindeutig zu bestimmen, oder die Initiative wurde gemeinsam gestartet.

Neben der anderen sozialen Zusammensetzung bestand tendenziell ein weiterer zentraler Unterschied zwischen der Opposition auf der Straße und im Betrieb, der gerade mit dem ersten Umstand zusammenhing: „Die Sprecher der Bürgerbewegung und die Betriebsaktivisten waren in gewisser Weise ja zwei Welten, die da aufeinander trafen.“<sup>26</sup> Das berührt die Frage der verschiedenartigen sozialen Milieus inner-

---

22 Siehe Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Bonn 2004, S.96 und 75, 89.

23 Siehe Selbsteinschätzung der Arbeitstätigkeit nach Qualifikation 1987, Teil der Studie „Sozialstruktur und Lebensweise“, in: Siegfried Grundmann: Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung, Berlin 1997, S.17.

24 Siehe Renate Hürtgen: „Keiner hatte Ahnung von Demokratie. Im Betrieb sowieso nicht“. Vom kollektiven Widerstand zur Eingabe oder Warum die Belegschaften 1989 am Anfang eines Neubeginns standen, in: Gehrke/Dies., Aufbruch, S.200.

25 Siehe den Dokumententeil „Aus Betrieben und Berichte über Betriebsaktivitäten“. Initiativen wie etwa aus Kultureinrichtungen wurden der Mittelschicht zugeordnet. Eine solche Übersicht ist natürlich mit Fehlern behaftet, schon allein wegen der Auswahl der Dokumente. Das Problem der Auswahl besteht auch für die Untersuchung Roeslers, die fast ausschließlich alte Betriebe bzw. Betriebe aus älteren Industriezweigen wie Kohle, Chemie, Stahl behandelt.

26 Diskussionsbeitrag Bernd Gehrkes in: Ders./Hürtgen, Aufbruch, S.83.

halb der Oppositionsgruppen als auch zwischen diesen und der Mehrheit der Arbeiter. Aus der sozialen Position ergaben sich unterschiedliche soziale Anliegen und Interessen. Opp/Voss beschreiben in ihrer „Volkseigenen Revolution“ die Intention der meisten Oppositionellen so: „Sie wollten nicht die Macht übernehmen, sondern gleichberechtigter Partner einer ‚geläuterten‘ SED im Reformprozeß sein.“<sup>27</sup> Die Arbeiter erteilten dagegen dem SED-Regime wie der DDR insgesamt eine grundlegende Absage und forderten mehrheitlich die Wiedervereinigung. Die differente politische Orientierung führte zu Auseinandersetzungen und beeinflusste den Gang der Ereignisse. Als ein Beispiel ist die Ablehnung eines Generalstreiks durch die führende Bürgerrechtsgruppe „Neues Forum“ zu nennen, mit dem der betriebliche Aufbruch hätte an Breite und Tiefe gewinnen können.<sup>28</sup> Hier liegt ein bisher wenig bearbeitetes Forschungsfeld.

Wie lautet nun das Fazit dieses Beitrages auf die eingangs benannte Annahme von Jörg Roesler? Der Grad der technischen Modernität eines Betriebes beeinflusste nicht wesentlich die Bereitschaft, sich an den revolutionären Ereignissen zu beteiligen. Unter der Beachtung, daß äußere Faktoren wie die Stärke der Oppositionsgruppen und der Stand der Straßendemonstration im Umfeld des Werkes einen entscheidenden Einfluß besaßen, ist vielmehr zu vermuten, daß es aufgrund der Überrepräsentanz von Angehörigen der Intelligenz und des betrieblichen Mittelbaus als Träger betrieblicher Initiativen zunächst in den hochtechnologisierten, modernen Betrieben vergleichsweise öfter zu einem betrieblichen Aufbruch kam. Denn dort gab es meist größere Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und damit einen hohen Anteil der technischen Intelligenz an der Gesamtbelegschaft. Dies würde auch erklären, warum verhältnismäßig viele Betriebe, die Gehrke/Hürtgen zufolge am betrieblichen Aufbruch beteiligt waren, zugleich im Zusammenhang mit dem Mikroelektronik-Programm standen.

---

27 Opp/Voss, *Revolution*, S.204.

28 Siehe Gareth Dale: *The East German Revolution of 1989*, in: Colin Barker/Paul Kennedy (Hrsg.): *Studies in Protest and collective action*, Avebury 1996, S.102-107. Siehe zur Frage des Generalstreiks Bernd Gehrke: *Die „Wende“-Streiks. Eine erste Skizze*, in: Ders./Hürtgen, *Aufbruch*, S.256-260.

## Berichte

### Verrat? Fakten – Fiktionen – Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts (Teil III)

Harald Lange

Der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung schloß seine gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführten Veranstaltungen zum genannten Thema am 7. Oktober 2005 mit dem Teil III ab. Er wandte sich schwerpunktmäßig den innerparteilichen Verratsvorwürfen der kommunistischen Parteien zu. Die I. Tagung hatte am 26. September 2003 stattgefunden.<sup>1</sup> Dort waren Fragen des kommunistischen Selbstverständnisses, des Stalinismus und andere mit dem Hauptthema in Verbindung stehende Grundsatzprobleme diskutiert worden. Die II. Tagung am 29. und 30. Oktober 2004 hatte sich mit den Verratsvorwürfen innerhalb und gegen die SPD sowie mit anderen konkreten Vorgängen, insbesondere in der kommunistischen Weltbewegung, befaßt, in denen „Verrat“ und „Abweichlerturn“ eine Rolle spielten.

In allen drei Veranstaltungen gab es höchst interessante und detailreiche Vorträge, an die sich lebhaft, z. T. kontroverse und mitunter aus eigenem Erleben gespeiste Diskussionen anschlossen. Leider ließ die Teilnahme zu wünschen übrig. Zumeist waren nur zwischen 25 und 40 Personen anwesend. Vielleicht findet die vorgesehene Publikation der Vorträge aus den drei Veranstaltungen, ergänzt um Beiträge von Personen, die nicht zu den Tagungen anreisen konnten, ein größeres Publikum. Zu wünschen wäre es, denn so umfassend und differenziert ist dieses wichtige Thema noch nirgendwo behandelt worden. Zwar werden in Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung „Abweichler“ und „Renegaten“ genannt, gegen die der Vorwurf des Verrats erhoben worden war. Doch die auf den drei Tagungen gebotene Fülle des Stoffs gestattete den Teilnehmern und gestattet den (hoffentlich zahlreichen) künftigen Lesern der angekündigten Publikation einen tieferen Einblick in die komplizierte Problematik des Verrats und führt zu einem umfassenderen Verständnis der Gründe für den Niedergang der kommunistischen Weltbewegung und der Auflösung des sozialistischen Staatensystems.

Eröffnet wurde der Teil III am 7. Oktober 2005 von *Jörn Schütrumpf* (Berlin), der das angekündigte Thema seines Vortrags „Paul Levi – zum Verrat unfähig“ geändert und ihm den Titel „Paul Levi – Verräter am Bolschewismus im Geiste Rosa Luxemburgs“ gegeben hatte. Diese Titeländerung weist in aller Kürze bereits auf die Ambivalenz des Begriffs „Verrat“ bzw. „Verräter“ hin, die auch in fast allen anderen Vorträgen und in der Diskussion einen wichtigen Platz einnahm. Schütrumpf befaß-

---

<sup>1</sup> Siehe Bericht von Rolf Apel in *JahrBuch I/2004*, S.172-176.

te sich mit den Unterschieden im Parteiverständnis Lenins und Luxemburgs. Levi habe wie Rosa Luxemburg die Auffassung vertreten, das Proletariat solle sich durch die gelebte Praxis von der Alternative Barbarei oder Sozialismus überzeugen und damit einen Zuwachs an Selbstbewußtsein sowie die Fähigkeit zum eigenen Handeln gewinnen. Nach dem Heidelberger Parteitag der KPD im Oktober 1919, auf dem die Vertreter der revolutionären Phrase die Mehrheit stellten, und dann während des Mitteldeutschen Aufstands 1921, in dem die revolutionären Arbeiter verheizt wurden, sei er in einen prinzipiellen Gegensatz zum Kurs der Komintern geraten. Er trat schließlich vom Parteivorsitz zurück und nahm die Verdammung als „Verräter“ auf sich. Der Vortrag von *Harald Jentsch* (Frankfurt a. Main) zum Thema „Das Jahr 1923 und der Brandlerismus – Verrat an kommunistischen Prinzipien?“ schloß sich thematisch eng an die von Schütrumpf aufgeworfenen Fragen an. Brandler und Thalheimer hätten das Vorhandensein objektiver Voraussetzungen für einen Erfolg des Mitteldeutschen Aufstands in Frage gestellt. Der V. Weltkongreß der Komintern im Juli 1924 habe das zurückgewiesen und beider Verhalten als Feigheit und Verrat gewertet. Es sei wieder an den „permanenten Verrat“ der SPD erinnert worden. Die Einheitsfront von unten zu schmieden hieß fortan, sich entschieden gegen die SPD-Führung zu wenden. *Horst Helas* (Berlin) erinnerte in seinem Vortrag an die Wittorf-Affaire, die beinahe zur Ablösung Thälmanns geführt hätte, dann aber eine Wendung nahm, in der die „Versöhnler“ in die Ziellinie der Komintern gerieten.

In der Diskussion, die sich an diese ersten drei Vorträge anschloß, wies *Theodor Bergmann* (Stuttgart) darauf hin, daß eine wesentliche Ursache für die Feindseligkeit Stalins gegenüber Brandler und Thalheimer in deren Neutralität begründet gewesen sei, die sie in der Frage, wer Lenins Nachfolge antreten solle, an den Tag gelegt hätten. *Ulla Plener* (Berlin) hob die Tatsache hervor, daß bei allen Verratsvorwürfen, die es in den einzelnen Abteilungen der Arbeiterbewegung häufig gegeben habe, es nur im Parteikommunismus zu ausgesprochenen Exzessen gekommen sei.

Der zweite Teil der Tagung war Vorgängen in den Jahren nach 1945 gewidmet.

*Theodor Bergmann* referierte zum Thema „Liu Shaoqi – der chinesische Chrusčev. Tragödie eines Kommunisten“. Er zeichnete den Lebensweg Lius kurz nach, der im Anschluß an den verfehlten „Großen Sprung nach vorn“ Staatspräsident geworden war und begonnen hatte, mit den Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen. Nachdem Mao Zedong die „Kulturrevolution“ angezettelt hatte, wurde Liu verhaftet und zu einer umfassenden Selbstkritik veranlaßt. Dennoch wurden die Anklagen gegen ihn verschärft. 1969 starb er im Gefängnis. 1981 wurde er öffentlich rehabilitiert. Bergmann ging u. a. auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklung in der Sowjetunion und in China ein. Als Gemeinsamkeiten zwischen der KPdSU und der KP Chinas hob er vier Punkte hervor: Erstens die großen Defizite in der innerparteilichen Demokratie. Zweitens die Repressionen gegen Andersdenkende. Drittens die unkontrollierte Macht der Geheimdienste. Viertens die übermäßige Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Die KP Chinas habe sich jedoch auch in wenigstens vier Punkten von der KPdSU unterschieden. Erstens gab es in der KP Chinas immer zwei Linien. Zweitens konnte sich Zhou Enlai fast immer als ausgleichendes Element betätigen. Drittens konnten Reformen durchgesetzt werden; Fehler wurden

öffentlich eingestanden. Viertens sind die neuen Führer Chinas Opfer der „Kulturrevolution“ gewesen. Ihre Rehabilitation wurde mit grundsätzlichen politischen Schlußfolgerungen verbunden.

„Der Verratsvorwurf in der KPD Westdeutschlands 1948-1955“ wurde von *Herbert Mayer* (Berlin) behandelt. Die SED-Führung – so hob er hervor – habe von Anfang an Programmatik, Kaderentwicklung und Politik der Kommunistischen Partei in Westdeutschland bestimmt. Mit der Anti-Tito-Kampagne 1948/49 hätten die systematischen Parteisäuberungen begonnen. Die KP verlor fast ein Viertel ihrer Mitglieder. Nach der für die KPD enttäuschenden Bundestagswahl 1949 wurden Sündenböcke gesucht. Die SED forderte, die KPD von „Agenten“ zu säubern. Auch führende Funktionäre wurden verfolgt. Der stellvertretende Parteivorsitzende Kurt Müller wurde bei einem Aufenthalt in Ostberlin verhaftet. Im März 1951 wurde der Höhepunkt der Säuberungswelle erreicht. Auch der Umtausch der Mitgliedsbücher wurde für das Auffinden von „Agenten“ und „Verrätern“ genutzt. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 kam es nur in seltenen Fällen zu Rehabilitationen. Eine echte Aufarbeitung dieses Kapitels der Vergangenheit habe es in der KPD bis heute nicht gegeben.

*Thomas Klein* (Berlin/Potsdam) sprach zum „Verratsvorwurf in der Arbeit der ZPKK der SED 1948-1955“, wobei er grundsätzliche Fragen des Verratsvorwurfs in den Mittelpunkt seines Vortrags rückte. Der Zweck der Beschuldigungen habe in der öffentlichen Wirkung bestanden, die aus der negativen Assoziation mit Vertrauensbruch entstand. Je reibungsloser der Zugriff der Partei auf die Staatsmacht gewesen sei, desto stärker sei der Verratsvorwurf für die Gesellschaftsgestaltung brauchbar gewesen. Der Parteifeind wurde zum Staats- und Volksfeind. Schon Abweichungen aller Art konnten als Vorstufen zum Verrat gewertet werden. Denunziationen wurden somit automatisch zu einer staatsbürgerlichen Pflicht. Alle Parteimitglieder mußten an der „Jagd“ nach Feinden teilnehmen. Erreicht werden sollte eine möglichst vollständige Immunisierung der Partei gegen jeglichen Widerspruch oder Widerstand. Die nahezu optimale Tätigkeit der ZPKK habe wesentlich dazu beigetragen, daß das System der DDR relativ lange stabil blieb. Wichtig sei zudem der Einfluß der Vertreter der SMA gewesen, die stets darauf gedrängt hätten, keine „Opportunisten“ zu dulden. Sie müßten als „Geschwür im Körper der Partei“ entfernt werden. Der 17. Juni 1953 sei – so Klein – für die Parteiführung von einer traumatischen Dimension gewesen. Die Entwicklung 1968 in der ČSSR hätte den Druck noch verschärft. Nunmehr sei schon der Austritt aus der Partei als Verrat gewertet worden. Mit dem Übergang zum Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik habe sich dann in den 70er Jahren eine beachtliche Entwicklung vollzogen, in der sich die Einsicht verbreitete, daß nicht alles mit Gewalt erreicht werden könne. Gleichzeitig habe dieser Kurs jedoch auch zu einer Entpolitisierung der Arbeiterschaft geführt. Diese anfänglich für das Herrschaftssystem günstigen Wirkungen hätten sich umgekehrt, als die sozialen Wohltaten ihre Wirkung verloren und die völlige Isolierung der SED-Führung von der Bevölkerung immer deutlicher wurde.

*Volkmar Schöneburg* (Potsdam) sprach zum Thema „Der Verratsvorwurf in der politischen Strafjustiz der BRD und der DDR 1949-1961“. Er ging dabei zurück bis zum

Hochverratsparagrafen in der Weimarer Verfassung. In der seinerzeitigen Rechtsprechung seien auch bereits Vorbereitungen zum Hochverrat, z. T. auch Gesinnungen für strafwürdig erachtet worden. Nicht erst der sogenannte Volksgerichtshof der Nazis, schon das Reichsgericht der Weimarer Republik hätte den Paragraphen vornehmlich gegen Kommunisten genutzt. In der BRD sei 1951 durch das „Blitzgesetz“ der Hochverratsparagraf nicht nur reaktiviert, sondern zusätzlich durch neue Staatsschutznormen verschärft worden. Es habe z. B. den sog. Verfassungsverrat gegeben, mit dem man verbotene Kontakte zur DDR erfassen konnte. Der Bundesgerichtshof habe sogar argumentiert, daß Generalstreik und Massendemonstrationen als Gewaltanwendung zu verstehen seien und demgemäß bestraft werden könnten. In allen diesen Zusammenhängen habe es ca. 120.000 Ermittlungsverfahren und ca. 7.000 Verurteilungen gegeben, die in der BRD eine starke Disziplinierungswirkung entfalteten. Die seinerzeit in der DDR dazu veröffentlichte Literatur sei im großen und ganzen realistisch gewesen, wenn sie auch teilweise überhöhte Wertungen enthalten hätte. Dies habe jedoch in keiner Weise zu positiven Folgerungen für die eigene Rechtsprechung geführt. So wurde die zentrale Strafnorm der DDR, die Boykottethese, willkürlich gegen alles mögliche angewandt. Auch in der DDR seien bereits Vorbereitungshandlungen für strafwürdig erachtet worden. Über „Parteiverrat“ und auch „Staatsverrat“ wurde im Politbüro entschieden.

In der anschließenden Diskussion wurde erörtert, wie weit die mangelnde Souveränität der DDR gegenüber der UdSSR eine Rolle gespielt habe. Bergmann gab zu bedenken, daß der Widerstand nach 1945 in den sozialistischen Staaten danach zu differenzieren sei, ob er sich gegen den Staat gerichtet habe oder ob es darum gegangen sei, einen besseren Sozialismus zu erstreben. Die kommunistischen Parteien der westlichen Länder – so Klein – hätten den stalinistischen Kurs und damit den Kampf gegen „Abweichler“ und „Verräter“ mitgemacht, da es nicht plausibel gewesen wäre, wenn es in den grundsätzlichen Fragen wesentliche Unterschiede zur Praxis in den sozialistischen Ländern gegeben hätte.

Ein weiterer Gegenstand der Diskussion war der Begriff des „Totalitarismus“ und dessen unterschiedliche bzw. unterschiedslose Verwendung. Man war sich einig, daß es sich lohne, hierzu eine eigene Veranstaltung zu organisieren. Dazu könne man z.B. den 100. Geburtstag von Hannah Arendt im kommenden Jahr nutzen, deren Ausführungen zum Totalitarismus vielfach mißdeutet werden.

In ihrem Schlußwort wies Ulla Plener auf die verheerenden Folgen hin, die die gegenseitigen Verratsvorwürfe in der internationalen Arbeiterbewegung angerichtet hätten. Letzten Endes habe die in der kommunistischen Bewegung exzessiv betriebene Suche nach Verrätern zu beständigem Mißtrauen, zu Menschenverachtung, zur Sippenhaft und vielfach zu rechtswidrigen Todesurteilen geführt. Diese Diskreditierung der kommunistischen Idee habe zum Niedergang der kommunistischen Weltbewegung entscheidend beigetragen. Ohne Toleranz und ohne Anerkennung der objektiv bedingten Vielfalt sozialistischen Denkens sei die sozialistisch orientierte Bewegung nicht lebensfähig.

# Wissenschaftliches Kolloquium des MEGA-Fördervereins

Rolf Hecker

Der Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V. ist seit nunmehr 15 Jahren aktiv tätig, um die wissenschaftliche Debatte um das Œuvre von Marx und Engels fortzuführen und mit neuen Erkenntnissen zu bereichern. Dazu gehört das jüngste Kolloquium zum Thema: „Das Kapital“ – Marx' Konzeption und Engels' Druckfassung“, das vom 21. bis 23. Oktober 2005 in der Jugendbildungsstätte „Kurt Löwenstein“ in Werftpfuhl bei Berlin veranstaltet wurde. Der Anlaß für dieses Thema war ein zweifacher: Vor 120 Jahren veröffentlichte Engels den zweiten Band des „Kapitals“ über den Zirkulationsprozeß des Kapitals, und Anfang November 2005 erschien der MEGA-Band II/12, in dem das von ihm dafür angefertigte Redaktionsmanuskript erstmals veröffentlicht wird. Das Kolloquium wurde gemeinsam mit der „Marx-Gesellschaft e.V.“ und mit „Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.“ ausgerichtet. Anwesend waren rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Bundesrepublik, aus Italien, Griechenland und den Niederlanden.

Der von einer japanischen Forschungsgruppe vorbereitete MEGA-Band II/12 wurde auf dem Kolloquium von *Rolf Hecker*, der zum Editionsteam gehört und Vereinsvorsitzender ist, vorgestellt (siehe im vorliegenden Heft S. 98-106).

*Carl-Erich Vollgraf* (Berlin) ging in seinem Vortrag auf Engels' Kapitalismus-Bild und seine dadurch entstandenen inhaltlichen Zusätze zum dritten Band des „Kapitals“ ein. Vollgraf hob u. a. folgende Grundüberzeugungen von Engels hervor, die sich in seiner Redaktion des dritten Bandes niederschlugen: „Wie immer sich auch der Mehrwert zwischen den Kapitalisten verteilt, als Profit, Zins oder Rente – er stammt aus Arbeiterhand; eine herausragende Rolle für Entfaltung und Ablauf der kapitalistischen Reproduktion spielen die modernen Kommunikations- und Transportmittel; Kapital ist nicht gleich Kapital, Kapitalist nicht gleich Kapitalist. Das ‚wirkliche‘ produktive Kapital steht dem parasitären, nur verzehrenden fiktiven Kapital ebenso gegenüber wie beim Kapitalisten der produktive Unternehmer dem spekulierenden Geldkapitalisten.“ Eine der Schlußfolgerungen von Vollgraf lautete: „An den untersuchten Theoremen zeigt sich, daß Engels die kapitalistische Wirtschaftsstruktur anders beleuchtete, angehen konnte und angehen mußte, als es Marx für das ‚Kapital‘ konzipiert hatte, indem er nämlich die politischen Einflußfaktoren auf die ökonomischen Strukturen und Prozesse ständig einbezog.“ (Der vollständige Aufsatz wird in den „Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2004“, die Anfang 2006 erscheinen werden, veröffentlicht.) *Michael Krätke* (Amsterdam) resümierte das sogenannte Marx-Engels-Problem. Er ordnete Engels' Tätigkeit zur Herausgabe des zweiten und dritten Bandes in den historischen und politischen Kontext der Entwicklung der Arbeiterbewegung ein und wies nach, daß Engels Marx nicht verfälscht hat.

Weiterhin wurden die Beiträge von *Dieter Wolf* (Berlin), *Jannis Milios* (Athen) und *Roberto Fineschi* (Siena) diskutiert. Wolf behandelte die Semantik, Struktur und Handlung im „Kapital“, Milios wandte sich der Gesamtkapitalreproduktion und der Keynesischen Interpretation von Marx zu, während Fineschis Vortrag den Abstraktionsebenen des Marxschen Kapitalbegriffs gewidmet war.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung des David-Rjazanov-Preises 2005 durch den MEGA-Förderverein. Er ging an *Falko Schmieder* aus Berlin. In der Begründung wurde besonders seine ausgewogene Darstellung von kritischer Literaturanalyse und Marx' Rezeption anhand der neuesten Edition in der MEGA und im Marx-Engels-Jahrbuch 2003 hervorgehoben. Die „Thesen über Feuerbach“, erst jüngst in MEGA IV/3 erneut ediert, und die Manuskripte der „Deutschen Ideologie“, die etwa 2008 in MEGA I/5 erscheinen sollen, stehen immer wieder im Brennpunkt von Diskussionen. Schmieder hinterfragt in der marxistischen Theorietradition gängige Interpretationen, die auf der bisherigen Editionspraxis der MEW beruhen. Es geht ihm zum einen darum, ob die Kritik von Marx und Engels an Feuerbach diesem gerecht geworden ist, und zum anderen, wie das Problem des Widerspruchs die beiden Arbeiten durchzieht.

Auch für 2006 wird der Preis erneut ausgeschrieben, nähere Informationen im Internet unter [www.marxforschung.de](http://www.marxforschung.de).

# Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni (Nachträge)

Jochen Černý

In dem zweiteiligen Literaturbericht, der in den Jahrbüchern 2004/II und 2005/I erschien, ließen sich nicht alle nennenswerten Publikationen vorstellen,<sup>1</sup> weswegen im folgenden auf eine umfassende Beschreibung des nunmehr erreichten Forschungsstandes verwiesen wird. Zwei Neuerscheinungen, die von besonderer Bedeutung sind, sollen aber auch noch näher betrachtet werden.

Im „Archiv für Sozialgeschichte“ skizziert Ilko-Sascha Kowalczuk zunächst die Ergebnisse vorangegangener Forschung, gibt dann einen Überblick über die Neuerscheinungen der Jahre 2003/04 (die Gliederung: Gesamtdarstellungen, Quelleneditionen, Regionalgeschichte, internationale Zusammenhänge) und erörtert schließlich „Neue ‚politische‘ Interpretationen“, geschichtswissenschaftliche „Synthesen“ sowie „Forschungsperspektiven und Erinnerungskultur“.<sup>2</sup> Das ist ein durchweg lesenswerter und anregender Bericht. Doch verlangt eine solche Bilanz mehr Objektivität, als Kowalczuk sie aufbringt.

Kowalczuk betrachtet den Juni-Aufstand als Revolution und erhebt diese Sichtweise sogleich zum Kriterium für die Qualität aller einschlägigen Schriften. – Es dürfte doch abwegig sein, das Buch der Journalisten Klaus Harpprecht und Klaus Bölling, die im Aufstand wohl als erste eine (in der Zielsetzung nationale!) Revolution sahen, wissenschaftlichen Publikationen gleichzusetzen und zu behaupten, dessen Qualität wäre „bis 1989 nicht mehr übertroffen“ worden.<sup>3</sup> Ebenso befremdlich ist die Hervorhebung von Arbeiten Armin Mitters als „wirkungsmächtig“ mit der Begründung, er „revitalisierte“ 1991 die These, es hätte sich um eine Revolution gehandelt – und zwar um eine gescheiterte.<sup>4</sup> Seltsam ist es auch, wenn der

---

1 Siehe Neuerscheinungen zum 20. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni 1953. Erster Teil von Jochen Černý, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2004/II, S.155-168; Zweiter Teil von Ernst Wurl, in: ebenda, 2005/I, S.164-179. Im ersten Teil dieses Berichts war ein wichtiges Vorhaben erwähnt worden, aus dem mittlerweile eine kommentierte gewerkschaftsgeschichtliche Dokumentation erwuchs. Siehe Manfred Wilke unter Mitarbeit von Andreas Graudin: *Die Streikbrecherzentrale. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der 17. Juni 1953*, Münster 2004. Gesondert rezensierte Eva-Maria Thimme im *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2005/II, S.182-185: Martin Greschat/Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.): *Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953*, Stuttgart 2003. Verwiesen sei hier auch auf das Heft 14 der Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Berlin: *Der 17. Juni 1953 und die Kirchen*.

2 Siehe Ilko-Sascha Kowalczuk: *Die gescheiterte Revolution – „17. Juni 1953“*. Forschungsstand, Forschungskontroversen und Forschungsperspektiven, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 44, Bonn 2004, S.606-664.

3 Ebenda, S.611. Siehe Stefan Brant [d.i. Klaus Harpprecht] unter Mitarbeit von Klaus Bölling: *Der Aufstand*, Stuttgart 1954.

4 Siehe Kowalczuk, *Revolution*, S.613.

einschlägige Aufsatz von Lutz Niethammer „instruktiv und kritisch“ genannt wird, ohne anzumerken, daß Niethammer die fragliche These ablehnt.<sup>5</sup>

Wenden wir uns nun zwei Veröffentlichungen zu, von denen zumindest die erste weit über die „Zunft“ hinaus Interesse beanspruchen darf. Sie ist den Todesopfern gewidmet. Dieses Buch entstand im Bemühen, „die Toten vor dem Vergessen zu bewahren und ihnen und ihren Angehörigen und Freunden auf diese Weise eine späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“.<sup>6</sup> Es verzeichnet alle, deren Tod in Zusammenhang mit der Erhebung und ihrer Niederwerfung steht. Wohlgemerkt alle: den Demonstranten wie den Volkspolizisten, die „Kommandeuse“ Erna Dorn wie den „Spitzel“ Wilhelm Hagedorn. Und, soweit es bereits bekannt war oder nun ermittelt werden konnte – durch Anfragen bei Verwandten und Bekannten der Toten sowie in allen denkbaren Stellen<sup>7</sup>: Das Buch gibt Auskunft zum einen über Alter, Familienverhältnisse und Beruf sowie über die Umstände des Todes von 55 Personen, zum anderen über 66 „vermeintliche und ungeklärte Todesfälle“.<sup>8</sup>

Was die Rechercheure und Editoren leisteten, verdient doppelte Anerkennung. Viele dieser Toten haben nun ihr Gesicht – nicht nur im übertragenen Sinne des Wortes, und ihre Zahl gelangte aus dem Bereich tendenziöser Schätzungen endgültig (so ist zu hoffen) in den der seriösen Aufklärung. Erinnert sei an die Angaben im „Neuen Deutschland“ (Berlin) vom 26. Juni 1953 – 25 Tote<sup>9</sup> – sowie in „Das Parlament“ (Bonn) vom 15. Juni 1955 – 489 Tote. Die erstgenannte Zahl verwandten noch in den achtziger Jahren sowohl Arnulf Baring<sup>10</sup> als auch Heinz Heitzer.<sup>11</sup> Erst die „Wende“ machte einschlägige Akten zugänglich, deren rasche Auswertung bleibendes Verdienst von Torsten Diedrich ist. Er ermittelte 51 Todesfälle.<sup>12</sup> Doch hielten mehrere Autoren an überhöhten Schätzungen fest.<sup>13</sup>

In der Einleitung des zweiten hier zu besprechenden Buches liest man, „zwischen 80 und 100“ Personen „sollen es gewesen sein“, die „ihr Eintreten für Demokratie und Freiheit mit ihrem Leben bezahlen mußten“.<sup>14</sup> Wie nun aus dem Totenbuch

5 Siehe ebenda, S.658, Fußnote 296. Es handelt sich hier um den von Ernst Wurl im Jahrbuch 2005/I, S.237, vorgestellten Beitrag Niethammers für den Sammelband: Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Die abgeschnittene Revolution, Köln u.a. 2004.

6 Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, hrsg. von Edda Ahrberg, Hans-Hermann Hertle, Tobias Hollitzer und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Münster 2004, Zitat S.1.

7 Es werden 42 Institutionen genannt.

8 Siehe ebenda, S.193-202.

9 Minister Zaisser hatte am Vortag im Ministerrat von 19 Demonstranten, zwei unbeteiligten Personen, drei Polizisten und einem MFS-Mann gesprochen.

10 Siehe Arnulf Baring: Der 17. Juni 1953. Mit einem Vorwort von Richard Löwenthal, Stuttgart 1983, S.96 u. 145.

11 Siehe Heinz Heitzer: Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand?, in: Jochen Černý (Hrsg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig-Jena-Berlin 1990, S.136.

12 Siehe Torsten Diedrich: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S.293-296.

13 Siehe in Hermann Webers „Geschichte der DDR“, die in der Lizenzausgabe für den area-Verlag Erfstadt 2004 weite Verbreitung erfuhr, S.221.

14 Peter Lange/Sabine Roß (Hrsg.): 17. Juni 1953 – Zeitzeugen berichten. Protokoll eines Aufstands, i. A. der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Deutschlandfunks mit einer Audio-CD, Münster

hervorgeht, läßt sich dies allenfalls für 27 Personen mit hinreichender Sicherheit sagen (drei davon kamen aus Westberlin), während es für andere so nicht gilt oder nicht nachzuweisen war. Für 20 Personen steht vielmehr fest, daß sie an den Auseinandersetzungen nicht beteiligt waren, deren Opfer sie wurden.<sup>15</sup> Auch die 66 vermeintlichen Todesfälle wurden sorgfältiger Prüfung unterzogen. Dabei blieben nur zwei Fälle völlig offen, während in fünf fraglich ist, ob sie etwas mit dem Aufstand zu tun hatten. Für die übrigen Todesfälle, soweit sie sich überhaupt nachweisen ließen, ist dies nun auszuschließen. Die Erschießung sowjetischer Soldaten wegen Befehlsverweigerung – angeblich 23 in Berlin und 18 bei Magdeburg<sup>16</sup> – bleibt eine Legende.

Die zweite hier vorzustellende Publikation ist eine Sammlung von Zeitzeugenberichten. – Einer von Peter Sodann übermittelten Einladung folgend, hatten sich 480 Hörerinnen und Hörer von Februar bis April 2003 an den „Deutschlandfunk“ gewandt: viele bereits mit Niederschriften ihrer Erinnerungen, manche mit Aufzeichnungen, die schon 1953 entstanden waren, und andere mit der Erklärung, sie seien zum Interview bereit. Es meldeten sich viele damals junge Leute: 126 erlebten den Aufstand als Schüler, 24 als Lehrlinge und 54 als Studenten. Wie aus dem Vorwort auch hervorgeht, kamen ab 26. Mai 2003 insgesamt 109 Zeitzeugen in 14 Sendungen zu Wort. Auf einer Doppel-CD sind sie weiterhin zu hören. Die im hier besprochenen Buch versammelten Texte wurden aus 342 Berichten ausgewählt: vorrangig Schilderungen von Vorgängen in den Zentren der Erhebung von Berlin bis Magdeburg.<sup>17</sup> Über die Auswahlkriterien erfährt der Leser ansonsten nichts und ebenso wenig darüber, unter welchen Gesichtspunkten die Herausgeber das Eingesandte kürzten.

Das Buch hat fünf Kapitel: Vorgeschichte, 16. Juni (Berliner Stalinallee), 17. Juni (Berlin, andere Zentren des Aufstands, kleinere Orte), 18. Juni und danach, „Meinungen und Ansichten über den Volksaufstand“. – Texte, die sich nicht gänzlich einem Kapitel zuordnen ließen, wurden auf zwei oder drei verteilt. Der Leser erfährt das weder vorab, noch wird er vom ersten auf den zweiten oder auch dritten Auszug verwiesen, noch gibt es ein Personenregister, dem er entnehmen könnte, ob und wo eine Fortsetzung des ihn interessierenden Berichts zu finden wäre. Solche editorischen Mängel lassen fragen, wem diese Dokumentation eigentlich zgedacht ist. Leser ohne Vorkenntnisse können wenig mit ihr anfangen, zumal es zu den Texten keinerlei Kommentar gibt. Irrtümer werden nicht kenntlich gemacht, Erläuterungen fehlen, Veröffentlichungen lokal- und regionalgeschichtlicher Forschungsergebnisse werden nicht dort angeführt, wo es der am Vergleich Interessierte erwartet, nämlich in einer Fußnote, vielmehr im Anhang, in einer sechsseitigen Auswahlbibliographie. Mit dem Buch kommen also lediglich

---

2004, S.10. Es heißt dort weiter: „Hinzu kommen noch 15 bis 25 SED-Funktionäre sowie Mitarbeiter der Polizei- und Sicherheitsorgane“.

15 Die Herausgeber verzichteten auf die hier vorgenommenen Zählungen, die sie durch ihre Angaben ermöglichten.

16 Siehe *Die Toten des Volksaufstandes*, S.195, 200.

17 Siehe *Lange/Roß, 17. Juni 1953 – Zeitzeugen*, S.3-6.

Fachleute zurecht – die sich zwar über die eben genannten Zumutungen ärgern, die Erschwernisse der Auswertung jedoch auf sich nehmen, weil sie ergiebig ist.

Elfriede Wojaczek-Steffke, damals Studentin, war am Vormittag des 17. Juni auf dem Berliner Marx-Engels-Platz. „Parolen werden gerufen, aufgegriffen, bejubelt und weitergegeben: ‚Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern‘ und ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘, auch ‚Russen raus‘. Fremde Menschen umarmen sich, lachen, weinen, singen – ein einziger Begeisterungstaumel!“<sup>18</sup> – Henning Löhn, Lehrer, am 17. im Tagebuch: „In Staßfurt wollte es heute auch anfangen; ich weiß aber nicht, warum es nichts wurde. Merkwürdig das Gefühl, durch die Stadt zu gehen. Eine förmlich spürbare Spannung lastet, ja lastet auf jedem Einzelnen. Ein Fahrradreifen platzt mit dem üblichen Knall, und blitzartig dreht sich alles nach dem Knall um. Und das beinahe Lachhafte ist, keiner spricht laut mit dem anderen [...].“<sup>19</sup> – Brandenburg (Havel). Regine kommt mittags aus der Schule. Ihre Mutter ist auch schon zu Hause. „Sie schickte mich sofort zum Bäcker. Brot war jetzt das Wichtigste [...].“<sup>20</sup> – Georg Walter, damals Schlosserlehrling in Görlitz: „Am Postplatz sah ich, dass Polizisten ihre Uniform gegen Zivil tauschten. Hatte ich später einen oder mehrere Panzer gesehen? Die Bilder von Erlebtem, Gehörtem, Filmen, später Bildschirmen mischen sich. Was ich weiß, ist, daß ich enttäuscht nach Hause schlich, spätestens jetzt Russen auf der Straße wahrnahm [...].“<sup>21</sup>

Die Herausgeber schreiben einschränkend, die Zuschriften seien „nicht unbedingt repräsentativ“, und verdeutlichen dies damit, daß „nur etwa zehn ‚SED-loyale‘“ eingingen. Doch inwieweit das, was diese Sammlung enthält, sachlich richtig oder mehrheitsfähig ist, davon hängt ihr Wert nicht ab.

Was hier beeindruckt, weil es andere Berichte so deutlich kaum spüren lassen, das ist zum einen die Atmosphäre jener Tage, die Mannigfaltigkeit der Stimmungen, ihr rascher Wechsel und Umschlag. Außerdem ist gut zu erkennen, wie Beobachtetes, Erlebtes, Gespürtes und Gedachtes gespeichert – und im weiteren aus- und umgeformt wurden. Gerade in Berichten damals Halbwüchsiger zeigt sich, wie sie später mehr oder minder viel auch von dem aufnahmen, was im Familien- und Freundeskreis zur Sprache kam. Das sind aufschlußreiche Zeugnisse einer Überlieferung, die 35 Jahre lang fast nur mündlich erfolgte. Der Aufstand war ein „Tabuthema“, wie die Herausgeber anmerken. Sie übertreiben aber, wenn sie schreiben, „Menschen, die sich hierzu äußerten, wurden massiv verfolgt“.<sup>22</sup> Da dürfen sie ihren Zeitzeugen schon glauben: „Man wußte, wem man was erzählen konnte, wem nicht.“ – So Ulrich Braasch, damals Schüler.<sup>23</sup> Was eher problematisch ist: Seit 15 Jahren werden solche Erzählungen von Massenmedien beeinflusst, die ebensowenig wie ihre Vorgänger im Dienst von Klio stehen. Der Anpassung an die Gegenwart unterliegt die individuelle Erinnerung ohnehin. Eine gewissenhafte

---

18 Ebenda, S.91. – Alle diese Zitate sind hier ohne Markierung gekürzt.

19 Ebenda, S.349.

20 Ebenda, S.302.

21 Ebenda, S.175.

22 Ebenda, S.14.

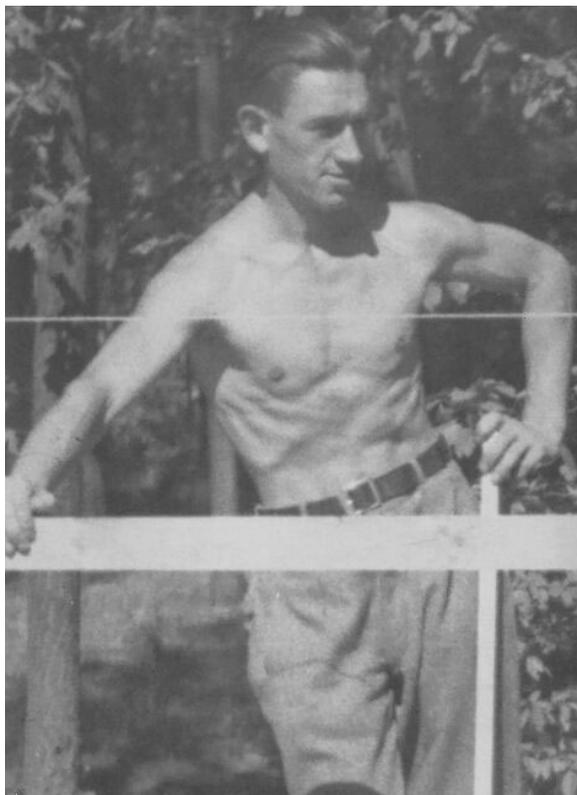
23 Ebenda, S.368.

Auswertung in jüngster Zeit aufgezeichneter Erinnerungen muß also auch deren Um- und Überformung in Betracht ziehen.

Unabhängig davon: Was die Herausgeber eine „in ihrer Fülle vermutlich einmalige Sammlung“ nennen,<sup>24</sup> dürfte dieses Prädikat ohne Einschränkung verdient haben.

---

1 Ebenda, S.5.



Jutta Seidel

Paul Nette:  
»...daß mir weiter  
nichts fehlt  
als die Freiheit«

Eine Häftlingsbiographie  
in Briefen

Gefängnisbriefe  
1934 bis 1944

In der Reihe  
der Edition Bodoni:  
Arbeiterbewegung:  
Forschungen · Analysen ·  
Memoiren · Biografien

ISBN 3-929390-60-4

## Informationen

### „Arbeiterbewegung“ gesucht und gefunden – Forschungsmöglichkeiten im Archiv der deutschen Frauen- bewegung in Kassel

Mirjam Sachse

Die Geschichte der Arbeiterbewegung kann aus vielerlei Perspektiven erforscht und erzählt werden. Am naheliegendsten erscheinen immer noch die Perspektiven der Organisations- und Parteiengeschichte oder auch im zunehmenden Maße die der Alltagsgeschichte. Einen wesentlich spezifischeren Zugang jedoch bietet die Frauengeschichte.

Ähnlich der Arbeiterbewegung war (und ist?) die Frauenbewegung die Interessenvertretung einer unterdrückten Bevölkerungsgruppe. Rechtlos die einen, weil sie dem „falschen“ Milieu entstammten – rechtlos die anderen, weil sie im vermeintlich „falschen“ Körper geboren wurden. Doppelt hart gestraft deshalb die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, doppelt engagiert ihre herausragendsten Vertreterinnen im Kampf für die weibliche Emanzipation.

Die Geschichte dieses Kampfes, seine in Alltag und Gesellschaft wurzelnden Bedingungen aufzuzeigen, ist das Forschungsgebiet des Archivs der deutschen Frauenbewegung (AddF) in Kassel, das dieser Bericht porträtieren soll. Dieses Porträt, die Entstehungsgeschichte und das Forschungsinteresse des Archivs werden belegen, daß es diesen Kampf nicht nur dokumentiert, sondern zugleich Teil und Fortsetzung desselben ist.

#### *Mehr als ein Archiv*

Das aus einer privaten Initiative hervorgegangene AddF öffnete seine Pforten erstmals am 8. März 1984 – welches Datum wäre geeigneter gewesen als der Internationale Frauentag? Schwerpunkt der Arbeit des AddF ist die Sammlung, Erforschung und Publikation von originalen Text- und Bilddokumenten zur Frauenbewegung und Frauengeschichte in Deutschland aus der Zeit von 1800 bis 1967. Dieser Zeitraum betrifft also die sogenannte „alte“ Frauenbewegung. Darüber hinaus werden deren Rezeptionsgeschichte – z. B. durch die sogenannte „neue“ Frauenbewegung der 1960er Jahre – dokumentiert und entsprechende Materialien einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt.

Der Name „Archiv *der* deutschen Frauenbewegung“ drückt eine besondere Intention aus. Ohne damit die Existenz einer *einheitlichen* deutschen Frauenbewegung suggerieren zu wollen, soll eine politisch unabhängige Interpretation der deutschen Frauenbewegungsgeschichte geleistet werden. Die Differenzierung in ein bürgerliches und ein proletarisches Lager scheint in der praktischen Arbeit des Archivs unvermeidbar.

Im Moment arbeiten vier Mitarbeiterinnen in Teilzeit und im Ehrenamt in den Bereichen Archiv, Bibliothek, Forschung/Publikationen und Bildung/Management. Die Personal- und Sachkosten trägt das Land Hessen, die Miete für die Räumlichkeiten in einem kleinen Hinterhofhaus die Stadt Kassel. Darüber hinaus bemüht sich das AddF, unterstützt durch den Förderverein „Freundinnen des Archivs der deutschen Frauenbewegung“, um Spenden für die Einrichtung. Selbständig durchgeführte Forschungsprojekte, die sich sowohl inhaltlichen Themenschwerpunkten als auch der besseren Erschließung des Bestandes und zentraler Quellen widmen, werden wie die Archivarbeit insgesamt durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Außerdem ist das AddF Mitglied im Dachverband der Frauenarchive und –bibliothekenarchive („ida - informieren, dokumentieren, archivieren“) und im „Arbeitskreis für historische Frauen- und Geschlechterforschung“.



Arbeiterinnen beim Herstellen von Kleineisenzeug im Ersten Weltkrieg

Anfangs sicherte der Trägerverein „Archiv der deutschen Frauenbewegung e.V.“ die Existenz der Einrichtung. Inzwischen – seit dem 8. März 2003 – nahm der privat initiierte Trägerverein die Gestalt einer Stiftung an. Dieser Weg wurde gewählt, um das AddF mittels Zinsguthaben und Rücklagen langfristiger abzusichern. Das Stiftingskapital beträgt zur Zeit 70.000 €.

Das zur Stiftungsgründung notwendige Grundkapital von 50.000 € setzte sich nicht nur aus Stiftungseinlagen von 20 engagierten Gründungstifterinnen zusammen, sondern auch aus dem Preisgeld des Elisabeth-Selbert-Preises, den das Redaktionsteam der „Ariadne“ 2001 vom Land Hessen erhalten hatte. Die „Ariadne – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte“ wiederum ist die archiveigene Zeitschrift. Sie erscheint seit 1985 dreimal bzw. seit 1990 zweimal jährlich (Mai und November). Jedes Heft ist einem bestimmten Themenschwerpunkt gewidmet und spiegelt aktuelle Frauengeschichtsforschung wie auch den reichhaltigen Dokumentenbestand des Archivs wider.

Wertvollster Besitz des *Archivs* sind die 20 Nachlässe herausragender Persönlichkeiten wie z. B. der SPD-Politikerin, Juristin und „Mutter des Grundgesetzes“ Elisabeth Selbert (1896-1986). In Kassel finden sich auch die Nachlässe von sechs nationalen wie internationalen Organisationen – z. B. von W.O.M.A.N., einer Frauenfriedensorganisation der Nachkriegszeit. Diese Nachlässe umfassen Originalschriften und Fotomaterialien, die von den Mitarbeiterinnen des Archivs gesichtet, geordnet und in Form eines elektronischen Findbuches zugänglich gemacht werden. Genauso auch die 400 Einzelarchivalien (Autographen und Drucksachen). Das Bildarchiv enthält 3.000 Abbildungen in Form von Fotos (Papier und Dia) und Druckgraphiken.

Die *Bibliothek* verfügt bereits über 900 Zeitschriftentitel zur Frauengeschichte aus dem 19. und 20. Jahrhundert – teilweise im Original, auf Mikrofiche oder in Kopie. Ebenso beeindruckend ist der Umfang der Präsenz-Bibliothek mit ca. 23.500 Büchern. Darunter sind Monographien, Sammelwerke, Graue und Schöne Literatur sowie Nachschlagewerke. Eine wesentliche Aufgabe des AddF, die mit der konkreten Nutzung durch Forschung und Wissenschaft verbunden ist, sind Erstellung und Pflege einer Datenbank, in der der Bibliotheksbestand formal erfasst und in Thesauri (Literaturart, Personen, Körperschaften, Orte und Themen) inhaltlich erschlossen ist. Auf diese Weise ist es interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Laien möglich, via Internet erste Nachforschungen anzustellen, um einen eventuellen Forschungsaufenthalt in Kassel zu planen bzw. ausgewählte Materialien sich in Kopie senden zu lassen. Noch nicht recherchierbar sind allerdings die biographischen und thematischen Artikel, die durch regelmäßige Auswertung von 70 verschiedenen feministischen, politik- und geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschriften mittlerweile 285 Ordner füllen. Ohnehin handelt es sich bei den beschriebenen Sammlungen ausschließlich um Präsenzbestände. Ihre Nutzung ist allen Interessierten während der AddF-Öffnungszeiten (in Absprache auch außerhalb dieser) möglich. Die kompetente Beratung, die dann vor Ort durch die Mitarbeiterinnen des AddF geleistet wird, ist kostenlos. Recherchen, Kopien und Fotoreproduktionen können dagegen nur gegen Gebühr in Auftrag gegeben werden.

Über die „Hilfsarbeiten“ für die fachspezifische Geschichtsforschung hinaus ist es ein Anliegen des AddF, in der breiten Öffentlichkeit ein stärkeres Bewußtsein für Frauengeschichte zu wecken. Die Umsetzung dieses wichtigen Bildungsauftrages ist sehr vielfältig. Themenschwerpunkte wie politische Partizipation und rechtliche Gleichstellung, Mädchen- und Frauenbildung, Arbeitsbedingungen und Berufserfahrungen ebenso wie Alltagserfahrungen von Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts können anhand der Biographien von Frauenrechtlerinnen, Leben und Werk von Schriftstellerinnen, Musikerinnen und anderen interessanten Frauenpersönlichkeiten der Zeit vorgestellt werden. Dies geschieht in Form von Vorträgen, Seminaren, Tagungen, Veranstaltungsreihen und Archivführungen und besonders eindrucksvoll mittels Lesungen, Konzerten, Ausstellungen und hinsichtlich Kasseler Frauengeschichte auch in Form einer Stadtrundfahrt. Auf diese Weise wird nicht nur Frauengeschichte greifbar und erlebbar gemacht, sondern ein wichtiger Beitrag zum Kasseler Kulturleben geleistet. Einen besonderen Beitrag zu diesem kulturpolitischen

Engagement des AddF leistet der bereits erwähnte Förderverein seiner „Freundinnen“.

### *Mehr als ein Suchwort*

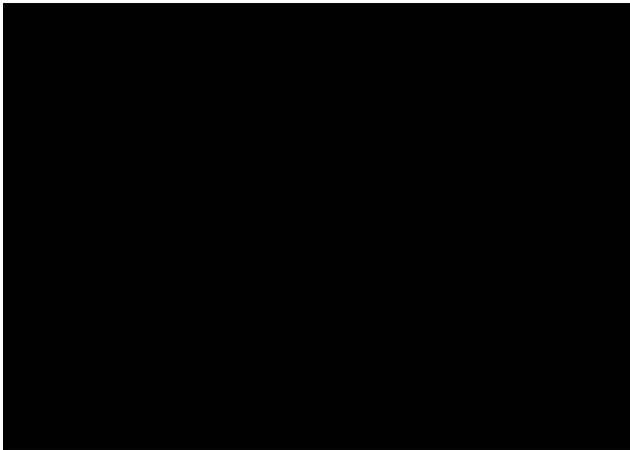
Welchen Beitrag das Archiv der deutschen Frauenbewegung für die Erforschung der Arbeiterbewegung leisten kann, läßt sich z. B. durch eine simple Suche in eben erwähnter Datenbank demonstrieren. Tatsächlich erscheint das Suchwort „Arbeiterbewegung“ angesichts des Sammelschwerpunktes wenig erfolgversprechend. Geeigneter könnten zweifellos Suchbegriffe wie „Proletarische“ oder „Sozialistische Frauenbewegung“ sein. Erstaunlicher Weise fördert die Recherche eine Trefferanzahl von 223 Titeln im Buchbestand des Archivs zutage (der allgemeinere Begriff „Arbeiterin“ verdreifacht dieses Suchergebnis sogar). Abhängig ist dieses Suchergebnis selbstredend von der Verschlagwortung bzw. von dem Wortlaut der aufgenommenen Buch- oder Aufsatztitel. Deshalb ist es sinnvoll, die Datenbank auch nach Alternativbegriffen zu durchforsten.

Erstes offensichtliches Suchergebnis ist, daß das AddF wie jede gut ausgestattete Bibliothek über entsprechende Handbücher und Nachschlagewerke geschichtlicher Grundbegriffe verfügt. Neben diesem „Handwerkszeug“ der Geschichtswissenschaft gibt es als Literaturquellen besonders hilfreiche Bibliographien. Hier ist die 1976 in der Bundesrepublik erschienene „Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ genauso zu nennen wie die 1974 in der DDR erschienene „Bibliographie zur Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse für die Befreiung der Frau und zur Rolle der Frau in der deutschen Arbeiterbewegung“. Beide sind ein Beispiel für das Bestreben des AddF, die Rezeptionsgeschichte(n) der Frauenbewegung in ihrer unterschiedlichen politischen Intention zu dokumentieren. Eine Auswahl der Werke von Marx, Engels und Bebel darf auch in einem Frauenarchiv nicht fehlen – zumal letzterer – wenn auch von manchen als „Märchenonkel“ kritisiert – mit seinem Werk „Die Frau und der Sozialismus“ (1879) Bahnbrechendes für die Gleichstellung der Frau geleistet hat. Weit mehr als diese Vordenker proletarischer Interessen stehen jedoch ihre Ehefrauen, Töchter, Kampfgefährtinnen und Kritikerinnen im Mittelpunkt des Archivinteresses. So bilden zur Arbeiterbewegung die Biographien und Werke von Jenny (1814-1881) und Eleanor (1855-1898) Marx, Julie Bebel (1843-1910), Clara Zetkin (1857-1933), Rosa Luxemburg (1870-1919), Adelheid Popp (1869-1939), Toni Sender (1888-1964), Anna Siemsen (1882-1952), Helene Simon (1862-1947), Helma Steinbach (1847-1918) und Hedwig Wachenheim (1892-1969) – um nur einige zu nennen – einen wichtigen Schwerpunkt. Neben dem Leben und Wirken dieser namhaften Kommunistinnen, Sozialistinnen, Sozialdemokratinnen und Reformistinnen wird auch dem Leben der großen Masse unbekannter proletarischer Frauen nachgespürt. Der Blick von unten spielt dabei eine wesentliche Rolle. Nicht selten richtet sich der Fokus dabei besonders auf die Regionalgeschichte und damit auf das Leben, wie es Arbeiterinnen z. B. in Berlin, Frankfurt oder Kassel führten.

Neben allgemeinen Darstellungen von Arbeitsalltag (z. B. der Entwicklung einzelner Berufsgruppen), Arbeiterfamilien und -jugend, Arbeitersport und Arbeiterdichtung

interessieren auch spezielle Fragestellungen und interessante Gegenüberstellungen wie von W. U. Eissler „Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage – Zur Sexualpolitik von SPD und KPD in der Weimarer Republik“ (1980) oder Hilde Lion „Die klassenkämpferische und die katholisch-konfessionelle Frauenbewegung“ (1924). In vielerlei Hinsicht sind hier noch Möglichkeiten der Differenzierung und des Vergleichs geboten. Obwohl das AddF seinen Forschungsschwerpunkt auf Deutschland begrenzt hat, versäumt es nicht, mittels entsprechender Bestände auch einen internationalen Überblick über die Situation der Frauen in den Arbeiterbewegungen Österreichs, Luxemburgs, Jugoslawiens, Polens oder Japans zu geben.

Das Suchergebnis im Zeitschriftenbestand verweist mit seiner wesentlich geringeren Trefferquote auf die Notwendigkeit einer detaillierteren Suche. Doch auch ohne diese stößt man in der Reihe historischer Zeitschriften auf das zentrale Frauenorgan der SPD „Die Gleichheit“ (1891-1923) und die „Arbeiter-Jugend – Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands“ (1909-1933). Aktuelle Fachzeitschriften wie die „Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK) sind teilweise mit einzelnen Themenheften vertreten oder werden wie das „Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (JBzG) im Abonnement bezogen.



Büglerrinnen in einer Waschanstalt in Berlin um 1908

### *Mehr Informationen*

sowie aktuelle Veranstaltungshinweise, Themenschwerpunkte und Publikationen findet man genauso wie die Datenbank im Internet unter der Adresse [www.addf-kassel.de](http://www.addf-kassel.de). Dort sind auch die für die einzelnen Bereiche zuständigen Ansprechpartnerinnen benannt und direkte E-mail-Kontakte gegeben. Aber Anfragen können auch ganz „altmodisch“ per Post oder Telefon an das Archiv der deutschen Frauenbewegung, Gottschalkstraße 57, D - 34127 Kassel, Tel. 0561/989 36 70, Fax 0561/989 36 72 gerichtet werden.

(Fotos: Archiv der deutschen Frauenbewegung)

# Gedenkstätte und Museum Trutzhain.

## Dokumentation eines Ortes mit besonderer Geschichte

Waltraud Burger

Trutzhain, ein etwa 840 Einwohner zählender Stadtteil von Schwalmstadt im Schwalm-Eder-Kreis, zirka 55 km südwestlich von Kassel gelegen, hat eine in Deutschland wohl einzigartige Geschichte: Trutzhain wurde 1951 auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenen-Mannschaftsstadtlagers, dem STALAG IX A Ziegenhain (1939-1945), gegründet. Das STALAG IX A ist das einzige Kriegsgefangenenlager aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, dessen Gebäude und Struktur sich trotz verschiedener Umwidmungen und der heutigen Nutzung der Baracken als Wohnraum erhalten hat: Etwa 80 Prozent der in Holzständerbauweise auf Ziegelfundamenten errichteten Fachwerkbaracken bilden den Ortskern von Trutzhain, der seit 1985 unter Denkmalschutz steht. Neben diesem aus etwa 30 Baracken bestehenden Ensemble bilden die beiden getrennt voneinander angelegten Friedhöfe integrale Bestandteile der Gedenkstätte. Die Ende Juni 2003 in der ehemaligen Wache des STALAGs eröffnete Einrichtung ist die vierte exemplarische NS-Gedenkstätte des Landes Hessen.

### *Lagergeschichte*

Nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 erfolgte reichsweit die Errichtung von zeitweise bis zu 83 Kriegsgefangenenlagern. Das STALAG IX A Ziegenhain war das größte Kriegsgefangenenlager zur Internierung von Mannschafssoldaten und Unteroffizieren auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen. Bis 1945 wurden im STALAG IX A Kriegsgefangene unterschiedlicher Nationen interniert: zunächst Polen und Franzosen, darunter der spätere französische Staatspräsident François Mitterrand. Hinzu kamen Niederländer, Belgier, Briten, Serben sowie Italiener und Amerikaner. Im STALAG IX A Ziegenhain waren von 1939–1945 Kriegsgefangene aller kriegsbeteiligten Nationen untergebracht. Die Höchstzahl der registrierten Kriegsgefangenen ist für September 1944 mit 53.408 angegeben. Die meisten von ihnen mußten in mehr als 3.000 Arbeitskommandos Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, im Straßen- und Bergbau, in Kommunen und in der Industrie leisten. Während die westalliierten Gefangenen halbwegs unter dem Schutz der Genfer Konvention und des allgemeinen Kriegsvölkerrechts standen, wurden tausend sowjetische Kriegsgefangene, die seit November 1941 im STALAG IX A eintrafen, in einem separaten Lagerbereich unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten. Diese systematische Ungleichbehandlung der verschiedenen Gefangenengruppen fand ihre Fortsetzung über den Tod hinaus in der Bestattungspraxis der im Lager verstorbenen Kriegsgefangenen. Die polnischen, französischen, jugoslawischen und amerikanischen Toten des STALAG IX A wurden auf dem heutigen

Gemeindefriedhof Trutzhains, in Anwesenheit eines Priesters und unter Geleit von kriegsgefangenen Kameraden, bestattet. In der Regel fanden die Beerdigungen in der Mittagszeit statt, damit das Läuten der umliegenden Dorfkirchen für einen feierlichen Rahmen genutzt werden konnte. Den internationalen Vereinbarungen entsprechend, wurden die Angehörigen über den Tod und die Grablage des Verstorbenen benachrichtigt. Die Gräber erhielten Holzkreuze mit den biographischen Daten der Toten. Die sowjetischen und serbischen Toten wurden hingegen auf dem weit abgelegenen Waldfriedhof anonym, mitunter in Massengräbern, verscharrt. Auch die italienischen Militärinternierten lagen dort bis 1958 begraben.

Nach der Befreiung des Kriegsgefangenenlagers am 30. März 1945 erfuhr das Ziegenhainer STALAG verschiedene Umnutzungen: Von Frühjahr 1945 bis Sommer 1946 diente es der US-Army als Civil Internment Camp 95 (CIC 95) zur Internierung von Mitgliedern der Waffen-SS, SS, SA und NSDAP. Anfang August 1946 richtete die US-Army in dem geräumten Internierungslager das DP- bzw. UNRRA-Lager 95-443 Ziegenhain zur Unterbringung osteuropäischer Juden ein: Antisemitische Übergriffe und Pogrome im Polen der Jahre 1945 und 1946 hatten unter den osteuropäischen Juden und insbesondere unter den polnischen Juden im Sommer 1946 eine Massenflucht ausgelöst. Bis 1949 emigrierten etwa 200.000 überwiegend polnische Juden in die westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Durchschnittlich belief sich die Belegzahl des DP-Lagers 95-443 Ziegenhain, das Ende November 1947 aufgelöst wurde, auf 2.000 Personen. Den jüdischen DPs folgten schon im Frühjahr 1948 deutsche DPs – Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland. Binnen kurzer Zeit entwickelte sich durch eine gezielte Ansiedlungspolitik des Kreises Ziegenhain die „Flüchtlingssiedlung“ in einen florierenden Handwerks-, Gewerbe- und Industriestandort. Als Folge dieser wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung kam es am 1. April 1951 zur Gründung der selbständigen Gemeinde Trutzhain, die seit 1971 zur Stadt Schwalmstadt gehört.

#### *Angebote:*

Führungen durch die Dauerausstellung und das weitläufige Gelände

Materialien für Schulen zur Vorbereitung auf den Gedenkstättenbesuch

Filme: „Erinnerungen an ein Kriegsgefangenenlager“ (2002); „Erinnert und Vergessen“ – Flucht und Vertreibung der ersten Trutzhainer Generation (2003); „Kriegsbeute Arbeit“ – Einsatz von Kriegsgefangenen in Hessen (2004)

Sonderausstellungen und Veranstaltungen: siehe [www.gedenkstaette-trutzhain.de](http://www.gedenkstaette-trutzhain.de)

#### *Kontakt:*

Gedenkstätte und Museum Trutzhain

Seilerweg 1

34613 Schwalmstadt

Telefon: 0 66 91 - 71 06 62

e-Mail: [info@gedenkstaette-trutzhain.de](mailto:info@gedenkstaette-trutzhain.de)

*Öffnungszeiten:*

Dienstag bis Donnerstag            9.00–13.00 Uhr            14.00–16.00 Uhr  
Freitag                                    9.00–13.00 Uhr  
2. und 4. Sonntag im Monat            14.00–17.00 Uhr  
Termine für Gruppen, Führungen, Benutzung des Archivs (wegen begrenzter  
Arbeitsplätze) nur nach Voranmeldung  
Eintritt frei!

## Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance

Hrsg.: Ulla Plener

Tausende Deutsche, die nach 1933 wegen politischer und/oder rassistischer Verfolgung Nazideutschland verlassen mussten, reichten sich in die Widerstandsbewegungen der von der deutschen faschistischen Wehrmacht besetzten Länder ein, so auch in die französische Résistance.

Es werden 83 der an der Résistance in Frankreich aktiv beteiligten Frauen aus Deutschland vorgestellt, versehen mit kurzen Auskünften zur Biographie.

27 dieser Frauen werden anhand zeitgenössischer Dokumente und Fotos im einzelnen vorgestellt. Vielfalt, Kompliziertheit und Gefahren der Wege in der Résistance, von denen sieben in den Tod führten, werden nachgezeichnet.

**ISBN: 3-929390-80-9**

**edition bodoni**

edition bodoni, Linienstraße 71, 10119 Berlin  
info@bodoni.org, Tel: 030 2 82 51 37, Fax: 030 28 38 75 68

# Publikationen des Vereins „Die Linde“ zur Geschichte der Rußlanddeutschen

Ronald Lötzsch

Die skeptische, nicht selten direkt ablehnende Einstellung mancher Bundesbürger zu den ihnen meist als „Spätaussiedler“ mehr vom Hörensagen denn wirklich bekannten Rußlanddeutschen ist in der Regel vor allem von Vorurteilen geprägt. Wie die wechselhafte und über weite Strecken leidvolle zweieinhalbjahrhundertjährige Geschichte dieser Menschen bzw. ihrer Vorfahren verlaufen ist, wissen nur die wenigsten.

Seit mehreren Jahren gibt der 1997 gegründete „Bildungsverein für Volkskunde in Deutschland DIE LINDE e.V.“ in gedruckter und elektronischer Form Texte zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen heraus. Diese Arbeit hat jüngst eine hohe Würdigung erfahren: die international besetzte Fachjury des Instituts für Bildung und Medien der Gesellschaft für Pädagogik und Information (GPI) hat dem Bildungsverein DIE LINDE für seine CD-ROM „Geschichte der Russlanddeutschen. Material für Betroffene, Interessierte und Lehrende“ in deutscher und russischer Sprache eines der 16 Comenius-Euromedia-Siegel zuerkannt, die im Jahr 2005 vergeben wurden. Mit dieser ältesten und mittlerweile wohl auch wichtigsten deutschen Auszeichnung für CD-ROM, DVD und Internetportale will das GPI pädagogisch, inhaltlich und gestalterisch „besonders wertvolle didaktische Multimediaprodukte“ ehren und fördern.

Die CD-ROM des Bildungsvereins DIE LINDE stellt problemorientiert die Geschichte der Rußlanddeutschen von ihren Anfängen im 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart dar und dient dem Ziel, deren Integration in Deutschland zu erleichtern, zu unterstützen und vorhandene Vorurteile durch Information, Aufklärung und Erhellung der geschichtlichen Zusammenhänge auszuräumen bzw. entsprechende Argumente anzubieten.

Diese CD wie auch die Internetseite [www.russlanddeutschesgeschichte.de](http://www.russlanddeutschesgeschichte.de) des Vereins (inzwischen auch mit einer englischer Version) sind nutzerfreundliche Multimediale Produkte, die keinerlei expliziter textlicher Erläuterung bedürfen und bereits in einigen Bundesländern im Schulunterricht und zur politischen Bildung genutzt werden.

Die CD-ROM bietet das Material chronologisch in vier Teilen: Teil I 1763-1820: Auswanderung der Deutschen. Warum wanderten Deutsche aus?; Teil II 1820-1917: Deutsche in Russland. Erfolge und Konflikte; Teil III. 1917-1955: Die Russlanddeutschen unter der Sowjetmacht. Autonomie, Deportation, Trudarmee, Teil IV 1956 bis heute: Rückkehr. Resignation, Rückkehr, Integration. Sie basiert auf einer seit 1998 erschienenen Buchreihe des Vereins.

Im Rahmen des Projektes „Geschichte der deutschen Auswanderungen“ unter Leitung von Christian Böttger hatte eine Autorengruppe unter dem Titel „Deutsche Auswanderungen. Die Deutschen in Russland - der leidvolle Schicksalsweg einer ethnischen Minderheit“ eine informative, vierteilige Geschichte der Russlanddeutschen erarbeitet, die von Hans-Joachim Kathe und Winfried Morgenstern innerhalb der Vereinspublikationen „Lindenblätter“ herausgegeben wurde.

Teil I (erschienen 1998, 2. Auflage 2001) widmet sich der Auswanderung von Deutschen nach Rußland von 1763 bis 1871. Vorangestellt ist ein Abschnitt mit der Überschrift „Was heißt hier ‚Russlanddeutsche‘?“, der die Siedlungsgebiete und Kulturregionen der unter dem Sammelbegriff gefaßten Deutschen beschreibt. Ursprünglich vor allem im Wolgagebiet konzentriert und deshalb auch als „Wolgadeutsche“ bezeichnet, gründeten sie später Tochterkolonien in der Ukraine, in Transkaukasien, Sibirien und Mittelasien.

Teil II (erschienen 1999, 2., überarbeitete Auflage 2000) behandelt „Die Herausbildung der Russlanddeutschen als nationale Minderheit von 1871 bis 1917“.

„Der Einfluss der Sowjetherrschaft und des Deutschen Reiches auf die Russlanddeutschen“ ist der Titel von Teil III (erschienen 2000, 2. Auflage 2001). Die Bemühungen in den 20er Jahren um die Verwirklichungen von Lenins Konzeption der Nationalitätenpolitik ermöglichten die Gründung einer Autonomen Republik der Wolgadeutschen. In der Ukraine, in Sibirien und Mittelasien entstanden deutsche nationale Kreise. Obwohl unter Stalin die nationale Unterdrückung Ausmaße annahm, die die zaristische in mancher Hinsicht übertraf, kämpften nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion in der Roten Armee auch Tausende Sowjetbürger deutscher Nationalität. Dies hinderte Stalin jedoch nicht, die Deutschen pauschal der Kollaboration mit den Nazis zu beschuldigen. Im August 1941 wurde als letztes formales Relikt deutscher Selbstverwaltung die Wolgarepublik liquidiert. Soweit sie nicht schon in Sibirien oder Mittelasien lebten, wurden alle Deutschen dorthin deportiert, wo sie in der sogenannten „Arbeitsarmee“ (Trudarmee) unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mußten. Viele kamen dabei um. Auch nach Kriegsende blieb es ihnen verboten, den Ort ihrer Zwangsarbeit zu verlassen.

Gegenstand von Teil IV „Zwischen Sondersiedlung, Assimilation und Rückwanderung (1945-1998)“ (Erstauflage 2000, 2. Auflage 2001) ist die Situation der Russlanddeutschen nach 1945 und ihre zunehmende Auswanderung in die Bundesrepublik. Die Wiederherstellung ihrer Autonomie wurde ihnen verweigert. Obwohl sie durch Gorbatschows Demokratisierungsbestrebungen Organisationen gründen konnten, ging ihre durch jahrzehntelange Diskriminierung erzwungene Russifizierung weiter. Gaben bei der Volkszählung von 1926 noch 95% Deutsch als Muttersprache an, waren es 1970 noch 66,8%, 1979 lediglich 56,9% und 1989 noch ganze 48,7%. Und auch diese Zahl ist sicher geschönt. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und zunehmender Perspektivlosigkeit sahen die meisten Deutschen die letzte Chance für den Fortbestand ihrer nationalen Identität in der Ausreise nach Deutschland.

Eine wertvolle Ergänzung dieser mehrbändigen Publikation bildet ein 2000 erschienenes „Lexikon zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen“. Das 973 meist ausführlich erläuterte Stichwörter umfassende Werk wurde unter der Redaktion von Christian Böttger und Achim Hilzheimer von Hans-Joachim Kathe und Winfried Morgenstern herausgegeben. Behandelt werden wichtige Ereignisse aus der Geschichte, Organisationen und Institutionen sowie Alltagsgeschichte der Rußlanddeutschen, bedeutende Persönlichkeiten, neben Angehörigen der deutschen Minderheit auch Personen, deren Tätigkeit sich auf das Schicksal der Rußlanddeutschen ausgewirkt hat. Nicht zuletzt an Stichworten wie „Leninsche Nationalitätenpolitik“ oder „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“ wird deutlich, daß die Autoren nach größtmöglicher Sachlichkeit streben.

Leider fehlen im 142 Positionen umfassenden Literatur- und Quellenverzeichnis bei den 13 transliterierten russischsprachigen Titeln die diakritischen Zeichen.

Flankiert wird dies durch eine weitere Publikation zur Thematik „Schicksalswege. Erinnerungen von Russlanddeutschen“. Der von Wolfgang Kagel und Winfried Morgenstern 2002 herausgegebene Band wurde von einem Mitarbeiterteam unter Volker Neise erarbeitet und enthält 24 Lebenserinnerungen.

Ingesamt kann man der CD-Rom und den gedruckten Publikationen nur weiteste Verbreitung wünschen. Bestellungen sind zu richten an den „Bildungsverein für Volkskunde in Deutschland DIE LINDE e.V.“ ([www.dielinde-ev.de](http://www.dielinde-ev.de)).

## Rezensionen

**Marshall T. Poe: The Russian Moment in World History**, Princeton University Press, Princeton, Oxford 2003, XV, 116 S.

**Frederick C. Corney: Telling October. Memory and the Making of the Bolshevik Revolution**, Cornell University Press, Ithaca, London 2004, XVI, 301 S.

Geschichte hat wenig mit objektiven Fakten, dafür um so mehr mit Macht zu tun. Sie hängt sowohl von den Machthabern, die Geschichtserzählungen kreieren und in Umlauf bringen, als auch von den Rezipienten ab, die diese Narration aufnehmen und als ihre eigene Geschichte weitererzählen. Macht, so hat Michel Foucault definiert, ist die Fähigkeit Wissen (über die Vergangenheit) zu formen, es als Wahrheit zu deklarieren und diese Konstruktion in breiten Bevölkerungsschichten als Wirklichkeit zu etablieren. Geschichte ist nicht erst die Geschichte der Sieger, die diese schreiben lassen, *nachdem* sie gesiegt haben; Geschichte ist ein entscheidendes Mittel, um sich als Sieger, nämlich als Hüter der Wahrheit, durchzusetzen.

So unterschiedlich die von P. und C. vorgelegten Monographien sind, der eine schreibt eine kurzweilige, an ein nicht wissenschaftliches Publikum gerichtete Überblicksgeschichte Rußlands von den Skythen bis zu Gorbatschow, der andere legt eine penibel ausgearbeitete, auf Archivrecherchen basierende Dissertation zum Thema Konstruktion der Geschichte des „Großen Oktober“ zwischen 1917 und 1927 vor. Beiden liegt

am Herzen, die Konstruiertheit von Geschichte zu zeigen, zu zeigen, welche Wirkung die „richtige“ oder „falsche“ Geschichte entfalten kann und damit selbst zu einem Faktor wird, der den Gang der Dinge und den Wandel der Zeiten bestimmt.

P.s Geschichte ist ausgesprochen leserfreundlich und witzig geschrieben; man wünschte sich, es gäbe ein solches Werk auch auf deutsch. Mag man erst zweifeln, ob sich die gesamte russische Geschichte samt ihren Vorläufern adäquat auf 100 Seiten darstellen läßt, überzeugt einen P. schnell, daß dies genau die richtige Form ist. Ihn hat geärgert, daß heutige Transformationsspezialisten keine Ahnung von russischer Geschichte haben und glauben, alle aktuellen Probleme Rußlands ließen sich aus dem Scheitern der Bolschewiki erklären. Er will das heutige Rußland in den richtigen historischen Kontext stellen und vor allem gegen allgemein verbreitete Vorurteile gegenüber Rußland anschreiben. Dafür greift er für jedes seiner neun Kapitel ein gängiges Vorurteil auf, um dies dann anhand historischer Daten als Nonsense zu entkräften. Er will zeigen, daß Geschichtsmymen, die zum Teil in Rußland zu ganz unterschiedlichen Zwecken geschaffen wurden, bis in den Westen gelangten, hier ein Eigenleben entwickelten und das Bild des Westens von Rußland prägten. Dazu gehören die landläufigen Meinungen, „die Russen“ seien zur Autokratie veranlagt, sie seien besonders erobderungswütig, hätten einen starken Hang zum Messianismus, und, je nach Auffassung, sie seien Europäer bzw. Asiaten. Daß P. hier vieles verkürzen muß, schadet überhaupt nicht, sondern ist der

Klarheit seiner Argumentation sehr zuträglich. Daß er keine erschöpfende, den Anspruch auf Vollständigkeit vertretende Geschichte schreibt, davor hat er gleich am Anfang den Leser gewarnt. Auch erwähnt er eingangs, daß es ihm nicht darum geht zu sagen, der „russische Sonderweg“ sei vorprogrammiert gewesen; er will nur Entwicklungen aufzeigen, die zu einem besseren Verständnis der Spezifik der russischen Geschichte führen. Dazu verweist er immer wieder darauf, daß Rußland nicht der Ausnahmefall war, sondern Europa mit seinen Demokratien die Ausnahmeerscheinung bildete. Denn, so P., daß das Volk die Macht hatte, war vor dem 20. Jh. die Ausnahme, und nicht die Regel, und auch der russische Expansionsdrang befände sich in guter Nachbarschaft selbst der Europäer. Die Vorstellung aber, Rußland sei besonders fromm, sei die Folge davon, daß im 19. Jh. ein paar russische Philosophen etwas zu viel Hegel gelesen und zudem die Texte des 16. Jh. falsch verstanden hätten, was sie zu der Fehleinschätzung führte, Moskau sei tatsächlich der wahre Erbe Roms. Auch die heute immer noch offizielle Behauptung, die 240 Jahre der Mongolenherrschaft hätten Rußland daran gehindert, seinen Weg an der Seite Europas zu gehen, sei vollkommener Unsinn. Auch dies sei eine nachträgliche, im 19. Jh. erfundene Erklärung, als es einer westlich orientierten Elite plötzlich einfiel, daß sie gern zu Europa gehört hätte. Moskau, so P., setzte sich nicht *trotz*, sondern *wegen* der Mongolen durch, die den Moskauer Herren Machtpositionen gegenüber den anderen Fürstentümern zugestanden als Gegenleistung dafür, daß Moskau die Tributzahlungen für die Mongolen eintrieb. Einen sehr wichtigen Punkt

macht P. in Bezug auf die Wirtschaftsgeschichte Rußlands: Die Slawen seien keineswegs rückständig, denn sie seien die einzigen gewesen, die sich im Zuge der „Völkerwanderungen“ freiwillig im unwirtlichen Nordosten ansiedelten und es vermochten, dort dank ihrer Ackerbautechniken zu überleben. Gleichzeitig seien die kargen Böden und der mangelnde Überschuß an Produktion dafür verantwortlich, daß sich in Rußland nur schwer und schleppend Bauern zu Händlern entwickelten, daß eine Kaufmannschaft nur sehr spät entstand und wenig Dynamik im Wirtschaftsleben und damit auch in der kulturellen Entwicklung zu verzeichnen ist.

Schließlich argumentiert der Autor nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch geographisch: Die besondere Lage Rußlands, daß immer „landlocked“, also von Land eingeschlossen und damit für Invasoren quasi unerreichbar gewesen sei, habe dafür gesorgt, daß Rußland einerseits als Staat überleben konnte, andererseits lange Zeit von fremden Einflüssen abgeschnitten war. Das Phänomenale an Rußland sei nicht, daß es so rückständig sei, sondern daß es im Gegensatz zu anderen Reichen, die untergingen, in der Lage war, sich zu behaupten und seine Gesellschaft umzubauen. So gesehen, sei die Autokratie auch kein Handicap gewesen, sondern ein sehr erfolgreiches Staatsmodell, das sich immer wieder in den verschiedensten Situationen bewährte, Stabilität, Verlässlichkeit und Sicherheit garantierte. Sowohl für das Zarenreich als auch für das Reich der Bolschewiki diagnostiziert Poe, daß beide erst zusammenbrachen, als sich die Eliten von den Machthabern abwandten.

Diese Aussage scheint denn doch sehr verkürzt zu sein und die Komplexität der Geschichte unzulässig zu reduzieren. Sowohl der Autokratie als auch den Bolschewiki fehlten zuletzt die geeigneten Instrumente bzw. der Willen, um auf die gesellschaftlichen Probleme (z. B. Landfrage, Industrialisierung, Mitbestimmung und ethnische Spannungen) reagieren zu können. Nichtsdestotrotz ist sein Ansatz, die russische Geschichte einmal gegen den Strich zu bürsten und mit gängigen Vorurteilen aufzuräumen, sehr erfrischend. Es ist ein Plädoyer dafür, Rußland als russisch, sprich als eigene Entwicklung, zu verstehen, und es damit sowohl vom Vergleich mit Europa als auch mit Asien zu befreien. Man kann nur hoffen, daß tatsächlich ein paar „Transformationsspezialisten“ sein Buch lesen.

Viel bedächtiger, vorsichtiger und gründlicher geht dagegen C. in seiner Geschichte der Geschichte des „Großen Oktobers“ vor. Sein Ansatz ist inzwischen nicht mehr neu; schon einige haben inzwischen Arbeiten vorgelegt, in denen sie zeigen, wie wichtig es war, daß die Menschen lernten, „bolschewistisch zu sprechen“, um es mit Stephen Kotkin zu sagen, ihr eigenes Leben und ihre Erfahrungen in den Kategorien der Bolschewiki auszudrücken (so z. B. auch Igal Halfin) und als Neuer Mensch mit der Geschichte der Bolschewiki zu verschmelzen (siehe die Arbeiten von Jochen Hellbeck). Insofern präsentiert C. nichts genuin Neues mehr. Er führt nur ein bereits bekanntes Verfahren an einem neuen Gegenstand vor: Er dekonstruiert die Erfindung der Geschichte des „Großen Oktobers“. Damit geht er weniger als die bisher genannten Autoren vom

Individuum und dessen Umgang mit der neuen Wirklichkeit aus, sondern interessiert sich mehr für die Politik und die Instrumente, mit denen dieses Geschichtsbild geschaffen und in Umlauf gebracht wurde. Sein Buch ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Abschnitt untersucht er die Feierlichkeiten zu den Jahrestagen der Oktoberrevolution in den Bürgerkriegsjahren, im zweiten Teil betrachtet er, wie die Geschichte des Oktobers langsam homogenisiert, kanonisiert und institutionalisiert wurde. Zu dieser Geschichte gehört auch, wie die Gegengeschichte, die statt von „Revolution“, „Aufstand“ und „Umsturz“ von „Verschwörung“, „Abenteuer“ und „Aufbruch“ sprach, von den Bolschewiki langsam, aber systematisch zum Schweigen gebracht wurde.

Wirklich spannend und gut gelungen an dieser Arbeit ist, daß C. deutlich macht, wie unsicher die Position der Bolschewiki im November 1917 war, daß selbst Lenin im April 1917 nach seiner Rückkehr aus Finnland keineswegs der eindeutige Parteiführer, sondern im ZK eher isoliert gewesen sei, daß ein Großteil der Presse, einschließlich der „Arbeiterzeitung“ die Bolschewiki als Umstürzler, Irrsinnige und Papiertiger beschimpfte. Dies sei das größte Problem der Bolschewiki gewesen: daß der „Oktober“ zu Beginn immer noch als Staatstreich empfunden werden konnte. Daher hätten sie alles daran gesetzt, auf die Sprache und damit auf das Erinnern und Denken der Menschen einen solchen Einfluß auszuüben, daß den Menschen zum Oktober nur noch Heroisches, Großartiges, Positives einfallen konnte. Sie tilgten alte Straßennamen, führten einen neuen Kalender ein und versuchten

mit „roten“ Begräbnisumzügen und aufwendigen Festen zur Feier des Jahrestages der Revolution das Gedächtnis der Menschen zu löschen und mit neuem Wissen zu füllen. Positiv verstärkt wurden die gezeigten Filme, Revuen, Konzerte und Ausstellungen durch eine Erhöhung der Lebensmittelrationen. Um die Revolution noch mal neu und „richtig“ zu erleben, inszenierte 1920 Vsevolod Emiljevic Meyerhold den Sturm auf den Winterpalast mit Laiendarstellern mit dem Ziel, daß die schauspielernden Massen diesen Moment noch einmal bewußt durchlebten. Die Crux der Bolschewiki war nämlich, so C., daß sie über keine „Bastille“ verfügten und nun nach mehreren gescheiterten Anläufen versuchten, den Sturm auf den Winterpalast, der nie die symbolische Bedeutung der Bastille erreicht hatte, als einen ebenbürtigen Moment in der Geschichte zu etablieren. Doch die Parteiführer seien auch mit dieser Theatralisierung der Geschichte nicht zufrieden gewesen: Abstraktion und Symbolismus ließen zuviel Interpretationsspielraum und seien damit auch ein Einfallstor für Subversion gewesen.

Gerade nach den Bauernkriegen und dem Kronstädter Aufstand mußte sich die Partei etwas Neues einfallen lassen, um die Menschen zum richtigen Glauben zu bekehren, so C. Und hier kreuzt sich seine Geschichte mit der P: Beide geben dem Kronstädter Aufstand vom März 1921 eine herausragende Bedeutung, allerdings mit vollkommen unterschiedlichen Folgen: Laut C. führten Lenin und seine Genossen daraufhin die Neue Ökonomische Politik ein und gründeten „Istpart“, eine „Kommission für die Geschichte der Oktoberrevolution und der Kommunisti-

schen Partei Rußlands“, die bald direkt dem ZK unterstellt wurde. Nach P. zogen die Bolschewiki aus dem Aufstand ihrer einstigen Revolutionsgefährten ganz andere Lehren: 1. Das Tabu, gegen die eigenen Leute Gewalt einzusetzen, war ein für allemal gebrochen. 2. Kronstadt bewies, daß Terror wirkte. 3. Man konnte ein Blutbad anrichten und trotzdem in der Welt noch als Internationalist gelten (S.79). Kurz: Kronstadt beschaffte den Bolschewiki die (Gewalt-)Mittel, um ihre Macht zu sichern. Hier könnte man mit Peter Holquist korrigierend ergänzen, daß es nicht erst Kronstadt war, sondern bereits die blutige Erfahrung des ersten Weltkriegs, die mit den Soldaten in die Dörfer zurückkehrte. Bei C. spielt Gewalt allerdings gar keine Rolle. Er ignoriert diese Seite der Geschichte vollkommen und widmet sich ganz der Frage, wie die Bolschewiki ihre Meistererzählung erfanden, ohne dies in Relation zu anderen Machtmitteln zu setzen. Dies ist sicherlich das größte Manko seiner Geschichte; er setzt die Arbeit von Istpart und ihrer 72 lokalen Komitees, die bald das 20jährige Jubiläum von 1905 als Generalprobe für das 10jährige Jubiläum von 1917 vorzubereiten hatten, nicht einmal in Relation zu den anderen Propagandainstrumenten des Agitprop. Und so interessant seine Funde sind, daß z. B. die Lokalkomitees eine ganz andere Vorstellung von Jubiläen hatten und lieber 100 Jahre Dekabristen (1825) oder 150 Jahre Pugatschow-Aufstand (1775) feiern wollten, bleibt doch der Eindruck, die große These, daß mit historischem Wissen Herrschaft implantiert wird, zum einen nicht neu ist und zum anderen angesichts der Gewaltexzesse keine hinreichende Erklärung

(mehr) ist.

So bleibt zu wünschen, daß P. einen deutschen Übersetzer findet, und sich im Anschluß an C. jemand findet, der die zweifellos große Bedeutung der erfolgreichen Wissensetablierung in Verhältnis zu den Gewaltexzessen setzt. Bisher überwiegen die monokausalen Erklärungen: Die Bolschewiki obsiegten, entweder weil sie das Denken der Menschen revolutionierten oder weil sie die Gewalt des Kriegs auch erfolgreich in Friedenszeiten als Machtinstrument etablierten. Auf keine der beiden Erklärungen wird man verzichten können. *Susanne Schattenberg*

**Stefan Krolle: Musisch-kulturelle Etappen der deutschen Jugendbewegung von 1919-1964. Eine Regionalstudie**, LIT Verlag, Münster 2004, 457 S.

Mit seinem Buch legt der Autor eine außerordentlich material- und faktenreiche Untersuchung zur musisch-kulturellen Entwicklung innerhalb der bürgerlichen Jugendbewegung in Deutschland im Verlaufe von 45 Jahren vor. Grundlage sind Analysen eines Datensatzes von 8324 Liedern und 104 handgeschriebenen, individuell gestalteten, handschriftlich vielfältigen und hektographierten Liederbüchern aus den Zeitabschnitten 1919–1933, 1933–1945 und 1945–1964, die er auf signifikante Termini untersucht. Damit spürt er der Überlieferung und Verbreitung periodisch tradierten Liedgutes nach. Seine Bezugspersonen bzw. Personengruppen sind junge Burschen, die sich im Nerother Wandervogel, der Bündischen Jugend zugehörig, zusammen gefunden haben.

Anfang des 20. Jh. begann die bürgerliche Jugend in Deutschland, sich in losen Bündnissen zusammenzuschließen (die Bündische Jugend wurde zum Begriff), um ein selbstbestimmtes, von der älteren Generation unabhängiges Leben zu führen. Aufbauend auf neoromantischen Vorstellungen wurde ein ungebundenes Jugendlieben propagiert, frei von bürgerlichen Konventionen und in Distanz zur Politik. Durch Fahrten, Wanderungen, Naturverbundenheit und Erlebnisse in der Gemeinschaft wollte man sich ein eigenes „Jugendreich“ erschaffen, unabhängig von den gesellschaftlichen Problemen der Zeit. Der Bündischen Jugend gehörten unterschiedliche Gemeinschaften und „jungnationale“ Bünde an, die bekanntesten und weitest verbreiteten waren Wandervogel und Pfadfinder.

Zu Ostern 1921 schlossen sich in einer alten Eiszeithöhle in Neroth Jugendliche zu einem elitären Bund, zu einem Freundeskreis von Männern zusammen; Mannestreue, Freundesliebe und Vaterlandsliebe wurden zu ihren Symbolwerten. Sie nannten sich „Nerother Wandervogel/Deutscher Ritterbund e.V. 1921“ und schworen ihrem „Führer“ Gefolgschaftstreue. Diese jungen Leute waren vom Verlauf und den Folgen des soeben beendeten Weltkrieges stark enttäuscht und verunsichert, hatten sie doch viele ihrer jungen Freunde verloren. Nun bemühten sie sich, einen neuen Lebenssinn und eine eigene Lebensform zu finden. Das feudale Gepräge und ihr Drang zur Abschottung ließen sie auch in der Weimarer Republik keine Verbindungen zu Altersgefährten z. B. in der Arbeiterjugend suchen.

Im Hunsrück fanden sie die Ruine einer

alten Ritterburg, die Burg Waldeck, die sie zur Wandervogelburg, zu ihrem „Jugendreich“ und als Denkmal für die im Krieg gefallenen Wandervögel gestalteten. In Robert Oelbermann verehrten sie ihren Begründer. Es entstand eigenes Liedgut, vor allem griffen sie auf das Repertoire der Liedersammlung „Zupfgeigenhansl“ aus dem Jahre 1913 zurück, ein Klassiker unter den Liederbüchern der damaligen Zeit. Das gemeinsame Singen von Volksliedern, Bauernkriegs- und sog. Landsknechtsliedern spielte in ihrem Leben eine große Rolle und stärkte ihr Zusammengehörigkeitsgefühl. Im Verlaufe der Jahre erweiterte sich ihr Repertoire.

Ausführlich schildert der Autor die rege Fahrtentätigkeit der Nerother bis zum Beginn der 30er Jahre in viele europäische Länder, 1928 auch in die Sowjetunion. Hierdurch lernten sie ein anderes kulturelles Umfeld und neue Lieder kennen, die ihren „Liedpool“ entscheidend bereicherten. Die Burg Waldeck wird als eines der erfolgreichsten Siedlungsprojekte der deutschen Jugendbewegung, bis in die Gegenwart hinein, bezeichnet.

In den Jahren der faschistischen Verfolgung auch von Liedern, die nicht zum Naziliedgut gehörten, schwankten die Mitglieder der Bündischen Jugend oftmals zwischen Anpassung und Resistenz. Die Hitlerjugend bekämpfte sie als Konkurrenten, die sich häufig dem Nazilied verweigerten, und ließ sie verfolgen – wegen ihrer Lieder, ihrer langen Haare und bunten Hemden und in Bezug auf den § 175.

Die Beziehungen der Nerother zum NS-Staat waren sehr heterogen. Viele schlossen sich der Hitlerjugend an, andere wiederum suchten Verbindungen zu

Widerstandskreisen und wurden in Haft genommen. 1936 lösten die Nazis die Gruppen der Bündischen Jugend auf. Ihr Liedrepertoire bestand nach wie vor aus wohl bekannten Volks-, Wander-, Fahrten- und Jugendliedern, wie sie auch in die handschriftlich verfaßten Liederbücher Eingang fanden, die aus Konzentrationslagern – insbesondere aus Sachsenhausen – bekannt sind.

Robert Oelbermann, der Führer der Nerother, war nach Sachsenhausen deportiert worden und verstarb am 29. März 1941 im KZ Dachau.

Der Vf. dieser mit viel Aufwand und Detailwissen ausgestatteten Dokumentation hat umfassende Quellen ausgewertet, vor allem Zeitzeugengespräche, Sachliteratur und Aktenmaterial, um die zuweilen recht undurchsichtige Vielfalt und auch Widersprüchlichkeit dieser Jugendbewegung anschaulich darzulegen und zu begründen.

Für die Zeit nach der Befreiung vom Faschismus wuchs die Erkenntnis, daß man sich von überholten Praktiken trennen und sich zusätzlich neues Liedgut aneignen mußte. Eine Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck (ABW) gab es bereits seit 1934, sie ist aber von den Nazis aufgelöst worden und wurde nun neu belebt. Die zeitgemäßen Lebens- und Musikauffassungen von Gruppen der ABW, ihre unterschiedlichen musikalischen Neigungen, Ausdrucks- und Musizierweisen führten zeitweilig zu Auseinandersetzungen mit den Verfechtern der bündischen Traditionen. Doch die neue Ausrichtung auf Einbeziehung politisch engagierter Lieder, internationaler Liedfolklore und Chansons in die 1964 beginnenden Burg Waldeck Festivals so-

wie die Teilnahme profilierter Sänger und Liedermacher, die zuvor selbst der Bündischen Jugend verbunden waren, bestimmte fortan das musikalische Erscheinungsbild der Burg Waldeck und bereicherte darüber hinaus auch die musikalische Landschaft der BRD. Neben den gegen die Atombewaffnung gerichteten Ostermarschliedern hatte man den Sänger Ernst Busch entdeckt, vor allem die von ihm gesungenen Spanienlieder sowie einige Brecht/Eisler-Lieder; auch einzelnen Arbeiter- und KZ-Lieder wie „Brüder, zur Sonne“ und „Die Moorsoldaten“ fanden Eingang in die neu erscheinenden Liederbücher.

Für diese verdienstvolle und sehr aufschlußreiche Untersuchung wäre es sicher von Nutzen gewesen, in Gegenüberstellung zur Bündischen Jugend auf das musikalische Wirken der politischen Arbeiterjugendorganisationen in der Weimarer Republik hinzuweisen, die ja sofort nach dem Machtantritt der Nazis verboten wurden. Auch andere linke Jugendorganisationen, die sich dem antifaschistischen Widerstand angeschlossen hatten, wie die Roten Pfadfinder, die Schwarze Schar oder der jüdische Jugendbund Schwarzer Haufen hätten Erwähnung finden können. *Inge Lammell*

**Sergej Žuravlev/Michail Muchin:** „Krepost' sozializma“. **Povcednevnost i motivacija truda na sovetkom predpriyatii 1928-1938** [„Die Festung des Sozialismus“. Alltag und Arbeitsmotivation in einem sowjetischen Betrieb], Rosspen, Moskau 2004, 240 S.

Die Zeit der „sozialistischen Industrialisierung“ galt traditionell als Helden-

periode in der Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion. Die Industrialisierung war wesentlich motiviert auch durch die – wie wir heute wissen, realistisch eingeschätzte – äußere Gefahr. Jeder Industriebetrieb wurde in dieser Situation als „Festung des Sozialismus“ angesehen. „Welche Faktoren halfen der Sowjetunion, diese und viele andere Schwierigkeiten zu überwinden?“ So wurde in der dreibändigen „Geschichte der UdSSR“, die 1977 erschien, gefragt. Die Antwort lautete: „Die Hauptquelle des Erfolgs lag in der Natur der sowjetischen Gesellschaft selbst, in ihrer Ökonomik sowie in der großen Interessiertheit der Arbeiter und Bauern an der Industrialisierung“.

Nach 1990, im Ergebnis der Öffnung der sowjetischen Archive, sind diese Aussagen auf den Prüfstand geraten. Fragen an die Vergangenheit werden gestellt unter dem Blickwinkel des Wissens um den Rückstand an Produktivität und Lebensstandard verglichen mit den westlichen Industrieländern, der die UdSSR in den letzten Jahrzehnten ihrer Existenz charakterisierte. Wann setzte das Zurückbleiben ein? Hat es ein ernsthaftes Aufholen wirklich gegeben? Bei der Beantwortung dieser Fragen schneidet der im Buch behandelte Zeitraum keineswegs schlecht ab. Auch westliche Wissenschaftler kommen zu den Ergebnis, das zwischen 1929 und 1938 das Bruttoproduct der UdSSR schneller wuchs als das der wichtigsten kapitalistischen Länder einschließlich des sich nach der Krise in der Aufrüstungsphase befindlichen faschistischen Deutschlands. „Die Frage, durch welche Faktoren dieses Ergebnis erreicht wurde“, schreiben die Autoren, „bleibt aktuell“ (S.8). S. und

M. versuchen die Frage durch die Erforschung der Arbeitszusammenhänge im Betrieb, auf mikroökonomischer Ebene also, zu erreichen, was leider aus dem Buchtitel nicht eindeutig hervorgeht. Sie haben dazu einen Moskauer Großbetrieb ausgewählt, der bisher noch nicht Objekt direkter wirtschafts- bzw. sozialhistorischer Erforschung war, über den aber im Zentralen Stadtarchiv Moskaus überraschend viel Material vorhanden ist: das Moskauer Elektrowerk bzw. Elektrokombinat (Mofel). Die Autoren haben über das Jahrzehnt der „sozialistischen Industrialisierung“ die soziale Zusammensetzung, das Wachstum, die Qualifikation der Beschäftigten und die Herausbildung einer neuen Führungsschicht aus der Arbeiterschaft untersucht. Ihre besondere Aufmerksamkeit galt der Motivation der Arbeiter. Sie schreiben über Entlohnung und Versorgung der Beschäftigten, und natürlich analysieren sie auch den sozialistischen Wettbewerb in dieser Zeit, aber auch die Konflikte zwischen Arbeiterschaft und Leitung.

Aus der Fülle des Angebots sollen hier zwei Fragen herausgehoben werden, die auch für die Geschichte der Arbeit in der frühen DDR von größter Bedeutung gewesen ist: die Haltung der Arbeiter zum Wettbewerb und zu den Normen. 1929 wurde in der UdSSR die erste „Maschineninitiative“, die „Stoßarbeiterbewegung“, ins Leben gerufen. Bereits 1930 gab es Stoßarbeiter auch im Mofel. Ihre Zahl war 1931 auf 73 Prozent der Belegschaft angewachsen. Reiner Enthusiasmus? Die Autoren sehen in den Zusatzrationen auf Talonmarken, die die Stoßarbeiter erhielten, einen wesentlichen Grund dafür, daß sich viele Werk-tätige

bemühten, Stoßarbeiter zu werden oder wenigstens als solche zu gelten. Tatsächlich fehlten, wie aus einer Einschätzung des persönlichen Referenten des Werkdirektors hervorgeht, noch im November 1931 gut begründete Zahlen über die Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb im Werk. Ab Januar 1932 war die Direktion bemüht, die „wirklichen“ Stoßarbeiter zu ermitteln. Im Jahre 1934 kam es zu einer zweiten Überprüfung. Das den Stoßarbeitern gewidmete Kapitel haben die Autoren mit einem zeitgenössischen Zitat überschrieben: „Es geht uns nicht ums Geld, aber her mit den Talons!“ (S.115).

Eine kritische Durchsicht erwies sich seitens der Werkleitung auch bei den Arbeitsnormen als notwendig und wurde erstmals 1931 angeordnet. Nur 20 Prozent der Normen erwiesen sich als „wissenschaftlich begründet“. Nach einer entsprechenden Kampagne, die eine hundertprozentige Durchsicht versprach und an der sich 200 dazu im Werk gebildete Brigaden beteiligten, war die Anzahl der fundierten Normen ein Jahr später immerhin auf 40 Prozent gestiegen. Das hieß aber auch: 60 Prozent der Normen wurden weiterhin „nach Augenmaß“ festgelegt.

Zu weiteren Überprüfungen der Arbeitsnormen kam es 1933 und 1934. Die Arbeiter waren darüber wenig erfreut. Normerhöhungen, sofern sie nicht nur das gröbere durch ein feineres „Augenmaß“ ersetzen, konnten zu spürbaren Lohneinbußen führen, denn nach Ansicht vieler Arbeiter war ein „vernünftiger“ Lohn nur durch erhebliche Übererfüllung zu erreichen. Ein amerikanischer Arbeiter im Mofel, Andrew Smith, hat

damals zu Protokoll gegeben, daß viele seiner russischen Kollegen, um die Norm überzuerfüllen und einen höheren Lohn zu erhalten, regelmäßig nach Schichtende weiterarbeiteten. Das sei natürlich verboten gewesen, so Smith, aber die Werkleitung habe „ein Auge zugeedrückt.“

Um die Unruhe aus der Arbeiterschaft zu nehmen, wurden ab 1935 jährliche Normenüberprüfungen abgesetzt und bald darauf im Mofel „jegliche Überprüfung bereits angewandter Normen offiziell verboten“ (S.105).

Die Ergebnisse der archivgestützten Forschungen von S. und M. erlauben nicht nur einen realistischen Blick auf die Motivationen der Arbeiter, am sozialistischen Wettbewerb teilzunehmen. Sie bringen uns die Arbeiter des Mofel nicht nur menschlich näher; sie ermöglichen auch einen Vergleich der Arbeitergeschichte in den Staatsbetrieben der frühen DDR und UdSSR. Einerseits hat es dort „administrative Normenerhöhungen“, die in der DDR den Ausbruch des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 provozierten, offensichtlich nicht gegeben. Andererseits kam man in der UdSSR Mitte der 30er Jahre zu der gleichen Erkenntnis, wie die SED-Führung nach dem Aufstand: Beim Umgang mit dem heißen Eisen Normen ist äußerste Vorsicht geboten! *Jörg Roesler*

**Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, VSA-Verlag, Hamburg 2003, 472 S.**

Die Autorin hat eine detaillierte Lebensgeschichte eines Mannes, der eigentlich Heinrich Mahlmann hieß, aufgeschrieben.

Dazu beigetragen hat sicherlich, daß Mahle, der 1999 verstarb, ihr für über zwei Jahre als Interviewpartner zur Verfügung stand. Allerdings ist sie wohl nicht immer der Gefahr entgangen, seiner Darstellung zu folgen.

Die ersten beiden Lebensjahrzehnte des 1911 in Hamburg in einer Arbeiterfamilie geborenen Mahle werden im Kapitel „Kindheit in Hamburg“ (S.11-39) abgehandelt. In dieser Zeit absolvierte er eine Lehre als kaufmännischer Angestellter und trat 1926 dem kommunistischen Jugendverband bei, war dann in Hamburg Leiter der kommunistischen Pionierorganisation. Der folgende Zeitausschnitt ist durch seine Tätigkeit als „Funktionär des KJVD“ (S.40-76) bestimmt. 1931/32 gehörte er als hauptamtlicher Orgleiter bzw. Polleiter der Reichspionierleitung und dem ZK des KJVD an. Seit 1932 wirkte er als deutscher Vertreter im Internationalen Kinderbüro der KJI in Moskau. Nach dem Machtantritt der Nazis leistete Mahle illegale Arbeit in Berlin, Sachsen und im Ruhrgebiet. 1936 emigrierte er in die UdSSR. Das Kapitel „Wo die Hoffnung stirbt“ (S.77-98) stellt seinen Lebensweg von 1936 bis zum Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion dar. In den Jahren der „Säuberungen“ werden durch NKWD-Mitarbeiter auch engste Weggefährten von ihm, so Gabo Lewin, verhaftet. Mahle arbeitete in dieser Zeit für die Kommunistische Jugendinternationale und als Redakteur für den deutschsprachigen Jugendfunk bei Radio Moskau. Unfaßbar war für ihn und viele kommunistische Emigranten 1939 der Hitler-Stalin-Pakt. Nun wurde sein Bewegungsspielraum im Rundfunk gerin-

ger, sowjetische Behörden mischten sich massiv in seine Programmgestaltung ein. Das nächste Kapitel, „Für ein freies Deutschland“ (S.99-183), gibt die Tätigkeit Mahles in den folgenden Jahren wieder, als er Redakteur bei Ino-Radio, dann Lehrer im Kriegsgefangenenlager Nr. 99 und zeitweilig Leiter des deutschsprachigen Senders „Sturmadler“ war. Im Juli 1943 gehörte er zu den Mitbegründern des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, beim Sender „Freies Deutschland“ fungierte er als stellvertretender Chefredakteur.

1945 kam er mit der „Gruppe Ulbricht“ nach Deutschland zurück. Er wurde hier zum „Rundfunkpionier“ (S.184-300), seit August 1945 war er Generalintendant der Rundfunksender in der SBZ. In der Hysterie des Kalten Krieges war aber, so die Autorin, „aus dem weltoffenen, toleranten Kommunisten Hans Mahle ... ein stalinistischer Funktionär geworden, der in blindem Glauben seiner Partei folgt und damit aufrechte Genossen verprellt“ (S.285). Dennoch wurde er im Juni 1951 abgesetzt wegen angeblicher „Verletzung der revolutionären Wachsamkeit“ und Kooperation mit Klassenfeind. Für einige Zeit in Berlin noch an der Entwicklung des DDR-Fernsehens beteiligt, wurde ein Brand in einem Fernsehstudio im Mai 1952 zum Anlaß genommen, ihn zu entlassen und zur „Bewährungsarbeit“ zu schicken. Die Zeit in der Konsumgenossenschaft Schwerin, dann in Gera und schließlich ab November 1954 als Chefredakteur der „Schweriner Volkszeitung“ behandelt die Autorin im Kapitel „Ungewohnte Wege übers Land“ (S.301-347). Die SED-Führung schickte Mahle dann nach einer katastrophalen Wahlniederlage

der SED-Westberlin 1959 nach Westberlin (Kapitel „Im politischen Ränkespiel: Westberlin“, S.348-451). Ulbricht verkündete ihm im entscheidenden Gespräch: „Deine Aufgabe in der DDR ist beendet“ (S.452). Er wurde als Chefredakteur der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“ eingesetzt. Zunächst, im Jahre 1959, stößt er auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten, angefangen von der materiellen Ausstattung und der Finanzierung der Zeitung bis hin zum Aufbau einer festen Mitarbeiterstruktur und dem Vertrieb des Blattes. Am 13. August 1961 verwehrte ihm die Polizei den Zutritt zu seiner Arbeitsstelle, in der aufgeheizten Stimmung sah er sich in der Folgezeit zahlreichen Diffamierungen wie auch den Drangsalierungen von Senat und Polizei gegenüber. Mahle bringt die „Wahrheit“ hektographiert als „Organ der Westberliner Leitung der SED“ heraus, erst Weihnachten 1961 konnte sie wieder gedruckt und im Großformat erscheinen. Im Wahlkampf 1962 will man seine Kandidatur verhindern und ficht seinen Familiennamen an, erst eine Klage belegt, daß seiner beantragten Familiennamenänderung 1948 vom Magistrat ordnungsgemäß stattgegeben wurde. Als 1962 die Westberliner SED-Leitung sich zur Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) konstituiert, gehörte Mahle bis zu deren Auflösung dem Parteivorstand an. Weder der Partei noch die Zeitung gelang es, den Makel der SED-Hörigkeit vor den Westberlinern abzuwenden. Mahle war klar, daß die Mehrheit der Westberliner seine kommunistische Überzeugung und seine politische Meinung nicht teilte. Die Zeitung wurde aber

auch selbst dem Lesebedürfnis der Abonnenten immer weniger gerecht. Ende der 1970er Jahre rumort es in der SEW, nicht zuletzt wegen der weiter wachsenden Gängelung durch die SED und die Entwicklung in der DDR. Die Autorität Mahles in der Redaktion war mehr als nur angeschlagen. Im September 1981, 70 Jahre alt, wurde er in Pension geschickt. Mahle, nun Ehrenvorsitzender der Westberliner DSF, glaubte weiterhin an die Reformfähigkeit des Sozialismus und blieb bis zur Selbstauflösung im März 1991 – nun bereits unter dem neuen Namen Sozialistische Initiative – Mitglied der SEW. Seine Ideale hat er, auch nach dem Untergang der DDR, nicht aufgegeben. Als Mitglied der PDS kandidierte er für diese noch 1995 in Berlin-Steglitz.

Ein Anhang mit Quellen-, Literatur-, Personen- und Abkürzungsverzeichnis beschließt die Biographie. Insgesamt fällt das Kapitel über Westberlin, den Höhepunkt von Mahles politischer Karriere, etwas dürftig aus. Dennoch entstand eine Biographie, die dem Leser Mahle als einen Menschen vorführt, der jede ihm von seiner Partei übertragene Aufgabe gerecht zu werden versuchte und der sein Bekenntnis zum Kommunismus als Lebenskompaß verstand, das Wort der Partei über das eigene Leben stellte (S.10).

*Rainer Bert*

### **Erich Brost: Wider den braunen Terror. Briefe und Aufsätze aus dem Exil.**

Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit einem Geleitwort von Anke Fuchs. Bearbeitet von Marek Andrzejewski und Patrik von zur Mühlen, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2004, 328 S.

Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit dem Leben eines führenden Danziger Sozialdemokraten und damit, wegen dessen nachhaltigen Wirkens, auch insgesamt mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Freien Stadt Danzig (1919–1939). Damit wird ein Thema behandelt, das in der deutschen Geschichtsschreibung bisher nicht sehr große Aufmerksamkeit gefunden hat. Hervorzuheben ist darum auch, daß die Edition in Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Historikern entstanden ist; so stammt u. a. die sehr informative biographische Einleitung von Dr. Marek Andrzejewski, Professor für Neuere Geschichte in Gdansk. Nach Vorwort und Einleitung (40 S.) folgt der umfangreichste Teil: Briefe Brosts an Freunde und Kampfgefährten, Artikel im „Neuen Vorwärts“ (dem Organ der Exil-SPD seit 1933) u. a. Ein sehr informativer Anhang mit Quellen-, Literatur- und Personenverzeichnis beschließt den Band. Brost (1903–1995), seit 1921 Mitglied der SPD in Danzig, widmete sich journalistischer Tätigkeit, die mit der Arbeit an der „Danziger Volkszeitung“, lange Zeit die zweitgrößte Tageszeitung in der damals überwiegend deutschsprachigen Hansestadt, begann. Auch in Danzig nahm die Entwicklung einen dem „Reich“ ähnlichen Verlauf: Gab es 1927 im Parlament, dem „Danziger Volkstag“, *einen* Naziabgeordneten, so waren es drei Jahre später bereits *zwölf*. Im Mai 1934 wurde die KPD Danzig illegal, im Oktober 1936 die SPD, im Mai 1937 auch die DNVP zur Selbstauflösung gezwungen, nachdem ihre drei Volkstagsabgeordneten als „Hospitanten“ zur NSDAP übergetreten waren. Auch der Zentrumsparter war bald eine öffentliche

Betätigung nicht mehr möglich. Brost mußte Danzig verlassen und begab sich zunächst nach Warschau, wo er von polnischen Partei- und Gewerkschaftskollegen unterstützt wurde. Doch: die „polnische Regierung war um eine gute Nachbarschaft mit dem Dritten Reich bemüht und unternahm daher keine Anstrengung, die Danziger Opposition zu unterstützen“, heißt es in der Einleitung des polnischen Historikers. Und weiter: „Weder Großbritannien noch Frankreich, die führenden Völkerbundsmächte, waren bereit, die Danziger Opposition wirklich zu unterstützen [...] Großbritannien war in den Jahren 1933–1938 bestrebt, zu einer allgemeinen Verständigung mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu kommen [...] Die Vorhaben Erich Brosts mußten sich daher als Illusion erweisen. Die politischen Interessen Großbritanniens, Frankreichs und Polens kollidierten mit dem Ziel der Danziger Sozialdemokraten und anderer NS-Gegner.“ Ende August 1939 gelangte Brost über Riga und Helsinki nach Uppsala und Stockholm. „In Uppsala wohnte mit Frau und Tochter auch ein anderer Danziger Emigrant, Anton Plenikowski. Erich Brost, der mit dem ehemaligen Führer der Danziger KPD ‚privat befreundet‘ war, unterhielt dort Beziehungen zu P. [...] Beide Familien, deren Bekanntenkreis in Uppsala sehr beschränkt war, besuchten und halfen sich gegenseitig. Die Grenze zwischen rein menschlichen Kontakten und politischen Anschauungen war für die beiden ehemaligen Volkstagsabgeordneten sehr deutlich. Nach 1945, als Anton Plenikowski in der SED eine bedeutende Rolle spielte, schieden sich ihre Wege gänzlich. (Plenikowski war nach 1945 u. a. Staats-

sekretär und Leiter des Büros des Ministerrates der DDR - K. F). Um jeglichem Mißverständnis vorzubeugen, ist klar zu stellen, daß die Einstellung von Erich Brost gegenüber der kommunistischen Partei immer eindeutig negativ war.“ Aus dieser Position rührte auch seine Ablehnung des Potsdamer Abkommens 1945, die er in einem Brief an Erich Ollenhauer so begründete: „Die Kapitulation der Westmächte vor den Russen ist komplett. Nachdem Churchill soweit gegangen war, konnte gar nichts anderes erwartet werden. Angesichts dieser Tatsache ist es wirklich unbegreiflich, wie sich unsere Freunde hier den Kopf über die antifaschistische Einheitsfront zerbrechen.“ Brost verfügte über einen außerordentlich großen Bekanntenkreis, was auch im Buch seinen Niederschlag findet. In England kam ihm zugute, daß er als Danziger Staatsbürger auch von der polnischen Exilregierung unterstützt wurde. „Mit großem Interesse verfolgte Erich Brost täglich die Londoner Presse, deren Sachlichkeit, Informationsniveau und Bemühung um größtmögliche Objektivität ihn faszinierten. Später übernahm er das englische Vorbild und setzte konsequent auf die Unabhängigkeit der ‚Westdeutschen Allgemeinen Zeitung‘, deren Herausgeber er lange Zeit war. Von wesentlichem Einfluß dürfte seine Bekanntschaft mit dem britischen Propaganda- und Geheimdienstmanager Sefton Delmer gewesen sein, der auch dafür sorgte, daß Brost bereits am 8. Juni 1945 nach Deutschland zurückkehren konnte. „Interessanterweise besaß Erich Brost als einer der ersten deutschen Emigranten, der sich von England nach Deutschland begeben durfte, noch weiterhin einen Dan-

ziger Paß, der von den polnischen Exilbehörden verlängert worden war. Die meisten der politischen Emigranten konnten erst ein oder zwei Jahre später nach Deutschland fahren.“ Näheres würde man in diesem Zusammenhang gern erfahren über den Inhalt des hier verwendeten Begriffs der „schwarzen Propaganda“.

Die veröffentlichten Briefe und Artikel Brosts bieten Informationen über die internationale und innere Lage, auch innerhalb der Arbeiterbewegung, zur Perspektive der künftigen sozialdemokratischen Politik. So äußerte Brost 1937 u. a. kritische Bemerkungen über den in vielen Publikationen gerühmten Schweizer Diplomaten und Historiker Carl Jacob Burckhardt (nicht zu verwechseln mit dem älteren Schweizer Kultur- und Kunsthistoriker Jacob Burckhardt [1818–1897]), der von 1937–1939 Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig war, und den er um Unterstützung ersucht hatte, die dieser jedoch verweigerte und dafür ausländischen Interessenten, auch den Nazis, Informationen hatte zukommen lassen.

Insgesamt bietet das Buch einen dokumentarischen und zugleich anschaulichen Einblick sowohl in Lage und Geschichte der Arbeiterbewegung Danzigs im allgemeinen als auch in die zugleich von Antinazismus und Antikommunismus geprägte Ideenwelt der sozialdemokratischen Führerschaft jener Zeit.

*Kurt Finker*

**Manfred Oldenburg: Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942**, Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2004, 365 S.

Der Vf. promovierte mit dieser Untersuchung im Jahre 2002 an der Universität Hamburg. Er gehörte zu den Historikern, die die vorher umstrittene, im November 2001 wiedereröffnete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung neu konzipierten und erarbeiteten. Derzeit ist er als Fachjournalist tätig.

O. untersucht das Verhalten der deutschen Wehrmacht gegenüber der Zivilbevölkerung in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion im Jahre 1942 detailliert anhand der Akten der Militärbehörden an den Fallbeispielen des Wirkens der 11. Armee unter Erich von Manstein auf der Krim (Ende Oktober 1941 bis Ende August 1942), der 17. Armee unter Hermann Hoth im Donezbecken (Mitte Oktober 1941 bis Juni 1942) und unter Richard Ruoff im Nordkaukasus (Juli 1942 bis Januar 1943). Im 1. Kapitel skizziert der Vf. den Forschungsstand und seine Desiderate, im 2. umreißt er die Behandlung der Zivilbevölkerung bis zum November 1941 durch die Wehrmacht: verbrecherische Befehle; Unterdrückung, Terror und Vernichtung als Methoden; eine Hunger und Tod bringende Ernährungspolitik. In den folgenden drei Kapiteln werden die Fallbeispiele unter jeweils vier Aspekten dargestellt: das Verhalten in der Ernährungsfrage; der Umgang mit der antibolschewistischen Bevölkerung; das Verhalten gegenüber der „feindlichen“ Zivilbevölkerung und die Rolle der Armeen bei der Judenverfolgung und -ermordung. Ein 6. Kapitel bietet in der Zusammenfassung und Schlußfolgerung die Bilanz eines mörderischen und verbrecherischen Verhaltens dieser Armeen gegenüber der

Zivilbevölkerung im Jahre 1942.

Der Autor verdeutlicht mit instruktivem Material: In der ersten, erfolgreichen Phase des Krieges gegen die Sowjetunion mußte die Wehrmacht noch keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung in den von ihr besetzten Gebieten nehmen, da der militärische Erfolg durch die von Hitler gewollte und vom Heer unterstützte und praktizierte Ausbeutungs-, Terror- und Vernichtungspolitik nicht bedroht schien. Mit dem Scheitern des Blitzkriegskonzepts Ende 1941 entwickelte sich jedoch die Militärverwaltung notgedrungen zu einer ständigen Einrichtung mit einem beträchtlichen Zuständigkeitsbereich. Die veränderte Kriegslage brachte Millionen Zivilisten in den Operationsgebieten für längere Zeit unter die Verfügungsgewalt der Armeen. Deren Führung hatte den Umgang mit der Zivilbevölkerung festzulegen und entsprechend zu praktizieren. Es galt zum einen, die politischen und ideologischen Leitlinien des Krieges weiter zu befolgen und den Bedürfnissen in Deutschland gerecht zu werden und zum anderen die Bevölkerung zu vielen Zulieferungsarbeiten für die Truppe im eigenen Verwaltungsgebiet heranzuziehen und militärische Sicherheitsinteressen, die Priorität hatten, zu befolgen, wobei die Militärs bei einer unzufriedenen Bevölkerung neben Hungeraufständen insbesondere eine Ausweitung des Partisanenkrieges fürchteten. Das war nicht zu meistern.

Im stark zerstörten industriellen Donezbecken sollten Bergbau und Industrie wieder mit einer, wie angenommen, gefährlich „bolschewistisch verseuchten“ Arbeiterschaft in Gang gesetzt werden, was nicht gelang. Im Erdölgebiet von

Maikop konnten trotz Führerbefehl im 2. Halbjahr 1942 die Lebensmittelversorgung der Arbeiter und damit auch die Ölförderung nicht gesichert werden. In der Ernährungsfrage hatten die Militärs keine Lösung für die zivilen Ernährungsprobleme. In den okkupierten Gebieten reichten die vorgefundenen Lebensmittel nicht einmal aus, um die Soldaten angemessen zu ernähren. In Simferopol auf der Krim wurden auf Bitte des Armeeoberkommandos vom Sicherheitsdienst der SS im Zusammenwirken mit militärischen Einheiten 14.500 Juden ermordet, um schnell „unnütze Esser“ loszuwerden. Zunächst blieb die Bevölkerung sich selbst überlassen. Doch als Hungerkatastrophen drohten und die antideutsche Unzufriedenheit wuchs, wurde versucht, notdürftige Hilfen zu gewähren. Sie brachten jedoch keine generelle Verbesserung.

Im Umgang mit der Zivilbevölkerung gingen Konzepte und Bemühungen, große Teile der Bevölkerung, denen man eine antibolschewistische Einstellung zuschrieb und sie damit als kollaborationsfähig betrachtete, als „Kriegsnotwendigkeit“ im Kampf gegen das „jüdisch-bolschewistische System“ zu gewinnen, nicht auf. Es fanden sich zwar in beträchtlichem Maße Personen, die aus unterschiedlichen Gründen, zumeist der Lebenserhaltung, aber auch aus anti-sowjetischer Einstellung heraus, den Anforderungen der Okkupanten entsprachen. Doch die Mißachtung der Russen und Ukrainer als „minderwertig“, die Requirierung von Lebensmitteln und Wohnraum, Zwangsarbeiten, die gewaltsamen Rekrutierungen von Arbeitskräften für den Einsatz in Deutschland, dra-

konische Strafen und Erschießungen irgendwie des Widerstands Verdächtiger führten zur Ablehnung der Besatzer, zu Verweigerungen und zu Gegenaktionen, die nicht zuletzt in der Unterstützung der Partisanen ihren Ausdruck fanden. Selbst bei den Angehörigen kaukasischer Bergvölker, die wie „befreundete Völker“ behandelt werden sollten, war das der Fall. Schonungslos verfolgt, aufgespürt, drangsaliert und zumeist willkürlich erschossen wurden die als „feindlich“ verdächtigten und eingestuften Zivilisten – „bolschewistische Hetzer“, „Saboteure“, Partisanenhelfer und Partisanen. Die Militärverwaltung der beiden Armeen war an der systematischen Verfolgung und Ermordung der Juden, die von den SS-Einsatzgruppen betrieben wurde, beteiligt und folgte damit dem ideologischen Leitbild der Faschisten von der „jüdisch-bolschewistischen Gefahr“, deren Träger auszurotten waren.

O. war bemüht, Zurückhaltung, Widerspruch und Verweigerung gegenüber dem Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in den Armeen aufzuspüren, doch die Ergebnisse waren dürftig. Der Vf. schreibt großen Teilen der Bevölkerung eine antisowjetische und pro-deutsche Haltung zu, die sich aus den bitteren Erfahrungen des Verhaltens der Besatzungsmacht heraus in Ablehnung verwandelte. Daß in der Bevölkerung auch Heimatliebe, sozialistische Überzeugungen, Patriotismus und Haß auf den Feind verwurzelt und dauerhafte Motivationen der Ablehnung und des Widerstandes gegen die Okkupanten waren, bleibt außerhalb der Betrachtung. Wie aber hätte wohl die Sowjetunion den Sieg im Großen Vater-

ländischen Krieg ohne solche Motivation in der Bevölkerung errungen? Hier ist der Autor aktenbefangen, verbleibt er in gängiger westlicher Sicht und fehlt ihm die russischsprachige Literatur.

O. kommt in der Zusammenfassung seiner wertvollen Untersuchung zu dem Fazit, daß 1942 im Vergleich zu den Sommermonaten 1941 im Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung „kein grundlegender Wandel eintrat. Während die Armeen gegenüber den Juden, den bolschewistischen und ‚unerwünschten‘ Kreisen die Politik überhaupt nicht änderten, waren zwar erste Anzeichen zu erkennen, der antibolschewistischen Bevölkerung aus militärstrategischem Kalkül rücksichtsvoller zu begegnen; dieses Umdenken hatte jedoch zum einen nur selten praktische Auswirkungen, da die ‚Kriegsnotwendigkeiten‘ (Ernährung aus dem Land, Zwangsarbeiten für die Armee, Bekämpfung der Partisanen) dem entgegenstanden: Nach wie vor hungerten die Menschen, sie wurden ausgebeutet und unterdrückt. Zum anderen zeigt die nach wie vor bestehende Diffamierung der friedliebenden slawischen Bevölkerung als ‚Untermenschen‘, dass von einem wirklichen Bewusstseinswandel der Militärs auch nicht gesprochen werden kann“ (S.327).

Er verweist darauf, daß weitere flächendeckende Untersuchungen zum Verhalten anderer Armeen im Jahre 1942 und darüber hinaus für die anderen Jahre der Besatzung notwendig sind, um zu einer umfassenden, ausgewogenen Darstellung des Verhaltens der Wehrmacht in der UdSSR zu kommen. Doch schon aus seiner Untersuchung tritt das mörderische, verbrecherische Verhalten dieser Besat-

zungstruppen, in denen nicht jeder ein Mörder und Verbrecher war, klar zutage. In der anhaltenden Auseinandersetzung, vor allem mit den Neonazis, um eine „Ehrenrettung“ der Wehrmacht belegt das Buch, daß deren Ehre nicht zu retten ist.

*Horst Schützler*

**Gerd R. Ueberschär: Stauffenberg. Der 20. Juli 1944**, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2004, 270 S.

Wie in der Vergangenheit zu runden Jahrestagen, so beanspruchte auch der 60. Jahrestag des 20. Juli 1944 das Interesse der Medien und der historischen Wissenschaft. Doch neue Fakten und Tatsachen waren kaum zu erwarten, wengleich manche Einzelheiten der etwa 42 Attentatsversuche gegen Hitler mehr als bisher in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt worden sind. Längst ist erwiesen, daß es sich bei dem Anschlag von Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg gegen Hitler nicht, wie dieser behauptete, um die Verschwörung einer „ganz kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere“ gehandelt hatte, sondern daß hinter der Tat Stauffenbergs eine relativ breite, über das Militär hinausreichende, linke wie rechte Kräfte umfassende Bewegung stand, deren Verzweigungen gar bis in vermeintlich parteitreue Kreise reichten. Verfehlt wäre allerdings der Umkehrschluß, dem nationalkonservativen Widerstand von Militärs, wie dem Widerstand gegen das NS-Regime überhaupt, eine Basis in breiten Bevölkerungskreisen zuschreiben zu wollen. Das genaue Gegenteil ist zutreffend.

U., der sich mit zahlreichen Publikationen zum deutschen Widerstand hervor-

getan hat, erhärtet mit seiner neuesten Darstellung den genannten, mittlerweile unumstrittenen Befund. Der Bd. ist als Begleitbuch zum Stauffenberg-Film der ARD von Jo Baier konzipiert, doch er geht weit über den Film hinaus. Es handelt sich um ein eigenständiges Werk, in dem der Autor die Vorgeschichte, den Verlauf sowie die Wirkungen und Folgen des Attentats und dessen Bewertung in der Historiographie, gestützt auf eine informative Auswertung vorhandener Literatur, nacherzählt. Eine neue Forschungsinterpretation oder eine neue Stauffenbergbiographie lag nicht in seiner Absicht. Sein Anliegen ist es, den Hintergrund des 20. Juli 1944 zu beleuchten und ergänzende Erläuterungen zum Ablauf des Stauffenbergschen Sprengstoffanschlags und des Staatsstreichversuches zu geben. Darüber hinaus will der Autor die Folgen des mißlungenen Attentats bis zum Mai 1945 und „den Umfang des Widerstandes insgesamt“ (S.13) skizzieren, doch was Letzteres betrifft, werden die von ihm beim Leser geweckten Erwartungen nur teilweise erfüllt. Der Arbeiterwiderstand und dabei vor allem der kommunistische, werden bestenfalls als Marginalie behandelt, womit ein schiefes Bild auf den Widerstand in seiner Gesamtheit entsteht.

Somit wird U. in dieser Frage dem von ihm selbst genannten Anspruch nur unzureichend gerecht. Dennoch gewinnt die Publikation mit einer Chronik der Ereignisse im Führerhauptquartier „Wolfschanze“ und in Berlin, durch die Schilderung der Vorgänge des 20. Juli in Paris, Wien und Prag und durch 33 biographische Skizzen von Hitlergegnern und

Attentätern sowie einem gesonderten Kapitel zur Rolle und zum Schicksal von Frauen des Widerstandes den Charakter eines Handbuches zum 20. Juli. Deutlicher als in manch anderen Darstellungen geht U. auch auf die Volksstimmung zum Attentat und auf die mannigfachen Treuebekundungen besonders auch aus Kreisen der hohen Generalität zu Hitler ein, wobei er konstatiert, daß es nach dem Attentat in großen Teilen der Bevölkerung zu einer gesteigerten pro-Hitlerstimmung und zu einer nochmaligen Konsolidierung des NS-Regimes gekommen sei.

Das Kapitel zur Rezeption des „20. Juli 1944“ und der Militäropposition gegen Hitler nach 1945 dürfte die besondere Aufmerksamkeit geschichtswissenschaftlich interessierter Leser finden. Das Ganze hätte allerdings gewonnen, wenn ein deutsch-deutscher Vergleich der geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der Thematik erfolgt wäre. Da dies nicht geschieht, geraten die diesbezüglichen Ansätze, die es vor allem zum 50. Jahrestag gegeben hatte,<sup>1</sup> aus dem Blickfeld. Beachtenswert in dem neuen Buch ist die Feststellung, die vielfach vorgelegten kritischen Forschungsergebnisse hätten „das Bild von einer permanenten unerschütterlichen Militäropposition von der ersten bis zur letzten Stunde verblassen lassen“ (S.191) sowie der Hinweis darauf, daß auch Hitlergegner zeitweilig schuldhaft in die verbrecherische Kriegführung verstrickt gewesen seien (S.197). Was die DDR-Historiographie betrifft, wird lediglich festgestellt, sie habe etwa seit 1984 die Differenzierungen zur Bewegung des 20. Juli in entweder „progressiv“ oder „reaktionär“ überwunden,

was hauptsächlich mit Arbeiten von Kurt Finker belegt wird. Tatsächlich hat Finker mit den vielfachen, oftmals überarbeiteten Auflagen seiner Stauffenbergbiographie und seinem Buch zum Kreisauer Kreis einen wesentlichen Anteil an der Überwindung der klischeehaft dichotomischen Vorstellungen zum Widerstand, wobei Inspirationen dazu direkt oder indirekt von den Ergebnissen westdeutscher Widerstandsforschung ausgegangen sind. Leider enthält das Kapitel keine weiteren Aussagen zur DDR-Historiographie und auch in der 288 Titel umfassenden Literaturliste finden sich nur wenige ostdeutsche.

Trotz der angesprochenen Defizite und Unterlassungen im Umgang mit der Widerstandsforschung der DDR handelt es sich um eine breite Leserkreise ansprechende Publikation, der weite Verbreitung zu wünschen ist. *Paul Heider*

**André Rauber: Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944-1991,** edition 8, Zürich 2003, 848 S.

Der umfangliche Bd. entstand aus einem im Jahre 2001 erschienenen zweibändigen französischsprachigen Werk, das durch Übersetzer und Autor ergänzt wurde und dessen ersten Bd. auf knapp 80 Seiten zu einem 1. Kapitel komprimiert wurde. Die Konzentration auf die Zeit ab 1944 wird damit begründet, daß die Zeit bis vor dem Zweiten Weltkrieg relativ gut auf-

<sup>1</sup> Siehe dazu Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994.

gearbeitet sei, während die Folgezeit in der Literatur stiefmütterlich behandelt worden sei. In sieben Kapiteln wird die Geschichte der Schweizer Partei der Arbeit (PdA) einschließlich ihrer Vorgeschichte dargestellt. Innerhalb der chronologisch angelegten Kapitel wird die Entwicklung nach inhaltlichen Schwerpunkten abgehandelt.

Der Autor, Jahrgang 1941, war in den 1970er und 1980er Jahren Leiter der Schulungskommission der PdA sowie Chefredakteur der Parteizeitung, 1971 kam er in ihr ZK, 1983 ins Politbüro bzw. Sekretariat. Von Hause aus kein Historiker, hat er zahlreiches Material, Fakten und Daten zusammengetragen, die er differenziert, kenntnisreich, geschmückt mit Interna und sehr lebendig zusammengefügt hat. Sein politisches Credo verkündet er im Vorwort: „Man sollte indessen vorsichtig sein, deren [der kommunistischen Bewegung – H. M.] Fehler nicht zu verwischen oder zu vernachlässigen – genauso wenig sollte man sie übermäßig verurteilen oder politisch verunglimpfen.“ In diesem Spannungsbogen sind seine Wertungen angelegt, manchmal in der Nähe, verhängnisvolle Entwicklungen zu verharmlosen. Im Versuch, den Leser von seiner Ansicht zu überzeugen, gleitet der Autor stellenweise allerdings fast ins Belehrende ab. R. hat die Entwicklung der PdA in der gesamten Breite dargestellt. Da das zu reflektieren hier nicht möglich ist, soll das Augenmerk vor allem auf die Parteientwicklung selbst und ihre internationale Einbindung gerichtet sein. Die internationalen Aspekte finden – wie auch die nationalen Rahmenbedingungen – in allen Abschnitten gebührende Beachtung,

durch die getrennte Darstellung selbstständigen sie sich jedoch zu sehr.

Quellenmäßig gründet sich die Darstellung in erster Linie auf Publikationen (Presse, Bücher, Broschüren) sowie Erinnerungen Beteiligten. Partiiell werden auch archivalische Unterlagen herangezogen, so z. B. aus dem Archiv der PdA, dem Kominternarchiv, dem Schweizer Bundesarchiv und dem Sozialarchiv Zürich.

Die PdA entstand 1944. Die zuvor bestehende KP war insbesondere durch die sektiererische Kominternlinie seit Ende 1920er Jahre empfindlich geschwächt. Die negativen Auswirkungen der Niederlage der deutsche Arbeiterbewegung 1933, die Stärkung der antidemokratischen, faschistischen Bewegungen in Nachbarländern sowie der Deutsch-Sowjetische Pakt 1939 lähmte die KP, die unter dem seit der zweiten Hälfte der 30er Jahre sich verstärkenden antikommunistischen Klima schließlich 1940 verboten wurde. Als durch einen Zusammenschluß von linken Sozialdemokraten und Kommunisten die Sozialistische Schweizer Föderation entstand, wurde diese bereits 1941 verboten. Vor Gründung der PdA bestanden unter verschiedenen Namen (die dann aber beibehalten wurden) bereits verschiedene Kantonalsektionen, die Partei blieb dennoch bis Frühjahr 1945 formell verboten.

Der Autor zeigt, daß in der Schweiz die kommunistische Bewegung nie eine große Volksbewegung war, den Höhepunkt ihres Einflusses, mit etwa 20.000 Mitgliedern und 5 Prozent der Wählerstimmen, erreichte sie in der Nachkriegszeit. Für den deutschen Leser erstaunlich, wie kompakt der Antikommunismus auch in

der Schweiz herrschte und mitentscheidend dazu beitrug, daß die Partei an Bedeutung verlor. Unter dem Stichwort „Helvetischer McCarthyismus“ beschreibt R., daß in der Schweiz 1948–1951 Gesetze und Erlasse in der gleichen Richtung wie in den USA verabschiedet wurden (S.237-249). Dokumente aus dem Schweizer Bundesarchiv belegen die Überwachung, Bespitzlung und Schikanie der Partei, die als „Partei des Auslands“ und als „Unterstützung ausländischer Bestrebungen“ befeindet wurde.

Von dem seit 1947 sich schrittweise bzw. in Wellen vollziehenden Rückgang an Wählerschaft und Einfluß – die Mitgliederzahl ging unter die 5.000er Grenze – konnte sich die Partei nie mehr erholen. In dieser Entwicklung schildert der Autor selbstkritisch die sich in dieser Zeit in der Partei vollziehenden Konflikte bis zu der Krise der 1980er Jahre, eingeschlossen die teilweise auch persönlichen Auseinandersetzungen ihres Führungspersonals. Zu nennen wären so die Auseinandersetzungen um die Noel-Field-Affäre, um den Slansky-Prozeß und den Parteipräsidenten Léon Nicole.

Der „Schock des 20. Parteitags und dessen Folgen“ führten auch in der PdA zur Auseinandersetzung um einen nationalen Weg zum Sozialismus. Die Wirkung der Ereignisse in Ungarn verunsicherten zahlreiche Parteikommunisten. Die Partei behielt zur KPdSU stets freundschaftliche, wenn auch immer kritischer werdende Beziehungen bei, eine Distanzierung vom real existierenden Sozialismus fand – auch später, in den 1980er Jahren, – ansatzweise, aber nicht vollständig statt. Mitte der 1960er Jahre geriet die PdA in eine Krise,

sie führte zu ersten größeren Auflösungserscheinungen in der nationalen Führungsspitze. Immerhin konnte zumindest dann wieder in den Wahlergebnissen ein gewisser Aufwärtstrend (S.652) verzeichnet werden, der aber wieder irreversibel zurückging und mit Beginn 1980er zu einem Debakel mit empfindlicher Wählererosion selbst in den Partei-„Hochburgen“ führte (S.454). Kenntnisreich und detailliert werden die innerparteiliche Auseinandersetzungen und Krise der 80er Jahre beschrieben (u.a. Austritt der Waadtländer Aktivisten und Ausschluß der Basler Sektion).

Nach 1990 erfolgt in der Partei eine Revision früherer Standpunkte und der Bruch mit bisherigen Dogmen, diese Neuausrichtung ging mit einer Reform der Partei selbst einher: Nachdem bereits 1982 der Bezug zum Marxismus-Leninismus aufgegeben worden war, erfolgte nun auch die Aufgabe des demokratischen Zentralismus, der Bruch mit dem leninistischen Konzept des Kommunismus sowie mit der Vorhutrolle der Partei. Seit Anfang der 1990er Jahre, als die Partei Allianzen mit anderen Gruppierungen und unabhängigen Kandidaten einging, oft unter neuem Namen, konnte eine gewisse Wählerschaft zurückgewonnen werden. Dennoch bleibt als Fazit, daß das politische Gewicht auch der postkommunistischen Partei in der Schweiz gering blieb.

Der Bd. wird durch einen Anhang abgerundet. Als ertragreich erweisen sich insbesondere die rund 200 Kurzbiographien von Aktivisten der kommunistischen Bewegung, aber auch Tabellen und Grafiken über die PdA-Führungsorgane, Wähleranteil auf Bundes- und

Kantonebene. In der umfassenden Bibliographie, so wird vermerkt, ist auf einige Titel der französischsprachigen Originalfassung verzichtet worden. Über einige Probleme der Übersetzung, (so wenn Fritz Sperling als „deutscher kommunistischer Anführer“ bezeichnet wird, bei Parteausschlüssen von Ausschlüssen „aus den Rängen der Partei“ und ähnlichen geschrieben wird) kann wohl angesichts des Geleisteten ebenso hinweggesehen werden wie über falsche Namensschreibung oder einige offenbar unvermeidliche Druckfehler.

*Herbert Mayer*

**Machmut A. Gareev: Polkovodcy pobedy i ich voennoe nasledie** [Feldherren des Sieges und ihr militärisches Erbe], Verlag INSAN, Moskau 2004, 480 S.

Vor allem in Deutschland wie in Rußland sind viele neue Publikationen in Vorbereitung auf den 60. Jahrestag des Sieges der Antihitlerkoalition über das „Dritte Reich“ und des Endes des Zweiten Weltkrieges erschienen. Auffällig ist, daß Erinnerungen von Zeitzeugen der damaligen Ereignisse oder eine Mischung von allgemeineren Aussagen mit recht persönlich gehaltenen Erlebnisberichten vorherrschen. Im Fernsehen wie in anderen Medien der Bundesrepublik werden stärker denn je die Opfer und Leiden der deutschen Bevölkerung in den Mittelpunkt gerückt. Dagegen wird die Frage, warum es sowohl zum Vernichtungskrieg selbst wie dann zum sinnlosen Widerstand mit all seinen Folgen noch in der Schlußphase kam und welche Faktoren zum Zusammenbruch der Aggressoren

führten sowie welche Lehren daraus zu ziehen sind, meist ausgeklammert oder nur kurz gestreift. Für um so bemerkenswerter halte ich die in Moskau erschienene Publikation, die sich in ausgewogener Weise diesen wie anderen Aspekten widmet, die nicht vergessen werden sollten.

Der Autor, Armeegeneral und Präsident der Akademie für Militärwissenschaft, benennt mannigfaltige Gründe, warum die Antihitlerkoalition im Zweiten Weltkrieg den Sieg über die faschistischen Eroberer errungen und warum dabei die Sowjetunion den entscheidenden Beitrag geleistet hat. Diese Gründe wirkten in ihrer Komplexität. Ausführlich geht er auf das Kräfteverhältnis, das militärische wie auch das ökonomische, zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Koalitionen ein. Dabei zeigt er die Veränderungen während des Krieges, weist zugleich darauf hin, daß die Wehrmacht auch noch 1945 in ihrer Ausrüstung und insgesamt in ihrer Fähigkeit, den Krieg fortzusetzen, nicht unterschätzt werden durfte. Die etwa fünf Millionen Soldaten und Offiziere, die erst im Frühjahr den Weg in die Kriegsgefangenschaft antraten, waren in ihrer überwältigenden Mehrheit kriegserfahren. Heute wird nicht zufällig die Anzahl der Jungen und Alten, die in den letzten Monaten noch in den Volkssturm gepreßt wurden, überschätzt oder sogar aufgebauscht. Es gab auch zu keinem Zeitpunkt eine zehnfache oder noch größere Überlegenheit der Alliierten, schon gar nicht der Sowjetarmee, wie das gegenwärtig leichtfertig nicht selten behauptet wird. An der Ostfront standen sich nach Angaben von G. Anfang 1945 6,7 Millionen Soldaten der Roten Armee 3,7 Millionen Soldaten der

Wehrmacht gegenüber. An der Westfront gestaltete sich dieses Kräfteverhältnis noch etwas mehr zu Gunsten der Alliierten.

Während des gesamten Krieges kam nach berechtigter Auffassung des Autors dem moralischen Faktor zweifellos eine große Bedeutung zu. Gemeint ist die nicht zu widerlegende Tatsache, daß die Soldaten der Roten Armee einen Befreiungskampf zur Verteidigung ihrer überfallenen Heimat führten, während sich die Wehrmacht an einem Eroberungsfeldzug für neuen „Lebensraum“, an einem barbarischen Vernichtungskrieg beteiligte. Trotz aller gravierenden Rückstände, die historisch wie durch eigenes Verschulden begründet waren, erwies sich die UdSSR selbst mit ihren Deformationen des Sozialismus dem faschistischen Gegner überlegen. Das galt insbesondere für die Mobilisierung der Abwehrkräfte, nicht zuletzt der ökonomischen, noch dazu unter den so komplizierten Bedingungen der erforderlichen kurzfristigen Errichtung einer neuen Rüstungsindustrie im Ural und in Sibirien. Dabei verfügte Deutschland über fast alle Ressourcen Europas, konnte nach den vorangegangenen Blitzkriegen 1941 wie bis zuletzt das Gros der Wehrmacht, auch der Luftwaffe, an der Ostfront einsetzen.

Der Sieg der Antihitlerkoalition war durchaus nicht von Anfang an vorbestimmt, die deutsche Niederlage schon gar nicht unvermeidbar. Die Sowjetunion und noch weniger die westlichen Alliierten waren ausreichend auf die Abwehr der Aggression vorbereitet, die sie wie die gesamte menschliche Zivilisation in ihrer weiteren Existenz bedrohte. Die faktische Enthauptung der Roten Armee,

eine der schlimmsten Auswirkungen der auf Stalins Schuldkonto kommenden Terrorwelle von 1937/38, mußte sich 1941 auswirken, wie G. zurecht vermerkt. Damit hing viel von der Fähigkeit der neuen militärischen Führung und auch vom Ausbildungsstand des gesamten Offizierkorps ab. Dies um so mehr, als die Streitkräfte des „Dritten Reichs“ im Zweiten Weltkrieg eindeutig die stärkste Militärmacht unter allen kapitalistischen Staaten darstellten. Das galt für die Ausrüstung ebenso wie für die militärische Qualität des Offizierskorps, darunter der Generalität wie der Führung der Wehrmacht. Deshalb mußte auch das militärische Können der mit strategischen Aufgaben und ihrer Durchsetzung beauftragten Befehlshaber der Roten Armee ins Gewicht fallen.

G. hat sich in einer fundierten Arbeit vor allem eben diesem Problem gewidmet. Der umfangreichen Untersuchung hat er den Titel „Feldherrn des Sieges und ihr militärisches Erbe“ gegeben. Sie unterscheidet sich durch ihre betonte Ausgewogenheit von vielen Publikationen, die in den letzten Jahren und auch am Vorabend des 60. Jahrestages des Sieges der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg und der Befreiung vom Faschismus erschienen sind. Es ist eine kritische Analyse, in der wesentliche Schwächen und direkte Fehlentscheidungen nicht verheimlicht werden. Der Autor schmälert aber auch nicht die Leistungen der militärischen Führung der Roten Armee, negiert keineswegs das bleibende positive Erbe, wie das heute für so manche zumindest zum „guten Ton“ gehört. Aufgelistet wird, wie sich im Verlauf des Krieges strategische Fähigkeiten herausbildeten, die

mehr und mehr ins Gewicht fielen. Dies um so mehr, als die Frontbefehlshaber wie andere führende Militärs der Roten Armee es mit einem Gegner zu tun hatten, der anfangs ihnen überlegen war und sich bis zuletzt auf einen Stamm gut ausgebildeter militärisch qualifizierter Generale stützen konnte.

Ausführlich analysiert der Vf. das Wirken der Oberbefehlshaber der Frontgruppen, vor allem in der Abschlußphase des Krieges, aber auch vorher. Seine Bewertung ist durchaus unterschiedlich, wenn er auch bewußt den Lernprozeß während des Krieges hervorhebt, ohne Fehlentscheidungen, vor allem auf der höchsten Ebene, zu verschweigen. Es darf nicht verwundern, daß G. die Verdienste von Marschall Zukov besonders hervorhebt, den er als den bedeutendsten Feldherren im Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Die im Anhang vom Autor vorgenommene Bewertung weiterer sowjetischer Front- und Armeebefehlshaber wie auch führender Generäle der Alliierten und der Wehrmacht erfolgt ohne einen entsprechenden Nachweis, erscheint aber auch nicht als willkürlich. G. hat sie ausdrücklich in Absprache mit weiteren namentlich benannten Militärhistorikern vorgenommen. Für deutsche Leser dürfte es interessant sein, daß er für die deutsche Generalität die Reihenfolge der Generalfeldmarschälle Rundstedt, Manstein, Keitel und Kleist erwähnt hat, denen General Guderian und danach erst Generalfeldmarschall Rommel folgen.

Seine Darstellung beginnt der Autor jedoch mit einer längeren und auffallend ausgewogenen Bewertung der Rolle Stalins als Oberster Befehlshaber. Vieles

spricht dafür, daß er dabei nicht nur einer selbstgewählten Konzeption folgt. Seine Darstellung ist insofern überzeugend, als Stalin in seiner Funktion durchaus einen beträchtlichen Beitrag zum Sieg über den Faschismus geleistet hat. Sowohl als der führende Staatsmann der UdSSR, auch bei der Festigung der Antihitlerkoalition, wie bei aktuellen Entscheidungen zur Militärstrategie. In beider Hinsicht sei er nach G.s Einschätzung auch seinen Partnern Roosevelt wie Churchill überlegen gewesen. Der Autor verweist ausführlich auch auf negative Entscheidungen Stalins und andere seiner Wesenszüge, die gerade während des Krieges schlimme Folgen hatten. Insofern kann ich grundsätzlich der Analyse des Armeegenerals zustimmen. Eine deutsche Übersetzung – und sei es auch nur dieses Abschnitts – wäre eine Bereicherung der umfänglichen Literatur, die gerade in diesem Jahr den Büchermarkt überflutet. Sie hätte einen bleibenden Wert. Trotzdem bleibe ich bei meiner bereits vor zehn Jahren getroffenen Einschätzung. Stalin hat zwar einen beträchtlichen Beitrag zum Sieg über den Faschismus, damit zur Rettung der menschlichen Zivilisation vor dem drohenden Absturz in die Barbarei geleistet. Dennoch hat er sich zugleich vor und auch während des Krieges eine große und durch nichts zu verzeihende Schuld aufgeladen, dadurch den Sieg über den Hitlerfaschismus erschwert. Deshalb haben in letzter Konsequenz die Sowjetunion, ihr Volk und ihre Armee den Sieg nicht dank Stalins sondern eher trotz Stalin errungen.

G. weist an vielen Stellen des Buches darauf hin, daß er ein entschiedener Gegner der Anwendung oder auch nur Andro-

hung militärischer Gewalt als Mittel der Politik ist. Dennoch macht er in seinen umfassenden Schlußteil darauf aufmerksam, daß auch heute ähnliche Gründe für neue Kriege bestehen wie schon in der Vergangenheit. Als Beweis führt er u. a. die von ihm als völkerrechtswidrige Handlungen qualifizierten Aggressionen gegen Jugoslawien und den Irak an. Daran schließen sich interessante Überlegungen über eine heute erforderliche Militärpolitik Rußlands zur Verhinderung eines neuen Krieges wie aber auch über mögliche Formen und Anforderungen neuer Kriegshandlungen. Doch das stellt schon ein ganz anderes Thema dar, wobei die Ausführungen verständlicherweise spekulativen Charakter tragen. Sie sind jedoch nicht nur für die russische Politik als durchaus anregend zu bewerten.

*Stefan Doernberg*

**Astrid M. Eckert: Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg** (= Transatlantische historische Studien, 20), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2004, 534 S.

„Wer Quellen hat, kann Geschichte schreiben. Wer Akten besitzt, hat die Macht der Interpretation.“ Mit ihrem ersten Satz nennt E. ihr Anliegen, mehr zu behandeln als einen speziellen Abschnitt der Archivgeschichte. Sie erläutert, welche Bedeutung der Besitz der deutschen (vor allem der diplomatischen und militärischen) Akten für die bundesdeutsche, die US-amerikanische und die britische Regierungspolitik, für die westdeutschen Archivare und die Historiker der drei Länder gehabt hat. Sie betrach-

tet die Geschichte der Aktenrückgabe als eine bisher vernachlässigte Facette der politischen Emanzipation der Bundesrepublik. Daß das Thema durchaus aktuell ist, zeigen die gegenwärtigen Diskussionen sowohl um die Rosenholz-Dateien als auch um die in ihrem Umfang erst nach der Wende bekannt gewordenen Bestände deutscher Altakten vor 1945 in Moskau.

Akribisch verfolgt E. die Beschlagnahme deutscher Archivbestände und Behördenregistraturen 1945 sowie die in den Einzelheiten oft verwirrenden Verhandlungen um ihre Rückgabe an die Bundesrepublik. Dabei nutzt sie zahlreiche, z. T. erstmalig zur Benutzung freigegebene Akten aus den Archiven der beteiligten Staaten, besonders der USA, wobei ihr profunde Kenntnisse der Archivlandschaft und Beziehungen aus der Zeit als International Fellow in Yale zugute gekommen sein dürften. Die amerikanischen und britischen Quellen werden in oft längeren Auszügen grundsätzlich in der Originalsprache zitiert. Beeindruckend ist auch das umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis. Die gezielte Beschlagnahme deutscher Akten war Teil der amerikanischen, mit den Briten abgestimmten Invasions- und langfristigen Deutschlandplanung. Sie begann noch während der Kampfhandlungen. Dabei waren frühzeitig auch Archivare beteiligt, die sich hartnäckig, wenn auch nicht immer erfolgreich, gegen die anderen Interessenten an der praktischen Nutzung der Akten – militärische Kommandeure und Geheimdienstler – durchzusetzen versuchten. Kulturgutschutz war zunächst sekundär, es ging um die Auswertung für die lau-

fenden Kampfhandlungen wie um Kenntnisse über die Sowjetunion und die Rote Armee als potentiellen künftigen Gegner, um die Nutzung für den Aufbau einer alliierten Zivilverwaltung sowie die „reeducation“ der Deutschen. Nach Kriegsende wurde die Suche nach Akten vor allem der obersten Reichsbehörden – Reichskanzlei, Auswärtiges Amt, RSHA, OKW – stabsmäßig organisiert, wobei sie sich zunächst besonders auf den Abtransport von Akten aus den zeitweilig von US-Truppen besetzten, aber als Teil des sowjetischen Besatzungsgebiets vorgesehene Gebiete konzentrierte. Nur am Rande wird auf die Beschlagnahme von Firmenakten (insbesondere Patenten) eingegangen, die nach amerikanischen Quellen als verdeckte Reparationen von zehn Milliarden Dollar geschätzt wird.

Die deutschen Forderungen nach Rückgabe der Akten werden in die Debatten der 50er Jahre um die legitime Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches und die völkerrechtliche Bewertung des langfristigen Besatzungsregimes eingeordnet. Die Bundesregierung sah in dem Entzug vor allem der diplomatischen Akten einen Verlust der Deutungshoheit über die eigene Geschichte und damit eine Frage des nationalen Prestiges. Zugleich hielt sie die Rückgabe der Registraturen unverzichtbar für den Aufbau der Bundesverwaltung. Die Heranziehung zur Verfolgung von Naziverbrechen tauchte in ihrer Argumentation jedoch nie auf. Für die Alliierten war mit dem Potsdamer Abkommen und dem Nürnberger Prozeß nach dem Untergang des Reiches eine neue völkerrechtliche Grundlage geschaffen. E. will den Streit

nicht bewerten, folgt jedoch erkennbar der alliierten Auffassung. Kritisch beurteilt sie die durch die deutschen Archive vorgenommene Kennzeichnung der Beschlagnahme als völkerrechtswidrig, und vermerkt, daß diese gleichzeitig ihre maßgebliche Beteiligung am Raub von Archivgut aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten während des Zweiten Weltkriegs tabuisierten. Die Auseinandersetzung darüber wurde erst in den 90er Jahren geführt. Für die USA und Großbritannien wurde mit der zunehmenden Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis die Aktenfrage zum ungeliebten Anhängsel der entscheidenden Fragen der Westverträge und der Wiederbewaffnung. Nachdem die UdSSR 1955 mit der Rückgabe deutschen Archivgutes an die DDR eine beachtliche propagandistische Wirkung im Westen erzielt hatte, wollte man das Problem schnell vom Tisch haben. 1956 begannen sie ebenfalls mit der Rückführung der deutschen Bestände, die jedoch bis heute nicht vollständig erfolgt ist. Erst 1998 wurden weitere deutsche Akten in den USA bekannt.

Ausführlich behandelt E. die Auswertung der deutschen Akten durch die amerikanischen und britischen Historiker. Sie diene in erster Linie als Begründung für die verzögerte Rückgabe der Akten. Wiederholt geht sie dabei auf die (z. T. nicht unbegründeten) Vorbehalte der Alliierten ein, die vorzeitige Rückgabe könnte zur Säuberung der Akten von belastenden Vorgängen und zu einer apologetische Betrachtung des Zweiten Weltkriegs führen, wie dies nach dem Ersten Weltkrieg mit der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes „Die

große Politik der europäischen Kabinette“ geschehen war. Der allgemeine Zugang zu den Akten für die freie Forschung wurde eine zentrale Forderung, die durch das 1955 begonnene Mikrofilmprojekt der American Historical Association gesichert werden sollte. Daß dies nicht auf die Ostblockländer bezogen wurde, zeigten die mit der Verschärfung des Kalten Krieges seit den 60er Jahren auf beiden Seiten geübten Restriktionen, auf die E. nur knapp eingeht, da sie in der Archivpolitik während des Kalten Krieges ein noch zu erforschendes Thema sieht.

Resümierend stellt sie fest, daß die deutschen Historiker zunächst nicht erkannt hätten, daß die Aktenbeschlagnahme auch einen Nutzen gehabt hat. Dadurch seien viele Akten überhaupt nur erhalten geblieben, anstatt daß sie als Teil der Entnazifizierung und Umerziehung vernichtet, in die Papiermühle gewandert oder einfach verheizt worden wären. Im übrigen folgt sie der Auffassung, daß die Hauptleistung der Historiographie nicht im Aufspüren bisher unerschlossener Geheimbestände bestehe, sondern in der klugen Analyse der oft zuhauf frei zugänglichen Quellen. *Karlbeinz Kuba*

**Horst Liewald: Das BGW. Zur Betriebsgeschichte von NARVA – Berliner Glühlampenwerk,** Deutsches Technikmuseum Berlin, Berlin 2004, 263 S.

Zu DDR-Zeiten war das Berliner Glühlampenwerk (BGW), zuletzt Stammbetrieb des Lampen- und Leuchtenkombinats NARVA, nicht nur

in der Fachwelt bekannt. Die Akademie der Wissenschaften war dabei, als die BGW-Chronik „Arbeiter machen Geschichte“ erarbeitet wurde. Die DEFA drehte einen Spielfilm über die Frauen des BGW. Durch seine zentrale Lage am U- und S-Bahnhof Warschauer Straße schauten täglich zehntausende Ost-Berliner auf das stattliche Gebäude und lasen „Immer heller mit BGW“.

Begonnen hat die Geschichte des BGW, als die Firma OSRAM in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in einen grandiosen Industriekomplex in Spreenähe einzog, der „Lampenstadt“ Q. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand die Firma als Berliner Glühlampenwerk nach Kriegszerstörung und Teildemontage neu. Das BGW entwickelte sich zum Zentrum der DDR-Lichtquellenindustrie. Anfang der 90er Jahre machte das BGW das letzte Mal Schlagzeilen: nicht, wie in den Jahrzehnten zuvor, durch Produktionsleistungen oder neue Erzeugnisse, sondern durch eine gerade zu spektakuläre Demontage des gesamten Standorts. Doch bald verstummte auch das Medieninteresse. Kombinate wie NARVA bezeichnete man gern als Dinosaurier, die sterben mußten, als mit der Marktöffnung der DDR ihre Zeit vorbei war. Übrig blieb die Gebäudehülle der Lampenstadt, Stein gewordene Erinnerung an eine Anfang des 20. Jh. moderne Industriearchitektur. Doch auch der Name des Areals weist heute nicht mehr auf das Werk hin, in dem Ende der 80er Jahre 5.000 Beschäftigte in Lohn und Brot standen. Oberbaum City ist der Kunstname, der dem Gebiet östlich der Oberbaumbrücke von Developern verliehen wurde. Wichtig ist, daß die Erinnerung bleibt, die

Geschichte nicht einfach ad acta gelegt, sondern Gegenstand der Analyse und der Befragung der DDR-Zeit gemacht wird. Das Verdienst, sich dieser Aufgabe bezüglich des Stammbetriebes des NARVA-Kombinats gewidmet zu haben, gebührt L. Er ist ein Insider. Von 1956 bis 1992 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im BGW, zuletzt in den Direktoraten Forschung und Entwicklung sowie Technik und in der Generaldirektion. L. war bemüht, die BGW-Geschichte in die Geschichte der DDR-Wirtschaft einzubetten. Die Kapitel richten sich – nach einem Rückblick in die Zeit vor 1945 und die Darstellung der ersten Nachkriegsjahre – bis 1970 nach Fünf- bzw. Siebenjahrplänen, dann folgen die Zeiträume 1971–1980, 1981–1989. Ein abschließendes Kapitel ist der Entwicklung des Betriebes in der Zeit der Wende und den Jahren der Privatisierung durch die Treuhandanstalt gewidmet.

Der Versuch der Verklammerung von Betriebs- und Volkswirtschaftsgeschichte gelingt, da das BGW in die meisten industriewirtschaftlichen „Trends“ der DDR und der Wendezeit in dieser oder jener Weise verwickelt war: Der Abbruch der ehrgeizigen „Überholen-ohne-einzuholen“-Projekte traf das BGW Anfang der 70er Jahre durch Einstampfen hoffnungsvoller Forschungslinien ebenso wie das Energiesparprogramm der „Ökonomischen Strategie der 80er Jahre“ von der Unternehmensleitung und den Forschern und Entwicklern kaum zu realisierende Effektivitätssprünge verlangte. Von der importinduzierten Modernisierung unter Honecker während der 70er Jahre profitierte das BGW durch den Kauf hochproduktiver Maschinenreihen aus dem Westen. Aber

ebenso mußte es in den 80er Jahren seine Lichtquellen in der Phase des „Exports um jeden Preis“ unter den Produktionskosten auf den westlichen Märkten verscherbeln. Während der Wende wäre der Erhalt eines „abgespeckten“ BGW möglich gewesen, wenn die in der informellen „Deutschland AG“ vereinten bundesdeutschen Bank- und Industriekonzerne nicht beschlossen hätten, die Privatisierung mit Hilfe der von ihnen dominierten Treuhand unter sich auszumachen. Zweimal unterbanden sie erfolgreich den Versuch eines einschlägigen japanischen Unternehmens, nach 1990 in der Lampenstadt Fuß zu fassen.

Wer DDR-Wirtschaftsgeschichte am konkreten Beispiel erleben will, der findet eine Antwort in L.s Buch. Den Autor treibt bei der Analyse der Entwicklung der letzten 20 Jahre des Betriebes vor allem die Frage um, warum das BGW bezüglich des wissenschaftlich-technischen Stands seit den 60er Jahren deutlich hinter dem Westniveau, z. B. hinter den Erzeugnissen des in der Bundesrepublik weiter existierenden OSRAM-Konzerns, zurückblieb. Die weltweite Beschleunigung des Entwicklungstempos, bei dem das BGW nicht mithielt, Fehlentscheidungen der Leitung von NARVA/BGW, mehr Investitionen in die Verbesserung alter Technik zu stecken, als in die Entwicklung neuer, spielten dabei zweifellos eine Rolle. Aber auch zentrale Entscheidungen, die das BGW zum Abbruch bestimmter Forschungslinien zwangen, hatten die Verschwendung von Zeit und Material und Frust bei den Forschern zur Folge. Schließlich waren die „ökonomischen Hebel“ für Ingenieure und Arbeiter zu ge-

ring entwickelt und die moralischen Anreize der Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung versagten zunehmend. Insgesamt sind das alles nur Bausteine für eine Antwort, noch nicht die Antwort selbst. Und das ist gut so. Denn allzu schnell sind in den 90er Jahren pauschale, oft auch plausibel klingende Antworten als „endgültige Wahrheiten“ ausgegeben worden, von „systembedingter Innovationsfeindlichkeit“ bis hin zum „ewig faulen Ossi“, dem erst der Westen nach 1990 Beine machte.

Wenn an L.s Buch etwas zu kritisieren ist, dann der alleinige Maßstab, den der Autor an das, was im BGW zu DDR-Zeiten geschaffen wurde, anlegt: Die Öffnung des Marktes durch die Währungsunion. Die sollte aber nicht als Stunde der Wahrheit angesehen werden, denn sie erfolgte in einer Weise, z. B. durch die faktische Aufwertung der DDR-Mark bei der Umwandlung der Löhne im Verhältnis von 1:1, die ein Überleben der ostdeutschen Kombinate und damit auch des BGW ohne fremde Hilfe von vornherein unmöglich machte. „Dasselbe wäre ja auch in Westdeutschland eingetreten, wenn man die DM ähnlich brutal und über Nacht zum Dollar aufgewertet hätte“, stellte Wilhelm Hankel, ein bundesdeutscher Wirtschaftswissenschaftler und Währungsberater für die Europäische Gemeinschaft, schon 1993 zum ostdeutschen Wirtschaftsdesaster fest. Oder, wenn man noch einmal den Vergleich zwischen Kombinat und Dinosauriern bemüht: Die Währungsunion war jener Meteor, der die gesamte Population zum Absterben brachte. Nur daß sie, im Unterschied zu ihm, nicht aus dem Weltall kam oder vom Weltmarkt diktiert war,

sondern als Gesetzeswerk in Bonner Amtsstuben ausgetüfelt wurde. *Jörg Roesler*

**Felix Mühlberg: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR,** Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, 329 S.

Eingabe? Für Leser, denen die DDR fremd ist: Eingaben waren „Vorschläge, Hinweise, Anliegen und Beschwerden, mit denen sich jeder Bürger schriftlich oder mündlich an die Volksvertretungen, die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, die volkseigenen Betriebe und Kombinate, die sozialistischen Genossenschaften und Einrichtungen sowie an die Abgeordneten wenden“ konnte.<sup>1</sup> Aber auch Eingeweihten dürfte unbekannt sein, was M. in seinem ersten Satz mitteilt: Der Statistik nach kam in 40 Jahren DDR eine schriftliche Eingabe aus fast jedem Haushalt! Das läßt nach den Anliegen fragen, nach dem Verhältnis zwischen Absender und Adressaten, danach, was solche Vorschläge, Bitten und Beschwerden bewirkten, und es liegt die Annahme nahe, in solch einem Schriftwechsel widerspiegeln sich manch ein gutes (oder schlechtes) Stück Alltagsgeschichte.

Bevor M. dem aber nachgeht, rekapituliert er, wie deutsches Petitions-, Beschwerde- und einschlägiges Verwaltungsrecht im 19. und 20. Jh. entstanden und ausgebildet wurden. Bemerkenswert: Bereits die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 gab jedem Deutschen das Recht, schriftliche Bitten oder Beschwerden an Behörden und

<sup>1</sup> Kleines Politisches Wörterbuch, 4. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1983, S.205.

Volksvertretungen zu richten, doch erst in der DDR hatten die Bürger auch ein Recht auf Antwort (S.30).

Im umfangreichsten Kapitel geht es weitgehend um die hiesige „Geschichte der Eingabengesetzgebung“. Wie M. den einschlägigen Akten der Präsidialkanzlei von Wilhelm Pieck sowie der Kanzlei des nach Piecks Ableben gebildeten, von Walter Ulbricht geleiteten Staatsrats entnimmt, gelangten die Eingaben hauptsächlich durch ihre analytische und statistische Auswertung zu erheblicher Bedeutung: „... in ihrer Masse funktionierten sie plebiszitär“ (S.108). In der „Honecker-Ära“ jedoch kam es zur „Rezession der Eingabe als politisches Korrektiv“ (S.160).

Der Statistik widmet M. einen ganzen Abschnitt, in dem er zunächst – mit großer Vorsicht, unter Hinweis auf Mängel der Aktenführung, Unzulänglichkeiten der Überlieferung und Rückstände bei der Erschließung entsprechender Bestände – das gesamte „Eingabenaufkommen“ auf alljährlich mindestens eine Million taxiert (S.175). Dies bei erheblichen zeitlichen Schwankungen und einem großen Übergewicht der an regionale und kommunale Instanzen adressierten Eingaben. „Größtes Problem im Alltag der Ostdeutschen war und blieb die Verfügbarkeit über angemessenen Wohnraum“. Ab 1982 nahm auch die Zahl der Eingaben „sprunghaft zu“, die sich auf den deutsch-deutschen Reiseverkehr bezogen. Die Jahre 1986/87 waren – dieser Statistik zufolge – „Schlüsseljahre einer massiv zunehmenden Unzufriedenheit mit den Verhältnissen und Perspektiven“ in der DDR. Und 1989 übertraf die Zahl der Eingaben zu Handel und Versorgung sogar die von

1961, dem „Jahr der großen Versorgungskrise“ (S.179f.).

Höchst interessant ist das letzte, „Eingabekultur“ überschriebene Kapitel, bieten sich doch Eingaben wie kein anderes Archivgut „explizit für erfahrungs-, mental- und kulturgeschichtliche Untersuchungen“ an, weil sie „Informationen über Konsumverhalten, Wohnungssituation, soziales Verhalten, Konflikte mit dem Staat“ u. a. Querelen enthalten (S.190). Hier wertet M. Eingaben aus, die von 1945 bis 1989 entsprechenden Instanzen – auch den Leitungen von SED und MfS – in Stadt und Bezirk Chemnitz (ab 1953 Karl-Marx-Stadt) zugehen, und er bedient sich dabei ähnlicher Methoden wie die Oral History, weil sich Briefe und lebensgeschichtliche Erzählungen „in vielerlei Hinsicht ähneln“ (S.197).

Die „rhetorische Dimension in den Eingaben“ verdeutlicht M. mit aufschlußreichen Beispielen für Rollenzuweisung, Selbstdarstellung, Bezug auf Normen und Werte, „Einsicht in die Notwendigkeit“ sowie Drohung (S.198ff.). Entsprechenden Passagen lassen sich entnehmen, wie gut die Verfasser „die offiziellen Vorstellungen von Moral und Gerechtigkeit kennen und zugleich auch bedienen“ und „wie sich der Diskurs über Normen und gesellschaftliche Ziele“ entwickelt (S.216f.). Als „vier besonders populäre Formen“ der Drohung führt er die mit dem Ausreiseantrag, die mit der „höheren Instanz“, die mit der Verweigerung „staatsbürgerlicher Rituale“ (das hieß zumeist: Wahlenthaltung) und die mit der Öffentlichkeit an (S.233). Bemerkenswert, daß sich die Staatssicherheit allem Anschein nach nur für solche Eingaben interessierte, in denen mit dem Ausreise-

antrag gedroht wurde (S.236). Gleichwohl wurde diese Form der Drohung „immer beliebter“ (S.241).

Um den Wert von Eingaben als Quellen für eine Erfahrungs- und letztlich auch für die Gesellschaftsgeschichte der DDR zu zeigen, nimmt M. eine „mikrohistorische Analyse“ der in Euba geschriebenen Eingaben vor (S.257ff.). Bei der Eingemeindung von Euba in die Stadt Chemnitz kamen einschlägige Akten wohl lückenlos ins dortige Stadtarchiv, und da in der Gemeinde schon seit 1952 „Eingabebücher“ geführt worden waren, ist hier ein guter, vielleicht sogar einzigartiger Überblick zu gewinnen. M. verdeutlicht hier auch, daß die DDR-Gesellschaft ausschließlich von Herrschaftsstrukturen her nicht zu begreifen ist. Zur Ergründung ihrer „inneren Logik“ und der Beziehungen zwischen ihren Subjekten müsse das „Verhältnis von Eigentumsform, Rechtsauffassung und gesellschaftlicher Moral genauer untersucht werden“ (S.273).

Abschließend, in seiner „Zusammenfassung“, kommt M. auf die Frage nach Wesen und Stellenwert der Eingabe zurück und bezeichnet sie als „Kommunikationsinstrument“, „Mittel zur Kontrolle der Verwaltungsarbeit“ und „Instrument der Mitbestimmung“ (S.279). Wer das für unangemessen hält, mag es in den Archiven überprüfen. Ohnehin besteht der Wert dieses Buches nicht so sehr in den Beispielen, die es anbietet, und ihrer Bewertung, vielmehr in der Vorstellung<sup>1</sup> einer – soviel ist unbestreitbar – höchst aufschlußreichen Quellengattung. Und sozusagen als Kostprobe gab M. seiner Monographie eine Dokumentation bei: auf dreißig Seiten „Ein-

gaben als Erfahrungsgeschichte eines gestörten Alltags“ von 1947 bis 1988.

*Jochen Černý*

**Frank Hagemann: Parteiherrschaft in der NVA. Zur Rolle der SED bei der inneren Entwicklung der DDR-Streitkräfte (1956 bis 1971)**, (Militärgeschichte der DDR, Band 5), Ch. Links Verlag, Berlin 2002, 280 S.

**Daniel Giese: Die SED und ihre Armee. Die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956-1965** (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Band 85), Oldenbourg Verlag, München 2002, 282 S.

Die Nationale Volksarmee der DDR stand im „Dienste der Partei“ und unterlag somit – wie der ostdeutsche Staat selbst – dem totalitären Führungsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Politoffiziere und Parteisekretäre verfügten als offizielle Vertreter der SED in den Streitkräften über eine starke Position, die sich keineswegs nur auf politische Fragen beschränkte. Dem politischen Führungsanspruch der Staatspartei stand die militärische Befehlsgewalt des Kommandeurs gegenüber. Diesem Grundwiderspruch der NVA, der in der Führungspraxis der Streitkräfte Raum für zahllose Konflikte bot, widmet sich das Buch von H. Die am Militärgeschichtlichen Forschungsamt entstandene Studie analysiert die Rolle der SED während der inneren Entwicklung der NVA in der Ulbricht-Ära. Hierbei arbeitet der Autor auf der

<sup>1</sup> Dies ist allerdings nicht die erste. Einen Exzert seiner Leipziger Dissertation von 1999 veröffentlichte Mühlberg zuerst in: Evemarie Badstübner (Hrsg.): Befremdlich anders Leben in der DDR, Karl Dietz Verlag, Berlin 2000, S.233-270.

Grundlage zahlreicher Akten aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv und dem SED-Parteiarchiv heraus, daß der politische Führungsanspruch der SED zu einem Dauerkonflikt in den Streitkräften führte, der seinen Ausdruck im Widerspruch von „militärischer Einzelleitung“ und überbordenden Politsystem fand. Um dieses besser fassen zu können, skizziert H. zunächst den Parteiapparat in den ostdeutschen Streitkräften zwischen 1956 und 1971. Nachfolgend zeigt er an Hand zahlreicher Einzelbeispiele auf, daß bei der Auswahl des Offizierskorps in den 50er Jahren politische Zuverlässigkeit vor militärische Qualifikation ging. Nach dem 13. August 1961 modifizierte die SED ihre Politik gegenüber der NVA und setzte verstärkt auf eine Professionalisierung des Kaderbestandes. Ziel dieser Maßnahmen war eine dringend notwendige Verbesserung des inneren Zustandes der Streitkräfte, war doch Ende der 50er Jahre der Situation in zahlreichen Einheiten unbefriedigend bis katastrophal. Dies fand seinen Ausdruck in einer besorgniserregend hohen Zahl von Desertionen und Selbstmorden. Allein von 1956 bis 1959 setzten insgesamt 158 NVA-Angehörige ihrem Leben ein Ende (S.123). Während bei den Truppenoffizieren nach 1961 eine merkliche Anhebung der Qualifikation spürbar wurde, konnte die militärfachliche Kompetenz der Politoffiziere mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Auch die Qualität der politischen Schulung in der Truppe lag weit unter den Erwartungen der SED-Führung. Die Parole: „Wenn alles schläft und einer spricht, dann ist bei uns Politunterricht“ (S.190) machte nicht nur unter Soldaten die Runde, gleichwohl fand die politische

Führung der NVA während ihrer gesamten Existenz keine Lösung für dieses Problem. Auch Ende der 60er Jahre brachten neue ideologische Offensiven, die im Zusammenhang mit dem Nah-Ost-Konflikt und der Niederschlagung des Prager Frühlings standen, nicht den von der SED-Führung gewünschten Erfolg.

H. hat in seiner ambitionierten und gelungenen Studie die Wirksamkeit und die Grenzen der Parteiherrschaft in der NVA ausgelotet. Trotz der allgemeinen politischen Zuverlässigkeit der Offizierskader gab es zwischen den Kommandeuren und den „Politruks“ ständig Reibungen, die aus der unterschiedlichen politischen und militärischen Qualifikation der „Kontrahenten“ resultierten. Der SED gelang es zudem nicht, bei der Masse der Offiziere ihr Ideal einer „Einheit von politischer und militärischer Führung“ zu verwirklichen. Das Leitbild des „Parteifunktionärs in Uniform“ ließ sich in der NVA nicht durchsetzen. Gleichwohl können diese Konfliktlinien nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SED ihren Führungsanspruch in den ostdeutschen Streitkräften mittels rigider Einmischungspolitik verwirklichen konnte und die NVA ihren „Parteiauftrag nach innen und außen erfüllt hat“ (S.240). Die ostdeutschen Streitkräfte blieben während ihrer gesamten Existenz das wichtigste militärische Machtinstrument der SED. Sie standen im Dienst der Partei. Im Vordergrund der Arbeit von G. steht ebenfalls die Untersuchung der „von der SED betriebene(n) politische(n) Durchdringung der NVA“ (S.12). Die vorliegende Studie, die aus einer Dissertation hervorging, konzentriert sich dabei auf den Zeitraum von 1956 bis 1965. Die

zwei gegensätzlichen Kategorien „politische Durchdringung“ und „militärische Autonomie“ bilden den Rahmen für eine umfassende und theoretisch fundierte Analyse des Verhältnisses von SED und NVA. Leitlinie ist dabei der Konflikt zwischen der Durchsetzung des umfassenden Kontroll- und Steuerungsanspruchs der SED in den ostdeutschen Streitkräften und der diesem gegenüberstehenden „Selbstorganisationsfähigkeit“ des Militärs.

G. geht in seiner Studie von der These aus, daß die „Selbstorganisationsfähigkeit“ der NVA durch die Interventionen der SED entscheidend gestört wurde, weil die politische Durchdringung die Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Regelung militärischer Belange durch die Truppenführung umfassend einschränkte. Dies, so G., änderte sich erst nach 1961. Das Verhältnis zwischen der SED und der NVA normalisierte sich nach dem Mauerbau, eine interne Konsolidierung der Streitkräfte setzte ein. Insbesondere ließ die Partei jetzt eine beschränkte Autonomie und Eigenverantwortlichkeit des Militärs zu, was zu einer Professionalisierung der NVA und ihrer Integration in die Erste Strategische Staffel des Warschauer Paktes bis 1965 führte.

Insgesamt neun Kapiteln seines Buches nutzt der Autor, um seine Forschungsthese zu untermauern. Zunächst untersucht G. der Entstehung militärischer Strukturen in der SBZ/DDR vor der NVA-Gründung von 1948 bis 1956. Dann wendet er sich der Rolle des Militärs in der Ideologie des Marxismus-Leninismus und den daraus folgenden Implikationen für die Militärkonzeption

der SED zu. Die nachfolgenden Kapitel widmen sich der Phase der verstärkten politischen Durchdringung der NVA zwischen 1956 und 1961. Dabei steht die Frage nach Zielkonflikten zwischen der Herstellung politischer Zuverlässigkeit und militärischer Effizienz im Vordergrund. Breiten Raum nimmt schließlich die Analyse der organisatorischen Strukturen zur politischen Durchdringung der NVA ein.

Nachfolgend untersucht G. die militärpolitische Orientierung der SED an der Militärpolitik von UdSSR und Volksrepublik China. Hierbei favorisierte die SED Ende der 50er Jahre kurzzeitig eine Hinwendung zur VR China, wobei G. dieses Zwischenspiel mit dem Begriff der „Maoisierung“ (S.148) vielleicht doch etwas zu sehr überbetont, denn nach der Verschärfung des sino-sowjetischen Konfliktes wurde wieder allein die Militärkonzeption der KPdSU als Referenzsystem ausschlaggebend. Abschließend analysiert G. die Phase der Professionalisierung der DDR-Streitkräfte in den Jahren 1961–1965 und ihre Integration in den Warschauer Pakt. Wiederum wird nach den praktischen Zielen der SED-Militärpolitik und den Aufgaben und Funktionen der NVA in diesem Zusammenhang gefragt. Die nach dem Mauerbau „zunehmende Reduzierung der extensiven politischen Einflußnahme in der ersten Hälfte der sechziger Jahre“ (S.261), ermöglichte nicht nur eine Professionalisierung der NVA. Auch die Qualität ihres Offizierskorps nahm zu, sollten die militärischen Führungskader doch jetzt nicht mehr primär politische Funktionäre, sondern vor allem umfassend qualifizierte Militärspezialisten sein.

G. hat, obwohl er zuweilen seinen systemtheoretischen Ansatz etwas überstrapaziert und auf gewinnbringende Vergleiche mit den anderen bewaffneten Organen der DDR verzichtet, mit seiner Studie zur SED und ihrer Armee eine solide und anregende Arbeit vorgelegt. Entscheidend für die zivil-militärischen Beziehungen in der DDR zwischen 1956 und 1965 waren, so der Autor, das Streben der SED nach umfassender politischer Kontrolle und Durchdringung der NVA, dem das Bestreben der Truppenführung gegenüberstand, zumindest in rein militärischen Belangen über ein gewisses Maß an Autonomie zu verfügen. Dies führte zu einem Spannungsverhältnis, aus dem massive Konflikte zwischen der Partei und dem Offizierskorps resultierten, die sich vor allem nach der Einführung des kollektiven Führungsprinzips 1957 verschärfen. Alle grundlegenden und wichtigen Beschlüsse hinsichtlich der NVA traf das Politbüro des ZK der SED, nicht jedoch die staatliche Ebene mit Ministerrat und Ministerium für Nationale Verteidigung. Folglich rief das kollektive Führungsprinzip massive Störungen der militärischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse hervor. Ihre Effizienz wurde durch die ständige Einmischung unzureichend qualifizierter Parteikader und die dysfunktionale Doppelung der Entscheidungsgremien stark verringert. Permanente Verzögerung und Übersteuerung der militärischen Führungstätigkeit durch die Partei waren die Folgen. Allerdings brachte erst die Integration der NVA in die Erste Strategische Staffel des Warschauer Vertrages mit ihren steigenden Anforderungen eine Änderung dieser ineffizienten Organisationsstruktur mit sich.

Es wurden organisatorische Veränderungen vorgenommen, die bewirkten, daß die Partei reibungsloser und auf Kernfragen beschränkt intervenieren konnte. Als Folge verbesserte sich die militärische Leistungsfähigkeit der NVA ab 1961 und ihre Integration in das östliche Militärbündnis fand mit der Eingliederung der ostdeutschen Streitkräfte in die Erste Staffel des Warschauer Paktes 1965 ihren sichtbaren Abschluß. Die NVA wurde damit autonomer (nicht autonom!) sowie moderner und im Bündnis einsatzfähig. Dennoch blieb sie auch weiterhin „Parteiarmee“ und bis zum Ende der DDR arrangierte sich die Masse ihres Offizierskorps mit der uneingeschränkten Präsenz und Dominanz der SED in den Streitkräften.

*Matthias Uhl*

**Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.): Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt,** Mitteldeutscher Verlag, Halle/S. 2004, 207 S.

**Christian Sachse (Hrsg.): „Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit“. Politische Zuschriften an die Ökumenische Versammlung 1987-1989 in der DDR. Mit einem Vorwort von Peter Maser (= Diktatur und Widerstand, Bd. 9)** LIT Verlag, Münster 2004, 557 S.

Mit wachsendem Abstand werden Analysen nicht unbedingt tieferschürfender, aber das Material für Forscher wie Interessierte reicher. Das gilt auch für die Ereignisse 1989/90. Neue Quellen zwingen zwar noch nicht, vertraute Stereotype umzukehren. Sie ändern nichts an diametral entgegengesetzten Sichten auf ein Ereignis, das letzte Chance für einen demokratischen erneuerten Sozialismus hätte sein

können. R. erinnert, daß diese Vorgänge keinen einheitlichen Charakter hatten. Für „die Zeitgenossen war das, was heute umgangssprachlich und in den Medien in der Formulierung von Egon Krenz als ‚Wende‘ bezeichnet wird, eine Revolution“ (S.8). Nur eben mit dem Problem, das unterschiedliche Inhalte in diese Wertung als Revolution hineingelegt werden. R. unternimmt den nur teilweise gelungenen Versuch, regionalgeschichtliche Beiträge zu jenen entscheidenden Monaten in den damaligen DDR-Bezirken Halle und Magdeburg vorzulegen. Basis dafür war eine Tagung 1999 am Geschichtsinstitut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die 16 Aufsätze wenden sich mannigfachen Feldern des politischen Aufbegehrens zu. Steffen Alisch und Ehrhard Neubert zeichnen eingangs SED-Staat wie Opposition allgemein mit den bekannten scharfen Strichen. Neubert bemüht dabei für „die Orientierung der Oppositionellen“ die Grundwerte, „die der Trias ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘ entsprachen. Dies gilt trotz vieler sozialetischer Uneindeutigkeiten, die sich in Hülle und Fülle finden lassen. In der Auseinandersetzung mit der Diktatur gab die(se) alte Idee [...] Rückhalt und Orientierung für politisches Handeln“ (S.32f.). Offen bleibt, was davon erreicht wurde. Bemerkenswerter sind Beiträge zu den beiden großen Kirchen als Katalysatoren für die oppositionellen Strukturen, dem „Neuen Forum“, vor allem aber zu den einzelnen Basisgruppen und -initiativen. Da gibt es den „Arbeitskreis solidarische Kirche“ in Weißenfels, die Christlichen Mediziner in der IPPNW, den offiziellen Verband „Internationale Ärzte zur Verhütung eines Nuklear-

krieges“, die Ökologische Arbeitsgruppe beim Evangelischen Kirchenkreis Halle oder die Gruppe „Frauen für den Frieden“ in Halle. Vorzugsweise die Intellektuellen rücken in den Mittelpunkt der Darstellung, wie sie besonders an der Hallenser Universität den Wandel vollzogen und sehr schnell, etwa im Bereich Medizin, sich den Erfordernissen einer gesamtdeutschen Entwicklung anpaßten. Karl Wagner-Kyora resümiert, daß „der Prozeß einer Revolutionierung der Öffentlichkeit in der DDR [...] weniger in einer Radikalisierung der Opposition als in der fortschreitenden Dissidenz einer überwiegenden Mehrheit der bislang loyalen Staatsbevölkerung“ wurzelte (S.175). Zu ergänzen wäre: Im Schwinden der Loyalität bei einem wachsenden Teil der staatstragenden Kräfte, der Partei- und Staatsfunktionäre, den Angehörigen des Sicherheitsapparates und vor allem den einfachen Parteimitgliedern. Bedenkenswert sind seine Thesen zur „politischen Bürgerrevolution“, in der in Analogie zu den Revolutionen von 1848 und 1918 als deutsches Spezifikum die „spontanen politischen Forderungen eine etwaige soziale Programmatik“ überwogen (S.189). Dies brächte sie in Distanz zur französischen und russischen Revolution, allerdings in die Nähe der Revolution 1776 in Nordamerika.

Ein gewichtiges Werk ist S. mit der Veröffentlichung von 225 Zuschriften an die Ökumenische Versammlung in der DDR zwischen 1987 und 1989 gelungen. Weit über 10.000 Einzelvorschläge gingen in den damaligen Prozeß ein, ein Diskussionsprozeß, der das inhaltliche Ringen im Herbst vorwegnahm und wohl auch einübte. Sachse leistete in den Beständen

des Evangelischen Zentralarchivs Berlin Kärnerarbeit. Hier liegen hochbrisante Zeugnisse für ein zunehmend kritisches Verständnis der DDR-Bürger zu ihrem Staat vor. In ihrer Verdichtung beleuchten sie den rapiden Stimmungsumschwung seit Mitte der 1980er Jahre. Diese Dokumente, Briefe von Christen und in der evangelischen Kirche Engagierten, entstanden im Kontext des „Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, hier vor allem für die Arbeitsgruppe „Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgaben und Erwartungen“. Es handelt sich um Zuschriften zwischen Dezember 1988 und Januar 1989 zu einem unter diesem Titel erstellten Dokumentenentwurf für diesen Prozeß. In der Einleitung zeigt der Hrsg. das Entstehen dieses Diskussionsprozesses und die neue Rolle einer sich engagierenden Basis auf, die gehört werden will: zunächst von den kirchlichen Basisgremien, dann aber auch von der Gesellschaft und der politischen Führung insgesamt.

Im Textentwurf dieses Dokuments wird bereits massiv kritisiert: „In unserem Lande leben zu viele Menschen mit enttäuschten Erwartungen an die Gesellschaft. Nicht alle Gründe für solche Enttäuschungen sind DDR-spezifisch. Der rapide ökonomische und soziale Wandel, den die wissenschaftlich-technische Revolution verursacht, überfordert das Orientierungsvermögen des einzelnen [...] Obwohl die DDR solche Probleme mit vielen anderen Ländern teilt, wird das gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Lande von vielen als besonders belastend empfunden. Der Anspruch der Staats- und Parteiführung [...], grundsätz-

lich zu wissen, was für jeden einzelnen und die Gesellschaft als Ganze[s] notwendig und gut ist, führt dazu, daß der Bürger sich als Objekt von Maßnahmen, als ‚umsorgt‘ erfährt, aber viel zu wenig eigenständige, kritische und schöpferische Mitarbeit entfalten kann [...] Die dadurch gegebene Spannung zwischen Regierenden und Regierten verhindert den inneren Frieden, beeinträchtigt aber auch den Hausfrieden im gemeinsamen europäischen Haus“ (S.554). Die Zuschriften fordern mehr Schärfe und konkrete Vorschläge. Typisch ist der Beitrag der Jungen Gemeinde Neuruppin, die will, daß die „Ursachen für die derzeitigen Erscheinungen in der DDR [...] stärker beschrieben werden: der Macht- und Wahrheitsanspruch der Partei, die Angst der staatlichen Stellen und die daraus folgenden Überwachungspraktiken [...], - der Staat fördert das materielle Denken [...], - fehlende Informationen für die Bevölkerung“. Sie verweist auf das ungerechte Lohnsystem, die ungerechte Güterverteilung (Stadt-Land, Berlin-Provinz u. a.). Ihre Kritik am politischen System kristallisiert heraus, daß „das Wahlsystem [...] auf Druck und Angst“ beruht, geißelt den „Selbstbetrug in den Medien“ und die fehlende Pressefreiheit, die „partei-gebundene Positionen (in Politik, Wirtschaft, Kultur u. a.)“, aber auch „Unklarheiten über die Devisennutzung, die Zensur der Kultur [...], das Marionettendasein unserer Bevölkerung (Angst als Methode), kein Meinungsstreit, verordnete Lösungen, keine Versammlungsfreiheit“ (S.112).

Auffällig ist trotzdem der große Anspruch vieler Zuschriften, auf dem Boden der sozialistischen DDR Verände-

rungen herbeizuführen, die Demokratie auszubauen, pluralistische Elemente einzuführen. Einen breiten Raum nehmen basisdemokratische Ideen ein, die sich an der gelenkten Demokratie der DDR reiben mußten. Auch die Kirche stand in der Kritik, überlagert von der Kritik am Staate, der die Glieder der Kirche zu einer ungerechtfertigten Politisierung zwänge. Die Perestroika in der Sowjetunion wirkte auf die Diskussion ein, obwohl sie eher Vehikel ist. „Mitunter wurden bestimmte Wünsche in die sowjetischen Reformen hinein projiziert (verwirklichte Pressefreiheit in der Sowjetunion). Zu vermuten ist, daß die mangelnde Information um die wirklichen Vorgänge in der Sowjetunion die Phantasie beflügelte und die Menschen sich schließlich in der Person Gorbatschow ein Idol suchten“ (S.18).

Die Dokumente werden in Themengruppen präsentiert: Staat und Bürgerrechte – Kritik am politischen System; Verantwortung in der Kirche – Ethik des Überlebens; Basisdemokratie und Sozialismus – Kritik von links; die bußfertige Kirche – staatsloyale Positionen; den Einschränkungen entgegentreten – Volkskirchliche Argumente; Theologische Aussagen und ihre politischen Folgen; die Kirche und die Macht – Kritik an der Kirche; von der Selbstzensur – die Sprache des Textentwurfes; Ausreise und Reise in den Westen; Kritik am sozialistischen Bildungssystem; Frauen, Familie, Sozialpolitik; Menschenrechte und Strafvollzug; Toleranz gegenüber Homosexuellen.

Die Dokumente sind mit instruktiven Regesten versehen und in umfangreichen Anmerkungen erläutert. Darüber hinaus

gibt es einen abschließenden Teil, in dem neben theologischen Begriffen ausführlich Stichworte der damaligen politischen Situation historisch betrachtet werden. Eine ausführliche, wenn auch Mainstreamorientierte Literaturliste und ein wissenschaftlicher Apparat runden das Buch ab.

*Stefan Bollinger*

## Annotationen

**Konrad Dussel: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert**, Lit Verlag, Münster 2004, 272 S .

Als älteste deutsche Zeitungen werden von der Pressegeschichte zwei Organe aus dem Jahr 1609 bezeichnet, und zwar die Straßburger „Relation“ und das Blatt „Aviso“, das vermutlich in Wolfenbüttel herauskam. D., Professor am Historischen Institut der Universität Mannheim, schildert sehr anschaulich die Entwicklung des Zeitungswesens in Deutschland von seinen Anfängen im frühen 17. Jh. hin zu einem gigantischen Informationsverteilungssystem, das täglich fast 25 Millionen Zeitungen in rund 80 Prozent aller Haushalte liefert. Trotz der gewaltigen Konkurrenz von Funkmedien und Internet hat also die Zeitung ihre Bedeutung bis heute bewahrt, unterstreicht der Autor. Nach der Beschreibung der Vorgeschichte der Massenpresse widmet er vier Kapitel den Zeitungen im 19. Jh. Unter den politischen Zeitungen des Vormärz hebt er die „Rheinische Zeitung“ hervor, deren Redakteur Karl Marx war. Dessen „kühne Artikel verhalfen dem Blatt zu soviel Renommee, daß ihr Verbot nur noch eine Frage der Zeit war“. Es wurde

im Januar 1843 ausgesprochen. Nicht anders erging es der Nachfolgerin „Neue Rheinische Zeitung“, die ab Juni 1848 erschien. Marx war ihr Chefredakteur. Die letzte Nummer kam am 19. Mai 1849 in roter Farbe heraus. Von Titelseiten dieser beiden Zeitungen wie auch von anderen wichtigen Blättern sind im Buch Faksimiles enthalten, die man mit einiger Mühe entziffern kann. Die Pressegeschichte im 20. Jh. wird in fünf Kapiteln dargestellt: Weimarer Republik, die NS-Zeit, die Presse der DDR und der Bundesrepublik sowie abschließend im wiedervereinigten Deutschland. D. bedauert die brutale Übernahme der DDR-Zeitungen im Jahre 1990 durch die westdeutschen Konkurrenten; es seien Spielräume vorhanden gewesen, die ohne Not verschenkt wurden. „Spezielle ökonomische Positionen konnten sich damit auch im Pressebereich ungehindert durchsetzen“, schreibt er. Was die Redakteure der alten DDR-Zeitungen betrifft, so behielten die meisten ihre Arbeit, natürlich abgesehen von denen, deren Blätter eingestellt wurden. 20 Prozent der Redakteure der Zeitungen in den ostdeutschen Ländern kommen aus dem Westen, überwiegend in leitender Position. Aufschlußreich sind auch D.s aktuelle Bemerkungen zur Medienkonkurrenz, zur Rolle der Zeitungen im politischen Machtkampf, und zu den langfristigen Wandlungen der Zeitungsinhalte und der Zeitungsnutzung. *Günter Simon*

**Ileen A. DeVault: United Apart Gender and the Rise of Craft Unionism,** Cornell University, 2004, 244 S.

Die Autorin, Professor für Arbeitsgeschichte im Fachbereich Industrial and

Labor Relations an der Cornell University, untersucht in ihrem neuesten Buch die Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung im Zeitraum zwischen 1886 und 1903. Welche Rolle spielte Geschlechterdifferenz für die gewerkschaftliche Organisierung einer bis dato hochgradig geschlechtergetrennt organisierten Arbeitswelt und wie funktionierten in diesem Zusammenhang „cross-gender“ Streiks? Anhand von 40 Fallstudien, Streiks in den Branchen Schuh-, Kleidung-, Textil- und Tabakproduktion analysiert D. die Bedeutung von unterschiedlichen Herkunftsidetitäten, Ethnizität und Rassismus, den Einfluß technischen Fortschritts auf Arbeitssituation und Arbeiterkämpfe, die Relevanz der verschiedenen geographischen Situierung; Organisierung in der Peripherie oder in amerikanischen Produktionszentren sowie die sozialen Beziehungen zwischen den streikenden Frauen und ihren Familien und Gemeinden. Sie stellt vor allem zwei Gewerkschaften anhand ausgewählter Streiks vor: die Knights of Labor und die American Federation of Labor sowie den Ursprung und die frühe Entwicklung der Women’s Trade Union League.

Mittels vergleichender Fallstudien und unter Einbeziehung von lokalen Zeitungen und deren Streikberichterstattung entwickelt die Autorin ihre Hauptthese: die gewerkschaftliche Organisierung von Handwerkern beziehungsweise von Facharbeitern beruhte auf einer Definition von Fertigkeit, die primär den Arbeits Erfahrungen und Realitäten von Männern entsprach, was wiederum auf gewerkschaftliche Organisierungsformen zurückwirkte. Sie spricht in diesem Zusammenhang von der „unions’ social construction

of skill as an inherently gendered quality ensured the de facto exclusion of women from the nations's major craft unions.“(S.103) Obwohl Streiks oft gerade wegen ihrer gemischtgeschlechtlichen Organisierung erfolgreich waren, zählten Frauen in der Regel nicht zur Avantgarde der Facharbeiter und wurden von den Gewerkschaften aufgrund des vorherrschenden geschlechtlich markierten Verständnisses von Fertigkeiten oft als sogenannte ungelernete Arbeiter nicht vertreten beziehungsweise sogar ausgeschlossen. Deutlich wird dies am Beispiel der in Heimarbeit produzierenden Schneiderinnen. In den späten 1880er Jahren gab es Versuche, die Gewerkschaftsmitgliedschaft auf jene zu beschränken, die in der Werkstatt arbeiteten und angestellt waren. Jene aber, die wie viele Frauen in der häuslichen Sphäre produzierten, also klassische Heimarbeit ausübten, waren in diesem Selbstverständnis von Arbeit, Fertigkeit, Arbeiterschaft und letztlich den daraus resultierenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkämpfen ausgeschlossen. D.s Studie erlaubt einen guten Einblick in die Bedeutungszusammenhänge von Geschlechterdifferenz und Arbeitskämpfen insbesondere in kleineren Gemeinden und trägt zu einem umfassenderen Verständnis des sich zunehmend institutionalisierenden Charakters der American Federation of Labor an der Wende zum 20. Jh. bei.

*Antje Schubmann*

**Ilse Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888-1939): Ein „leidenschaftlicher Individualist“ in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus**

**den Tagebüchern.** Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 23. Mit umfassender Edition auf CD-ROM, JHW Dietz Nachf., Bonn 2004, 513 S.

F., die mit der nun publizierten Biographie über Lothar Erdmann promovierte, hat mit ihrer Arbeit einen über die Geschichte des ADGB der Weimarer Zeit hinausreichenden Beitrag geleistet, der Personen-, Organisations- und Sozialgeschichte in hervorragender Weise verbindet. Zwar wird nur dem genauer über die Zeit informierten Leser der Name dieses Gewerkschaftsfunktionärs und Theoretikers des ADGB bisher etwas gesagt haben (vielleicht noch einem Verehrer des rheinischen Impressionisten August Macke, dessen Freund er war und dessen Witwe er nach dessen Soldatentod 1914 heiratete), und wenn, dann blieben die Beweggründe für manche seiner für einen Sozialdemokraten ungewöhnlichen Veröffentlichungen im Dunkeln. Der große Vorzug dieses Buches liegt über die solide Darstellung des Lebenslaufes und seiner Einordnung in die Zeitgeschichte hinaus im Abdruck ausführlicher Auszüge aus den Tagebüchern Erdmanns. So findet man Erklärungen für manche katastrophale Wendung der ADGB-Spitze in den Endjahren der Weimarer Republik auch im Einfluß des durch seine kleinbürgerliche Herkunft und seine philosophische Bildung geprägten Erdmanns. Auf die Nation fixiert, ließ er sich in seiner redaktionellen Arbeit und seiner Einflußnahme auf Theodor Leipart und anderer ADGB-Führer bei den Versuchen, die Gewerkschaft in das nazistische System hinüberzuretten, von durchaus ehrlich gemein-

ten Motiven und Zielen in die Irre leiten. Erschütternd lesen sich seine Tagebuchnotizen zwischen 1933 bis 1939, die bei mancher Kritik an der fehlenden Pressefreiheit und dem wuchernden Antisemitismus seine Illusionen gegenüber dem Hitlerfaschismus zeigen und die demonstrieren, wie er von den außenpolitischen Erfolgen Hitlers, dessen Arbeitsbeschaffungsprogramm u. a. fasziniert wurde. Am 18. August 1936 notiert er: „Zum ersten Mal hängt seit zweieinhalb Wochen die Hakenkreuzfahne an unserem Fenster [... ] Jetzt hänge ich sie jeden Morgen selbst heraus“ (S.431). Weder seine demonstrative Distanzierung vom politischen System der Weimarer Republik, noch seine Abstinenz gegenüber der Gesinnungsgemeinschaft seiner ehemaligen Genossen (antifaschistische Flugblätter in seinem Briefkasten lieferte er selbst bei der Gestapo ab) retteten ihn vor seinem tragischen Schicksal. Bei Kriegsausbruch wurde er verhaftet und mit 40 Mitgefangenen am 6. September 1939 ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Als er dort gegen die Brutalitäten beim Empfang protestierte, sich als „preußischer Offizier“ dagegen verwahrte und auf seine an der Front stehenden Söhne verwies, verschärfte dies seine Situation noch mehr. Bereits am 18. September, nur zwölf Tage nach seiner Einlieferung, starb er an den Folgen unbeschreiblicher Quälereien.

*Heinz Niemann*

**Martin Wein: Willy Brandt – Das Werden eines Staatsmannes**, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2003, 512 S.

Der Autor, von Hause aus Journalist, behandelt sein Thema in 20 Kapiteln. Die

Darstellung reicht bis zu Brandts Ankunft in Berlin 1948 und seine Wahl in den Berliner Vorstand der SPD. Es mag ungewöhnlich sein, daß damit nur die ersten dreieinhalb Jahrzehnte im Leben Willy Brandts im Blickpunkt stehen. Das ist sicherlich nicht der allerwichtigste Abschnitt seiner politischen Biographie. Doch will der Autor gewissermaßen an die Wurzeln und die Herkunft des Politikers Brandt gehen, wodurch bestimmte Aufschlüsse über seine spätere politische Haltung und sein Handeln gewonnen werden können. Die Grundlinien und viele Einzelheiten über das Leben Brandts sind auch für den behandelten Zeitabschnitt verschiedenerorts bereits relativ ausführlich dargestellt worden. Allerdings hat Brandt selbst über diese Zeit verhältnismäßig wenig preisgegeben und in etlichen Brandt-Biographien bleibt der behandelte Zeitabschnitt unterbelichtet.

W. gelingt es, neue Details, neue Mosaiksteine in die Brandtsche Biographieschreibung einzubringen, so wenn er sein Hineinwachsen in die Arbeiterbewegung und in die Parteipolitik untersucht oder die Wirkung von privaten Erlebnissen und politischen Ereignissen beleuchtet. Der Autor leistet damit einen Beitrag zur Darstellung der „Umstände, unter denen sich [...] Ideen, Gefühle und Verhaltensmuster“ (S.7) von Brandt entwickelt haben. Ergänzt wird die biographische Darstellung durch einen Dokumententeil, der teilweise bereits publizierte zeitgenössische Artikel wie auch unveröffentlichte Manuskripte Willy Brandts enthält.

Der Autor erschließt mit diesem Bd. partiell bislang unbekannte Quellen. Des weiteren sammelte er Aussagen von Jugendfreunden und Gefährten. Leider führt

er im Apparat zwar etliche Archive auf (darunter zählt er auch Ämter wie z. B. das Bezirksamt Harburg, Institute wie das Institut für Zeitgeschichte München oder ein „Krankensachlager Berlin“(?)), er gibt jedoch keine Auskunft über die dort eingesehenen und ausgewerteten Bestände. Die Grundsatzliteratur zu Brandt wurde vom Vf. ausgewertet, reichlich zitiert er auch dessen Erinnerungen. Allerdings vermerkt die (Auswahl-)Bibliographie, die zudem nicht exakt gearbeitet ist (so heißt es u.a. „Heinz Kreisky“ statt Bruno Kreisky) und manch unnötigen Titel enthält, überwiegend ältere Veröffentlichungen und kaum Publikationen seit den 90er Jahren.

Der eingangs von W. formulierte Anspruch, „Irrtümer über [Brandts] Denken und Handeln in früheren Jahren [...] in vielen Köpfen und Büchern“ (S.8) korrigieren zu wollen, dürfte ihm mit diesem Buch insgesamt nicht gelungen sein. Zu vieles ist zu vage beschrieben, manche Behauptung wird nicht schlüssig bewiesen oder belegt. Stellenweise wirkt das Bestreben, bisherige Darstellungen als unexakt oder falsch nachzuweisen, peinlich bis befremdend. Zu offensichtlich sind auch Fehler in der allgemeinen geschichtlichen Einordnung oder bei bekannten historischen Fakten – so wenn die Gründung der Komintern 1920 (S.34) angesetzt wird oder die von 1921–1923 existierende IASP (2 ½. Internationale) permanent mit dem unter verschiedenen Namen wirkenden Londoner Verbindungsbüro unabhängiger sozialistischer Parteien (S.104, 141) verwechselt wird – unterlaufen. *Rainer Bert*

**Siegfried Grundmann: Felix Bobek. Chemiker im Geheimapparat der KPD (1932-1935)**, Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, 104 S.

Die Arbeit gilt einem 1898 als Professorensohn in Prag geborenen deutsch-österreichischen Naturwissenschaftler, der – ohne Mitglied der KPD zu sein – 1932 zum wohl wichtigsten Ressort ihres Geheimapparats, der Betriebsberichterstattung (BB), stieß. Es beschaffte Material über die Stimmung in den Fabriken und solches über Produktionsgeheimnisse besonders in der Rüstung, das der KPD bzw. der Roten Armee und der Sowjetindustrie zugeht. Bobeks spezielle Leistung war die Fertigung verkleinerter Fotokopien, von denen bis 25 Seiten auf ein Negativ paßten, das zusammen mit anderen in Rasierklingengeheimnissen leicht über die Grenze geschleust werden konnte. Hitlers Machtantritt führte zu erhöhter Aktivität. 1935 aber wurde Bobek zusammen mit anderen BB-Zugehörigen infolge Verrats verhaftet, 1937 verurteilt und im Januar 1938 – nach Ablehnung seines Gnadengesuchs durch den „Führer und Reichskanzler“ – hingerichtet.

Grundlage der Arbeit sind Akten der SAPMO und der Bundesbehörde für die Stasiunterlagen (BStU), der Lebensbericht von Ehefrau Gertrud und Auskünfte u. a. der beiden Töchter Bobeks. G. berichtet über dessen Tätigkeit und die seiner Genossen, aber auch über jene einstigen BB-Mitarbeiter, die sich der Gestapo zur Verfügung stellten. Einer, der das erst nach seiner Verhaftung tat, wurde ebenso wie der allzeit standhafte Bobek Opfer des Fallbeils, da er ein dem

NS-Geheimdienst lästiger Mitwisser über dessen Methoden und Kenntnisse war. Zu kurz weg kommt in der schmalen, aber inhaltlich gewichtigen Broschüre Frau Dr. Gertrud Bobek, die nicht nur bei der Herstellung von Fotokopien mitwirkte, sondern auch eigene Berichte schrieb, so über ein Treffen von Vertretern deutscher Minderheiten anderer Länder, der „fünften Kolonne“, mit Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß und Innenminister Wilhelm Frick in den Räumen ihrer Arbeitsstelle.

Die Broschüre ist „Nebenprodukt“ eines größeren Projekts über „Die FBI-Akte Einsteins“ und gefälschte Papiere, mit denen der amerikanische Geheimdienst den Begründer der Relativitätstheorie Anfang der 50er Jahre als Zuarbeiter kommunistischer Apparate „entlarven“ und Maßnahmen zu seiner Ausbürgerung aus den USA befördern wollte. Die vorliegende Schrift hätte an Informationsgehalt gewonnen, hätte sich der Vf. über die beim Volksgerichtshof Beschäftigten informiert, darunter über den am Bobek-Fall beteiligten Hilfs-Untersuchungsrichter Hans-Joachim Rehse, der – später Beisitzer am Volksgerichtshof – trotz Mitwirkung an 231 NS-Todesurteilen vor Strafverfolgung im bundesdeutschen Nachfolgestaat des Reiches geschützt wurde.

*Manfred Behrend*

**Frederick Taylor: Dresden, Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror?** Aus dem Englischen übertragen von Friedrich Griese, C. Bertelsmann Verlag, München 2004, 539 S., 16 Bilds.

Das vorliegende, rechtzeitig zum 60. Jahrestag der Zerstörung Dresdens erschienene Buch des britischen Historikers ist ein sachlich nüchterner, wissenschaftlich fundierter Beitrag zur Klärung der Frage nach Legitimation und Schuld der Katastrophe des Feuersturmes über der Stadt. Gestützt auf neues Archivmaterial und die Befragung zahlreicher Zeitzeugen hat T. sich an ein Tabuthema gewagt, das im kollektiven Gedächtnis der beteiligten Nationen noch immer mit Trauma und Ressentiment behaftet ist. Er liefert einen sachkundigen und packenden Bericht zur Vorgeschichte und zu den Ereignissen selbst und unterzieht Legenden und vorgefaßte Meinungen einer kritischen und vorurteilsfreien Prüfung. Gerade Letzteres hat Rechtsextremisten und einige nur aus der Opferperspektive urteilende „Zeitzeugen“, die sich mit ihrer eingeengten sektoralen Sicht noch immer über längst gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse hinwegsetzen, mit der Absicht auf den Plan gerufen, die wissenschaftliche Integrität des Autors in Frage zu stellen. Die als Aufschrei anmutende Reaktion auf T. Buch ist ein Indiz dafür, daß gewisse politische Kräfte den 60. Jahrestag nutzen wollten, um Dresden zum Symbol für die Reinwaschung Deutschlands von der Schuld am Zweiten Weltkrieg und der Verbrechen des Nationalsozialismus zu machen. T. weist mit seinem Buch und der äußersten Sachlichkeit seines Auftretens sowie mit seiner Kritik an der Rolle Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg diese Kräfte in die Schranken.

Zur Vorgeschichte des Flächenbombardements auf deutsche Städte gehört die von Hitler und der deutschen Luft-

waffenführung inszenierte „Luftschlacht um England“, die mit der Zerstörung Coventrys ihren ersten markanten Höhepunkt erreichte. T. hat diesen Ereignissen ein Kapitel seines Buches eingeräumt. Von September 1940 bis März 1941 griffen die Bomber der Luftwaffe Coventry, London, Liverpool, Gasport und Glasgow an und töteten dabei insgesamt 40.000 britische Zivilisten. London wurde in 57 Nächten heimgesucht, 14.000 seiner Bewohner kamen dabei ums Leben. Die Stadt war einem Flächenbrand ausgesetzt, der sich über ein Areal von 130 ha erstreckte. Hitler und Göring stellten Überlegungen an, wie die Hauptstadt des britischen Empire durch massierten Einsatz von Brandbomben total zerstört werden könnte (S.139). Erreicht wurde das genaue Gegenteil. Die führenden Offiziere der Royal Air Force (RAF) wandten sich der Frage zu, wie die Deutschen ihren rein militärisch betrachtet außergewöhnlichen Erfolg zuwege gebracht hatten. Der Vf. zitiert den britischen Luftmarschall und Chef des Bomber Command Arthur Harris, der erklärte: „Ohne die Lehren des deutschen Angriffs auf England hätte das Bomber Command sehr viel länger gebraucht, um zu lernen, wie es Deutschland angreifen kann“ (S.141).

Die britische Luftkriegsstrategie setzte nunmehr auf Flächenbombardements und Flächenbrand, wobei die Operationen des Bomber Command sich vorrangig gegen die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, insbesondere der Industriearbeiter richten sollten (S.149). Der Autor setzt sich ausführlich mit der Methode gezielt entfachter Feuerstürme bei den Bombardements gegen deutsche Städte auseinander, die dem Dresdner Inferno

vom 13./14. Februar 1945 vorangegangen waren. Er geht auch der Frage nach, ob Dresden ein legitimes militärisches Ziel war, und bemerkt, daß diese Fragestellung bei der Einweisung der Flugzeugbesatzungen kaum eine Rolle gespielt habe. Ihnen war „schlicht und einfach die Aufgabe“ gestellt, „vom lebenswichtigen Zentrum der Stadt so viel wie möglich zu zerstören“. Es sei darum gegangen, „Zerstörungen in einem Ausmaß anzurichten, das einem vollkommenen Chaos nahe kam“ (S.250f., 311). Die während der Angriffe am 13./14. Februar von Harris angewandte Methode des Bombardements richtete sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung, die mehrere Zehntausend Tote zu beklagen hatte. Gestützt auf einschlägige Literatur und eigene Recherchen meint T., die angemessenste Schätzung der Opferzahlen des angloamerikanischen Terrorangriffs liege zwischen 25.000 und 40.000 Personen, bei einem hohen Anteil von Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten (S.385–392 und 484).

Am 20. Januar 2005 stellte T. in einem vielbeachteten Vortrag über die Zerstörung Dresdens sichtlich bewegt fest: „Es war nicht nur eine Katastrophe für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit.“ In seinem Buch bewertet er Dresden als schrecklichen Beleg dafür, „was anscheinend zivilisierte Menschen unter extremen Bedingungen vermögen, wenn alle normalen Hemmungen menschlichen Verhaltens durch Jahre des totalen Krieges aufgebraucht sind“ (S.453). Als Fazit dieser Zustandsbeschreibung stimmt er in den leidenschaftlichen Appell der Einwohner Dresdens: „Nie wieder Krieg!“ ein, wenn er im Vorwort des Buches erklärt: „Angesichts der ihr zu Gebote stehenden schreck-

lichen Massenvernichtungswaffen kann die Menschheit sich Intoleranz und Krieg nicht mehr leisten – das ist die elementare Lehre der Bombardierung Dresdens. Möge sie laut und deutlich vernommen werden, auch wenn seither sechs Jahrzehnte verstrichen sind“ (S.22). *Paul Heider*

**Peter Alheit/Hanna Haack: Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptun-Werft,** Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, 470 S.

Wie viel Autonomie hatten die Belegschaften gegenüber der Werkleitung und letztlich gegenüber der Staats- und Parteiführung Ende der 1940er und in den 1950er Jahren? Um eine Antwort auf diese Frage sind die schon früher durch mikroökonomische Untersuchungen in Betrieben der Bundesrepublik bzw. der DDR hervorgetretenen Autoren in diesem Fall am Beispiel derjenigen Rostocker Werft bemüht, die bereits vor 1945 bestand und deren Belegschaft, soweit sie den Krieg überstanden hatte, in „die neue Zeit“ hineinwuchs. Gestützt auf Archivmaterial und Befragungen widmen sich A. und H. sowohl der formellen wie auch der informellen Mitbestimmung. Die für die Untersuchenden diesbezüglich besonders interessanten Produktionsberatungen haben ihrer Meinung nach auf der Werft nur „in den seltenen Fällen“ zu echter Mitbestimmung geführt. Schwierigkeiten bei der Planung ebenso wie bei der Planaufschlüsselung, fehlende Reserven, an denen aus der Belegschaft kommende Verbesserungsvorschläge scheiterten, spielten dabei ebenso eine Rolle wie die zumeist formale

Durchführung der Produktionsberatungen, aber auch mangelndes Interesse der Arbeiter.

Die informelle Beeinflussung des Betriebsgeschehens vor allem über Norm- und Lohnmanipulationen führt die Autoren zu anderen Ergebnissen. Das Bestreben der meisten Arbeiter, ihr Einkommen unabhängig von der Leistung zu maximieren, sei weit mehr gewesen, als der Versuch des einzelnen Werk tätigen oder von Brigaden, sich bei der Entlohnung gut zu plazieren. Die „informelle Autonomie“ habe nach dem 17. Juni 1953 sukzessive die Rationalität wirtschaftlicher Planung zerstört und die DDR früh an den Rand des ökonomischen Reproduktionsrisikos gebracht. Die Arbeiter besaßen nach A.s und H.s Untersuchung also eher zuviel als zu wenig „Autonomie“ und nutzten sie falsch. Das ist das unerbittliche Fazit einer sorgfältig recherchierten, präzise und sachlich formulierten Werftgeschichte, die ohne die heute in der Geschichtsschreibung über die DDR häufig benutzten, aus der Totalitarismuskonzeption entlehnten ideologischen Prämissen auskommt. *Jörg Roesler*

**Ingrid und Gerhard Zwerenz: Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West,** Schwartzkopf Buchwerke, Berlin 2004, 544 S.

Die beiden Autoren spüren in sieben Büchern, die in ein „Buchwerk“ zusammengeführt wurden, jenem Bloch-Kreis nach, über den die DDR den Mantel des Schweigens gehüllt hatte. Im Westen war dieser Kreis zunächst von den Medien ausgeschlachtet und später ignoriert wor-

den. Auch das ausgedehnte Deutschland seit 1990, das nicht aus der Vereinigung von gleich zu gleich hervorging, habe, so die Autoren, seine Schwierigkeiten, sich vorbehaltlos der Geschichte zu stellen: „Die Sieger hängen sich den anderen deutschen Staat wie einen Mühlstein um den Hals.“ Mit dem zeitweiligen Stalinisten Bloch, der sich auch Inkonsequenzen und Verbeugungen vor der Staatsmacht leistete, wird unnachtsichtig ins Gericht gegangen.

Bloch, der sich jahrelang unter den ihn umgebenden Verhältnissen der Sklavensprache bediente, gab den Auftrag an seinen Schüler Zwerenz weiter, sich mit dem Phänomen Sklavensprache auseinanderzusetzen. Dieser entledigt sich in dieser Publikation des Auftrags ausführlich und spannend. Jene Reformmonate im Jahre 1956 werden ins Zentrum der Betrachtung gerückt, die auf den XX. Parteitag der KPdSU in der DDR folgten. In diesen sechs Monaten wird die Kontur einer „zweiten DDR“ sichtbar, einer DDR, die nicht nach sowjetischem Konzept gestrickt war. I. und G. Z. hatten als Studenten das Vergnügen, Blochs Vorlesungen im legendären Hörsaal 40 der Leipziger Universität zu hören. Bloch wurde die Alternative zur Stalinschen Sowjetphilosophie. Vom Frühlingstauwetter 1956 an wurde bis in den Spätherbst hinein ohne Sklavensprache philosophiert. Von diesen Vorlesungen ging die Ermutung zu einer zweiten Revolution aus, durch die der Mensch Herr seiner Möglichkeiten würde. In diesen Monaten erfüllte sich der große Raum mit Ahnungen. Für eine kurze Zeit schien greifbar, daß Sozialismus möglich werde. Diese Geschichte gehöre, fordert Z.,

zur Geschichte der Ostdeutschen hinzu, die noch nicht als abgeschlossen begriffen werden könne. Nicht zufällig wird daran erinnert, daß Leo Trotzki meinte: „Wir haben den Kapitalismus überall dort besiegt, wo es ihn noch gar nicht gab.“<sup>41</sup> Die höhere soziale Qualität habe sich nirgends etablieren können, weil das 1921 ausgesprochene Oppositions- und Fraktionsverbot, in dieser Zeit verständlich, niemals wieder aufgehoben wurde. Der sogenannte demokratische Zentralismus habe die Diktatur einer Partei, einer Gruppe oder einer Person möglich gemacht. Unter Stalin pervertierte das System zur Unmenschlichkeit. Modernisierung sei somit gehemmt, wenn nicht ausgeschlossen worden. Das ursprünglich gegen die Feinde gerichtete Fraktionsverbot habe als Disziplinierungsinstrument fortgewirkt, das nicht nur neue Ideen und Reflexionen hemmte, sondern schon deren Voraussetzungen unter Strafe stellte.

Die ungarische Tragödie im Oktober/November 1956 lieferte der damaligen SED-Führung den Vorwand, die Revolte der Intellektuellen in der DDR niederzuwerfen. Bloch verlor seinen Lehrstuhl und kehrte von einer Reise in die Bundesrepublik nach dem 13. August 1961 nicht wieder zurück. In Tübingen erlebte er umgekehrte Verhältnisse. Ulbricht konnte ihm zwar nichts mehr anhaben. Aber der katholische Fundamentaltheologe, der Ordinarius für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Universität Tübingen (1966–1969), spätere Erzbischof Kardinal Joseph Ratzinger und gegenwärtige Papst, fühlte sich von dem „Erz-Marxisten“ Bloch bedroht. In Leipzig war Bloch ab 1957 als „Nicht-Marxist“ bekämpft wor-

den. Die Feindschaft, der Bloch sich im Westen nach 1961 ausgesetzt sah, ist in der Literatur bisher noch kaum behandelt worden. Die beiden Z. haben auch diesen „weißen Fleck“ getilgt. Was sie in diesem Zusammenhang zur Geschichte der Bundesrepublik ausführen, kann keineswegs unter der Zeitgeistnorm „Erfolgsgeschichte“ eingeordnet werden. Den Vf. gelang es, die Kulturgeschichte der DDR gegen den Strich zu bürsten, anders als sie sich selbst sah und anders als es die heutigen „Sieger“ sehen. Sie unterstreichen zu recht, daß Geschichtsschreibung über die DDR keinen Sinn macht, wenn man sie lediglich als „zweite Diktatur“ plakatiert und ihren Werdegang nicht im Kontext der gesamten deutschen Nachkriegsgeschichte analysiert. Die beiden Autoren eröffnen mit ihrem Werk auf anspruchsvolle Weise die 2006 zu erwartenden Debatten anlässlich des Jubiläums des XX. Parteitages der KPdSU, der Aufbrüche und Aufstände in Polen und Ungarn sowie der imperialistischen Aggression gegen Ägypten. *Siegfried Prokop*

**Klaus Pflieger: Die Rote Armee Fraktion – RAF. 14.5.1970 bis 20.4.1998,** Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2004, 207 S.

Insgesamt 61 Tote, viele (zum Teil lebensgefährlich) Verletzte und Sachschäden in Milliardenhöhe – so lautet die traurige Bilanz von 28 Jahren „Rote Armee Fraktion“ (RAF), die P. in seinem Buch zieht.

---

1 Der Bloch-Schüler Gerhard Urbach fügte diesem Bild in einem Brief an Zwerenz hinzu: „Das westlich-kapitalistische System hat einen Sozialismus besiegt, der niemals einer war.“

Der Autor, Generalstaatsanwalt in Stuttgart und während seiner Zugehörigkeit zur Bundesanwaltschaft mit der Verfolgung von Straftaten der RAF befaßt, geht aus der Sicht der Strafverfolgungsbehörden der Bundesrepublik dem Fragenkomplex nach, wie es zur Entstehung dieser Terrororganisation kam, welche Personen ihr angehört haben, welche Attentate und andere terroristische Aktionen von ihr verübt wurden, wer für welche Verbrechen der RAF verantwortlich war und welche Strafen gegen Mitglieder und Unterstützer der RAF verhängt wurden. Der Vf. liefert einen gut lesbaren, kurzen, faktenorientierten Abriss der Geschichte der „Roten Armee Fraktion“, der durch eine Chronik der RAF ergänzt und durch ein Stichwort- und Namensregister erschlossen wird. Wer neue Erkenntnisse oder spektakuläre Enthüllungen sucht, wird allerdings den Bd. enttäuscht zur Seite legen. Auch bei Interpretationen und Wertungen hält sich P. zurück. Der wissenschaftliche Wert der Arbeit wird zudem dadurch geschmälert, daß die Ausführungen des Autors an keiner Stelle belegt werden und Literaturangaben völlig fehlen. Wenn P. am Ende seines Buches behauptet, daß durch die justitielle Aufarbeitung die Aktionen der RAF „auf das reduziert“ wurden, „was sie strafrechtlich darstellen: Verbrechen“ (S.185), dann verdrängt er die eingangs selbst skizzierten historischen Hintergründe, die als Geburtshelfer des politischen Phänomens RAF in Erscheinung traten: die Bombardierung ganzer Landstriche Südvietnams mit Napalm während des Vietnam-Krieges durch die USA, die gravierende Armut in der Dritten Welt und das gewaltsame Vorgehen des Staates gegen Demonstranten, für das

die Erschießung Benno Ohnesorgs durch den Polizeibeamten Kurras während einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs in Westberlin steht.

Zustimmen kann man dem Vf., wenn er konstatiert, „dass man die herrschenden politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht mit gewaltsamen Terroraktionen verändern kann“ (S.186). Die Terroraktionen der RAF haben vielmehr Law-and-Order-Politikern verschiedener Couleur die Begründung für eine Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten geliefert. Ein Strickmuster, das im Zeichen von Al Quaida in den USA, Großbritannien und anderen Staaten gerade heute eine Neuaufgabe erlebt.

*Jochen Weichold*

**Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden/Mario Keßler (Hrsg.): Ausgrenzung oder Integration? Ostdeutsche Sozialwissenschaftler zwischen Isolierung und Selbstbehauptung,** Trafo Verlag, Berlin 2004, 346 S.

Der Bd. enthält die Beiträge eines Kolloquiums, das am 30. November im Wissenschaftszentrum Berlin zu möglichen Chancen für eine Reintegration ostdeutscher Sozialwissenschaftler in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft stattfand. Neben den Hrsg. kommen Theodor Bergmann, Arno Hecht, Jürgen Kocka, Hubert Laitko, Hansgünter Meyer, Peer Pasternack, Jörg Roesler und Fritz Vilmar zu Wort. Im Anhang wird der Aufruf von Emigranten erneut abgedruckt, der am 11. September 1992 in der „Frankfurter Rundschau“ erschienen war. In dem Aufruf war vor Gefahren

des andauernden Ausschlusses der „autochthonen Intellektuellen“ für die ostdeutsche Zivilgesellschaft gewarnt worden.

Die Vf. vermitteln einen sehr fundierten Überblick über den Vandalismus der Verdrängung ostdeutscher Wissenschaftler durch westdeutsche unmittelbar nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik. Dabei werden die unterschiedlichen Hintergründe verdeutlicht. Politische Hauptabsicht dürfte gewesen sein, einen Enthauptungsschlag gegen sozialistisches Denken zu führen. Zu berücksichtigen ist auch der Mobilitätsstau in der westdeutschen Wissenschaft. Etwa 4.000 auf Berufung drängende westdeutsche Wissenschaftler fanden im Osten eine Anstellung. Weniger überzeugend erscheinen die Hinweise von Abwicklungsakteuren auf den „Zeitdruck“ und ungenügende Kenntnis der Lage im ostdeutschen Wissenschaftssystem.

Der Mobilitätsstau ist aber nur nach dem Osten verlagert worden. Das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem leidet unter einem Reformstau. Die Hrsg. unterbreiten detaillierte Vorschläge für die Bewältigung der Krise bei gleichzeitiger Reintegration ostdeutscher Sozialwissenschaftler.

*Siegfried Prokop*

## Nachsatz

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Autorinnen und Autoren,

mit dem vorliegenden Heft beginnt der fünfte Jahrgang unseres JahrBuchs. Die Redaktion strebt in gewohnter Weise an, alle Perioden und Abschnitte der Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung, einschließlich ihrer Alltags- und Geistesgeschichte, im JahrBuch zu erfassen; ebenso der Geschichte anderer sozialer Bewegungen. Dafür liegt auch schon eine ganze Reihe von eingesandten Manuskripten vor. Ein Defizit stellen wir für das 19. und erste Drittel des 20. Jahrhunderts fest. Autorinnen und Autoren, die sich mit diesen Abschnitten der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland und anderen Ländern befassen, bitten wir deshalb besonders, uns Ergebnisse ihrer Forschungen – Aufsätze, Biographisches, Erinnerungen, kommentierte Dokumente – für die Veröffentlichung zuzusenden. Selbstverständlich bleibt auch die jüngere Zeitgeschichte in unserem Blick.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten bieten wir für Autorinnen und Autoren, die längere Beiträge (über 40 Manuskriptseiten) publizieren möchten, die Form einer Beilage – wie erstmals zu Heft III/2005 praktiziert – zu einem der regulären Hefte an. Die Konditionen (z. B. Druckkostenbeitrag u. a.) sind dann vom jeweiligen Autor mit der Edition Bodoni gesondert zu vereinbaren; das JahrBuch übernimmt die redaktionelle Betreuung und den Vertrieb für die Abonnenten.

Inzwischen ist unser JahrBuch auch im Internet präsent. Die Webseite ist unter der Adresse

**[www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de](http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de)**

zu finden. Vorschläge für ihren weiteren Ausbau nimmt die Redaktion gern entgegen.

Wir bitten zu beachten, daß ab Januar 2006 ausschließlich die neuen Emailadressen gelten:

– für die Zusendung von Beiträgen und Anfragen –

[redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

– oder –

[redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

– für Rezensionen, Annotationen u. ä. –  
[rezension@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:rezension@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

– für Bestellungen von Heften und Abos sowie Werbung –

[bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Die bisherige Emailadresse wird ab Februar nicht mehr bedient.

Wir möchten nicht versäumen, uns für die drucktechnischen, sinnentstellenden Fehler zu Beginn des Beitrags von Prof. Heinz Niemann in Heft III/2005 zu entschuldigen. Wir legen die Korrektur daher diesem Heft bei.

Da sich unser JahrBuch ausschließlich aus den Abonnements finanziert, bitten wir unsere Abonnenten, falls noch nicht geschehen, ihr Abo für 2006 bzw. für 2005 möglichst schnell zu bezahlen. Über weitere Abonnenten würden wir uns freuen. Trotz erhöhter Kosten (u.a. für Porto und Papier) ist es uns gelungen, den Preis für das „JahrBuch“ stabil zu halten. Auch in

diesem Jahr beträgt das Jahresabonnement, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00; für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind unter der Telefonnummer 030-28 25 137 zu erfragen.

Mit den besten Wünschen für das Jahr 2006

Die Redaktion

## Autorenverzeichnis

*Manfred Behrend*, Dr., Berlin  
*Günter Benser*, Prof. Dr., Berlin  
*Theodor Bergmann*, Prof. Dr., Stuttgart  
*Rainer Bert*, Berlin  
*Stefan Bollinger*, Dr. sc., Berlin  
*Waltraud Burger*, Leiterin Gedenkstätte und Museum Trutzhain, Schwalmstadt-Trutzhain  
*Jochen Černý*, Dr., Berlin  
*Stefan Doernberg*, Prof. Dr., Berlin  
*Kurt Finker*, Prof. Dr., Potsdam  
*Rolf Hecker*, Prof. Dr., Vorsitzender des Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition  
*Wladislaw Hedeler*, Dr., Berlin

*Paul Heider*, Prof. Dr., Dresden  
*Peter Hübner*, Dr. sc., Projektbereichsleiter, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam  
*Olaf Klenke*, Dr. des., z. Zt. Mitarbeiter im Deutschen Bundestag, Berlin  
*Hermann Klenner*, Prof. Dr., Berlin  
*Karlheinz Kuba*, Dr., Berlin  
*Inge Lammel*, Dr., Berlin  
*Harald Lange*, Prof. Dr., Berlin  
*August Lešnik*, Prof. Dr., Philosophische Fakultät der Universität Ljubljana  
*Matthias Loeding*, Dr., Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld  
*Ronald Lötyszob*, Prof. Dr., Berlin  
*Herbert Mayer*, Dr. sc., Berlin  
*Heinz Niemann*, Prof. Dr., Bergfelde  
*Siegfried Prokop*, Prof. Dr., Berlin  
*Jörg Roesler*, Prof. Dr., Berlin  
*Mirjam Sachse*, MA, Universität Kassel  
*Susanne Schattenberg*, Dr., Humboldt-Universität, Berlin  
*Antje Schubmann*, Dr. des., Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaften, Amerika-Institut (Nordamerikanische Kulturgeschichte), Ludwig-Maximilians-Universität München  
*Horst Schützler*, Prof. Dr., Berlin  
*Günter Simon*, Wandlitz  
*Horacio Tarcus*, Prof. Dr., Direktor des Zentrums zur Dokumentation und Erforschung der Kultur der Linken in Argentinien, Universität Buenos Aires  
*Matthias Uhl*, Dr., Deutsches Historisches Institut Moskau  
*Dominique Vogel*, Germanistin, Doktorandin am Deutschen Institut an der Universität Paris 3 – La Sorbonne nouvelle  
*Jochen Weichold*, Dr. sc., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin  
*Günter Willing*, Dr., Halle

## Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adressen der Redaktion:

– für die Zusendung von Beiträgen und Anfragen

[redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

oder

[redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

– für Rezensionen, Annotationen u. ä.

[rezension@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:rezension@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

– für Bestellungen von Heften und Abos sowie Werbung

[bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Website:

[www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de](http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Das JahrBuch erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im JahrBuch übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Veröffentlichung gem. Paragraph 7a Berliner Pressegesetz:

Gesellschafter der NDZ GmbH: Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC –, Gesellschafter der FEVAC GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40%); Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30%); Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%).

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouril

Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.

[info@bodonimuseum.com](mailto:info@bodonimuseum.com)

Redaktionsschluß: 6.12.2005